

Geschäftsbericht 2012/2013

Inhalt

Brief des Vorstandsvorsitzenden.....	5
<i>Mittelständische Unternehmen – Umsatzplus durch internationale Ausrichtung.....</i>	<i>7</i>
Bericht des Aufsichtsrats.....	8
Überblick	8
Die Themen im Aufsichtsratsplenum	8
Entsprechenserklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex	11
Arbeit der Ausschüsse	11
Jahres- und Konzernabschlussprüfung.....	12
Prüfung und Billigung des Abhängigkeitsberichts für das Geschäftsjahr 2012/13	12
Personalien – Aufsichtsrat.....	13
Personalien – Vorstand.....	14
<i>Finanzierungsmuster wandeln sich.....</i>	<i>15</i>
Zusammengefasster Lagebericht.....	16
1. Geschäft und Rahmenbedingungen.....	17
Rahmenbedingungen für das Kerngeschäft	17
Strategische Positionierung der IKB.....	19
2. Wichtige Ereignisse im Berichtszeitraum	21
Umsetzung der EU-Auflagen	21
Rückgabe von SoFFin-Garantien.....	22
Veränderungen im Konzern	22
Rechtlich relevante Ereignisse.....	23
Ergebnisse der Sonderprüfung	23
Debt Issuance Programme	23
Personalien	23
Interessenausgleich und Sozialplan.....	24
Ordentliche Hauptversammlung am 23. August 2012.....	24
Anleihen mit Griechenland- und Zypernbezug.....	24
Pflichtwandlung von Wandelschuldverschreibungen	24
Segmentwechsel vom regulierten Markt in Qualitätssegmente des Freiverkehrs	25
Umstellung der Rechnungslegung im Konzern auf HGB	25
Kaufprogramm für Hybridwertpapiere IKB Funding Trust I und IKB Funding Trust II	26
Untervermietung an die Helaba	26
3. Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage.....	27
Geschäftliche Entwicklung	27
Ertragslage.....	27
Vermögenslage	29
Finanzlage.....	30
Gesamtaussage	31
4. Risikobericht.....	32
Risikomanagement-Organisation	32
Regulatorische Kapitalausstattung und Risikotragfähigkeit.....	34
Risikostrategie.....	37
Adressenausfallrisiken	38
Liquiditäts- und Marktpreisrisiken.....	53
Marktpreisrisiko	54
Operationelle Risiken.....	56
Rechtsrisiken.....	57
IT-Risiken	60
Compliance-Risiken.....	61
Personalrisiken.....	62

Strategische Risiken und Reputationsrisiken.....	63
Geschäftsrisiken.....	63
Beteiligungsrisiken.....	64
Gesamtaussage zur Risikosituation.....	65
5. Ereignisse nach dem 31. März 2013 (Nachtragsbericht).....	67
Valin Funds.....	67
6. Prognosebericht.....	68
Zukünftige wirtschaftliche Rahmenbedingungen.....	68
Chancen der zukünftigen Entwicklung.....	70
Vermögenslage.....	71
Auswirkungen des CRD IV-Bankenreformpaketes.....	72
Liquiditätssituation.....	73
Ertragslage.....	74
7. Angaben gemäß § 312 AktG.....	75
<i>Gute Perspektiven im industriellen Mittelstand.....</i>	<i>76</i>
Konzern- und Jahresabschluss der IKB Deutsche Industriebank AG.....	77
Konzernbilanz der IKB Deutsche Industriebank AG zum 31. März 2013.....	78
Bilanz der IKB Deutsche Industriebank AG zum 31. März 2013.....	80
Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung der IKB Deutsche Industriebank AG für die Zeit vom 1. April 2012 bis 31. März 2013.....	82
Gewinn- und Verlustrechnung der IKB Deutsche Industriebank AG für die Zeit vom 1. April 2012 bis 31. März 2013.....	84
Eigenkapitalüberleitungsrechnung.....	86
Konzern-Kapitalflussrechnung.....	88
Erläuterungen zur Konzern-Kapitalflussrechnung.....	89
Anhang und Konzernanhang.....	90
Angewandte Rechnungslegungsgrundsätze.....	90
(1) Konsolidierungskreis.....	91
(2) Konsolidierungsgrundsätze.....	91
Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden.....	93
(3) Forderungen.....	93
(4) Wertpapiere.....	93
(5) Risikovorsorge.....	94
(6) Handelsbestand.....	94
(7) Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen/Sachanlagen/immaterielle Anlagewerte.....	95
(8) Leasingvermögen.....	96
(9) Wertpapierpensions- und Leihgeschäfte.....	96
(10) Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung.....	96
(11) Verbindlichkeiten.....	97
(12) Rückstellungen.....	97
(13) Eventualverbindlichkeiten.....	98
(14) Derivategeschäfte.....	98
(15) Währungsumrechnung.....	98
(16) Bewertungseinheiten.....	99
(17) Latente Steuern.....	100

Erläuterungen zur Bilanz	102
(18) Laufzeitgliederung ausgewählter Bilanzposten nach Restlaufzeiten	102
(19) Finanzinstrumente des Handelsbestands	103
(20) Bewertungseinheiten	103
(21) Anlagevermögen	104
(22) Börsenfähige Wertpapiere	106
(23) Angaben zu Investmentvermögen	106
(24) Anteile an at equity bilanzierten Unternehmen	107
(25) Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	108
(26) Treuhandgeschäfte	108
(27) Nachrangige Vermögensgegenstände	109
(28) Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	109
(29) Leasinggeschäft	110
(30) Wertpapierpensionsgeschäfte	110
(31) Vermögensgegenstände und Schulden in Fremdwährung	110
(32) Sonstige Vermögensgegenstände und Sonstige Verbindlichkeiten	110
(33) Rechnungsabgrenzungsposten	111
(34) Aktive latente Steuern	111
(35) Pensionsrückstellungen	112
(36) Nachrangige Verbindlichkeiten	112
(37) Genussrechtskapital	113
(38) Fonds für allgemeine Bankrisiken	114
(39) Entwicklung des Kapitals	114
Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung	119
(40) Erträge nach geografischen Märkten	119
(41) Für Dritte erbrachte Dienstleistungen für Verwaltung und Vermittlung	119
(42) Sonstige betriebliche Erträge	119
(43) Sonstige betriebliche Aufwendungen	120
(44) Erträge aus Ergebnisabführungsverträgen	120
(45) Außerordentliche Erträge und Aufwendungen	120
(46) Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	120
(47) Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen	121
(48) Sonstige finanzielle Verpflichtungen	121
(49) Außerbilanzielle Geschäfte	122
Sonstige Angaben	124
(50) Konsolidierungskreis zum 31. März 2013	124
(51) Anteilsbesitzliste zum 31. März 2013	125
(52) Besondere Beteiligungen	128
(53) Angabe der Abschlussprüferhonorare	129
(54) Geschäfte mit nahe stehenden Unternehmen und Personen	129
(55) Patronatserklärungen	129
(56) Sicherheitenübertragung für eigene Verbindlichkeiten und Eventualverbindlichkeiten	130
(57) Termingeschäfte	130
(58) Nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanzierte derivative Finanzinstrumente	131
(59) Die Vergütung des Vorstands	132
(60) Die Vergütung des Aufsichtsrats	132
(61) Bezüge des Beraterkreises	132
(62) Gewährte Kredite an Mitglieder der Organe und des Beraterkreises	132
(63) Anzahl der Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt (gerechnet auf Basis von Vollzeitärbeitskräften)	132
(64) Organe	133
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	136

Brief des Vorstandsvorsitzenden

Sehr geehrte Aktionärinnen und Aktionäre,
sehr geehrte Geschäftspartner der IKB,

die IKB kommt Schritt für Schritt voran. In einem Umfeld fortdauernder europäischer Staatsschuldenkrise und großer Unsicherheiten fiel der Konzernverlust mit 143 Mio. € im Geschäftsjahr 2012/13 geringer aus als im Jahr zuvor (-424 Mio. €). Die EU-Kommission hat Ende letzten Jahres festgestellt, dass die IKB die erteilten Auflagen im Wesentlichen erfüllt hat. Im Dezember 2012 haben wir die restlichen SoFFin-Garantien vorzeitig zurückgegeben; insgesamt haben wir Gebühren in Höhe von 343 Mio. € gezahlt. Darüber hinaus wurden die wesentlichen aus der IKB-Krise herrührenden Rechts- und Klagerisiken verglichen.

Aufgrund der mit der SoFFin-Garantierückgabe verbundenen Glättung des Fälligkeitsprofils unserer Verbindlichkeiten und der positiven Entwicklung des Einlagengeschäfts mit Privat- und Geschäftskunden sehen wir unsere Liquidität als gesichert an. Wir haben unser Geldanlageangebot vor Kurzem um Inhaberschuldverschreibungen erweitert und inzwischen knapp 100 Mio. € abgesetzt.

Die IKB fokussiert auf die Finanzierung und Beratung des deutschen Mittelstands. Die Firmenkunden werden durch einen Betreuer vor Ort begleitet, der eng mit Branchen- und Produktexperten zusammenarbeitet. So steht die Expertise der Bank schnell und umfassend zur Verfügung. Kurze Entscheidungswege und das erweiterte Produktportfolio fördern die Umsetzung komplexer Transaktionen und den gezielten Ausbau der Kundenbasis.

Viele Unternehmen suchen Alternativen zur Kreditfinanzierung, weil die Verschärfung der Bankenregulierung die langfristige Kreditvergabe erschwert und verteuert. Unsere Kunden sehen uns nicht nur als Kreditgeber, sondern in zunehmendem Maße als Berater, Risikomanager und Verbindung zum Kapitalmarkt. Über 100 neue Kunden im Geschäftsjahr zeigen, dass unser erweitertes Angebot angenommen wird. Das Neugeschäft wird strikten Rentabilitätskriterien unterworfen und zeigt eine über die Jahre positive Entwicklung. Wir haben einen ersten Fonds aufgelegt, um den Kunden Zugang zu Risikokapital internationaler Investoren zu verschaffen.

Durch Optimierung der risikogewichteten Aktiva verbesserte sich die Kernkapitalquote leicht auf 9,65 %. Basell III bringt schärfere Kapitalanforderungen mit sich. Die IKB baut daher nicht-strategische Aktiva weiter ab. Die PIIGS-Staatenrisiken wurden auf Italien beschränkt, von Zypern-Risiken haben wir uns frühzeitig getrennt. Mit der positiven Marktentwicklung erholte sich der Wert unseres Liquiditätsportfolios. Die Kreditausfälle waren im Mehrjahresvergleich moderat.

Die rasch zunehmende Regulierungsdichte verursacht hohe Kosten und erschwert die Senkung des Verwaltungsaufwands. Strikte Kostendisziplin bleibt weiterhin notwendig, der Personalabbau wird gemäß dem laufenden Sozialplan umgesetzt. Wir vereinfachen Prozesse und Strukturen der Bank wo immer möglich, um Ausgaben zu senken. Ein Beispiel dafür ist der Börsensegmentwechsel der Wertpapiere der IKB vom geregelten bzw. regulierten Markt in Qualitätssegmente des Freiverkehrs. Im Ergebnis konnten wir das aufwändige Reporting nach IFRS beenden und legen hiermit einen zusammengefassten Lagebericht nach HGB vor.

Unser Ziel ist das Erreichen der operativen Profitabilität. Die Herausforderungen durch die Folgen der Euro-Schuldenkrise und die Regulierung bleiben – insbesondere für ein relativ kleines Institut wie die IKB – hoch. In diesem Umfeld erweist sich der deutsche Mittelstand als wesentlicher Stabilitäts- und Wachstumsfaktor. Mit Finanzierungs- und Beratungslösungen schaffen wir die unternehmerischen Freiräume für unsere Kunden, sodass sie im internationalen Wettbewerb erfolgreich bleiben.

Düsseldorf, im Juni 2013

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Hans Jörg Schüttler', written in a cursive style.

Hans Jörg Schüttler

Mittelständische Unternehmen – Umsatzplus durch internationale Ausrichtung

Die meisten Unternehmen aus dem oberen Segment des deutschen Mittelstands können mit dem abgelaufenen Geschäftsjahr zufrieden sein, auch wenn sich 2012 die Konjunktur in Deutschland und erst recht im europäischen Umfeld im Zuge der Staatsschuldenkrise deutlich abschwächte. Dies ergibt sich aus einer IKB-Auswertung der Jahresabschlüsse 2012 von ca. 130 börsennotierten Mittelstandsfirmen aus Industrie und Dienstleistungsgewerbe mit Umsätzen zwischen 50 Mio. € und 3 Mrd. €.

Die Konjunkturflaute hat im Kreis der untersuchten Firmen zwar Spuren hinterlassen. Jedes vierte Unternehmen musste einen Erlösrückgang hinnehmen. Im Durchschnitt erhöhte sich jedoch der Umsatz um ca. 4 % – vor allem dank eines wachsenden Absatzes im Ausland. Viele Firmen haben ihre internationale Ausrichtung weiter verstärkt und profitieren von der anhaltenden Wachstumsdynamik in den aufstrebenden Schwellenländern. Der durchschnittliche Auslandsanteil am Umsatz stieg im Vergleich zum Vorjahr von 62,5 % auf 64 %.

Unter erschwerten Rahmenbedingungen konnte das gute Ertragsniveau von 2011 nicht ganz gehalten werden. Bei knapp der Hälfte der Firmen war der operative Ertrag rückläufig. Das EBIT in Relation zum Umsatz sank im Durchschnitt um etwa 1 Prozentpunkt auf ca. 7 %. Dennoch zeigt sich insgesamt immer noch ein positives Ertragsbild. Wie im Vorjahr meldete nur etwa jedes zehnte Unternehmen einen Jahresverlust.

In sehr unterschiedlichem Umfang haben die Unternehmen 2012 Maßnahmen zum Ausbau ihrer geschäftlichen Aktivitäten durchgeführt. Angesichts der unsicheren konjunkturellen Situation überwog eher vorsichtiges

Handeln. Bei fast 40 % der Firmen ist die Bilanzsumme gesunken; im Durchschnitt war hier ein Anstieg von knapp 2,5 % zu verzeichnen (nach rd. 7,5 % im Jahr zuvor). Einsparungen beim Working Capital standen ebenso auf der Agenda wie eine Begrenzung der Investitionen. Während sich die Übernahmeaktivitäten relativ schwach entwickelten, haben die meisten Unternehmen ihre Sachinvestitionen erneut ausgeweitet, wobei oft Projekte im Ausland im Vordergrund standen. Insgesamt blieb die Investitionsquote konstant; d. h. die Investitionen in das Sach- und immaterielle Vermögen sind parallel zum (moderat wachsenden) Umsatz gestiegen.

Die insgesamt zurückhaltende Ausgabenpolitik der Unternehmen spiegelt sich in der Entwicklung der Cashflow-Kennziffern wider. In Relation zum Umsatz zeigt der operative Cashflow (der Veränderungen im Umlaufvermögen mit erfasst) ebenso wie der Free Cashflow (der zusätzlich Sach- und Beteiligungsinvestitionen in Abzug bringt) eine steigende Tendenz. Dazu passt, dass die liquiden Mittel auf einem Durchschnittsniveau von etwa 12 % der Bilanzsumme leicht zugenommen haben. Nicht zuletzt dank der nur geringen Bilanzsummen-Ausweitung ist die Eigenkapitalquote erneut – um annähernd 1 Prozentpunkt – angestiegen und erreicht nun im Durchschnitt der Firmen gut 47 %. Immerhin fast zwei Drittel der Unternehmen wiesen eine steigende Quote auf. Der Anteil der Finanzschulden an der Bilanzsumme blieb im Durchschnitt stabil bei ca. 17 %.

Insgesamt vermitteln die Zahlen den Eindruck, dass die größeren Mittelständler mehrheitlich in guter Verfassung sind – und in einer guten Ausgangsposition, um ihre hervorragende Position auf den internationalen Märkten weiter auszubauen.

(Diese Seite ist nicht Teil des Lageberichts.)

Bericht des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat nahm im Geschäftsjahr 2012/13 die ihm nach Gesetz und Satzung obliegenden Aufgaben wahr. Er überwachte die Geschäftsführung der Gesellschaft und beriet den Vorstand bei der Leitung des Unternehmens. In alle Entscheidungen, die für die Bank von grundlegender Bedeutung waren, wurde er eingebunden.

Überblick

Im Rahmen seiner Überwachungs- und Beratungstätigkeit ließ sich der Aufsichtsrat vom Vorstand regelmäßig, zeitnah und umfassend berichten, und zwar sowohl schriftlich als auch mündlich. Der Vorstand informierte den Aufsichtsrat über den Gang der Geschäfte sowie die wirtschaftliche und die finanzielle Entwicklung des IKB-Konzerns und der IKB AG. Weitere Schwerpunkte der regelmäßigen Berichterstattung waren die allgemeine Entwicklung der IKB und die Entwicklung des Konzernrisikos insbesondere mit den Auswirkungen der Staatsschuldenkrise. Zudem befasste sich der Aufsichtsrat mit der Planung des Vorstands für das Geschäftsjahr 2013/14, der Mittelfristplanung und mit den Abweichungen des tatsächlichen Geschäftsverlaufs von den Plänen.

Die Vorstandsberichte zur Geschäftslage und zu besonderen Themen wurden durch schriftliche Präsentationen und Unterlagen ergänzt, die jedes Aufsichtsratsmitglied jeweils vor der Sitzung zur Vorbereitung erhielt. Ebenso lagen den Aufsichtsratsmitgliedern der Jahres- und Konzernabschluss sowie die Prüfungsberichte des Abschlussprüfers rechtzeitig vor der Sitzung vor. Der Halbjahresfinanzbericht- und die Quartalsberichterstattungen gingen den Mitgliedern des Finanz- und Prüfungsausschusses und des Aufsichtsratsplenums ebenfalls rechtzeitig zur Vorbereitung zu. Über zustimmungspflichtige Geschäftsführungsmaßnahmen, wie Groß- oder Organkreditbeschlüsse, fasste das Aufsichtsratspräsidium Beschluss.

Im Geschäftsjahr 2012/13 hielt der Aufsichtsrat fünf Sitzungen ab. Die regulären Sitzungen fanden im Juni, August, November und Februar statt. Darüber hinaus kam der Aufsichtsrat im August im Anschluss an die Hauptversammlung für das Geschäftsjahr 2011/12 zu einer konstituierenden Sitzung zusammen, in der Herr Dr. Karsten von Köller erneut zum stellvertretenden Vorsitzenden des Aufsichtsrats gewählt wurde. Die Vorsitzenden von Aufsichtsrat und Vorstand tauschten sich zudem regelmäßig über wesentliche Entwicklungen und Entscheidungen aus. In einigen Sitzungen des Aufsichtsrats waren einzelne Mitglieder entschuldigt abwesend.

Die Themen im Aufsichtsratsplenum

In allen Aufsichtsratssitzungen des Berichtsjahrs 2012/13 verschaffte sich der Aufsichtsrat anhand einer schriftlichen und mündlichen Berichterstattung des Vorstands im Einzelnen ein Bild über die allgemeine Entwicklung der Bank. Hierbei erläuterte der Vorstand dem Aufsichtsrat auch, wie sich Geschäftsvolumen und Ergebnis im Konzern entwickelt hatten; ferner ging er auf den Verlauf in den einzelnen Geschäftssegmenten näher ein und berichtete über die Kapital- und Finanzlage sowie das Konzernrisiko. Kontinuierlich wurde der Aufsichtsrat vom Vorstand über die Auswirkungen der Euro-Schuldenkrise und den Stand wesentlicher Rechtsstreitigkeiten informiert.

Einen Schwerpunkt der Arbeit im Aufsichtsrat bildeten wie bereits im Vorjahr die Auswirkungen der Staatsschuldenkrise in Europa. Besonderes Augenmerk wurde dabei auf die denkbaren Szenarien und die jeweiligen Konsequenzen gerichtet, insbesondere für die Eigenkapitalquote und Bewertungsthemen. Ein wichtiges Thema während des gesamten Berichtszeitraums war zudem der Segmentwechsel der IKB vom regulierten Markt in Qualitätssegmente des Freiverkehrs. Der Aufsichtsrat wurde kontinuierlich über den Fortgang des

Segmentwechsels unterrichtet und war in alle für das weitere Vorgehen wesentlichen Entscheidungen sowie die Umstellung der Rechnungslegung von IFRS auf deutsches HGB eingebunden.

In seiner Bilanzsitzung prüfte der Aufsichtsrat unter anderem den Jahres- und den Konzernabschluss sowie den Abhängigkeitsbericht. Der Vorstand erläuterte zudem schriftlich und mündlich umfassend die Risikosituation der IKB-Gruppe, und die Konzernrevision erstattete ihren Jahresbericht für 2011/12. Die beauftragte Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PwC berichtete über die Ergebnisse der Abschlussprüfung und der Vorsitzende des Finanz- und Prüfungsausschusses über die Vorbereitung der Prüfung des Jahres- und Konzernabschlusses zum 31. März 2012 mit den Lageberichten und des Abhängigkeitsberichts für das Geschäftsjahr 2011/12. Der Jahres- und der Konzernabschluss wurden vom Aufsichtsrat gebilligt; gegen die Erklärung des Vorstands am Schluss des Abhängigkeitsberichts wurden keine Einwendungen erhoben. Zudem wurde der Bericht des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2011/12 und die Erklärung zur Unternehmensführung bzw. der Corporate-Governance-Bericht für das Geschäftsjahr 2011/12 beschlossen. Weitere Themen waren die schriftliche und mündliche Erläuterung der Geschäfts- und Risikostrategie, der Fünfjahresplanung und der Vergütungssysteme durch den Vorstand. Darüber hinaus befasste sich der Aufsichtsrat mit der Tagesordnung für die Hauptversammlung 2012 der IKB und verabschiedete die Beschlussvorschläge des Aufsichtsrats an die Hauptversammlung einschließlich einer Satzungsänderung zur Verkleinerung des Aufsichtsrats der IKB von fünfzehn auf zwölf Mitglieder. Des Weiteren legte der Aufsichtsrat die Ziele der einzelnen Vorstandsmitglieder für das Geschäftsjahr 2012/13 fest, beriet über die jeweilige Zielerreichung für das Geschäftsjahr 2011/12 und setzte die variable Vergütung der einzelnen Vorstandsmitglieder für das Geschäftsjahr 2011/12 entsprechend fest. Außerdem wurde über die Arbeit des Finanz- und Prüfungsausschusses berichtet.

In seinen folgenden vierteljährlichen Sitzungen beschäftigte sich der Aufsichtsrat jeweils mit der Geschäftsentwicklung und dem Konzernrisiko und befasste sich in diesem Zusammenhang auch mit der regulatorischen Kapitalsituation einschließlich des aktuellen Stands der vorzeitigen und planmäßigen Rückführung der SoFFin-Garantien. Hierzu informierte der Vorstand den Aufsichtsrat jeweils schriftlich und mündlich.

Sofern im Aufsichtsratspräsidium Beschlüsse gefasst wurden, wurde dem Aufsichtsrat hierüber ebenfalls berichtet.

Weitere Themen im Berichtszeitraum waren die Geschäfts- und Risikostrategie sowie die Neu- bzw. Wiederbestellung der Mitglieder des Beraterkreises. Der Aufsichtsrat beschäftigte sich zudem mit der quantitativen und qualitativen mittelfristigen Personalplanung und -entwicklung und ließ sich vom Vorstand die Eckdaten des Interessenausgleichs sowie des Sozialplans erläutern. Der Vorstand informierte den Aufsichtsrat kontinuierlich über den Umsetzungsstand und die mögliche Auswirkung neuer Gesetzesvorhaben wie Basel III oder darüber hinaus anstehende Änderungen im Rahmen der KWG-Reform.

Der Vorstand erläuterte dem Aufsichtsrat zeitnah schriftlich und mündlich umfassend die Geschäftspolitik und grundsätzliche Fragen der Geschäftsführung. In diesem Zusammenhang erfolgte auch die Einbindung des Aufsichtsrats bei der strategischen Weiterentwicklung der IKB im Hinblick auf die Ausweitung des Privatkundengeschäfts oder bei der Umsetzung der neuen gesetzlichen Vorgaben zur Anbindung an einen zentralen Clearing-Kontrahenten. Zudem befasste sich der Aufsichtsrat wiederholt mit Sonderprojekten wie beispielsweise der Umstrukturierung von Hybridmitteln und der Optimierung der Gesellschaftsstruktur der IKB-Leasing-Sparte oder dem Rückkaufangebot bezüglich der Emissionen IKB Funding Trust I und II.

In organisatorischer Hinsicht befasste sich der Aufsichtsrat mit den Geschäftsordnungen von Vorstand und Aufsichtsrat und passte diese an neue Vorgaben durch die MaRisk und MaComp an. Der jährliche Bericht des Chief Compliance Officers wurde aufgrund der deutlichen Ausweitung der Berichtspflichten in der MaComp auf die erste Sitzung im Geschäftsjahr 2013/14 vertagt. Im Zusammenhang mit dem Wegfall der Kapitalmarktorientierung durch den Segmentwechsel vom regulierten Markt in Qualitätssegmente des Freiverkehrs hat sich der Aufsichtsrat zudem entschieden, die im letzten Geschäftsjahr selbst gesetzten konkre-

ten Ziele für seine Zusammensetzung formal aufzuheben und auf die Abgabe des Corporate-Governance-Berichts zu verzichten.

Der Vorstand unterrichtete den Aufsichtsrat regelmäßig schriftlich und mündlich über die aktuelle Entwicklung in anhängigen Rechtsstreitigkeiten. Schwerpunkte lagen hier bei verschiedenen Anlegerklagen, Klagen in den USA und Anfechtungsklagen gegen Hauptversammlungsbeschlüsse. Zudem befasste sich der Aufsichtsrat wiederholt mit dem Fortgang verschiedener laufender Rechtsstreitigkeiten gegen ehemalige Vorstandsmitglieder, so unter anderem mit mehreren Verfahren, in denen die Bank von den ehemaligen Vorstandsmitgliedern Stefan Ortseifen bzw. Joachim Neupel verklagt wurde. Hier ging bzw. geht es in beiden Fällen jeweils unter anderem um den Anspruch der IKB auf Rückzahlung von Tantieme für das Geschäftsjahr 2006/07 sowie um Schadenersatzansprüche der Bank, die im Zusammenhang mit von den beiden vorgenannten ehemaligen Vorstandsmitgliedern veranlassten, aus Sicht der Gesellschaft unberechtigten Maßnahmen an zwei der Bank gehörenden Wohnhäusern stehen. In den Verfahren gegen Herrn Neupel konnte die IKB in zweiter Instanz fast vollständig obsiegen. Lediglich ein Restbetrag von 3.450 € ist noch beim Landgericht Düsseldorf anhängig; im Übrigen sind diese Entscheidungen rechtskräftig.

Im Falle des Herrn Ortseifen geht es außerdem um die Feststellung der Unwirksamkeit der fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund betreffend seinen Vorstands-Dienstvertrag. Das Verfahren war im Hinblick auf das Strafverfahren gegen Herrn Ortseifen ausgesetzt. Im November 2012 wurde hierzu vor dem Landgericht Düsseldorf erstmals mündlich verhandelt.

Darüber hinaus befasste sich der Aufsichtsrat mit der weiteren Aufbereitung der Krise der IKB und der Geltendmachung von weiteren etwaigen Schadenersatzansprüchen gegen ehemalige Vorstandsmitglieder. Von der Geltendmachung etwaiger Ansprüche sah der Aufsichtsrat wie schon bislang und bis auf Weiteres ab. Mit dieser Entscheidung hat der Aufsichtsrat die Verfolgung etwaiger Ersatzansprüche im Zusammenhang mit der Krise der Bank allerdings nur vorläufig zurückgestellt. Ein endgültiger Verzicht auf etwaige Ansprüche ist damit weder rechtlich noch faktisch verbunden. Der Aufsichtsrat prüft die Verjährung etwaiger Ansprüche jedoch laufend, und nach dem Ergebnis seiner Prüfungen ist eine Verjährung etwaiger Ansprüche nicht zu befürchten.

Hinter dem Aufschub der Rechtsverfolgung innerhalb der noch laufenden Verjährungsfristen stehen im Wesentlichen zwei Überlegungen:

Zum einen sieht sich die Gesellschaft im Ausland potenziellen, nicht unerheblichen Ansprüchen ausgesetzt. Im Zusammenhang mit den Ereignissen, die im Sommer 2007 zur Krise der Gesellschaft geführt haben, könnten Ansprüche gegen die Gesellschaft behauptet und gegebenenfalls noch verfolgt werden. Derartige Ansprüche von Dritten gegen die Gesellschaft hält der Aufsichtsrat zwar für unbegründet. Trotzdem widerspricht es nach seiner Überzeugung dem Gesellschaftsinteresse, wenn der Aufsichtsrat über einen öffentlichen Organhaftungsprozess gegen ehemalige Vorstandsmitglieder den vorhandenen oder potenziellen Anspruchstellern Mittel an die Hand gäbe, um unbegründete Forderungen gegen die Gesellschaft zu behaupten und geltend zu machen. Bereits dadurch würde die Gesellschaft hohen Risiken ausgesetzt, zumal sie selbst im Fall des Obsiegens nicht annähernd den ihr entstehenden Verteidigungsaufwand ersetzt verlangen könnte. Unterläge die Gesellschaft in solchen Verfahren, wäre ein Regress bei etwaigen Verantwortlichen weitgehend illusorisch. Das gilt auch unter Berücksichtigung bestehender D&O-Versicherungen und der Freistellungsvereinbarung mit der KfW vom 10./16. September 2008. Zwar wurden insbesondere die hochvolumigen Rechtsstreitigkeiten rund um FGIC/Calyon, King County, Iowa Student Loan Liquidity Corporation sowie weiterer Anspruchsteller zwischenzeitlich verglichen. Es ist aber nicht auszuschließen, dass in anderer Sache von Kapitalmarktteilnehmern Schadenersatzklagen angestrengt werden, die unter Berücksichtigung des Streitwerts, der Verteidigungskosten und anderer Faktoren eine erhebliche Belastung für die Gesellschaft darstellen können. Des Weiteren verfolgt die IKB derzeit in den USA klageweise Schadenersatzansprüche wegen verschiedener Investitionen. Es widerspricht nach der Überzeugung des Auf-

sichtsrats auch hier dem Gesellschaftsinteresse, wenn über einen öffentlichen Organhaftungsprozess gegen ehemalige Vorstandsmitglieder den jeweiligen Anspruchsgegnern indirekt Mittel an die Hand gegeben würden, die die Anspruchsgegner im Rahmen der Verfolgung ihrer Ansprüche verwenden könnten.

Vor diesem Hintergrund ist der Aufsichtsrat der Überzeugung, dass die Verfolgung etwaiger Innenhaftungsansprüche innerhalb der Verjährungsfristen im besten Interesse der Gesellschaft erst zu einem Zeitpunkt begonnen werden sollte, zu dem sich die forensische Gesamtlage beruhigt hat. Ungeachtet dessen wird sich der Aufsichtsrat aber auch im laufenden Geschäftsjahr kontinuierlich mit der etwaigen Verfolgung von Schadenersatzansprüchen gegen die für die Krise der Gesellschaft verantwortlichen Personen unter Berücksichtigung des Unternehmensinteresses beschäftigen und die Interessenlage des Unternehmens regelmäßig überprüfen, um festzustellen, ob sie die Verfolgung etwaiger Ersatzansprüche im Zusammenhang mit der Krise der Gesellschaft zulässt.

Zum anderen wird bekanntlich im Rahmen einer aktienrechtlichen Sonderprüfung untersucht, ob ehemalige Vorstandsmitglieder im Zusammenhang mit den Ereignissen, die im Sommer 2007 zur Krise der Gesellschaft geführt haben, ihre organschaftlichen Pflichten verletzt haben. Diese Sonderprüfung dauert nach wie vor an, und der Gesellschaft ist nicht bekannt, wann genau der Sonderprüfer sie abschließen und seinen Prüfungsbericht vorlegen wird. Selbstverständlich muss und wird der Aufsichtsrat die Ergebnisse der Sonderprüfung in seine Prüfungen und Abwägungen einfließen lassen. Nach derzeitigem Sachstand hält er es daher für geboten, die Ergebnisse der Sonderprüfung abzuwarten, um sie innerhalb der Verjährungsfristen bei seiner Entscheidung über die Geltendmachung etwaiger Ansprüche zu berücksichtigen.

Entsprechenserklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex

Nach dem Wegfall der Börsennotierung ist die Abgabe einer Entsprechenserklärung gesetzlich nicht mehr vorgesehen.

Arbeit der Ausschüsse

Zur effizienten Wahrnehmung seiner Aufgaben hat der Aufsichtsrat verschiedene Ausschüsse gebildet: das Aufsichtsratspräsidium, den Finanz- und Prüfungsausschuss und den Nominierungsausschuss. Die Ausschüsse bereiten die Beratung und die Beschlussfassung im Plenum vor. Darüber hinaus sind den Ausschüssen auch eigene Beschlusszuständigkeiten übertragen worden.

Das Aufsichtsratspräsidium bereitete im Wesentlichen die Sitzungen des Aufsichtsrats vor und beschäftigte sich schwerpunktmäßig mit der Geschäftsentwicklung (einschließlich der etwaigen Zustimmung zu zustimmungsbedürftigen Geschäften) und beriet insbesondere mit dem Vorstand über die Lage der Bank und des Konzerns. Zudem befasste sich das Aufsichtsratspräsidium mit Corporate-Governance-Fragen, der Vorbereitung der ordentlichen Hauptversammlung und Vorstandsangelegenheiten.

Die Arbeit des Finanz- und Prüfungsausschusses konzentrierte sich auf die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses, die Wirksamkeit des internen Kontrollsystems, des Risikomanagements, des internen Revisionssystems und der Compliance sowie der Abschlussprüfung, insbesondere der Unabhängigkeit des Abschlussprüfers und der vom Abschlussprüfer zusätzlich erbrachten Leistungen. So wurden die Aufstellung des Jahres- und des Konzernabschlusses sowie die Bestellung des Abschlussprüfers beraten. Der Finanz- und Prüfungsausschuss holte die Unabhängigkeitserklärung des Abschlussprüfers gemäß Ziffer 7.2.1 des Deutschen Corporate Governance Kodex ein, vereinbarte die unverzügliche Unterrichtung des Ausschussvorsitzenden über während der Prüfung auftretende mögliche Ausschluss- oder Befangenheitsgründe und erteilte den Prüfungsauftrag an den Abschlussprüfer. Er vereinbarte mit dem Abschlussprüfer die Prüfungsschwerpunkte und traf mit ihm die Honorarvereinbarung.

Der Nominierungsausschuss erörterte die Vorschläge an den Aufsichtsrat zur Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern durch die Hauptversammlung am 23. August 2012.

Die Mitglieder der Ausschüsse berieten sich darüber hinaus untereinander mehrfach und hatten außerhalb der Ausschusssitzungen laufend Kontakt mit dem Vorstand.

Im Plenum wurde über die Arbeit der Ausschüsse berichtet.

Jahres- und Konzernabschlussprüfung

Zum Abschlussprüfer für den Jahres- und den Konzernabschluss sowie für eine etwaige prüferische Durchsicht des verkürzten Abschlusses und des Zwischenlageberichts für das erste Halbjahr des Geschäftsjahres 2012/13 hat die Hauptversammlung die PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (PwC), Düsseldorf, gewählt. PwC hat die Jahresabschlüsse der IKB AG und des Konzerns sowie den zusammengefassten Lagebericht für die IKB AG und den Konzern geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Nach dem Wegfall der Kapitalmarktorientierung wurde auch der Konzernabschluss erstmals wieder auf Basis des deutschen Handelsgesetzbuches aufgestellt. Eine prüferische Durchsicht des verkürzten Abschlusses und des Zwischenlageberichts für das erste Halbjahr des Geschäftsjahres 2012/13 ist nicht beauftragt worden.

Die Prüfungen und Beratungen über den Jahresabschluss, den Konzernabschluss und den zugehörigen zusammengefassten Lagebericht sowie die darauf bezogenen schriftlichen Prüfungsberichte von PwC für das Geschäftsjahr 2012/13 im Finanz- und Prüfungsausschuss und im Aufsichtsratsplenum fanden am 27. Juni 2013 statt. Alle Aufsichtsrats- bzw. Ausschussmitglieder haben diese Unterlagen rechtzeitig vor der jeweiligen Sitzung erhalten. Daher konnten sie sich rechtzeitig vor der Sitzung mit den jeweiligen Inhalten befassen. An diesen Erörterungen nahmen die Abschlussprüfer jeweils teil. Sie präsentierten die wesentlichen Ergebnisse ihrer Prüfung, beantworteten Fragen und gaben ergänzende Auskünfte. Wesentliche Schwächen des internen Kontroll- und des Risikomanagementsystems, bezogen auf den Rechnungslegungsprozess, haben die Abschlussprüfer nicht festgestellt. Umstände, die die Befangenheit der Abschlussprüfer besorgen lassen, lagen nicht vor. Die Abschlussprüfer haben den Aufsichtsrat ferner über alle von ihnen zusätzlich zur Abschlussprüfung erbrachten Leistungen informiert.

Dem Ergebnis der Abschlussprüfung hat der Aufsichtsrat in seiner Sitzung vom 27. Juni 2013 zugestimmt. Nach dem abschließenden Ergebnis der vom Aufsichtsrat vorgenommenen eigenen Prüfungen des Jahres- und des Konzernabschlusses sowie des zusammengefassten Lageberichts sind keine Einwendungen zu erheben. Den vom Vorstand aufgestellten Jahres- und den Konzernabschluss vom 28. Mai 2013 hat der Aufsichtsrat in seiner Sitzung am 27. Juni 2013 gebilligt. Der Jahresabschluss ist damit festgestellt.

Prüfung und Billigung des Abhängigkeitsberichts für das Geschäftsjahr 2012/13

Der vom Vorstand vorgelegte Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen für das Geschäftsjahr 2012/13 (Abhängigkeitsbericht) war ebenfalls Gegenstand der Prüfung durch den Abschlussprüfer. Der Abhängigkeitsbericht wurde mit folgendem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen: „Nach unserer pflichtgemäßen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, dass die tatsächlichen Angaben des Berichts richtig sind, bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Gesellschaft nicht unangemessen hoch war und bei den im Bericht aufgeführten Maßnahmen keine Umstände für eine wesentlich andere Beurteilung als die durch den Vorstand sprechen.“

In den Sitzungen vom 27. Juni 2013 haben sich zunächst der Finanz- und Prüfungsausschuss und sodann der Aufsichtsrat auch mit dem Abhängigkeitsbericht auseinandergesetzt und ihn geprüft. Die Aufsichtsratsmitglieder erhielten den Abhängigkeitsbericht sowie den darauf bezogenen Prüfungsbericht des Abschlussprüfers bereits vor der Sitzung, sodass sie sich rechtzeitig mit den jeweiligen Inhalten befassen konnten. Die Abschlussprüfer nahmen auch an den Beratungen des Aufsichtsrats sowie des Finanz- und Prüfungsausschusses über den Abhängigkeitsbericht teil, berichteten über die Ergebnisse ihrer Prüfungen, beantworteten Fragen und gaben ergänzende Auskünfte. Der Aufsichtsrat hat dem Prüfungsergebnis der Abschlussprüfer in seiner Sitzung am 27. Juni 2013 zugestimmt.

Nach dem abschließenden Ergebnis der eigenen Prüfung des Aufsichtsrats sind keine Einwendungen gegen die Erklärung des Vorstands am Schluss des Abhängigkeitsberichts zu erheben.

Personalia – Aufsichtsrat

Herr Olivier Brahin hat sein Amt mit Wirkung zum 25. Mai 2012 niedergelegt. Herr Dr. Karsten von Köller und Herr Dr. Claus Nolting, deren Amtszeiten jeweils mit Ablauf der Hauptversammlung vom 23. August 2012 endeten, wurden durch Beschlüsse der Hauptversammlung am 23. August 2012 für die Zeit bis zur Beendigung der Hauptversammlung, die über die Entlastung der Mitglieder des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2014/15 beschließt, erneut in den Aufsichtsrat gewählt. Ferner wählte die Hauptversammlung am 23. August 2012 Herrn Michael Kolbeck anstelle des bereits mit Wirkung zum 21. Februar 2012 aus dem Aufsichtsrat ausgeschiedenen Herrn Dr. Thomas Rabe für die Zeit bis zur Beendigung der Hauptversammlung, die über die Entlastung der Mitglieder des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2014/15 beschließt, und Herrn Jordi Goetstouwers anstelle des aus dem Aufsichtsrat ausgeschiedenen Herrn Olivier Brahin für die Zeit bis zur Beendigung der Hauptversammlung, die über die Entlastung der Mitglieder des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2012/13 beschließt, neu in den Aufsichtsrat. Im Rahmen der konstituierenden Sitzungen des Aufsichtsrats und des Finanz- und Prüfungsausschusses am 23. August 2012 im Anschluss an die Hauptversammlung erfolgte die Wiederwahl von Herrn Dr. Karsten von Köller zum stellvertretenden Vorsitzenden des Aufsichtsrats und zum Vorsitzenden des Finanz- und Prüfungsausschusses. Frau Carmen Teufel und Herr Bernd Klein, deren Amtszeiten ebenfalls mit Ablauf der Hauptversammlung am 23. August 2012 endeten, wurden aufgrund einer Wahl der Arbeitnehmervertreter in den Aufsichtsrat wiedergewählt.

Aufgrund der Beendigung seines aktiven Arbeitsverhältnisses hat Herr Ulrich Wernecke sein Amt im Aufsichtsrat der IKB mit Wirkung zum 28. Februar 2013 niedergelegt. Der Aufsichtsrat wählte Frau Nicole Riggers als Nachfolgerin von Herrn Wernecke zum Mitglied des Aufsichtsratspräsidiums. Um das Verhältnis der Aktionärsvertreter und der Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat nach dem Drittelbeteiligungsgesetz weiterhin zu gewährleisten und eine vorzeitige Umsetzung der von der Hauptversammlung am 23. August 2012 beschlossenen Verkleinerung des Aufsichtsrats von fünfzehn auf zwölf Mitglieder zu ermöglichen, haben die Herren Michael Kolbeck und Jordi Goetstouwers ihre Mandate mit Wirkung zum 1. März 2013 niedergelegt. Der Arbeitnehmervertreter Herr Dieter Schnitzler hatte zuvor das Amt als Ersatzmitglied für Herrn Wernecke nicht angetreten, so dass der Aufsichtsrat seit dem 1. März 2013 nur noch aus zwölf statt bisher fünfzehn Mitgliedern besteht.

Der Aufsichtsrat dankt allen ausgeschiedenen Mitgliedern des Aufsichtsrats für ihre Mitarbeit.

Personalia – Vorstand

Im abgelaufenen Geschäftsjahr gab es im Vorstand der Bank keine personellen Veränderungen. Dem Vorstand gehörten die Herren Hans Jörg Schüttler (Vorsitzender des Vorstands), Dr. Dieter Glüder, Claus Momburg und Dr. Michael Wiedmann an.

Der Aufsichtsrat dankt den Mitgliedern des Vorstands sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des IKB-Konzerns für ihren persönlichen Einsatz und die geleistete Arbeit im abgelaufenen Geschäftsjahr.

Düsseldorf, den 27. Juni 2013

Der Aufsichtsrat



Bruno Scherrer

Vorsitzender

Finanzierungsmuster wandeln sich

Die Unternehmensfinanzierung ist im Wandel. Das zeigt sich an der Entwicklung des Bestandes an Unternehmenskrediten. Nach einem Abbau der Verschuldung in und kurz nach der Krise hätte man ab 2010 mit einer kräftigen Ausweitung des Kreditvolumens rechnen können. Aber die Kreditaufnahme der Unternehmen blieb im Aufschwung gering. Ende 2012 lagen die an Unternehmen und Selbstständige ausgereichten Bankkredite noch um 3,5 % bzw. gut 30 Mrd. € unter dem Niveau von Ende 2008.

Hinweise darauf, dass die Kreditentwicklung durch Verknappung des Kreditangebots belastet wird, gibt es nicht. Die Unternehmen beurteilen das Verhalten der Banken als wenig restriktiv. Die Gründe für den verhaltenen Anstieg der Kreditfinanzierung sind daher eher auf der Nachfrageseite zu suchen. Zum einen spielt hier eine Rolle, dass die Unternehmen ihre Investitionstätigkeit nur sehr vorsichtig ausgeweitet haben. Die gesamtwirtschaftlichen Ausrüstungsinvestitionen haben noch nicht wieder das Spitzenniveau von 2007/08 erreicht. Verhalten blieb auch die Akquisitionstätigkeit der Unternehmen. Es wurden vor allem kleinere Transaktionen mit überschaubaren Finanzierungsvolumina getätigt. Schließlich wurde auch beim Working Capital vorsichtig disponiert. Dank vielfältiger Optimierungen hielt sich auch hier der Mittelbedarf in Grenzen.

Insgesamt haben die Unternehmen den letzten Aufschwung ohne starke Ausweitung ihrer Vermögenspositionen (und damit auch des Finanzierungsvolumens) bewältigt. Gemäß einer Bundesbank-Statistik hat sich die aggregierte Bilanzsumme der Unternehmen von 2009 bis 2011 nur halb so stark erhöht wie der Umsatz, während in früheren Aufschwungphasen beide Größen annähernd parallel gestiegen waren.

Eine wesentliche zweite Ursache für die verhaltene Kreditentwicklung ist der verstärkte Einsatz anderer Finanzierungsbausteine. Zum einen erlaubte die gute Ertragslage den Unternehmen einen hohen Selbstfinanzierungsanteil. Zum anderen haben Großkonzerne wie auch große mittelständische Unternehmen verstärkt den direkten Zugang zum Kapitalmarkt gewählt und sich über Anleihen langfristig verfügbare Mittel beschafft. Zudem wurden 2011 und 2012 etwa 60 Anleihen an den von den Börsen neu eingerichteten Mittelstandsmärkten emittiert. Die Emittenten nutzten das starke Interesse seitens Investoren und Anlegern im derzeitigen Niedrigzinsumfeld. Viele setzen zudem bewusst auf eine Diversifizierung ihrer Finanzierung, weil sie erwarten, dass die Verschärfung der Bankenregulierung die langfristige Kreditvergabe erschweren und verteuern wird. Netto – d. h. abzüglich Tilgungen – registrierte die Deutsche Bundesbank im Zweijahreszeitraum 2011/12 für Unternehmensanleihen ein inländisches Emissionsvolumen von rd. 23 Mrd. €, womit der Zuwachs des Bankkreditvolumens deutlich übertroffen wurde. Auf starkes Interesse stießen auch Schuldscheindarlehen, deren Tranchen inzwischen zunehmend im Ausland platziert werden.

Allerdings wird die Nachfrage nach Bankkrediten wieder ansteigen, sobald sich das Finanzmarktumfeld verändert und sich die Konjunktur nachhaltig belebt. Denn der Bankkredit bleibt für zahlreiche Verwendungen nach wie vor das ideale Finanzierungsinstrument. Vieles aber deutet für die Zukunft auf ein vielfältigeres Muster in der Unternehmensfinanzierung hin, in dem Kapitalmarktelemente eine größere Rolle spielen. Dieser Trend wird durch eine zunehmende Internationalisierung der Unternehmen noch verstärkt.

(Diese Seite ist nicht Teil des Lageberichts.)

Zusammengefasster Lagebericht

1. Geschäft und Rahmenbedingungen

Auch das Geschäftsjahr 2012/13 stand hinsichtlich der Entwicklung an den Kapitalmärkten, der volkswirtschaftlichen Entwicklung weltweit und der Kreditversorgung der Wirtschaft im Zeichen der Euro-Krise, die nach wie vor durch die Euro-Mitgliedsstaaten nicht gelöst worden ist. Für das Geschäftsjahr zeigt sich dabei eine grobe Zweiteilung. Bereits im Frühjahr begann die vorsichtig zuversichtlichere Grundstimmung in den Märkten infolge der großzügigen Liquiditätsbereitstellung der Europäischen Zentralbank (EZB) zu Jahresbeginn, die die akuten Refinanzierungsnotwendigkeiten zahlreicher Banken im Euro-Raum verringerten, an Wirkung zu verlieren. Die weiterhin wirtschaftspolitisch ungelösten Probleme der Euro-Zone ließen zunehmend Zweifel auch an großen Euro-Mitgliedsstaaten und deren Bankensystemen aufkommen. Vor allem in Spanien verschärfte sich die Probleme. Wichtige Institute in Spanien sahen sich einem steigenden Abschreibungs- und Vorsorgebedarf, insbesondere im Immobiliengeschäft, ausgesetzt und benötigten daher neues Eigenkapital. Viele Marktteilnehmer weltweit bereiteten sich auf einen Zusammenbruch der Euro-Währungsunion vor oder spekulierten darauf. Die Folge waren u. a. drastische Ausweitungen der Risikoprämien für bestimmte Euro-Länder sowie ein sehr niedriges Zinsniveau und eine Flucht in „sichere“ Anlagen.

Im Herbst 2012 reagierte die EZB dann mit ihrer Ankündigung, unter bestimmten Bedingungen Stützungskäufe von Staatsanleihen einzelner Länder in grundsätzlich unbegrenztem Umfang durchzuführen, und beruhigte damit die Finanzmärkte. Darüber hinaus signalisierte der EU-Gipfel im Juni den politischen Willen, Initiativen in Richtung einer stärkeren Integration – wie eine gemeinsame Bankenaufsicht – voranzutreiben. Auch erhielten Spanien zur Bankenrekapitalisierung und Griechenland zur Unterstützung des Anpassungsprozesses Hilfgelder von der Euro-Gruppe. Insbesondere die EZB-Ankündigung reduzierte in der Wahrnehmung der Marktteilnehmer entscheidend die Gefahr des Eintretens extremer Szenarien. In der Folge verringerten sich Mittelabflüsse aus den Krisenländern, wie etwa Spanien. Risikoaufschläge für Aktiva aus den besonders anfälligen Ländern engten sich ein. Diesen positiven Trend haben selbst die unklaren politischen Verhältnisse in Italien nach der Wahl sowie die Schwierigkeiten bei der Rettung Zyperns für jeweils nur wenige Tage unterbrochen. Eine wesentliche Unterstützung für diese Entwicklung dürfte auch aus der weltweit sehr expansiven Geldpolitik herrühren.

Die EZB hat den europäischen Staaten Zeit „gekauft“. Diese müssen wichtige wirtschaftspolitische Entscheidungen erst noch gemeinsam fällen, dazu gehören u. a.

- die Auskleidung der Bankenunion und der Unterstützungsleistungen für angeschlagene Banken, um die Schicksalsgemeinschaft zwischen hochverschuldeten Staaten und ihren Gläubigerbanken zu lösen,
- die ausgewogene Balance zwischen Konsolidierung der Haushalte und angemessenem Wachstum, um Strukturwandel und Akzeptanz von Sparmaßnahmen möglich zu machen,
- die Wiederherstellung von grenzüberschreitend funktionierenden Geld-, Kredit- und Kapitalmärkten,
- die Sicherstellung von langfristigen Finanzierungsmitteln u. a. für die benötigte Infrastruktur, als Vorbedingung für Produktivitätssteigerungen.

Je klarer und verlässlicher das Vorgehen den Kapitalmärkten vermittelt werden kann, desto höher wird die Wahrscheinlichkeit, dass die Euro-Krise allmählich abklingen kann.

Rahmenbedingungen für das Kerngeschäft

Trotz zunächst günstiger Konjunktursignale zum Jahresauftakt 2012 blieb die Expansion der Weltwirtschaft im weiteren Verlauf des Jahres verhalten. Erst zum Ende 2012 zeigte sie wieder Belebungstendenzen. In den USA war die Konjunktur moderat aufwärtsgerichtet; erst zum Jahresende verlangsamte sie sich deutlich aufgrund der drohenden massiven Ausgabenkürzungen („Fiscal Cliff“), die aber durch die US-Finanz-

politik abgemildert wurde. Trotz weiter bestehender Unsicherheiten um die Fiskalpolitik zeigt die US-Wirtschaft seit Anfang 2013 deutliche Belebungstendenzen.

Im Euro-Raum hat sich angesichts der anhaltenden Spannungen und der Notwendigkeit von Konsolidierungsmaßnahmen die konjunkturelle Schwäche im Berichtszeitraum fortgesetzt; im letzten Jahresviertel 2012 hat sie sich noch verstärkt. Insgesamt ist die Euro-Zone weiterhin durch einen sehr heterogenen Konjunkturverlauf gekennzeichnet. Vor allem die Krisenländer, deren Konsolidierungskurs auf Druck der Märkte zum Teil sehr ausgeprägt ist, verzeichneten deutliche Rückgänge der Wirtschaftsleistung. Auch in Italien und Spanien vertiefte sich die Rezession noch einmal. In diesen Ländern schrumpfte das Bruttoinlandsprodukt (BIP) 2012 um 2,4 % bzw. 1,4 %. Die französische Wirtschaft ist in der Stagnation. In vielen Ländern der Euro-Zone wird die hohe Arbeitslosigkeit in Zusammenhang mit den Sparmaßnahmen zunehmend zur Belastung im Hinblick auf die gesellschaftliche Unterstützung für weitere Konsolidierungsmaßnahmen und die Euro-Zone als Ganzes.

Auch die britische Wirtschaft spürte die Krise auf den europäischen Absatzmärkten. Zwar konnten die Olympischen Spiele kurzfristig Impulse bringen. Insgesamt zeigte Großbritannien 2012 aber nur ein schwaches BIP-Wachstum von 0,3 %.

Die Konjunktur in Deutschland hat im Jahr 2012 ebenfalls an Schwung verloren. Das reale BIP ist mit 0,7 % nur moderat gestiegen, nach den sehr kräftigen Zuwächsen der Vorjahre. Zurückzuführen ist die Abschwächung des Wirtschaftswachstums auf den Abschluss des Aufholprozesses nach der schweren Rezession 2008/09 und die damit verbundene Normalisierung des Expansionstempos. Hinzugekommen ist als besonderer Belastungsfaktor das schwierige internationale Umfeld. Hierzu zählen die mit den Schuldenkrisen verbundene hohe Unsicherheit und die schweren Anpassungsrezessionen in Teilen des Euro-Gebiets. Die deutsche Wirtschaft konnte sich diesen Widrigkeiten trotz einer guten strukturellen Verfassung nicht entziehen. Insbesondere die Unternehmensinvestitionen wurden aufgrund mangelnden Vertrauens in die weitere wirtschaftliche Entwicklung der Euro-Zone in Mitleidenschaft gezogen und befinden sich immer noch deutlich unter dem Vorkrisenniveau von 2008. Der Wohnungsbau als sichere Anlage profitierte hingegen von der Verunsicherung. Der private Konsum setzte seine verhaltene Aufwärtstendenz fort. Stützend erwiesen sich dabei die weiter zunehmende Erwerbstätigkeit und der Anstieg der Einkommen.

In den letzten Monaten hat sich die Lage an den Finanzmärkten im Euro-Raum durch die Ankündigung der EZB im Herbst 2012 entspannt. Die Risikoaufschläge für Problemländer sanken, die Überschussliquidität im Bankensektor verringerte sich und auch die Zahlungsbilanzungleichgewichte – sichtbar an den Target2-Salden des Euro-Systems, die sich bis etwa zur Mitte des vergangenen Jahres erheblich vergrößert hatten – bildeten sich zurück. Neue größere Aktionen zur Stützung der Märkte hat die EZB nicht vorgenommen, auch blieben die Leitzinsen unverändert. Die Fragmentierung der Geld- und Kapitalmärkte besteht weiter, und die Lage im Bankensektor einiger Länder bleibt prekär. Somit ist die Anfälligkeit gegenüber neuen Störungen nach wie vor gegeben.

Die Fragmentierung des Euro-Raums spiegelt sich auch in den Kreditmärkten wider, so sind die Finanzierungsbedingungen weiterhin erheblich von länderspezifischen Faktoren geprägt. In den Krisenländern belastet die schwache wirtschaftliche Entwicklung die Kreditnachfrage. Hinzu kommen aber vor allem angebotsseitige Beschränkungen in Form von schärferen Kreditrestriktionen und schlechteren Konditionen. Der erhebliche Umfang notleidender Kredite in den Bilanzen stellt eine Belastung für das Eigenkapital der Banken dar. Der Bank Lending Survey der EZB deutet ebenfalls auf eine angebotsseitige Beschränkung in den Krisenländern hin. In Deutschland gab es dagegen keine Anzeichen für eine restriktive Kreditvergabe der Banken. Dennoch blieb die Kreditneuaufnahme von Unternehmen – wie auch im Vorjahr – relativ schwach. Verantwortlich hierfür ist neben der Zurückhaltung bei Ausrüstungsinvestitionen, dass Unternehmen verstärkt die Möglichkeit der Innen- oder Kapitalmarktfinanzierung nutzen. Doch auch bei der Kapitalmarkt-

finanzierung und M&A-Geschäften hinterlässt die unsichere gesamtwirtschaftliche Lage Spuren und zeigte in einem eher pessimistischen Transaktionsumfeld eine verhaltene Entwicklung.

Das deutsche Bankgewerbe stand im Jahr 2012 zunehmend vor der Herausforderung, unter anhaltend schwierigen Rahmenbedingungen die Rentabilitätsansprüche mit den gestiegenen Regulierungsanforderungen bei der Sicherung der Kapitalbasis, der Kreditqualität und der Liquidität in Einklang zu bringen. Während hierbei die allgemeine Wirtschaftslage in Deutschland noch stabilisierend wirkte, hinterließen die globale Konjunkturabschwächung und die sich zeitweise verschärfende Staatsschuldenkrise deutliche Spuren bei Risikovorsorge und Erträgen. Zudem belasteten die anhaltend niedrigen Geld- und Kapitalmarktzinsen und die flache Zinsstrukturkurve den Zinsüberschuss. Auch blieb der Wettbewerb im klassischen Kreditgeschäft, auf das sich die Institute zunehmend fokussieren, intensiv. Gleiches gilt für das Einlagengeschäft, hier verschärft sich der Wettbewerb um kostengünstige beziehungsweise stabile Refinanzierungsquellen erheblich.

Strategische Positionierung der IKB

Die umfassenden Restrukturierungsmaßnahmen des IKB-Konzerns sind im Wesentlichen umgesetzt und die grundlegenden Anpassungen des Geschäftsmodells sind erfolgt. Das Institut weist eine solide Kernkapitalbasis auf, Risiken wurden sukzessive reduziert sowie die Liquiditätsbasis nachhaltig gesichert und diversifiziert. Ebenso sind die EU-Auflagen erfüllt und der Garantierahmen des SoFFin (Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung) ist Ende des Jahres 2012 vollständig zurückgeführt worden.

Die weitgehend abgeschlossene Restrukturierung ermöglicht es der IKB, sich verstärkt auf das Kundengeschäft und ihre Aktivitäten im Bereich von Beratung, Kapitalmarkt, Kredit- und Asset-Management zu konzentrieren. Durch ihren integrierten Geschäftsansatz, bestehend aus Regionalvertrieb, Industriegruppen und Produktgruppen, wird eine umfassende Beratung für die Kunden sichergestellt. Trotz der andauernden europäischen Staatsschuldenkrise und der finanz- und realwirtschaftlichen Unsicherheiten ist es der IKB gelungen, Neukunden zu akquirieren und bestehende Kundenbeziehungen auszubauen. Die Zielkunden der IKB sind überwiegend dem industriellen Mittelstand zugehörig; häufig wachstumsstarke Unternehmen, die in den nächsten Jahren ihren Umsatz ausbauen werden und sich zudem bereits stark internationalisiert haben.

Die IKB verfügt über ein bundesweites Vertriebsnetz aus Standorten der IKB AG und der IKB Leasing-Gruppe, das alle Regionen Deutschlands abdeckt. Der inländische Vertrieb wird durch ausgewählte europäische Standorte ergänzt. Die IKB Leasing-Gruppe ist mit 14 Leasing-Gesellschaften in zehn europäischen Ländern (Deutschland, Frankreich, Italien, Österreich, Polen, Rumänien, Russland, Slowakei, Tschechische Republik, Ungarn) tätig.

Bei langfristigen Unternehmenskrediten an das deutsche Verarbeitende Gewerbe hatte die Bank einen Marktanteil von rd. 7,0 %. Bei der Vergabe von Förderkrediten liegt der spezifische Marktanteil teils weit höher. Ferner ist es der IKB gelungen, ihre Syndizierungs- und Platzierungskompetenz für den Mittelstand im Kapitalmarktgeschäft zu nutzen und weiter auszubauen.

Im Hinblick auf Akquisitionsfinanzierungen arbeitet die IKB mit Private-Equity-Häusern zusammen, welche durch eine eigenständige Industriegruppe betreut werden. Zudem hat sich die IKB durch das Auflegen eines luxemburgischen Dach-Fonds als Asset-Manager für institutionelle Anleger aufgestellt. Die IKB entspricht mit diesem erweiterten Ansatz dem Anlagebedarf ihrer Kunden mit Blick auf verschiedene Asset-Klassen.

Aufgrund der Bestrebungen der Bankenaufsicht, die Regulierung der Banken weltweit umfassend neu zu gestalten und zu verschärfen, zeichnet sich auch für das Geschäftsmodell der IKB ab, dass

- eine Versorgung der Kunden mit Finanzierungsmitteln in zunehmendem Maße über den Kapitalmarkt organisiert wird,
- die Kreditlaufzeiten in der Unternehmensfinanzierung sich insgesamt verkürzen,
- die Absicherung mit Derivaten für Unternehmen teurer wird,
- die Zurverfügungstellung von kurzfristig abrufbarer Liquidität sich verteuern wird,
- sich aufgrund erhöhter Kapitalerfordernisse und der notwendigen Preisdisziplin auch für die Kunden höhere Kreditkosten ergeben,
- die Finanzierung über Einlagen ein wesentlicher Baustein sein muss.

Die IKB stellt ihren mittelständischen Kunden die eingeworbenen Einlagen als mittelfristige Eigenmittelkredite zur Verfügung. Fördermittel werden vorrangig eingesetzt, um langfristige Finanzierungsbedürfnisse der Unternehmen adäquat abzudecken. Um Unternehmen erfolgreich an den Kapitalmarkt zu bringen, betreibt die IKB in begrenztem Umfang Handelsgeschäfte und baut ihre Industriegruppen aus. Fondslösungen werden genutzt, um Unternehmen mit einem breiteren Angebot an Produkten (u. a. Mezzanine) versorgen zu können und ihnen so indirekt den Kapitalmarkt zu erschließen.

Wesentliche Bestandteile des Refinanzierungsmix der IKB sind neben besicherten Finanzierungen die aktive Nutzung von Programmkrediten und Globaldarlehen der öffentlichen Förderbanken sowie das Einlagengeschäft mit institutionellen Kunden, Firmen- und Privatkunden. Auf diese Weise stellt sich die IKB auch darauf ein, dass aufgrund von Basel III bzw. Solvency II die Nachfrage der traditionellen Investoren (Banken, Versicherungen) nach unbesicherten Bankanleihen rückläufig sein wird.

Das zunehmend komplexe Regulierungsumfeld und die damit einhergehende Unsicherheit verursachen in erheblichem Maße Eigenkapitalkosten und erhöhte regulatorische Verwaltungsaufwendungen. Hinzu kommen zahlreiche Vorhaben, die spezifische Abgaben für Banken beinhalten und weitreichende Lenkungswirkungen für bestimmte Geschäfte haben können (beispielsweise Finanztransaktionssteuer). Deshalb bleiben für das Geschäftsmodell eine hohe Kostendisziplin, insbesondere bei der Umsetzung von Regulierungsvorgaben, eine Optimierung der risikogewichteten Aktiva und eine Antizipation der Lenkungswirkungen von Abgaben von hoher Relevanz.

2. Wichtige Ereignisse im Berichtszeitraum

Umsetzung der EU-Auflagen

Die EU-Kommission hat mit Schreiben vom 23. Oktober 2012 zum finalen Bericht über die Umsetzung der EU-Auflagen Stellung genommen und ausgeführt, dass die Verpflichtungen aus der Entscheidung vom 21. Oktober 2008 weitgehend erfüllt sind. Im Einzelnen hat die EU-Kommission Folgendes festgestellt:

- Der umzusetzende Umstrukturierungsplan ist ordnungsgemäß implementiert worden. Insbesondere war der Eigentümerwechsel bei der IKB erfolgreich. Diese ist nunmehr vollständig privatisiert und tritt als solche am Markt auf.
- Die IKB hat ihre Bilanzsumme auf 32,1 Mrd. € reduziert, was unter dem von der EU-Kommission geforderten Wert von 33,5 Mrd. € liegt.
- Die Veräußerung bzw. Abwicklung des Geschäftssegments der Immobilienfinanzierung (einschließlich IKB Management GmbH, IKB Projektentwicklungs GmbH & Co. KG und IKB Projektentwicklungsverwaltungsgesellschaft mbH) hat stattgefunden.
- Die Abwicklung des Standorts Luxemburg ist auf den Weg gebracht. Es bestehen noch juristische Gründe, welche die vollständige Abwicklung der IKB International S.A. bzw. der Niederlassung Luxemburg der IKB verzögern. Es wird in diesen Bereichen kein Neugeschäft mehr getätigt und die bereits umgesetzten Maßnahmen sind unumkehrbar.
- Die Abwicklung der IKB Capital Corporation hat stattgefunden.
- Die Abwicklung der Geschäftstätigkeiten der IKB in Amsterdam hat stattgefunden.
- Die Veräußerung bzw. Abwicklung der Geschäftstätigkeit aus der früheren 50%igen IKB-Beteiligung an der Movesta Lease and Finance GmbH hat nach Auffassung der EU-Kommission noch nicht vollständig stattgefunden. Zwar seien unumkehrbare Maßnahmen eingeleitet worden, es bestünden aber noch juristische Gründe, welche die vollständige Abwicklung verzögerten.
- Die Abwicklung weiterer in der Bilanz ursprünglich ausgewiesener nicht strategischer Aktivpositionen in Höhe von 1,7 Mrd. € wurde aufgrund rechtlicher Hemmnisse nur teilweise erfüllt, hat sich aber durch den Abbau der Bilanzsumme auf unter 33,5 Mrd. € erledigt.

Die EU-Kommission hat daher die Überwachung der Auflagen aus der Entscheidung vom 21. Oktober 2008 auf die Kontrolle der vollständigen Abwicklung der IKB International S.A. sowie der früheren 50%igen IKB-Beteiligung an der Movesta Lease and Finance GmbH beschränkt.

Die Verhaltenspflichten für die IKB aus der Entscheidung der EU-Kommission vom 17. August 2009 zur Erweiterung des Garantierahmens des SoFFin umfassten

- Einschränkungen im Eigenhandel sowie
- die weitgehende Einschränkung des Rückkaufs eigener Verbindlichkeiten

und sind mit der vollständigen Rückführung des genehmigten SoFFin-Garantierahmens im Dezember 2012 entfallen.

Mit Schreiben vom 14. Februar 2013 hat die IKB an die EU-Kommission über den Stand der Abwicklung der IKB S.A. und der 50%igen Beteiligung an der Movesta Lease and Finance GmbH berichtet und angeregt, die beihilferechtliche Überwachung der IKB mit der Feststellung der Aufлагenerfüllung zu beenden. Eine Antwort der EU-Kommission steht derzeit noch aus.

Rückgabe von SoFFin-Garantien

Im Geschäftsjahr 2012/13 hat die IKB die per 1. April 2012 verbliebenen SoFFin-Garantien in Höhe von 4,5 Mrd. € vollständig zurückgegeben. Im Zeitablauf ergab sich folgende Entwicklung:

Tabelle: SoFFin-Garantierückgaben im Geschäftsjahr 2012/13

Datum	Rückgabevolumen	Anleihefälligkeit	Restsumme
18. Mai 2012	250 Mio. € (vorzeitig)	2. Februar 2015	4,25 Mrd. €
2. August 2012	250 Mio. € (vorzeitig)	2. Februar 2015	4,00 Mrd. €
24. August 2012	250 Mio. € (vorzeitig)	2. Februar 2015	3,75 Mrd. €
10. September 2012	2,0 Mrd. € (per Fälligkeit)	10. September 2012	1,75 Mrd. €
27. September 2012	250 Mio. € (vorzeitig)	2. Februar 2015	1,50 Mrd. €
26. Oktober 2012	650 Mio. € (vorzeitig)	1. Februar 2013	850 Mio. €
31. Oktober 2012	100 Mio. € (vorzeitig)	1. Februar 2013	750 Mio. €
29. November 2012	400 Mio. € (vorzeitig)	2. Februar 2015	350 Mio. €
14. Dezember 2012	350 Mio. € (vorzeitig)	2. Februar 2015	0 €

Die Rückgaben waren aufgrund bestehender Liquiditätsüberschüsse möglich und reduzierten die von der IKB zu zahlenden SoFFin-Provisionen, die sich seit Inanspruchnahme der SoFFin-Garantien auf insgesamt 343 Mio. € beliefen. Der maximale Garantierahmen hatte 12 Mrd. € betragen. Hiervon waren 10 Mrd. € in Anspruch genommen worden.

Nach Rückgabe der letzten verbleibenden SoFFin-garantierten Anleihen am 14. Dezember 2012 ist seitens des SoFFin einer Einstellung des regelmäßigen Reportings sowie einer Aufhebung der Auflagen aus dem Garantierahmenvertrag zugestimmt worden. Mit der vollständigen Rückgabe entfielen insbesondere die Restriktionen des SoFFin in Bezug auf die Kernkapitalquote und der EU-Kommission in Bezug auf Eigenhandel und Rückkäufe von Passiva.

Veränderungen im Konzern

Im April 2012 ist der Investmentfonds Partner Fonds Eurobonds, Luxemburg, liquidiert worden.

Im Mai 2012 sind der IKB Partner Fonds, Luxemburg, und der Partner Fonds Europa Renten Teilfonds II, Luxemburg, aufgelöst worden.

Das Liquidationsverfahren der MD Capital Verwaltungs GmbH i.L. sowie der MD Objekt Lorsch Verwaltungs GmbH i.L. wurde jeweils im Juni 2012 eingeleitet. Die Gesellschaften sind nicht mehr aktiv und werden abgewickelt. Das Liquidationsverfahren der MD Capital Beteiligungsgesellschaft mbH wurde mit Wirkung zum 31. Dezember 2012 eingeleitet. Ferner wurden die MD Capital Stromstraße Verwaltungsgesellschaft mbH, Düsseldorf, sowie die MD Objekt Stromstraße Verwaltungsgesellschaft mbH, Düsseldorf, ebenfalls zum 31. Januar 2013 in Liquidation gesetzt.

Die IKB SWE GmbH wurde am 11. September 2012 in IKB Leasing Beteiligungsgesellschaft mbH umfirmiert. Die bis dato inaktive Gesellschaft wird seitdem als Holdinggesellschaft der IKB Leasing-Gruppe genutzt.

Die IKB Leasing GmbH, Hamburg, und die IKB Leasing Berlin GmbH, Erkner, wurden am 6. Dezember 2012 mit Wirkung zum Beginn des 1. April 2012 (Verschmelzungsstichtag) auf die IKB Autoleasing GmbH, Hamburg, verschmolzen. Das bisher in der IKB Leasing GmbH und der IKB Leasing Berlin GmbH geführte Leasinggeschäft ist damit auf die IKB Autoleasing GmbH übergegangen. Zeitgleich mit der Eintragung der Doppelverschmelzung in das Handelsregister wurde die IKB Autoleasing GmbH in IKB Leasing GmbH um-

firmiert, sodass das Leasinggeschäft nunmehr einheitlich unter der Firma IKB Leasing GmbH fortgeführt wird.

Rechtlich relevante Ereignisse

King County, Iowa Student Loan Liquidity Corporation und IKB haben am 25. Juni 2012 eine Vereinbarung unterzeichnet, welche die vor dem United States District Court of the Southern District of New York, USA, zwischen diesen Parteien anhängige Rechtsstreitigkeit beendet hat. Die vertrauliche Vereinbarung regelt die Beendigung der Rechtsstreitigkeit ohne Schuldanerkenntnis der unterzeichnenden Parteien. Die IKB geht davon aus, dass die Einigung keine finanzielle Belastung für die Bank darstellt, und betrachtet ihre Rechtsrisiken infolge der Vereinbarung als vermindert.

Zu weiteren Informationen wird auf das Unterkapitel „Rechtsrisiken“ im Risikobericht verwiesen.

Ergebnisse der Sonderprüfung

Im August 2009 hatte das Landgericht Düsseldorf auf Antrag von Aktionären beschlossen, einen Sonderprüfer zu bestellen, der bei der IKB überprüfen soll, ob Mitglieder des Vorstands bzw. des Aufsichtsrats Pflichtverletzungen im Zusammenhang mit bestimmten Vorgängen bezüglich der IKB-Krise begangen haben. Das Landgericht hat den Auftrag zur Durchführung der Sonderprüfung Herrn Dr. Harald Ring, Mitglied des Vorstands der Treuhand- und Revisions-Aktiengesellschaft Niederrhein, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft/Steuerberatungsgesellschaft, Krefeld, erteilt. Herr Dr. Ring war bereits von der Hauptversammlung im März 2008 zum aktienrechtlichen Sonderprüfer bestellt worden und hatte bis zum Widerruf seiner Bestellung durch die Hauptversammlung im März 2009 Prüfungshandlungen durchgeführt.

Rechtsbehelfe der IKB gegen die gerichtliche Bestellung des Sonderprüfers blieben aufgrund gerichtlicher Entscheidungen aus Dezember 2009 und März 2010 erfolglos. Im Nachgang zu diesen gerichtlichen Entscheidungen hat Herr Dr. Ring seine Tätigkeit als Sonderprüfer wieder aufgenommen.

Ergebnisse dieser Prüfung liegen der IKB bislang nicht vor.

Debt Issuance Programme

Das Debt Issuance Programme wurde zum 20. September 2012 mit einem reduzierten Rahmenvolumen von 10 Mrd. € aktualisiert. Dieses Programm wurde seitdem für verschiedene Neuemissionen genutzt.

Personalia

Herr Olivier Brahin hat mit Wirkung zum 25. Mai 2012 sein Amt als Aufsichtsrat niedergelegt.

Die Herren Dr. Karsten von Köller und Dr. Claus Nolting, deren Amtszeiten jeweils mit Ablauf der Hauptversammlung vom 23. August 2012 endeten, wurden durch Beschlüsse der Hauptversammlung am 23. August 2012 erneut in den Aufsichtsrat gewählt. Zudem wurden durch Beschlüsse der Hauptversammlung am 23. August 2012 Herr Michael Kolbeck anstelle des bereits mit Wirkung vom 21. Februar 2012 aus dem Aufsichtsrat ausgeschiedenen Herrn Dr. Thomas Rabe und Herr Jordi Goetstouwers anstelle von Herrn Olivier Brahin neu in den Aufsichtsrat gewählt. Im Rahmen der konstituierenden Sitzungen des Aufsichtsrats und des Finanz- und Prüfungsausschusses am 23. August 2012 erfolgte die Wiederwahl von Herrn Dr. Karsten von Köller zum stellvertretenden Vorsitzenden des Aufsichtsrats und zum Vorsitzenden des Finanz- und Prüfungsausschusses.

Turnusgemäß schieden mit Ablauf der Hauptversammlung am 23. August 2012 Frau Carmen Teufel und Herr Bernd Klein aus dem Aufsichtsrat aus. Sie wurden aufgrund einer Wahl der Arbeitnehmervertreter in den Aufsichtsrat wiedergewählt.

Aufgrund der Beendigung seines aktiven Arbeitsverhältnisses hat Herr Ulrich Wernecke sein Amt im Aufsichtsrat der IKB mit Wirkung zum 28. Februar 2013 niedergelegt. Der Aufsichtsrat wählte Frau Nicole Riggers als Nachfolgerin von Herrn Wernecke zum Mitglied des Aufsichtsratspräsidiums. Um das Verhältnis der Aktionärsvertreter und der Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat nach dem Drittelbeteiligungsgesetz weiterhin zu gewährleisten und eine vorzeitige Umsetzung der von der Hauptversammlung am 23. August 2012 beschlossenen Verkleinerung des Aufsichtsrats von fünfzehn auf zwölf Mitglieder zu ermöglichen, haben die Herren Michael Kolbeck und Jordi Goetstouwers ihre Mandate mit Wirkung zum 1. März 2013 niedergelegt. Der Arbeitnehmervertreter Herr Dieter Schnitzler hatte zuvor das Amt als Ersatzmitglied für Herrn Wernecke nicht angetreten, sodass der Aufsichtsrat seit dem 1. März 2013 nur noch aus zwölf statt bisher fünfzehn Mitgliedern besteht.

Interessenausgleich und Sozialplan

Die Bank befindet sich gegenwärtig in der Umsetzung eines am 7. Mai 2012 abgeschlossenen Interessenausgleichs und Sozialplans zum Abbau von insgesamt 173 Vollzeitbeschäftigten (VAK) innerhalb von zwei Jahren. Der im Rahmen der ersten Phase erfolgte Abbau von rund 100 Stellen ist bereits erfolgt.

Ordentliche Hauptversammlung am 23. August 2012

Die Ordentliche Hauptversammlung der IKB für das Geschäftsjahr 2011/12 fand am 23. August 2012 in Düsseldorf statt. Die Hauptversammlung hat allen Vorschlägen der Verwaltung mit großer Mehrheit zugestimmt. Die einzelnen Abstimmungsergebnisse finden sich im Internet unter www.ikb.de. Klagen gegen Beschlüsse der Hauptversammlung wurden der Bank nicht zugestellt.

Anleihen mit Griechenland- und Zypernbezug

Nach dem Bilanzstichtag 31. März 2012 sind alle verbliebenen griechischen Anleihen veräußert worden. Daraus entstehende Belastungen sind bei den zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanzierten Anleihen bereits zum 31. März 2012 wertaufhellend berücksichtigt worden. Die Bank hat im Oktober 2012 das letzte noch im Bestand befindliche First-to-Default-Papier veräußert. Referenzschuldner des Papiers war u. a. Zypern. Seitdem bestehen keine Adressenausfallrisiken hinsichtlich des Staates Zypern mehr.

Pflichtwandlung von Wandelschuldverschreibungen

Die IKB hatte im Dezember 2008 nachrangige Wandelschuldverschreibungen (ISIN DE000A0SMN11) im Nominalbetrag von 123.671.070,72 € begeben. Die nach Durchführung mehrerer wahlweiser Wandlungen verbliebenen Wandelschuldverschreibungen von nominal 146.488,32 € wurden am 11. April 2012, dem in den Emissionsbedingungen vorgesehenen End-Pflichtwandlungstag, in eine dem in den Emissionsbedingungen definierten Wandlungsverhältnis entsprechende Anzahl von Inhaberaktien der IKB pflichtgewandelt. Die Anzahl der Gesamtstimmrechte erhöhte sich durch die Pflichtwandlung von 633.327.701 um 57.222 auf 633.384.923 und das gezeichnete Kapital von 1.621.318.914,56 € um 146.488,32 € auf 1.621.465.402,88 €.

Segmentwechsel vom regulierten Markt in Qualitätssegmente des Freiverkehrs

Der Vorstand der IKB hat mit Zustimmung des Aufsichtsrats beschlossen, einen Börsensegmentwechsel sämtlicher Wertpapiere der Bank vom geregelten bzw. regulierten Markt in Qualitätssegmente des Freiverkehrs durchzuführen.

Die Maßnahme betrifft folgende Wertpapiere der IKB, ISIN:

Aktien: DE0008063306; Inhaberschuldverschreibungen (Nachranganleihen): DE0002197761, XS0118282481, XS0163286007, XS0163773251, XS0165828673, XS0165937458, XS0169197646, XS0171797219, XS0200612355, XS0241326924, XS0266017622, XS0282589505; Inhaberschuldverschreibungen: DE0002731304, DE0002731445, DE0002731494, DE000A0SMPA3, DE000A0SMPB1, XS0238155088; Genussscheine: DE0002731429, DE0002731197; Credit Linked Notes: DE000A0EUEZ7.

Die IKB hat für die IKB-Aktie einen Antrag auf Widerruf der Zulassung im General Standard des regulierten Marktes der Deutsche Börse AG, Frankfurt, gestellt, verbunden mit einem Antrag auf Einführung der Aktien in den Teilbereich Entry Standard des Freiverkehrs der Deutsche Börse AG, Frankfurt. Der Widerruf der Zulassung der IKB-Aktien zum regulierten Markt der Deutsche Börse AG, Frankfurt, ist am 26. Oktober 2012 wirksam geworden. Die Einführung der IKB-Aktien in den Entry Standard ist zum 29. Oktober 2012 erfolgt. Ferner ist die IKB-Aktie am 19. Juli 2012 in den Primärmarkt der Börse Düsseldorf einbezogen worden.

Auch die übrigen Wertpapiere der IKB sind in Qualitätssegmente des Freiverkehrs an einer deutschen Börse eingeführt worden. Die Wertpapiere mit der ISIN XS0118282481, XS0163286007, XS0163773251, XS0165828673, XS0165937458, XS0169197646, XS0171797219, XS0200612355, XS0241326924, XS0266017622, XS0282589505, XS0238155088, DE000A0EUEZ7 sind auf Antrag der IKB am 9. Juli 2012 zum Primärmarkt der Börse Düsseldorf zugelassen worden. Der Antrag der IKB auf Widerruf der Zulassung dieser Wertpapiere zum geregelten Markt der Börse Luxemburg ist am 27. Juli 2012 wirksam geworden.

Ferner hat die IKB für die Wertpapiere mit der ISIN DE0002197761, DE0002731304, DE0002731445, DE0002731494, DE000A0SMPA3, DE000A0SMPB1, DE0002731429, DE0002731197 den Widerruf der Zulassung zum regulierten Markt der Börse Düsseldorf gestellt, verbunden mit dem Antrag auf Einführung dieser Wertpapiere in den Primärmarkt des Freiverkehrs der Börse Düsseldorf. Der Widerruf ist am 28. September 2012 wirksam geworden. Die Wertpapiere der IKB mit der ISIN DE0002197761, DE0002731304, DE0002731445, DE0002731494, DE000A0SMPA3, DE000A0SMPB1, DE0002731429, DE0002731197 sind am 1. Oktober 2012 zum Primärmarkt der Börse Düsseldorf zugelassen worden.

Am 7. November 2012 ist das letzte noch zum geregelten Markt der Börse Luxemburg zugelassene Wertpapier mit der ISIN XS0233836161 fällig geworden. Der Börsensegmentwechsel wurde damit vollständig abgeschlossen.

Umstellung der Rechnungslegung im Konzern auf HGB

Mit dem vollzogenen Börsensegmentwechsel ist die IKB kein kapitalmarktorientiertes Unternehmen mehr, das besonderen gesetzlichen Regelungen unterliegt. Entsprechend den Publizitätspflichten der neuen Börsensegmente erstellt die IKB einen Jahresfinanzbericht und einen Halbjahresfinanzbericht. Die Konzernrechnungslegung wurde von International Financial Reporting Standards (IFRS) auf Handelsgesetzbuch (HGB) umgestellt, sodass die externe Rechnungslegung nun vollständig auf Basis des HGB erfolgt. Die IKB geht davon aus, dass der Wechsel des Rechnungslegungsstandards keinen wesentlichen Transparenzverlust bedeutet.

Kaufprogramm für Hybridwertpapiere IKB Funding Trust I und IKB Funding Trust II

Die Matrona GmbH, eine Konzerngesellschaft der IKB-Gruppe, hat am 17. August 2012 die Inhaber der an der Börse gelisteten Emissionen des IKB Funding Trust I, ISIN DE0008592759, und des IKB Funding Trust II, ISIN XS0194701487, zur Abgabe eines Verkaufsangebotes eingeladen. Für die Annahme des Angebots war die Zustimmung zu vorgeschlagenen vertraglichen Änderungen des IKB Funding Trust I mit einer Zustimmungsquote von nicht unter $66 \frac{2}{3}$ % der Investoren erforderlich. Diese Quote wurde bis zum 30. Oktober 2012 nicht erreicht und das Kaufprogramm ohne Rückkauf beendet.

Untervermietung an die Helaba

Im März 2013 wurde mit der Landesbank Hessen-Thüringen (Helaba) ein langjähriger Untermietvertrag über Teilflächen im Gebäude der Hauptverwaltung der IKB in Düsseldorf abgeschlossen. Mit dieser Untervermietung können die Verwaltungskosten gesenkt werden.

3. Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Soweit nicht gesondert vermerkt, gelten die nachstehenden Aussagen sowohl für den Konzernlagebericht (Konzern) als auch für den Lagebericht der IKB AG (IKB AG). Die Vergleichszahlen für das Vorjahr sind nach den handelsrechtlichen Vorschriften ermittelt und gemäß § 298 Abs. 1 i.V.m. § 265 Abs. 2 HGB angegeben. Die Effekte aus der Umstellung der Konzernrechnungslegung von IFRS zurück auf HGB werden im Anhang in einer Überleitungsrechnung für das Eigenkapital zum 1. April 2011 (Zeitpunkt der HGB-Eröffnungsbilanz des Konzerns) gesondert dargelegt.

Geschäftliche Entwicklung

Im Berichtszeitraum erreichte der Konzern trotz des schwierigen wirtschaftlichen Umfeldes ein leicht verringertes Neugeschäftsvolumen von 3,0 Mrd. € (Vorjahr: 3,3 Mrd. €). Davon entfällt der überwiegende Anteil auf die IKB AG. Die Bonitätsstruktur im Neugeschäft konnte verbessert werden und der Fördermittelkreditanteil nahm zu.

Ertragslage

Der Konzernjahresfehlbetrag für das abgelaufene Geschäftsjahr 2012/13 lag bei 143 Mio. €. Damit wurde der Fehlbetrag im Konzern gegenüber dem Vorjahr um 281 Mio. € reduziert. Der Jahresfehlbetrag der IKB AG verbesserte sich um 93 Mio. € auf 162 Mio. €.

Zins- und Leasingüberschuss

Der Zinsüberschuss enthält die laufenden Erträge aus Finanzinstrumenten, Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen sowie Erträge aus Ergebnisabführungsverträgen. Der Leasingüberschuss setzt sich zusammen aus Leasingerträgen, -aufwendungen und -abschreibungen. Der Zins- und Leasingüberschuss des Konzerns lag bei 210 Mio. € (Vorjahr: 211 Mio. €). Der Zinsüberschuss der IKB AG belief sich auf 150 Mio. € (Vorjahr: 517 Mio. €, davon 385 Mio. € aus Sondereffekten aufgrund des konzerninternen Transfers von Finanzinstrumenten sowie einer Ausschüttung von freien Rücklagen der IKB International S.A.).

Die im Zinsüberschuss enthaltenen laufenden Erträge aus Finanzinstrumenten, Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen sowie Erträge aus Ergebnisabführungsverträgen sind im Konzern um 54 Mio. € auf 60 Mio. € angestiegen. Die betreffenden Erträge der IKB AG lagen bei 83 Mio. € (Vorjahr: 404 Mio. €, im Wesentlichen aus den oben beschriebenen Sondereffekten).

Wesentlicher Einflussfaktor für die laufenden Erträge aus Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen der IKB AG im Berichtsjahr waren Erträge aus dem Ergebnisabführungsvertrag mit der IKB Beteiligungen GmbH in Höhe von 71 Mio. €.

Provisionsüberschuss

Der Provisionsüberschuss im Konzern war mit +5 Mio. € (IKB AG: +9 Mio. €) erstmals seit mehreren Jahren wieder positiv. Im Vorjahr fielen zum Vergleich -59 Mio. € (IKB AG: -51 Mio. €) an. Wesentlicher Grund für den Anstieg im Berichtsjahr war der Rückgang der zu zahlenden SoFFin-Garantieprovisionen um 69 Mio. € auf 33 Mio. € (Vorjahr: 102 Mio. €).

Verwaltungsaufwand

Die Verwaltungsaufwendungen des Konzerns erhöhten sich um 2 Mio. € auf 304 Mio. € (IKB AG: um 3 Mio. € auf 258 Mio. €).

Die Personalaufwendungen des Konzerns verringerten sich um 5 Mio. € auf 159 Mio. € (IKB AG: um 4 Mio. € auf 124 Mio. €). Ursächlich hierfür war insbesondere die Verringerung des durchschnittlichen Personalbestandes um 66 Vollzeitbeschäftigte (VAK) auf 1.478 VAK im Konzern bzw. um 63 VAK auf 996 VAK in der IKB AG.

Die Anderen Verwaltungsaufwendungen und Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen im Konzern erhöhten sich um 7 Mio. € auf 145 Mio. € (IKB AG: um 7 Mio. € auf 134 Mio. €). Der Anstieg basiert neben Mehraufwendungen aus der Umsetzung regulatorischer Anforderungen im Wesentlichen auf dem unter anderem wegen höheren Verbindlichkeiten gegenüber Kunden und einer allgemeinen Gebührenerhöhung um 8 Mio. € gestiegenen Aufwand für den Einlagensicherungsfonds und konnte durch fortgesetzte Sparmaßnahmen begrenzt werden.

Sonstiges Ergebnis

Das Sonstige Ergebnis umfasst die Sonstigen betrieblichen und außerordentlichen Erträge und Aufwendungen sowie die Abschreibungen und Zuschreibungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere sowie Erträge aus der Auflösung von § 340g HGB-Reserven.

Das Sonstige Ergebnis des Konzerns stieg um 273 Mio. € auf +21 Mio. € an (IKB AG: um 462 Mio. € auf +8 Mio. €).

Die Bewertung von Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen führte per saldo zu einem Aufwand von 17 Mio. € in der IKB AG. Wesentlicher Einflussfaktor war die Abschreibung in Höhe von 15 Mio. € auf die Beteiligung an der IKB Projektentwicklung GmbH. Das Vorjahresergebnis der IKB AG war mit Sondereffekten in Höhe von 192 Mio. € aufgrund der mit einer Ausschüttung von freien Rücklagen korrespondierenden Abschreibung auf den Beteiligungsbuchwert der IKB International S.A. belastet.

Aus der Bewertung und Veräußerung von Wertpapieren des Anlagevermögens ergaben sich im Konzern per saldo Erträge in Höhe von 108 Mio. € (IKB AG: 100 Mio. €) nach Aufwendungen von per saldo 262 Mio. € (IKB AG: 257 Mio. €) im Vorjahr. Das Vorjahresergebnis war von Abschreibungen auf griechische Staatsanleihen und auf „First-to-Default“-Anleihen mit Griechenlandbezug in Höhe von 256 Mio. € belastet.

Im Rahmen des Abbaus von Stillen Lasten durch Auflösung von Derivategeschäften mit per saldo negativem Marktwert sind Aufwendungen für Close-Out-Zahlungen von per saldo 49 Mio. € im Konzern (IKB AG: per saldo 47 Mio. € Aufwendungen) im Sonstigen Ergebnis enthalten.

Aus der Zuführung und Auflösung von Rückstellungen ergaben sich bei den Sonstigen betrieblichen Erträgen und Aufwendungen im Konzern per saldo Aufwendungen in Höhe von 24 Mio. € (IKB AG: 31 Mio. €).

Die Auflösung des Fonds für allgemeine Bankrisiken (§ 340g HGB-Reserven), soweit dieser für Geschäfte der Niederlassung Luxemburg gebildet wurde, führte zu einem Ertrag von 19 Mio. € (IKB AG: 19 Mio. €).

Risikovorsorgesaldo

(Hinweis: Ergänzende Informationen zur Risikovorsorge finden sich in Kapitel 4. „Risikobericht“, Tabelle: Risikovorsorge.)

Der in den Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft enthaltene Risikovorsorgesaldo erhöhte sich im Konzern von -16 Mio. € betragsmäßig um 55 Mio. € auf -71 Mio. € (IKB AG: betragsmäßig um 68 Mio. € auf -72 Mio. €).

Die Nettozuführung zur Risikovorsorge hat sich im Konzern um 41 Mio. € auf 80 Mio. € (IKB AG: um 67 Mio. € auf 81 Mio. €) erhöht, blieb aber im Mehrjahresvergleich auf niedrigem Niveau.

In der Risikovorsorge für das Kreditgeschäft des Konzerns sind 48 Mio. € (IKB AG: 47 Mio. €) Nettozuführungen zu Einzelwertberichtigungen, Rückstellungen, Eingänge auf abgeschriebene Forderungen sowie Direktabschreibungen enthalten, die sich gegenüber dem Vorjahr um 17 Mio. € (IKB AG: um 22 Mio. €) erhöht haben. Der Grund für die höhere Nettozuführung zur Risikovorsorge liegt insbesondere in den rückläufigen Risikovorsorgeauflösungen. Die Zuführung zur Pauschalwertberichtigung für das Kreditgeschäft des Konzerns hat sich um 24 Mio. € auf 32 Mio. € (IKB AG: um 45 Mio. € auf 34 Mio. €) erhöht. Damit wird auch erhöhten Risiken aus Kreditvergaben an Unternehmen in Euro-Ländern, die sich in der Rezession befinden oder knapp davor stehen (Frankreich, Italien, Spanien), Rechnung getragen.

Das Ergebnis aus Wertpapieren der Liquiditätsreserve und Derivaten des Konzerns lag bei +9 Mio. € (IKB AG: +9 Mio. €). Der Vorjahreswert des Konzerns lag bei +24 Mio. € (IKB AG: +9 Mio. €).

Steuern

Der Steueraufwand des Konzerns lag nach 8 Mio. € im Vorjahr bei 6 Mio. € im Berichtszeitraum. In der IKB AG ist nach 8 Mio. € im Vorjahr im Berichtszeitraum ein Steueraufwand von 1 Mio. € angefallen.

Ergebnis

Insgesamt konnten die Jahresfehlbeträge sowohl im Konzern als auch in der IKB AG deutlich reduziert werden. Im Konzern ergibt sich ein um 281 Mio. € auf 143 Mio. € verbesserter Konzernjahresfehlbetrag (IKB AG: um 93 Mio. € auf 162 Mio. € verbesserter Jahresfehlbetrag).

Im Geschäftsjahr 2012/13 wurde das Genussrechtskapital der IKB AG mit 4 Mio. € an den Verlusten beteiligt, sodass sich ein Jahresfehlbetrag nach Verlustbeteiligung in Höhe von 139 Mio. € im Konzern ergibt (IKB AG: 159 Mio. €). Darüber hinaus wurden zur Reduzierung des Bilanzverlustes Andere Gewinnrücklagen in Höhe von 22 Mio. € aufgelöst. Unter Berücksichtigung des Verlustvortrages des Konzerns von 2.291 Mio. € (IKB AG: 2.031 Mio. €) ergibt sich ein Bilanzverlust von 2.408 Mio. € im Konzern (IKB AG: 2.167 Mio. €).

Vermögenslage

Die Bilanzsumme des Konzerns ist im Berichtszeitraum um 5,0 Mrd. € gesunken und lag am Berichtsstichtag bei 27,6 Mrd. € (IKB AG: Rückgang um 5,3 Mrd. € auf 27,0 Mrd. €).

Das Bruttokreditvolumen, das auch außerbilanzielles Geschäft enthält (siehe auch Kapitel 4., Risikobericht), lag im Konzern am Berichtsstichtag mit 29,7 Mrd. € um 2,4 Mrd. € unter dem Vorjahresvergleichswert (IKB AG: um -1,6 Mrd. € auf 30,7 Mrd. €) und umfasst mittel- und langfristige Kredite an Kreditinstitute, Kredite an Kunden, den Handelsbestand, die positiven Marktwerte der Derivate des Anlagebuchs sowie Bürgschaften.

Aktiva

Die Forderungen an Kreditinstitute haben sich im Konzern im Wesentlichen aufgrund von Kontrahentenwechseln von Kreditinstituten zu Kunden um 0,4 Mrd. € auf 2,2 Mrd. € reduziert (IKB AG: Reduzierung um 0,3 Mrd. € auf 2,1 Mrd. €).

Die Forderungen an Kunden gingen um 1,3 Mrd. € auf 14,7 Mrd. € zurück (IKB AG: Rückgang um 1,3 Mrd. € auf 16,8 Mrd. €). Der Rückgang ist im Wesentlichen auf eine selektive Kreditvergabe zurückzuführen.

Die Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere haben sich im Wesentlichen aufgrund von Fälligkeiten, insbesondere der im Eigenbestand befindlichen SoFFin-garantierten Anleihen, um 2,7 Mrd. € auf 7,9 Mrd. € verringert (IKB AG: Verringerung um 2,9 Mrd. € auf 7,0 Mrd. €).

Passiva

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten gingen um 1,3 Mrd. € auf 11,9 Mrd. € zurück (IKB AG: Rückgang um 1,3 Mrd. € auf 11,9 Mrd. €). Wesentlicher Grund für den Rückgang sind geringere Geldaufnahmen am Interbankenmarkt.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden erhöhten sich um 0,9 Mrd. € auf 10,9 Mrd. € (IKB AG: um 0,7 Mrd. € auf 10,9 Mrd. €), im Wesentlichen aufgrund der verstärkten Hereinnahme von Kundeneinlagen über die Privatkundenplattform „IKB direkt“.

Der Bestand an Verbrieften Verbindlichkeiten sank um 4,4 Mrd. € auf 1,0 Mrd. € (IKB AG: Rückgang um 4,4 Mrd. € auf 0,4 Mrd. €). Der Rückgang geht auf Fälligkeiten und auf vorzeitige Rückgaben der restlichen SoFFin-garantierten Anleihen in Höhe von 4,5 Mrd. € zurück.

Die Sonstigen Verbindlichkeiten waren nahezu konstant bei 0,5 Mrd. € (IKB AG: Rückgang um 0,1 Mrd. € auf 0,6 Mrd. €). Der Rückgang in der IKB AG ist im Wesentlichen auf niedrigere Verbindlichkeiten aus Verbriefungs-Transaktionen zurückzuführen.

Die Rückstellungen lagen nahezu konstant bei 0,5 Mrd. € (IKB AG: nahezu konstant bei 0,4 Mrd. €).

Im Wesentlichen als Folge des Konzernjahresfehlbetrages ist das Eigenkapital von 1.090 Mio. € um 138 Mio. € auf 952 Mio. € (IKB AG: von 1.366 Mio. € um 159 Mio. € auf 1.207 Mio. €) zurückgegangen. Die Berechnung der regulatorischen Eigenmittel mit den finalen Bilanzwerten ergibt für die IKB-Gruppe einen Wert von 2,2 Mrd. € (IKB AG: 2,0 Mrd. €). Daraus errechnet sich für die IKB-Gruppe eine Kernkapitalquote von 9,6 % (IKB AG: 10,1 %) bei einer Gesamtkennziffer von 13,8 % (IKB AG: 15,3 %).

Auf Zinspositionen im Anlagebuch in Form von langfristigen Wertpapieren, aus Derivaten und aus nicht fristenkongruenter Refinanzierung des Kreditbuches der IKB AG sind in den vergangenen Geschäftsjahren durch Marktzinsveränderungen und Veränderungen der Zinsvolatilitäten Stille Lasten entstanden, die zum Bilanzstichtag per saldo 773 Mio. € betragen. In den künftigen Geschäftsjahren können sich daraus Belastungen des Zinsüberschusses oder Veräußerungsverluste ergeben. Im Vergleich zum Bilanzstichtag des letzten Geschäftsjahres konnten die Stillen Lasten um 99 Mio. € gesenkt werden. Aus der Ermittlung gemäß der Stellungnahme zur Rechnungslegung IDW RS BFA3 ergab sich kein Rückstellungsbedarf.

Finanzlage

Die Liquiditätslage der IKB ist stabil. Dazu beigetragen hat vor allem die aufwandsoptimierte Verbreiterung des Funding-Mix. Die IKB nimmt revolving Einlagen von einer Vielzahl von Geschäfts- und Privatkunden herein. Im Berichtszeitraum hat die IKB Inhaberschuldverschreibungen emittiert. Zudem baut die Bank weiterhin liquiditätswirksam nicht strategische Aktiva ab und betreibt das bilanzwirksame Kreditneugeschäft selektiv. Hinsichtlich der Veränderung der Cashflows aus laufender Geschäftstätigkeit und aus Finanzierungstätigkeit verweisen wir insbesondere auf die Ermittlung der Konzern-Kapitalflussrechnung im Anhang.

Gesamtaussage

Die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage steht im Einklang mit dem Jahresabschluss und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung dar.

Die Ertragslage ist durch einen gegenüber dem Vorjahr deutlich reduzierten Verlust gekennzeichnet. Die Finanz- und Vermögenslage sind geordnet.

4. Risikobericht

Risikomanagement-Organisation

Die Bank hat ein umfassendes Risikomanagement etabliert. Die geschäfts- und risikostrategische Ausrichtung sowie die daraus abgeleiteten Maßnahmen sind in der Geschäfts- und Risikostrategie niedergelegt.

Die Aufgaben und Verantwortungsbereiche sind in einem Risikomanagement-Regelwerk dokumentiert, das unter Berücksichtigung gesetzlicher Anforderungen sowie spezifischer Organisationsanweisungen die Grundsätze des Risikomanagement-Systems der IKB festlegt.

Aufsichtsrat

Der Vorstand erörtert mit dem Aufsichtsrat in seinen Sitzungen regelmäßig und detailliert die Risikolage, die Geschäfts- und Risikostrategie und das Risikomanagement der Bank.

Vorstand

Für das Risikomanagement ist der Gesamtvorstand der IKB AG verantwortlich. Ausgehend von der strategischen Geschäftsausrichtung und der Risikotragfähigkeit legt er die risikopolitischen Grundsätze fest, die zusammen mit der Limitstruktur in der Geschäfts- und Risikostrategie der IKB verankert sind. Bei seinen Festlegungen berücksichtigt der Vorstand auch die Qualität der Prozesse, insbesondere der Kontrollen des Risikomanagements.

Die Ressortverantwortung für die Marktfolgefunktionen im Sinne der einzelgeschäftsbezogenen Risikoüberwachung, der Intensivbetreuung sowie der Problemerkreditbearbeitung liegt bei Herrn Momburg. Die Risikocontrollingfunktionen sowie die Überwachung der Ergebnissteuerung und der Kapitalausstattung sind Herrn Dr. Glüder zugeordnet. Die wesentlichen Rechtsrisiken sowie das Compliance-Risiko liegen im Verantwortungsbereich von Herrn Schüttler. Das Management der Risiken der geschäftsstrategischen Ausrichtung und der Reputationsrisiken obliegt dem Gesamtvorstand.

Risiko-Ausschüsse

Spezielle Ausschüsse zur Steuerung und Überwachung risikorelevanter Entscheidungen unterstützen den Vorstand bei der Risikosteuerung und der Entscheidungsfindung. Der bedeutendste davon ist der Strategie- und Risikoausschuss, welcher die in der Geschäfts- und Risikostrategie definierten Ziele bezüglich deren Umsetzung überwacht, aktuelle Marktentwicklungen und -erwartungen in die zur Zielerreichung erforderlichen Maßnahmen einfließen lässt und Anpassungsnotwendigkeiten zur Geschäfts- und Risikostrategie erörtert. Der Ausschuss setzt sich aus den Mitgliedern des Vorstands sowie den Bereichsleitungen verschiedener Markt- und Marktfolgebereiche zusammen und tagt mindestens vierteljährlich.

Kreditrisikomanagement

Zu den wesentlichen Aufgaben des Bereichs Kreditrisikomanagement zählen neben der Entwicklung und Überwachung der konzernweiten Standards für das Kreditgeschäft vor allem die marktunabhängig durchzuführenden Aufgaben des Kreditgenehmigungsprozesses sowie die fortlaufende Risikoüberwachung der Adressenausfallrisiken. Hierzu zählt auch der marktunabhängige Votierungsprozess bei Investments in Wertpapiere und derivative Instrumente. Darüber hinaus obliegt dem Bereich die Mitwirkung bei der Kreditportfoliosteuerung.

Die Betreuung von erhöht risikobehafteten Engagements sowie Sanierungs- und Abwicklungsfällen erfolgt in gesonderten Betreuungseinheiten innerhalb des Bereichs Kreditrisikomanagement, welche auch den Impairmentprozess für diese Engagements verantworten. Ziel dieser Sonderbetreuung ist es, rechtzeitig Maßnahmen einzuleiten, um die Sanierungsfähigkeit der Unternehmen zu erreichen oder im Falle eines Scheiterns dieser Bemühungen den wirtschaftlichen Schaden für die Bank zu reduzieren. Neben Non-

performing Loans stehen auch alle Engagements, für die zwar keine nachhaltigen Wertminderungen erwartet werden, die jedoch aufgrund der vorliegenden Informationen einer speziellen Betreuung durch die auf Abwicklung oder Sanierung spezialisierten Einheiten bedürfen, in einem besonderen Fokus.

Ebenso erfolgt der Kreditgenehmigungs- und Impairmentprozess für Verbriefungen und strukturierte Kreditprodukte durch eine hierauf spezialisierte Einheit des Kreditrisikomanagements.

Risikocontrolling

Dem Bereich Risikocontrolling obliegen die Berechnung und Analyse der Adress-, Marktpreis- und Liquiditätsrisiken im Anlage- und Handelsbuch, die Überwachung der Einhaltung der vom Vorstand vorgegebenen Limite sowie die Berichterstattung über die Risikopositionen auf Konzernebene.

Darüber hinaus erfolgen hier die Überprüfung und die Weiterentwicklung der zur Bewertung von Finanzinstrumenten eingesetzten Modelle und Verfahren sowie die Betreuung und Weiterentwicklung der eingesetzten Ratingsysteme.

In gesonderten Einheiten liegen die zeitnahe und kontinuierliche Überwachung, Analyse und Berichterstattung des Gesamtrisikos der Bank und die Überwachung der Risikotragfähigkeit sowie die Validierung der für die Risikoquantifizierung und die Bonitätsbeurteilung eingesetzten Modelle.

Die konzernweite Überwachung des operationellen Risikos ist ebenfalls zentral im Risikocontrolling angesiedelt. Hierzu gehören neben der Identifikation, Analyse und Berichterstattung auch die Entwicklung und Festlegung der Methoden zur Messung des operationellen Risikos im Konzern. Unterstützt wird das zentrale Operational Risk Management von dezentralen Operational-Risk-Verantwortlichen in den Geschäftsfeldern, Tochtergesellschaften und Zentralbereichen.

Überwachung der Ergebnisentwicklung und Kapitalausstattung

Der Bereich Finanzen erstellt im Rahmen des Ergebniscontrollings monatlich Bestandsergebnis- und Neugeschäftsrechnungen und legt dem Vorstand wöchentlich Management-Reports vor, in denen Plan/Ist-Abweichungen bei den Erträgen und dem Vermögen identifiziert und analysiert werden. Dies stellt die kontinuierliche Überwachung und Berichterstattung des Geschäftsrisikos sicher. Der Vorstand ist damit in der Lage, auch kurzfristig auf negative Entwicklungen zu reagieren.

Zusätzlich führt der Bereich Finanzen das Kapitalcontrolling sowie die integrierte Kapitalplanung und -überwachung innerhalb der IKB unter Berücksichtigung regulatorischer und ökonomischer Aspekte durch.

Interne Revision

Der Bereich Konzernrevision ist als prozessunabhängiger Teil des Risikomanagement-Systems und der internen Kontrollverfahren organisiert. Er arbeitet im Auftrag des Gesamtvorstands weisungsfrei als prozessunabhängige Instanz und berichtet unmittelbar an den Vorstandsvorsitzenden. Auf Basis risikoorientierter Prozessprüfungen werden konzernweit alle relevanten Aktivitäten und Prozesse untersucht. Schwerpunkte sind die besonders risikosensitiven Prozessabläufe und quantitativen Methoden sowie die EDV-technischen Abläufe des Kredit- und Beratungsgeschäfts sowie des Handelsgeschäfts. Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf den einzelfallbezogenen Kreditprüfungen. Darüber hinaus führt die Konzernrevision im Auftrag des Vorstands anlassbezogen Sonderprüfungen durch. Über die Prüfungsergebnisse wird der Vorstand laufend unterrichtet. In ihrem Jahresbericht informiert die Konzernrevision den Vorstand in zusammenfassender Form über die wesentlichen und schwerwiegenden Prüfungsfeststellungen und deren Abarbeitungsstände. Der für die Konzernrevision zuständige Vorstand unterrichtet wiederum den Aufsichtsrat mindestens einmal jährlich über die aktuellen Entwicklungen und die wesentlichen Ergebnisse. Unabhängig davon ist sichergestellt, dass der Vorsitzende des Aufsichtsorgans oder des Finanz- und Prüfungs-

ausschusses unter Einbeziehung des Vorstands direkt bei dem Leiter der Revision Auskünfte einholen kann.

Regulatorische Kapitalausstattung und Risikotragfähigkeit

Regulatorische Kapitalausstattung

Die Bank ermittelt die regulatorische Kapitalausstattung für das Kreditrisiko nach dem Kreditrisikostandardansatz, für das operationelle Risiko nach dem Basisindikatoransatz und für das Marktpreisrisiko nach Standardmethoden (Zinsrisiken: Durationsmethode, Optionsrisiken: Delta-Plus-Methode bzw. Szenario-Matrix-Methode). Weiterhin nutzt die Bank zur Ermittlung der Nettobemessungsgrundlage für Derivate den aufsichtsrechtlichen Nettingansatz unter Berücksichtigung von bestehenden Aufrechnungsvereinbarungen. Die nachfolgenden Tabellen geben einen Überblick über die aufsichtsrechtlichen Risikopositionen, Eigenkapitalausstattung und -quoten, wie sie mit Bilanzfeststellung wirksam werden:

Tabelle: Regulatorische Kapitalsituation auf Institutsgruppenebene (§ 10a Kreditwesengesetz – KWG)

in Mio. €	31.3.2013	31.3.2012	31.3.2011
Risikoaktiva	15.016	16.143	16.776
Marktrisikoäquivalent	460	661	663
Operationelles Risiko	287	497	782
Risikoposition	15.763	17.301	18.221
Kernkapital (TIER I)	1.542	1.698	2.120
Ergänzungskapital (TIER II)	672	695	919
Drittangmittel	-	-	-
Abzugsposition ¹⁾	-44	-137	-149
Eigenmittel	2.170	2.256	2.890
Kernkapitalquote in %	9,6	9,4	11,2
Gesamtkennziffer in %	13,8	13,0	15,9

Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

1) In den Abzugspositionen befinden sich überwiegend Verbriefungspositionen sowie Beteiligungen gemäß § 10 Abs. 6 Satz 1 Nr. 1 KWG.

Tabelle: Regulatorische Kapitalsituation auf Einzelinstitutsebene (§ 10 KWG)

in Mio. €	31.3.2013	31.3.2012	31.3.2011
Risikoaktiva	12.624	14.554	16.053
Marktrisikoäquivalent	292	501	324
Operationelles Risiko	263	423	581
Risikoposition	13.179	15.478	16.958
Kernkapital (TIER I)	1.330	1.505	1.746
Ergänzungskapital (TIER II)	693	742	913
Drittangmittel	-	-	19
Abzugsposition ¹⁾	-	-	-41
Eigenmittel	2.022	2.247	2.637
Kernkapitalquote in %	10,1	9,7	10,2
Gesamtkennziffer in %	15,3	14,5	15,6

Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

1) In den Abzugspositionen befinden sich ausschließlich Verbriefungspositionen.

Der Rückgang der Risikoaktiva zum 31. März 2013 resultiert im Wesentlichen aus den planmäßigen Tilgungsabläufen, außerplanmäßigen Tilgungen und Asset-Verkäufen bei gleichzeitig limitiertem Neugeschäft.

Mit 10,1 % auf Einzelinstituts- und 9,6 % auf Gruppenebene sind die Kernkapitalquoten gegenüber dem Vorjahr gestiegen und liegen weiter deutlich über der derzeit gültigen gesetzlichen Mindest-Kernkapitalquote von 4,0 %. Die Gesamtkennziffer liegt mit 15,3 % auf Einzelinstituts- und 13,8 % auf Gruppenebene ebenfalls signifikant über der gesetzlichen Mindestanforderung von 8,0 %.

Der Vorstand geht davon aus, dass die gesetzlichen Mindestanforderungen auch in Zukunft eingehalten werden können (siehe auch Prognosebericht). Das Inkrafttreten des CRD IV-Bankenreformpaketes (EU-Richtlinie; CRD – Capital Requirement Directive) wird erhebliche zusätzliche Eigenkapitalanforderungen verursachen. Aus diesem Grund wird die Bank durch den Verkauf oder die synthetische Absicherung von Bilanzaktiva und die Nutzung einer zentralen Gegenpartei für das standardisierte Derivategeschäft ihre risikogewichteten Aktiva weiter aktiv steuern. Nach wie vor bleiben erhebliche Unsicherheiten, die durch die nicht immer vorhersehbaren Ergebnisse des internationalen Bankenregulierungsprozesses verursacht werden. Dieser ist noch nicht final abgeschlossen, obwohl die CRD IV-Richtlinie im EU-Parlament verabschiedet ist und die neuen Regeln zum 1. Januar 2014 in Kraft treten sollen. Eine Vielzahl von Regulierungsstandards, die von der European Banking Authority (EBA) verlautbart werden sollen, liegen zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht vor.

Risikotragfähigkeit

Die Erhaltung der Risikotragfähigkeit bildet das Fundament der risikoseitigen Banksteuerung. Der Gesetzgeber hat die Grundlage für die Erhaltung der Risikotragfähigkeit als wesentliche Zielgröße in § 25a KWG gelegt. Die Bankenaufsicht hat daran anschließend Präzisierungen in den Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) vorgenommen, die sich als Vorgaben an die Institute richten. Danach haben die Institute auf der Grundlage ihres Gesamtrisikoprofils sicherzustellen, dass alle als wesentlich eingestufteten Risiken durch das Risikodeckungspotenzial (die Risikodeckungsmasse) abgedeckt sind.

Die IKB sieht im Rahmen der Risikotragfähigkeit die Fortführung der Geschäftstätigkeit unter Beachtung der bankaufsichtlichen Mindestkapitalanforderungen als ihr Oberziel an. Selbst wenn in der Betrachtungsperiode von einem Jahr sowohl die erwarteten als auch die unerwarteten Verluste einträten, sollen weiterhin alle bankaufsichtlichen Mindestkapitalanforderungen erfüllt sein. Vor diesem Hintergrund benutzt die IKB die Going-Concern-Sicht als führendes Steuerungsinstrument. Ergänzend analysiert die Bank auch nachrichtlich die Gesamtrisikoposition und das Risikodeckungspotenzial im Sinne einer Liquidationssicht (Gone-Concern-Sicht).

Der ökonomische Kapitalbedarf zur Abdeckung des unerwarteten Gesamtbankrisikos [Adressenausfallrisiko, Marktpreisrisiko, Liquiditätsrisiko (nur in der Going-Concern-Sicht) sowie allgemeines Geschäftsrisiko und operationelles Risiko] wird mittels bankeigener quantitativer Modelle bestimmt. Da sich Reputationsrisiken letztlich im Geschäfts- und Liquiditätsrisiko niederschlagen, werden Reputationsrisiken nicht nochmals explizit in die Berechnungen des Gesamtbankrisikos einbezogen. Für Beteiligungsrisiken wird gegenwärtig kein ökonomischer Kapitalbedarf berechnet; sie unterliegen jedoch ebenfalls einer laufenden Überwachung. Rechtsrisiken sind Bestandteil des operationellen Risikos.

Nach Einwertung des von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) veröffentlichten „Leitfaden zur aufsichtlichen Beurteilung bankinterner Risikotragfähigkeitskonzepte“ hat die IKB zum 31. Dezember 2012 das Konzept zur Going-Concern-Sicht auf eine vollständig GuV-/bilanzorientierte Sicht weiterentwickelt. Auf Basis der regulatorischen Eigenkapitalpositionen wird die Risikodeckungsmasse in der Weise bestimmt, dass im Betrachtungszeitraum auch bei vollständiger Aufzehrung der Risikodeckungsmasse weiterhin alle Mindestkapitalanforderungen erfüllt sind. Verändern sich die regulatorischen Mindestanforderungen in der Betrachtungsperiode, so wird dies bei der Ermittlung der Risikodeckungsmasse be-

rücksichtigt. Zusätzlich wird bei der Bestimmung der Risikodeckungsmasse sichergestellt, dass Kapitalpositionen, die nicht an laufenden Verlusten teilnehmen, nicht Bestandteil der Risikodeckungsmasse sind.

Analog zur bilanzorientierten Ableitung der Risikodeckungsmasse werden in der Going-Concern-Sicht alle betrachteten Risiken ebenfalls GuV-/bilanzorientiert ermittelt, um den hierfür erforderlichen ökonomischen Kapitalbedarf zu bestimmen.

Die nachstehende Tabelle stellt den ökonomischen Kapitalbedarf in der Going-Concern-Sicht dar, der sich zur Deckung der unerwarteten Verluste rechnerisch (Value at Risk) in einem Jahr bei einem Konfidenzniveau von 90 % ergeben könnte, der Risikodeckungsmasse gegenüber, die in den nächsten zwölf Monaten zur Verfügung stehen wird (alle Vorjahreswerte wurden an die methodischen Änderungen angepasst).

Tabelle: Ökonomischer Kapitalbedarf – Going-Concern-Sicht

	31.3.2013 in Mio. €	31.3.2013 in %	31.3.2012 in Mio. €	31.3.2012 in %
Adressenausfallrisiko	154	52%	166	54%
Marktpreisrisiko	25	8%	25	8%
Operationelles Risiko	29	10%	29	9%
Geschäftsrisiko	76	26%	76	25%
Liquiditätsrisiko	13	4%	12	4%
Summe	296	100%	309	100%
abzgl. Diversifikationseffekte	-60		-58	
Gesamtrisikoposition	237		250	
Risikodeckungsmasse	505		491	

Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

Zum Berichtstermin fällt die Risikodeckungsmasse mit 505 Mio. € im Vergleich zum Vorjahr (31. März 2012) um 14 Mio. € leicht höher aus. Dies resultiert vor allem aus der Reduktion des mindestens vorzuhaltenden regulatorischen Kapitals aufgrund des bisherigen und auch im Risikohorizont der nächsten zwölf Monate weiter forcierten Abbaus von Risikoaktiva. Dieser Abbau kompensiert die zum 1. Januar 2014 erwarteten ansteigenden Mindestkapitalanforderungen im Zusammenhang mit der Einführung von Basel III.

Die Gesamtrisikoposition hat sich gegenüber dem Vorjahr um 13 Mio. € auf 237 Mio. € reduziert. Dies resultiert im Wesentlichen aus dem reduzierten Adressenausfallrisiko. Hierzu haben insbesondere der Abbau von schwächerem Bestandsgeschäft als auch der Abbau von Problemengagements beigetragen, die die Downgrades von südeuropäischen Bank- und Staatstiteln mehr als kompensiert haben.

Zum Stichtag 31. März 2013 beträgt der Auslastungsgrad der Risikodeckungsmasse durch die Gesamtrisikoposition 47 % (31. März 2012: 51 %). Damit reicht die Risikodeckungsmasse nach wie vor mit Abstand aus, um den ökonomischen Kapitalbedarf aus den unerwarteten Risiken über den Risikohorizont abzudecken. Sollten die unerwarteten Risiken tatsächlich eintreten, so sind weiterhin alle bankaufsichtlichen Mindestkapitalanforderungen erfüllt.

Ergänzend zur oben beschriebenen Going-Concern-Sicht beobachtet und analysiert die Bank auch die Gesamtrisikoposition und die Risikodeckungsmasse im Sinne einer Liquidationssicht, auch wenn diese im vorgenannten Sinne nicht unmittelbar steuerungsrelevant ist. Auch die Liquidationssicht wurde nach Einwertung des BaFin-Leitfadens im abgelaufenen Jahr methodisch weiterentwickelt. Im Vergleich zur Going-Concern-Sicht ergibt sich die Risikodeckungsmasse in der Liquidationssicht aus allen der Bank dienenden Kapitalbestandteilen inklusive Genussrechts- und Nachrangkapitalien. Gleichzeitig werden allerdings sämtliche Stillen Lasten von Wertpapieren und Derivaten vollumfänglich abgezogen. Im Gegensatz zur Going-

Concern-Sicht erfolgt die Abbildung der Risiken in der Liquidationssicht nicht GuV-/bilanz-, sondern wertorientiert.

In der Liquidationssicht hat sich die Risikodeckungsmasse im Vergleich zum Vorjahr deutlich reduziert, da vor allem weniger Nachrangmittel zum Gläubigerschutz zur Verfügung stehen. Insgesamt beträgt die RDM in der Liquidationssicht 698 Mio. € und kann damit die Gesamtrisikoposition bis zu einem Konfidenzniveau von 97,24 % abdecken. Bei einem in der Liquidationssicht verwendeten Konfidenzniveau von 99,76 % (abgeleitet aus dem früheren BBB-Rating der IKB) beläuft sich das Gesamtrisiko im Sinne eines fiktiven Verkaufs aller Vermögenswerte auf 1,35 Mrd. €. Die Liquidationssicht ist allerdings sowohl bei den Risiken als auch bei der Risikodeckungsmasse maßgeblich durch die zur Liquiditätsanlage der Bank gehaltenen langlaufenden italienischen Staatsanleihen geprägt. Ohne Berücksichtigung dieser Staatsanleihen beim Risiko (Gesamtrisikobeitrag: 292 Mio. €) und bei den Stillen Lasten (anteilig: 342 Mio. €) würde die aktuelle Deckungsmasse ausreichen, die Risiken auf einem Konfidenzniveau von 99,74 % abzudecken. Die IKB erwartet nicht, dass sich aus diesem Italienrisiko im Risikohorizont Verluste ergeben werden.

Prognoserechnungen und Stresstests

Mit Blick auf die nach wie vor von Unsicherheit geprägte gesamtwirtschaftliche Entwicklung erstellt die Bank verschiedene Prognoserechnungen für die kommenden beiden Geschäftsjahre. Basis für diese Prognoserechnungen sind neben dem Business-Plan der Bank auch verschiedene Stress-Szenarien. Als Ergebnis ist hieraus festzuhalten, dass bei Eintritt des Businessplans die Risikodeckungsmasse auch nach Einführung von Basel III und sich hierdurch noch weiter erhöhenden aufsichtsrechtlichen Mindestkapitalanforderungen den ökonomischen Kapitalbedarf für unerwartete Risiken in der Going-Concern-Sicht in den nächsten beiden Geschäftsjahren übersteigen wird.

Die Analyse der makroökonomischen Stress-Szenarien zeigt, dass bei extremeren Szenarien, wie z. B. dem Zerfall der Euro-Zone mit gesamtwirtschaftlichen Folgen für den gesamten EU-Wirtschaftsraum oder einem schweren konjunkturellen Abschwung, allerdings auch in der Going-Concern-Sicht die Risikodeckungsmasse nicht mehr in der Lage wäre, die Gesamtrisikoposition vollständig abdecken zu können.

Risikostrategie

Die einzelnen Risikostrategien sind Bestandteil der integrierten Geschäfts- und Risikostrategie. Sie setzen den Rahmen für die Ausrichtung der Geschäftstätigkeit der IKB. Im Geschäftsjahr 2012/13 wurden alle Risikostrategien unter Berücksichtigung der aktuellen Geschäftsausrichtung sowie der konjunkturellen Lage überarbeitet. Die im Strategie- und Risikoausschuss identifizierten Anpassungsnotwendigkeiten der Strategien wurden dabei berücksichtigt.

Kreditrisikostrategie

Im Kreditgeschäft will die Bank, bezogen auf ihr Kreditportfolio, das Gesamtrisiko und damit auch die Risikovorsorge der nächsten Geschäftsjahre weiter auf niedrigem Niveau begrenzen. Neben der Beschränkung des Neugeschäfts auf gute Bonitäten zur Verbesserung der durchschnittlichen Bonität im Zeitablauf gehört hierzu die Begrenzung von Konzentrationsrisiken auf Einzelkreditnehmer- und Kreditnehmergruppenebene. Aufgrund ihres Kerngeschäfts wird auch künftig der regionale Schwerpunkt der IKB in Deutschland liegen. Die geringen Aktivitäten im Ausland beschränken sich (mit Ausnahme des Leasinggeschäfts) derzeit auf Westeuropa, insbesondere auf Frankreich und Italien. Mit Blick auf die Zielkunden des gehobenen deutschen Mittelstands ist auch die Branchendiversifikation von hoher Bedeutung. Bei der Limit-Bemessung orientiert sich die Bank sowohl an der Bedeutung der Branche für die deutsche Wirtschaft als auch an der Einschätzung der Branche im Hinblick auf ihre erwartete Entwicklung.

Marktpreisrisikostrategie

Im Kundengeschäft liegt der Schwerpunkt mit Bezug auf mögliche Marktpreisrisiken in der Bereitstellung von Zins- und Währungsderivaten zur Unterstützung des Zins- und Währungsmanagements der Kunden. Ergänzt wird dies dadurch, dass Wertpapiere, die von Kunden emittiert worden sind, mit dem Ziel eines zeitnahen Weiterverkaufs an Drittinvestoren in das Handelsbuch genommen werden. Für Geschäfte im Handelsbuch beschränkt sich die Bank weitgehend auf hochliquide Produkte in den Währungen Euro und US-Dollar, wobei die hiermit verbundene maximale Risikoposition sehr gering gehalten wird. Der Hauptteil der Marktpreisrisiken des Konzerns resultiert dementsprechend aus dem Aktiv-Passiv-Management sowie den Investmentportfolios. Wesentliche Risikotreiber sind hierbei vor allem Credit-Spread-Risiken sowie Zinsänderungsrisiken, die im Rahmen der Marktpreisrisikosteuerung weiterhin begrenzt werden sollen.

Liquiditätsstrategie

Die gegenwärtige Liquiditätssicherung basiert auf der Hereinnahme von durch den Einlagensicherungsfonds garantierten Kundeneinlagen, der Ausgabe von Schuldscheinen, Mittelaufnahmen am Interbankenmarkt in besicherter Form sowie der Teilnahme am EZB-Tenderverfahren. Das SoFFin-Garantievolumen wurde im Geschäftsjahr 2012/13 vollständig zurückgeführt. Ziel der Liquiditätssteuerung ist neben der Gewährleistung der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit der Bank die Sicherstellung des jederzeitigen Zugangs zu günstigen, diversifizierten Refinanzierungsmöglichkeiten unter Berücksichtigung des derzeit eingeschränkten Kapitalmarktzugangs. Als Liquiditätsreserve dient ein diversifiziertes Portfolio EZB-fähiger liquider Wertpapiere mit geringen Marktrisiken.

Adressenausfallrisiken

Die IKB unterscheidet beim Adressenausfallrisiko das Kreditrisiko und das Kontrahentenrisiko. Ein Kreditrisiko liegt vor, wenn durch den Ausfall eines Vertragspartners die vertragskonforme Rückzahlung eines Kredites nicht oder nicht vollständig erfolgt. Das Kontrahentenrisiko umfasst bei der IKB neben dem Wiedereindeckungsrisiko im Zusammenhang mit Derivaten, das sich bei Ausfall des Vertragspartners ergeben kann, auch das Emittentenrisiko und das Erfüllungsrisiko. Das Emittentenrisiko spiegelt den potenziellen Verlust beim Ausfall des Emittenten eines von der IKB gehaltenen Wertpapiers wider, während das Erfüllungsrisiko das Risiko eines Nichtleistens des Kontrahenten nach Vorleistung der IKB im Rahmen des Settlement-Prozesses darstellt.

Ausgangspunkt für den Risikomanagement-Prozess im Kreditgeschäft ist der Planungsprozess. Auf der Grundlage von Risikotragfähigkeit, Neugeschäfts- und Ergebniszielen wird das Risiko explizit in die Planung einbezogen. Die abgeleiteten Zielgrößen umfassen somit nicht nur Neugeschäftsvolumen, Zins- und Provisionserträge sowie Sach- und Personalkosten, sondern auch den erwarteten Risikovorsorgebedarf.

Kreditgenehmigungsprozess und Einzelengagementüberwachung

Wesentliche Aufgaben im Rahmen des Kreditgenehmigungsprozesses (marktunabhängige Bonitätsanalyse, Votierung, Intensivbetreuung, Problemkreditbearbeitung) werden durch den marktunabhängigen Bereich Kreditrisikomanagement durchgeführt und damit – wie aufsichtsrechtlich gefordert – von den Marktfunktionen (Akquisition und Geschäftsinittierung) getrennt.

Nach Votierung durch die Marktbereiche werden alle Kreditentscheidungen im Rahmen der Kompetenzregelung in Abhängigkeit von der Größenordnung des bestehenden Konzern-Kreditengagements, der Bonität des Kreditnehmers, der Besicherung und nicht zuletzt der bestehenden und geplanten Portfoliostruktur entweder zentral durch Kompetenzträger innerhalb des Bereichs Kreditrisikomanagement oder durch Gremien unter Einbindung des Vorstands getroffen.

Die Erstellung von Kredit- und Sicherheitenverträgen sowie deren spätere Anpassungen erfolgen durch die vom Markt unabhängig agierenden Mitarbeiter des Bereiches Credit & Treasury Operations und bei komplexeren Einzelfällen unter Einbindung des Bereichs Recht.

Grundlage jeder Kreditentscheidung ist eine detaillierte Kreditanalyse, die die für die Entscheidung relevanten Informationen aufzeigt, bewertet und in einer Entscheidungsvorlage nachvollziehbar dokumentiert. Neben der Analyse der wirtschaftlichen Verhältnisse der Kreditnehmer auf Basis von Jahresabschlüssen, Planzahlen und Liquiditätsplanungen kommt der Beurteilung der Absatz- und Beschaffungsmärkte, der Positionierung des Kreditnehmers im relevanten Markt und der Zukunftsaussichten bei der Kreditanalyse eine große Bedeutung zu. Gleichzeitig wird hoher Wert auf die Mobilität – also die Ausplatzierbarkeit bzw. Syndizierbarkeit – von Krediten gelegt.

Im Konsortialgeschäft, bei Akquisitionsfinanzierungen sowie einzelfallbezogen bei weiteren Unternehmensfinanzierungen, bei denen die Übernahme von Underwriting-Risiken und die spätere Ausplatzierung vorgesehen sind, existiert ein Limitsystem bezüglich der Größe einzelner Underwriting-Positionen sowie zur Summe aller Underwriting-Positionen, um sicherzustellen, dass die für einen nur kurzfristigen Verbleib im Kreditbuch vorgesehenen Risikopositionen auch im genehmigten Zeitrahmen syndiziert werden.

Die Kreditentscheidungen über Investments in Wertpapiere, Verbriefungen, Portfolioinvestments und sonstige Kreditprodukte werden im Rahmen der bestehenden Kompetenzregelungen entweder durch den Kompetenzträger des Bereichs Kreditrisikomanagement oder durch den Vorstand getroffen.

Bestehende Kreditengagements werden grundsätzlich alle zwölf Monate mit den dazugehörigen Prozessen und Genehmigungsverfahren durch das Kreditrisikomanagement überprüft. Darüber hinaus werden im Jahresturnus die einzelnen Teilportfolien sowie wesentliche Einzelengagements im Hinblick auf deren Risikolage analysiert und Engagementstrategien abgeleitet. Die regelmäßige Bestandsanalyse und -bewertung aller Wertpapierinvestments, Verbriefungen, Portfolioinvestments und sonstigen strukturierten Kreditprodukte werden durch den Bereich Kreditrisikomanagement durchgeführt.

Ratingprozess und Ratingsysteme

Zur Bonitätsbeurteilung verfügt die IKB über EDV-gestützte, auf das jeweilige Kundensegment bzw. die spezifische Finanzierungsart zugeschnittene Ratingsysteme. Die erwartete gesamtwirtschaftliche Entwicklung wird regelmäßig überprüft und im Rating berücksichtigt. Den einzelnen Bonitätsstufen werden auf Basis der Analyse historischer Ausfälle Ausfallwahrscheinlichkeiten zugewiesen.

Bei klassischen Unternehmensfinanzierungen setzt die IKB das „Mittelstandsrating“ ein, das die wirtschaftliche Situation des Kreditnehmers auf Basis finanzwirtschaftlicher Kennziffern mit mathematisch-statistischen Verfahren beurteilt. Individuelle Kunden- und Branchenmerkmale (qualitative Faktoren) werden durch Experteneinschätzungen berücksichtigt.

Für Akquisitionsfinanzierungen verwendet die Gesellschaft ein für Leveraged-Finance-Transaktionen entwickeltes System. Das System berücksichtigt sowohl die Finanzierungsstruktur unter Verwendung von Kennzahlen als auch qualitative Faktoren der Transaktion. Die Entwicklung, Pflege und der Betrieb des Rating-systems für Akquisitionsfinanzierungen sind an einen externen Dienstleister ausgelagert.

Bei Projekt- und Spezialfinanzierungen werden Ratingverfahren eingesetzt, die unter Berücksichtigung unterschiedlicher Szenarien eine Aussage über die Schuldendienstfähigkeit ermöglichen, da hier Höhe und Nachhaltigkeit des Cashflows zur Bedienung der während der Projektlaufzeit anfallenden Zins- und Tilgungszahlungen im Mittelpunkt stehen. Das im Rahmen der gewerblichen Immobilienfinanzierung eingesetzte Immobilienrating bewertet die Bonität auf Basis einer Vielzahl spezifischer Objektdaten und Investoreninformationen. Da sowohl Projektfinanzierungen als auch Immobilienfinanzierungen nicht mehr zum stra-

tegischen Fokus der IKB gehören und keine Neugeschäfte mehr erfolgen, werden beide Ratingverfahren von der Bank nicht mehr weiterentwickelt.

Länderrisiken

Die Bestimmung der Länderbonität erfolgt anhand von Wirtschaftsdaten und Kennziffern über die ökonomische Entwicklung des Landes und seine Zahlungsfähigkeit in Verbindung mit einer qualitativen Bewertung der politischen und gesellschaftlichen Situation des Landes. Als Entscheidungsgrundlagen dienen internationale Datenbanken, Länderberichte, Ratingagenturen und andere externe Quellen.

Quantifizierung des Kreditrisikos

Zur Quantifizierung des Adressenausfallrisikos wird ein eigenentwickeltes Modell eingesetzt, das unter Berücksichtigung von Schwankungsbreiten der statistischen Ausfallwahrscheinlichkeiten eine Verteilung möglicher Kreditverluste generiert. In dieses Modell fließt neben den Einzelkredit-/Investmentinformationen (Kredit-/Investmentbetrag, Besicherung, Laufzeit, Branchenzugehörigkeit, Konzernzugehörigkeit, Rating) eine Vielzahl von statistischen Größen ein, wie z. B. Ausfallwahrscheinlichkeiten, Sicherheitenerlösraten und Branchen-/Asset-Korrelationen, die auf bankinternen Erfahrungen oder externen Referenzgrößen beruhen.

Im Rahmen von Validierungs- und Benchmarking-Prozessen werden sowohl die Systeme zur internen Bonitätsbeurteilung als auch die Genehmigungs-, Überwachungs- und Steuerungsprozesse im Kreditgeschäft regelmäßig auf den Prüfstand gestellt.

Portfolioüberwachung und -steuerung

Bei der Bestandsüberwachung steht die Betrachtung des gesamten Kreditportfolios im Mittelpunkt. Die zeitnahe Beobachtung von Branchen- und Marktveränderungen erfolgt gemeinsam durch auf Branchenrisiken spezialisierte Einheiten in Markt und Marktfolge. Deren umfangreiches Branchen-Know-how ist wichtiger Bestandteil der im Rahmen der Risikosteuerung durchgeführten Cluster-Analysen. Hiermit wird das Ziel verfolgt, die Sektorrisiken im Kreditgeschäft unter Berücksichtigung der erwarteten Entwicklungen möglichst frühzeitig zu erkennen und zu limitieren. Darüber hinaus finden in der Regel monatliche Portfolio-Besprechungen zwischen den Firmenbetreuern und Sanierungsspezialisten der Marktfolge in den Niederlassungen statt, um frühzeitig über potenzielle Problemengagements zu diskutieren und Maßnahmen zur Reduzierung des Ausfallrisikos einzuleiten.

Ausgangspunkt für die Festlegung von Konzentrationslimiten, die sich an den geschäftspolitischen Zielgrößen und den risikopolitischen Leitlinien orientieren, ist die regelmäßige Überprüfung durch das Limitkomitee, welches sich aus Vertretern der auf Branchen spezialisierten Industriegruppen, der Bereiche Kreditrisikomanagement und Risikocontrolling sowie der Geschäftsfelder zusammensetzt. Auf Basis der bestehenden Strukturen werden unter Berücksichtigung identifizierter Branchenrisiken und Konjunkturfaktoren auf die einzelnen Wirtschaftszweige Volumens- und Risikobeitragslimite festgelegt. Zusätzlich werden Obergrenzen für Einzelkredite bzw. Kredite an Unternehmensgruppen definiert, um Konzentrationsrisiken zu vermeiden. Im Bereich Kreditrisikomanagement erfolgt darüber hinaus eine fortlaufende Überwachung des Kreditportfolios durch die auf Industriesektoren spezialisierten Risikoanalysten.

Bei allen Ländern wird das Gesamtengagement durch Länderrisikolimiten begrenzt. Die Limite werden vom Limitkomitee festgelegt und gelten für alle Geschäfte in diesen Ländern. Die Ausnutzung der festgelegten Limite wird zeitnah überwacht und berichtet.

Struktur des Adressenausfallrisikos

Das Kreditvolumen zum 31. März 2013 setzt sich folgendermaßen zusammen:

Tabelle: Kreditvolumen

in Mio. €	Konzern			IKB AG		
	31.3.2013	31.3.2012	Änderung	31.3.2013	31.3.2012	Änderung
Forderungen an Kreditinstitute	2.219	2.580	-361	2.091	2.445	-354
Forderungen an Kunden	14.707	16.045	-1.338	16.752	18.058	-1.306
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere ohne eigene Schuldverschreibungen	7.161	7.491	-330	6.991	7.415	-424
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	497	1.125	-628	28	78	-50
Handelsbestand	266	222	44	266	222	44
Beteiligungen ¹⁾	27	38	-11	-	-	-
Leasingvermögen	1.365	1.411	-46	-	-	-
Sonstige Vermögensgegenstände: Vermögensgegenstände zur Veräußerung	91	99	-8	-	-	-
Zwischensumme: Bilanzaktiva	26.333	29.011	-2.678	26.128	28.218	-2.090
Eventualverbindlichkeiten ²⁾	941	469	472	2.024	1.405	619
Positive Marktwerte Derivate Anlagebuch	2.148	2.238	-90	2.146	2.247	-101
Wertberichtigungen ³⁾	531	604	-73	480	512	-32
Leasing: Passivische Rechnungsabgrenzungsposten und geleistete Anzahlungen	-138	-114	-24	-	-	-
Drohverlustrückstellungen eingebettete Derivate abzüglich auf Dritte entfallende Teile	-120	-119	-1	-120	-115	-5
Schuldverschreibungen und Forderungen an Kreditinstitute	-13	-10	-3	-	-	-
Bruttokreditvolumen	29.682	32.079	-2.397	30.658	32.267	-1.609
nachrichtlich: weitere wesentliche Adressenausfallrisiken außerhalb des Bruttokreditvolumens						
Unwiderrufliche Kreditzusagen	1.211	1.610	-399	1.066	1.455	-389
Beteiligungen ¹⁾ und Anteile an assoziierten und verbundenen Unternehmen	44	59	-15	136	791	-655

- 1) Beteiligungen sind im Konzern nach Konsolidierung Bestandteil des Bruttokreditvolumens, in der IKB AG außerhalb des Bruttokreditvolumens.
- 2) ohne derivative Bestandteile nicht getrennter strukturierter Produkte (CDS), die in dem Posten „Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere“ ausgewiesen werden
- 3) ohne Drohverlustrückstellungen aus in strukturierte Produkte eingebettete Derivate; Kreditvolumen nach Abzug von Wertberichtigungen auf Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

Die Kreditrisikoangaben für den Konzern inklusive der Vorjahresangaben wurden in dieser und in allen nachfolgenden Strukturtabellen auf die Bilanzierung nach den Grundsätzen des HGB umgestellt. Im Vergleich zur bisherigen Berichterstattung auf Grundlage der Konzernbilanzierung nach IFRS steigt das Kreditvolumen hierdurch leicht an. Hauptgrund ist der Ansatz von Wertpapieren des Anlagevermögens zu fortgeführten Anschaffungskosten, die nach IFRS zu aktuellen Marktwerten bewertet wurden. Die Vorjahreswerte für die IKB AG wurden aufgrund des Abzugs der auf eingebettete Derivate bestehenden Drohverlustrückstellungen um 115 Mio. € angepasst.

Der Rückgang des Konzern-Bruttokreditvolumens um 2,4 Mrd. € ist im Wesentlichen auf den Rückgang der Kundenforderungen um 1.338 Mio. €, der unter Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren ausgewiesenen Partnerfonds-Sondervermögen um 628 Mio. € und der Schuldverschreibungen und anderer festverzinslicher Wertpapiere um 330 Mio. € zurückzuführen. Auch die positiven Marktwerte der Derivate im Anlagebuch und die Forderungen an Kreditinstitute gingen um 90 Mio. € bzw. 223 Mio. € zurück. Die Eventualverbindlichkeiten stiegen jedoch um 472 Mio. € durch Protection Seller CDSs.

Das Bruttokreditvolumen der IKB AG ist um 1,6 Mrd. € auf 30,7 Mrd. € zurückgegangen.

Tabelle: Kreditvolumen nach Größenklassen – Konzern

	31.3.2013 in Mio. €	31.3.2013 in %	31.3.2013 Anzahl ¹⁾	31.3.2012 in Mio. €	31.3.2012 in %
kleiner 5 Mio. €	3.726	13%	21.434	4.736	15%
5 Mio. € bis unter 10 Mio. €	2.105	7%	298	2.446	8%
10 Mio. € bis unter 20 Mio. €	3.050	10%	222	3.457	11%
20 Mio. € bis unter 50 Mio. €	2.994	10%	102	3.275	10%
50 Mio. € und größer	14.350	48%	94	13.335	42%
Zwischensumme	26.225	88%	22.150	27.249	85%
Risikoausplatzierungen ²⁾	3.457	12%	-	4.830	15%
Gesamt	29.682	100%	22.150	32.079	100%

1) Kreditnehmereinheiten nach § 19 KWG

2) Hermesbürgschaften, Haftungsfreistellungen, Ausplatzierungen

Die reduzierten Volumina in den Größenklassen bis 50 Mio. € sind im Wesentlichen auf Kreditrückzahlungen zurückzuführen.

Der Anstieg des Anteils der Größenklasse 50 Mio. € und größer von 13,3 Mrd. € auf 14,4 Mrd. € ist im Wesentlichen auf Kredite an den öffentlichen Sektor zurückzuführen, deren Volumen in dieser Klasse von 2,3 Mrd. € auf 3,2 Mrd. € anstieg, darin 0,5 Mrd. € aus Protection Seller CDSs. Das auf Kreditinstitute und den Finanzsektor entfallende Volumen in dieser Größenklasse ging von 9,6 Mrd. € auf 9,3 Mrd. € leicht zurück. Unternehmensfinanzierungen verzeichneten in dieser Größenklasse einen Anstieg von 1,4 Mrd. € auf 1,9 Mrd. €.

Die durchschnittliche Engagementhöhe pro Kreditnehmereinheit in dieser Größenklasse beträgt 153 Mio. € (Vorjahr: 190 Mio. €).

Das Volumen der Risikoausplatzierungen hat sich überwiegend durch Tilgungen der mittels Verbriefungstransaktionen ausplatzierten oder abgesicherten Kredite um 1,4 Mrd. € auf 3,5 Mrd. € reduziert. Diese setzen sich zusammen aus Haftunterbeteiligungen durch Kreditinstitute (überwiegend KfW) in Höhe von 1,7 Mrd. €, öffentlichen Bürgschaften inklusive Hermesdeckung in Höhe von 0,2 Mrd. € und synthetischen Verbriefungen in Höhe von 1,6 Mrd. €, bei denen die KfW Bankengruppe (KfW) das Kreditrisiko absichert. Durch die synthetischen Ausplatzierungen ist die Bank gegen die Adressenausfallrisiken aus den Engagements abgesichert, obwohl diese nach wie vor in der Bilanz ausgewiesen und weiterhin seitens der IKB betreut werden.

Die synthetischen Ausplatzierungen in Höhe von 1,6 Mrd. € (Vorjahr: 2,6 Mrd. €) setzen sich folgendermaßen zusammen:

- 0,1 Mrd. € entfallen auf Kredite, für die die Bank lediglich Erstverlustrisiken in Höhe von 11,2 Mio. € (ursprünglich 15,3 Mio. €) zurückbehalten hat.
- Kredite mit einem Volumen von 0,3 Mrd. € entfallen auf Risikoausplatzierungen, bei denen lediglich der erwartete und Teile des unerwarteten Verlustes in Höhe von insgesamt 32,3 Mio. € (ursprünglich 39,2 Mio. €) ausplatziert sind. Diese Subordination wird unverändert als ausreichend angesehen.
- Für Kredite in Höhe von 0,9 Mrd. € verbleibt eine Absicherung in Höhe von 224,1 Mio. €, die als ausreichende Subordination angesehen wird.
- Für Kredite mit einem Volumen von 0,3 Mrd. € ist das Kreditrisiko vollständig ausplatziert.

Der Großteil des Volumens und der Anzahl in der Größenklasse kleiner 5 Mio. € besteht aus Leasingfinanzierungen.

Tabelle: Kreditvolumen nach Größenklassen – IKB AG

	31.3.2013 in Mio. €	31.3.2013 in %	31.3.2013 Anzahl ¹⁾	31.3.2012 in Mio. €	31.3.2012 in %
kleiner 5 Mio. €	1.831	6%	1.464	2.526	8%
5 Mio. € bis unter 10 Mio. €	1.975	6%	274	2.220	7%
10 Mio. € bis unter 20 Mio. €	2.881	9%	208	3.300	10%
20 Mio. € bis unter 50 Mio. €	3.140	10%	105	3.183	10%
50 Mio. € und größer	12.907	42%	75	11.481	36%
Zwischensumme	22.734	74%	2.126	22.710	70%
Risikoausplatzierungen ²⁾	3.457	11%	-	4.826	15%
Interne Geschäfte	4.467	15%	-	4.731	15%
Gesamt	30.658	100%	2.126	32.267	100%

Vorjahreswerte wurden angepasst.

1) Kreditnehmereinheiten nach § 19 KWG

2) Hermesbürgschaften, Haftungsfreistellungen, Ausplatzierungen

Sicherheiten, Risikoausplatzierungen und Verbriefungen

Für das traditionelle Kreditgeschäft der IKB hat die Absicherung durch klassische Sicherheiten (Grundpfandrechte, Sicherungsübereignungen und Bürgschaften) nach wie vor einen sehr hohen Stellenwert. Die Wertansätze der zur Besicherung im klassischen Kreditgeschäft herangezogenen Sicherheiten werden kontinuierlich überprüft und aktualisiert.

Tabelle: Kreditvolumen nach Art der Sicherheiten – Konzern

	31.3.2013 in Mio. €	31.3.2013 in %	31.3.2012 in Mio. €	31.3.2012 in %
Grundpfandrechte	4.202	14%	4.473	14%
Sicherungsübereignung und Leasinggegenstände	2.799	9%	2.779	9%
Sonstige Sicherheiten ¹⁾	2.546	9%	2.677	8%
Collateralized ²⁾	2.418	8%	2.273	7%
Besichertes Kreditvolumen³⁾	11.965	40%	12.202	38%
Blankokredite	14.260	48%	15.047	47%
Zwischensumme	26.225	88%	27.249	85%
Risikoausplatzierungen ⁴⁾	3.457	12%	4.830	15%
Gesamt	29.682	100%	32.079	100%

1) z. B. Forderungsabtretungen, Partizipationsrechte, Abtretung Geschäftsanteile, Ownership-Erklärung, Rangrücktritt, Positiv-/Negativverklärungen

2) Derivate mit positiven Marktwerten im Rahmen von Collateral-Vereinbarungen, d. h. mit korrespondierenden Positionen mit negativen Marktwerten

3) inklusive außerhalb der Sicherheitenwerte liegender Kreditteile

4) Hermesbürgschaften, Haftungsfreistellungen, Ausplatzierungen

Die durch Grundpfandrechte, Sicherungsübereignungen und sonstige Sicherheiten besicherten Engagements sind im vergangenen Geschäftsjahr tilgungsbedingt insgesamt um 0,4 Mrd. € zurückgegangen.

Der größte Teil der Blankokredite entfällt auf Kreditinstitute und den Finanzsektor (7,7 Mrd. €, Vorjahr: 8,4 Mrd. €), den öffentlichen Sektor (3,3 Mrd. €, Vorjahr: 2,6 Mrd. €) und die restlichen Anteile auf Unternehmensfinanzierungen (3,3 Mrd. €, Vorjahr: 4,0 Mrd. €).

Die auf Kreditinstitute und den öffentlichen Sektor entfallenden Blankokredite betreffen überwiegend Wertpapiere, die der Liquiditätsanlage dienen und EZB-fähig sind, darin aktuell 3,0 Mrd. € Pfandbriefe und Covered Bonds.

Unter „Collateralized“ werden Derivate mit positiven Marktwerten im Rahmen von Collateral-Vereinbarungen, d. h. mit korrespondierenden Positionen mit negativen Marktwerten ausgewiesen. Im Vorjahr waren unter dieser Position der IKB AG zusätzlich 2,0 Mrd. € Call Accounts im Rahmen von Collateral-Vereinbarungen ausgewiesen worden, die nun den Blankokrediten zugeordnet worden sind.

Von der IKB als Collateral gestellten Termin- und Tagesgelder im Zusammenhang mit dem Derivategeschäft werden den Blankokrediten zugeordnet.

Die Leasinggegenstände sind der Kategorie „Sicherungsübereignung“ zugeordnet.

Tabelle: Kreditvolumen nach Art der Sicherheiten – IKB AG

	31.3.2013 in Mio. €	31.3.2013 in %	31.3.2012 in Mio. €	31.3.2012 in %
Grundpfandrechte	4.197	14%	4.463	14%
Sicherungsübereignung	470	2%	429	1%
Sonstige Sicherheiten ¹⁾	2.544	8%	2.676	8%
Collateralized ²⁾	2.416	8%	1.938	6%
Besichertes Kreditvolumen³⁾	9.627	31%	9.506	29%
Blankokredite	13.107	43%	13.204	41%
Zwischensumme	22.734	74%	22.710	70%
Risikoausplatzierungen ⁴⁾	3.457	11%	4.826	15%
Interne Geschäfte	4.467	15%	4.731	15%
Gesamt	30.658	100%	32.267	100%

Vorjahreswerte wurden angepasst.

- 1) z. B. Forderungsabtretungen, Partizipationsrechte, Abtretung Geschäftsanteile, Ownership-Erklärung, Rangrücktritt, Positiv-/Negativverklärungen
- 2) Derivate mit positiven Marktwerten im Rahmen von Collateral-Vereinbarungen, d. h. mit korrespondierenden Positionen mit negativen Marktwerten
- 3) inklusive außerhalb der Sicherheitenwerte liegender Kreditteile
- 4) Hermesbürgschaften, Haftungsfreistellungen, Ausplatzierungen

Geografische Struktur

Nach Regionen teilt sich das Gesamtkreditvolumen wie folgt auf:

Tabelle: Kreditvolumen nach Regionen – Konzern

	31.3.2013 in Mio. €	31.3.2013 in %	31.3.2012 in Mio. €	31.3.2012 in %
Inland	13.062	44%	13.701	43%
Ausland	13.163	44%	13.548	42%
Westeuropa	9.880	33%	10.276	32%
Osteuropa	1.039	4%	779	2%
Nordamerika	2.156	7%	2.322	7%
Sonstige Länder	88	0%	171	1%
Zwischensumme	26.225	88%	27.249	85%
Risikoausplatzierungen ¹⁾	3.457	12%	4.830	15%
Gesamt	29.682	100%	32.079	100%

1) Hermesbürgschaften, Haftungsfreistellungen, Ausplatzierungen

Bei insgesamt sinkendem Kreditvolumen ist der Anteil der inländischen Finanzierungen am Kreditvolumen trotz Rückgang um 0,6 Mrd. € leicht angestiegen. Das auf Osteuropa entfallende Volumen ist durch Protection Seller CDSs sowie den Erwerb von Anleihen der Länder Polen, Slowakei und Tschechien erhöht worden.

Tabelle: Kreditvolumen nach Regionen – IKB AG

	31.3.2013 in Mio. €	31.3.2013 in %	31.3.2012 in Mio. €	31.3.2012 in %
Inland	10.969	36%	10.975	34%
Ausland	11.765	38%	11.735	36%
Westeuropa	9.191	30%	9.132	28%
Osteuropa	404	1%	191	1%
Nordamerika	2.082	7%	2.241	7%
Sonstige Länder	88	0%	171	1%
Zwischensumme	22.734	74%	22.710	70%
Risikoausplatzierungen ¹⁾	3.457	11%	4.826	15%
Interne Geschäfte	4.467	15%	4.731	15%
Gesamt	30.658	100%	32.267	100%

Vorjahreswerte wurden angepasst.

1) Hermesbürgschaften, Haftungsfreistellungen, Ausplatzierungen

Tabelle: Aufgliederung des Länderobligos nach dem IKB-Länderrating – Konzern

31.3.2013 in Mio. €	Länderbonitäten ¹⁾					
	Gesamt ²⁾	1-6	7-9	10-12	13-15	16-19
Westeuropa	9.880	8.108	1.706	66	-	-
Osteuropa	1.039	801	50	188	-	-
Nordamerika	2.156	2.156	-	-	-	-
Sonstige Länder	88	65	2	13	8	-
Gesamt	13.163	11.130	1.758	267	8	-

1) ohne Risikoausplatzierungen; steigendes Risiko bei steigender Ratingklasse

2) Absicherungen durch ECA (Export Credit Agencies)-Deckungen sind betragsmindernd berücksichtigt; sonstige Sicherheiten bleiben unberücksichtigt.

85 % des auf das Ausland entfallenden Kreditvolumens waren im Konzern den sechs besten Länderratings 1-6 zuzuordnen. Zusätzlich entfielen Risikoausplatzierungen (z. B. durch Hermesbürgschaften abgesichert) von 0,2 Mrd. € auf ausländische Kreditnehmer.

Die Inanspruchnahme der Kredite der Risikoklassen 13-15 betrifft im Wesentlichen den Iran (7,6 Mio. €) und Ägypten (0,8 Mio. €).

Tabelle: Aufgliederung des Länderobligos nach dem IKB-Länderrating – IKB AG

31.3.2013 in Mio. €	Länderbonitäten ¹⁾					
	Gesamt ²⁾	1-6	7-9	10-12	13-15	16-19
Westeuropa	9.191	7.669	1.456	66	-	-
Osteuropa	404	384	-	20	-	-
Nordamerika	2.082	2.082	-	-	-	-
Sonstige Länder	88	65	2	13	8	-
Gesamt	11.765	10.200	1.458	99	8	-

1) ohne Risikoausplatzierungen; steigendes Risiko bei steigender Ratingklasse

2) Absicherungen durch ECA (Export Credit Agencies)-Deckungen sind betragsmindernd berücksichtigt; sonstige Sicherheiten bleiben unberücksichtigt.

Innerhalb von Westeuropa verteilen sich die Risiken auf folgende Staaten:

Tabelle: Kreditvolumen in Westeuropa nach Risiken – Konzern

31.3.2013 in Mio. €	Kredit- volumen nach Risiko- entlastung	davon öffentlicher Sektor	davon Kredit- institute und Finanzsektor ¹⁾	davon restliche Adress- ausfall- risiken
Großbritannien	2.083	-	1.322	761
Frankreich	1.866	156	1.049	661
Italien	1.705	1.119	199	387
Spanien	1.330	140	667	523
EU ²⁾	1.093	549	544	-
Niederlande	393	73	194	126
Irland	376	98	190 ³⁾	88
Österreich	235	78	101	56
Schweiz	224	-	128	96
Schweden	151	-	100	51
Dänemark	106	98	8	-
Finnland	78	-	16	62
Portugal	66	-	25	41
Sonstige	174	-	73	101
Gesamt	9.880	2.311	4.616	2.953

1) Bankenexposure in Spanien und Italien enthält überwiegend Mortgage Covered Bonds.

2) Europäische Kommission, Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) und Europäische Investitionsbank

3) in Irland 181 Mio. € Portfolioinvestments über Zweckgesellschaften mit Sitz in Irland enthalten

Tabelle: Kreditvolumen in Westeuropa nach Risiken – IKB AG

31.3.2013 in Mio. €	Kredit- volumen nach Risiko- entlastung	davon öffentlicher Sektor	davon Kredit- institute und Finanzsektor ¹⁾	davon restliche Adress- ausfall- risiken
Großbritannien	2.075	-	1.314	761
Frankreich	1.602	156	987	459
Italien	1.567	1.119	61	387
EU ²⁾	1.093	549	544	-
Spanien	1.087	140	424	523
Niederlande	393	73	194	126
Irland	368	98	182 ³⁾	88
Schweiz	224	-	128	96
Österreich	217	78	101	38
Schweden	151	-	100	51
Dänemark	106	98	8	-
Finnland	78	-	16	62
Portugal	66	-	25	41
Sonstige	164	-	71	93
Gesamt	9.191	2.311	4.155	2.725

1) Bankenexposure in Spanien und Italien enthält überwiegend Mortgage Covered Bonds.

2) Europäische Kommission, Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) und Europäische Investitionsbank

3) in Irland 181 Mio. € Portfolioinvestments über Zweckgesellschaften mit Sitz in Irland enthalten

Seit Ende des Jahres 2009 führte die Verschuldung einiger EU-Staaten zu einem massiven Vertrauensverlust in die Europäische Währungsunion. Um eine weitere Ausdehnung dieser Vertrauenskrise zu verhindern und damit die Stabilität des Euro zu sichern, haben sich mittlerweile die gesamten Euro-Staaten auf einen

Stabilitätspakt verständigt, der die Zahlungsfähigkeit der EU-Staaten sicherstellen soll. Die Hilfen der Euro-Staaten sind bisher Griechenland, Irland, Portugal, Spanien und Zypern gewährt bzw. von diesen beantragt worden. Aufgrund dieser Stützungsmaßnahmen der EU sieht die Bank derzeit keine akuten Adressenausfallrisiken hinsichtlich dieser Staaten und Banken mit Ausnahme der Länder Griechenland und Zypern.

Die Bank hält keine griechischen Anleihen mehr im Bestand und hat das letzte noch im Bestand befindliche First-to-Default-Papier in Höhe von 50 Mio. € veräußert, sodass keine zusätzlichen Kreditausfallrisiken hinsichtlich der für dieses Papier als Referenzschuldner dienenden Länder Frankreich, Italien, Portugal, Tschechien und Zypern mehr bestehen.

Die Länderrisiken werden im Ratingverfahren der Bank und bei der Berechnung der Wertminderungen für signifikante Forderungen berücksichtigt. Zur Abdeckung von Länderrisiken wurde zudem erstmals das nicht risikoausplatzierte Kreditvolumen in Risikoländern mit internen Ratings ab Ratingklasse 13 mit einem pauschalen Abschlag pauschalwertberichtigt; der sich hieraus ergebende Pauschalwertberichtigungsbestand betrug aufgrund der niedrigen Kreditvolumina und der Besicherung weniger als 1 Mio. €.

Branchenstruktur

Die IKB ordnet jedem Kunden eine der insgesamt rund 430 Branchen nach Wirtschaftszweigsystematik zu. Diese Branchen werden gruppiert und in Branchenclustern zusammengeführt.

Tabelle: Kreditvolumen nach Branchen – Konzern

	31.3.2013 in Mio. €	31.3.2013 in %	31.3.2012 in Mio. €	31.3.2012 in %
Industriebranchen	12.220	41%	12.857	40%
Maschinenbau	1.139	4%	1.069	3%
Dienstleistungen	905	3%	934	3%
Einzelhandel	850	3%	659	2%
Metallerzeugnisse	830	3%	811	3%
Energieversorgung	777	3%	851	3%
Sonstige Industriebranchen	7.719	26%	8.533	27%
Immobilien	1.001	3%	1.370	4%
Finanzsektor	2.188	7%	1.043	3%
Banken	7.466	25%	9.416	29%
Öffentlicher Sektor	3.350	11%	2.563	8%
Zwischensumme	26.225	88%	27.249	85%
Risikoausplatzierungen ¹⁾	3.457	12%	4.830	15%
Gesamt	29.682	100%	32.079	100%

1) Hermesbürgschaften, Haftungsfreistellungen, Ausplatzierungen

In den Industriebranchen ist das Kreditvolumen gegenüber dem Vorjahr um 0,6 Mrd. € und im Immobilienbereich um 0,4 Mrd. € zurückgegangen. Gleichzeitig kam es im Zusammenhang mit dem Dodd-Frank Act (Dodd-Frank Wall Street Reform and Consumer Protection Act) zur Umschichtung von Derivategeschäften aus den Kreditinstituten in den Finanzsektor. Die Verminderung im Bankensektor um 2,0 Mrd. € ist daneben auch auf den Rückgang positiver Marktwerte bei Derivaten zurückzuführen. Unverändert hoch ist der Diversifizierungsgrad in den Industriebranchen – auf keine Industriebranche entfällt ein Portfolioanteil von mehr als 4 %. Während in den Kerngeschäftsbranchen das Volumen ausgebaut wurde (z. B. Maschinenbau +7 %), ging das Volumen bei den übrigen Branchen (z. B. Energieversorgung -9 %) zurück.

Tabelle: Kreditvolumen nach Branchen – IKB AG

	31.3.2013 in Mio. €	31.3.2013 in %	31.3.2012 in Mio. €	31.3.2012 in %
Industriebranchen	9.880	32%	10.204	32%
Maschinenbau	824	3%	743	2%
Einzelhandel	815	3%	624	2%
Energieversorgung	774	3%	850	3%
Dienstleistungen	677	2%	788	2%
Metallerzeugnisse	544	2%	518	2%
Sonstige Industriebranchen	6.246	20%	6.681	21%
Immobilien	968	3%	1.355	4%
Finanzsektor	2.060	7%	870	3%
Banken	6.478	21%	7.912	25%
Öffentlicher Sektor	3.348	11%	2.369	7%
Zwischensumme	22.734	74%	22.710	70%
Risikoausplatzierungen ¹⁾	3.457	11%	4.826	15%
Interne Geschäfte	4.467	15%	4.731	15%
Gesamt	30.658	100%	32.267	100%

Vorjahreswerte wurden angepasst.

1) Hermesbürgschaften, Haftungsfreistellungen, Ausplatzierungen

Bonitätsstruktur

Das Kreditvolumen verteilt sich auf die internen Ratingklassen wie folgt:

Tabelle: Kreditvolumen nach Bonitätsstruktur¹⁾ – Konzern

	31.3.2013 in Mio. €	31.3.2013 in %	31.3.2012 in Mio. €	31.3.2012 in %
1-4	7.606	26%	10.238	32%
5-7	8.689	29%	6.518	20%
8-10	5.669	19%	5.255	16%
11-13	2.159	7%	2.648	8%
14-15	482	2%	741	2%
Lehman Assets ²⁾	344	1%	339	1%
Problemengagements ³⁾	1.276	4%	1.510	5%
Zwischensumme	26.225	88%	27.249	85%
Risikoausplatzierungen ⁴⁾	3.457	12%	4.830	15%
Gesamt	29.682	100%	32.079	100%

1) sinkende Bonität bei steigender Ratingklasse

2) vgl. das Kapitel „Von Lehman Brothers arrangierte CDOs“

3) Buchwerte, d. h. nach Abzug von Verlusten wertgeminderter Wertpapiere

4) Hermesbürgschaften, Haftungsfreistellungen, Ausplatzierungen

Der Anstieg in den Bonitätsstufen 5-7 um 2,2 Mrd. € und der Rückgang in den Bonitätsstufen 1-4 um 2,6 Mrd. € ist im Wesentlichen auf Bonitätsverschlechterungen von Bankadressen sowie den öffentlichen Sektor zurückzuführen. Neben den Problemengagements ist auch das Volumen in den Bonitätsstufen 11-15 durch Kreditrückzahlung und Bonitätsverbesserungen zurückgegangen. Auf die Leasingengagements entfällt der überwiegende Anteil der Bonitäten 14-15. Für diese Engagements dienen die Leasinggüter als Sicherheit.

Tabelle: Kreditvolumen nach Bonitätsstruktur¹⁾ – IKB AG

	31.3.2013 in Mio. €	31.3.2013 in %	31.3.2012 in Mio. €	31.3.2012 in %
1-4	7.072	23%	8.616	27%
5-7	8.080	26%	6.163	19%
8-10	4.578	15%	4.201	13%
11-13	1.373	4%	1.857	6%
14-15	145	0%	239	1%
Lehman Assets ²⁾	344	1%	339	1%
Problemengagements ³⁾	1.142	4%	1.295	4%
Zwischensumme	22.734	74%	22.710	70%
Risikoausplatzierungen ⁴⁾	3.457	11%	4.826	15%
Interne Geschäfte	4.467	15%	4.731	15%
Gesamt	30.658	100%	32.267	100%

Vorjahreswerte wurden angepasst.

- 1) sinkende Bonität bei steigender Ratingklasse
- 2) vgl. das Kapitel „Von Lehman Brothers arrangierte CDOs“
- 3) Buchwerte, d. h. nach Abzug von Verlusten wertgeminderter Wertpapiere
- 4) Hermesbürgschaften, Haftungsfreistellungen, Ausplatzierungen

Problemengagements

Die nachfolgende Tabelle gibt einen Überblick über die Entwicklung der Problemengagements.

Tabelle: Problemengagements¹⁾ – Konzern

	31.3.2013 in Mio. €	31.3.2012 in Mio. €	Veränderung in Mio. €	Veränderung in %
Wertgemindert (Non-performing Assets)	1.064	1.273	-209	-16%
Nicht wertgemindert	265	365	-100	-27%
Gesamt	1.329	1.638	-309	-19%
In % des Kreditvolumens	4,5%	5,1%		

- 1) Kreditvolumen inklusive Verluste wertgeminderter Wertpapiere (31. März 2013: 54 Mio. €; 31. März 2012: 128 Mio. €)

Tabelle: Problemengagements¹⁾ – IKB AG

	31.3.2013 in Mio. €	31.3.2012 in Mio. €	Veränderung in Mio. €	Veränderung in %
Wertgemindert (Non-performing Assets)	953	1.123	-170	-15%
Nicht wertgemindert	232	282	-50	-18%
Gesamt	1.185	1.405	-220	-16%
In % des Kreditvolumens	3,9%	4,3%		

Vorjahreswerte wurden angepasst.

- 1) Kreditvolumen inklusive Verluste wertgeminderter Wertpapiere (31. März 2013: 43 Mio. €; 31. März 2012: 111 Mio. €)

Die Problemengagements sind durch Abbau der Non-performing Assets und Verbesserungen der Kreditqualität von nicht wertgeminderten Problemengagements weiter zurückgegangen.

Die Darstellung der IKB AG und des Konzerns wurde vereinheitlicht. Ausgewiesen wird das Kreditvolumen zuzüglich der Verluste wertgeminderter Wertpapiere.

Ein Vermögensgegenstand wird als wertgemindert bzw. „non-performing“ eingestuft, wenn (i) ein Insolvenzverfahren eröffnet wurde, (ii) Zinsen oder Kapitalrückzahlungen mehr als 90 aufeinanderfolgende Tage in Verzug sind oder wenn (iii) andere eindeutige Hinweise bestehen, dass der Schuldner seinen vertraglichen Verpflichtungen nicht nachkommen kann und es zusätzlich an objektiven Hinweisen darauf fehlt, dass sie durch spätere Zahlungen oder die Verwertung von Sicherheiten eingebracht werden können. Dabei berücksichtigt die IKB den Liquidationswert der verfügbaren Sicherheiten.

Die nachfolgende Tabelle gibt einen Überblick über die Entwicklung der Non-performing Assets.

Tabelle: Non-performing Assets – Konzern

	31.3.2013 in Mio. €	31.3.2012 in Mio. €	Veränderung in Mio. €	Veränderung in %
Inland	618	676	-58	-9%
Ausland	349	378	-29	-8%
Wertgeminderte Kredite	967	1.054	-87	-8%
Wertgeminderte Wertpapiere ¹⁾	97	219	-122	-56%
Wertgemindert (Non-performing Assets) gesamt	1.064	1.273	-209	-16%
In % des Kreditvolumens	3,6%	4,0%		

1) Buchwerte zuzüglich Verluste wertgeminderter Wertpapiere (31. März 2013: 54 Mio. €; 31. März 2012: 128 Mio. €)

Der Rückgang der Non-performing Assets um 209 Mio. € resultiert mit 122 Mio. € aus Verkauf und Rückzahlungen von wertgeminderten Wertpapieren. Auch die wertgeminderten Kredite gingen durch Abwicklungs- und Verkaufsmaßnahmen im Inland wie im Ausland um 87 Mio. € bzw. 8 % zurück.

Tabelle: Non-performing Assets – IKB AG

	31.3.2013 in Mio. €	31.3.2012 in Mio. €	Veränderung in Mio. €	Veränderung in %
Inland	558	619	-61	-10%
Ausland	310	340	-30	-9%
Wertgeminderte Kredite	868	959	-91	-9%
Wertgeminderte Wertpapiere ¹⁾	85	164	-79	-48%
Wertgemindert (Non-performing Assets) gesamt	953	1.123	-170	-15%
In % des Kreditvolumens	3,1%	3,5%		

Vorjahreswerte wurden angepasst.

1) Buchwerte zuzüglich Verluste wertgeminderter Wertpapiere (31. März 2013: 43 Mio. €; 31. März 2012: 111 Mio. €)

Risikovorsorge

Für Risiken aus dem Kreditgeschäft wird bei voraussichtlich dauerhafter Wertminderung des Kredits eine Risikovorsorge in Form einer Wertberichtigung gebildet. Für Eventualverbindlichkeiten wird bei drohender Inanspruchnahme eine Rückstellung gebildet. Für dauerhafte Wertminderungen bei CDSs sowie bei in Credit Linked Notes (CLN) eingebetteten CDS wird die Risikovorsorge ebenfalls in Form einer Rückstellung gebildet.

Tabelle: Risikovorsorge – Konzern

	31.3.2013 in Mio. €	31.3.2012 in Mio. €	Veränderung in %
Zuführung zu Einzelwertberichtigungen/Rückstellungen	171,7	211,7	-19%
Direktabschreibungen	9,5	15,1	-37%
Eingänge aus abgeschriebenen Forderungen	-10,5	-8,2	28%
Auflösung und Unwinding von EWB/Rückstellungen	-101,9	-181,5	-44%
Zuführung zu/Auflösung von Pauschalwertberichtigungen	31,6	8,1	>100%
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	100,4	45,2	>100%
Eingebettete Derivate/Eingänge aus abgeschr. Ford. Portfolioinvestments	-20,9	-5,7	>100%
Nettozuführung zur Risikovorsorge	79,5	39,5	>100%
Ergebnis aus Wertpapieren und Derivaten der Liquiditätsreserve	-8,9	-23,5	-62%
Risikovorsorgesaldo	70,6	16,0	>100%
Bestandsentwicklung EWB/Rückstellungen¹⁾			
Anfangsbestand	525,8	807,9	-35%
Inanspruchnahme	-182,5	-326,5	-44%
Auflösung	-83,5	-156,6	-47%
Umgliederung und Saldo aus Auf- und Abzinsungen	0,2	10,1	-98%
Unwinding	-18,4	-25,5	-28%
Zuführung EWB/Rückstellungen	171,7	211,7	-19%
Fremdwährungsänderung	1,3	4,7	-72%
Bestand EWB/Rückstellungen	414,6	525,8	-21%
Pauschalwertberichtigungen			
Anfangsbestand	103,6	95,5	8%
Zuführung/Auflösung	31,6	8,1	>100%
Bestand Pauschalwertberichtigungen	135,2	103,6	31%
Bestand Risikovorsorge gesamt (inkl. Rückstellungen)	549,8	629,4	-13%

1) ohne Rückstellungen auf eingebettete Derivate

Die Risikovorsorgenettozuführung im Kreditgeschäft ist von 45 Mio. € auf 100 Mio. € angestiegen. Ein Grund dafür ist die im Vergleich zum Vorjahr um 31,6 Mio. € auf 135 Mio. € angestiegene Pauschalwertberichtigung. Hierin spiegelt sich eine allgemein vorsichtigerer generelle Konjunktüreinschätzung wider; die Bank sieht zudem speziell Eventrisiken im Zusammenhang mit der fortgesetzten europäischen Staatsschuldenkrise für Akquisitions-, Projekt- und Immobilienfinanzierungen in den Ländern Frankreich, Italien, Spanien und Großbritannien.

Ein weiterer Bestandteil der höheren Risikovorsorge liegt in den rückläufigen Risikovorsorgeauflösungen begründet, die die ebenfalls rückläufigen Risikovorsorgezuführungen überkompensieren. Der Schwerpunkt der Risikovorsorgezuführungen liegt bei ausländischen Akquisitionsfinanzierungen. Im deutschen Corporate- und auch Immobilienbereich waren dagegen unverändert niedrige Risikovorsorgezuführungen zu beobachten.

Risikoreporting

Alle relevanten Informationen aus den Kreditgeschäften werden vom Bereich Risikocontrolling im Rahmen von vierteljährlichen Kreditrisikoreports auf Konzernebene detailliert aufbereitet und dem Vorstand vorgelegt und erläutert. Zusätzlich erhalten der Aufsichtsrat sowie die Aufsichtsbehörden vierteljährlich eine umfassende Risikoberichterstattung (Dashboard), die alle wesentlichen Informationen zur Gesamtrisikoposition im Konzern enthält.

Strukturierte Kreditprodukte

Die Risiken aus den verbliebenen strukturierten Kreditprodukten entfallen, gemessen am Buchwert, zum überwiegenden Teil auf rechtliche Risiken aus Positionen im Zusammenhang mit der Lehman-Insolvenz, auf wirtschaftliche Risiken aus Positionen, die im Wesentlichen auf Risiken von Unternehmen und Staaten referenzieren, sowie auf Rückbehalte von IKB-Eigenverbriefungen. Ökonomische Risiken aus Investments

mit Subprime-Bezug bestehen für die IKB nur noch aus einem Teil der auf die Zweckgesellschaft Rio Debt Holdings übertragenen Assets.

Das Teilsegment Portfolioinvestments enthält per 31. März 2013 folgende Elemente:

- Verbriefungspositionen in Höhe von nominal 182 Mio. € (31. März 2012: 214 Mio. €) mit einem Buchwert von 122 Mio. € (31. März 2012: 147 Mio. €), die zum strategischen Kerngeschäft der Bank gehören und größtenteils aus der Verbriefung eigener Kredite stammen. Diese Assets haben überwiegend ein Sub-Investment-Grade-Rating.
- Zwei synthetische Transaktionen mit sechs Tranchen und Referenzaktiva auf Unternehmen und Staaten im Gesamtvolumen von nominal 200 Mio. € (31. März 2012: 200 Mio. €) und einem Buchwert von 200 Mio. € (31. März 2012: 200 Mio. €). Die Transaktionen verfügen über ein externes Rating von Baa.
- Wertpapiere mit einem Nominalvolumen von 643 Mio. € (31. März 2012: 688 Mio. €) und einem Buchwert von 82 Mio. € (31. März 2012: 89 Mio. €), die auf Rio Debt Holdings übertragen wurden. Die Subprime-Risiken der IKB belaufen sich auf einen Buchwert von 33 Mio. € (31. März 2012: 27 Mio. €). Die aus dem Portfolio resultierenden Residualerlöse werden zwischen IKB und Lone Star aufgeteilt. Nach Abzug des Fair Value des Rechts auf Mehrlöse (Equity-Kicker-Anteil) von Lone Star verbleibt ein auf die IKB entfallender Anteil am Buchwert von 69 Mio. € (31. März 2012: 79 Mio. €).
- Vier synthetische Transaktionen mit einem Nominalvolumen von 344 Mio. € (31. März 2012: 339 Mio. €) und einem Buchwert von 344 Mio. € (31. März 2012: 339 Mio. €) befinden sich aufgrund der Lehman-Insolvenz in Abwicklung. Die sich aus diesen Transaktionen für die IKB ergebenden Risiken sind auf rechtliche Risiken (siehe Kapitel „Rechtsrisiken – Von Lehman Brothers arrangierte CDOs“) im Rahmen der Abwicklung sowie die Werthaltigkeit der gestellten Sicherheiten begrenzt. Die Ratings für diese Assets wurden zurückgezogen.

Das tatsächliche wirtschaftliche Risiko der IKB aus den Portfolioinvestments, gemessen am Buchwert, beträgt per 31. März 2013 somit 391 Mio. € (31. März 2012: 426 Mio. €). Davon entfallen 122 Mio. € (31. März 2012: 147 Mio. €) auf die unter Punkt 1 genannten Verbriefungspositionen aus dem Kerngeschäft der IKB, 200 Mio. € (31. März 2012: 200 Mio. €) auf die unter Punkt 2 aufgeführten synthetischen Transaktionen sowie 69 Mio. € (31. März 2012: 79 Mio. €) auf das unter Punkt 3 genannte IKB-Risiko aus den Rio Assets. Hinsichtlich der Asset-Klassen liegt der Schwerpunkt auf Investments mit Corporate Underlyings (CDOs of Corporates und CLOs) in Höhe von 313 Mio. € (31. März 2012: 337 Mio. €). Das wirtschaftliche Risiko der Assets mit ABS-Bezug (ABS und CDO of ABS) beträgt 78 Mio. € (31. März 2012: 89 Mio. €). Darüber hinaus bestehen die in Punkt 4 dargestellten rechtlichen Risiken in Höhe von 344 Mio. € (31. März 2012: 339 Mio. €).

Liquiditäts- und Marktpreisrisiken

Liquiditätsrisiko

Das Liquiditäts- und Refinanzierungsrisiko ist das Risiko, dass die IKB nicht mehr in der Lage ist, ihre Zahlungsverpflichtungen termingerecht zu erfüllen (Liquiditätsrisiko) oder am Markt zu angemessenen Konditionen Refinanzierungsmittel aufzunehmen (Refinanzierungsrisiko).

Wesentliche Bestandteile der Refinanzierung der IKB sind neben besicherten Finanzierungen im Interbankenmarkt das Einlagen- und Schuldscheindarlehengeschäft mit Unternehmenskunden, Privatkunden und institutionellen Investoren. Darüber hinaus nutzt die IKB weiterhin für ihre Kunden aktiv die Programmkredite und Globaldarlehen der öffentlichen Förderbanken. Zudem hat die IKB AG wieder begonnen, Inhaberschuldverschreibungen zu emittieren.

Im Berichtszeitraum hat sich dabei das Volumen der neu hereingenommenen Kundeneinlagen weiter positiv entwickelt. Der Bestand beläuft sich per 31. März 2013 auf 7,0 Mrd. € (Vorjahr: 5,7 Mrd. €).

Die verbesserte kurz- und mittelfristige Liquiditätsausstattung hat es der Bank ermöglicht, im Geschäftsjahr 2012/13 das SoFFin-Garantievolumen vollständig zurückzuführen (Vorjahr: 4,5 Mrd. €).

Die Bank rechnet, verteilt über die nächsten zwölf Monate, je nach Entwicklung des Neugeschäfts mit einem zu deckenden Mittelbedarf von 7 bis 8 Mrd. €. Zur Refinanzierung dieses Bedarfs stehen aus heutiger Sicht im Wesentlichen wie bisher die Hereinnahme von Kundengeldern und Schuldscheindarlehen, Mittelaufnahmen am Interbankenmarkt (Tages- und Termingelder) in besicherter Form, die Teilnahme am EZB-Tenderverfahren, Inhaberschuldverschreibungen und die Veräußerung von Bilanzaktiva zur Verfügung. Weiterhin stellen auch besicherte Refinanzierungsstrukturen eine Option für die Bank dar.

Die Liquiditätsplanung basiert auf einer Reihe von Annahmen über die oben genannten und weitere liquiditätsbestimmende Faktoren der Aktiv- sowie der Passivseite. Im Falle eines kumulierten Nichteintritts mehrerer dieser Annahmen können sich Liquiditätsengpässe ergeben. In Betracht kommt hier z. B. eine Marktentwicklung, welche die Prolongation von durch den Einlagensicherungsfonds garantierten Passiva und den Verkauf von Bilanzaktiva nicht oder nicht ausreichend erlaubt.

Marktpreisrisiko

Als Marktpreisrisiko wird das Risiko von Wertveränderungen aufgrund von Schwankungen von am Markt beobachtbaren Parametern (Risikofaktoren) bezeichnet. Die für die IKB relevanten Risikofaktoren umfassen Wechselkurse, Zinsen und Credit Spreads, Volatilitäten (Optionspreise) und Aktienpreise. Das Management von Marktpreisrisiken erfolgt auf Konzernebene.

Die IKB unterscheidet die Portfolios Eigen- und Kundenhandel, Investmentportfolio einschließlich Liquiditätsreserve und Kreditrefinanzierung. Die Liquiditätsreserve stellt Anlagen dar, die bei der Zentralbank oder im Interbankengeschäft kurzfristig zur Liquiditätsbeschaffung eingesetzt werden können. Alle Portfolios werden täglich bewertet. Ihr Risikogehalt wird in einem barwertorientierten Value-at-Risk-System gemessen, welches die Grundlage für die Limitierung der Marktpreisrisiken darstellt.

Zinsänderungsrisiko

Zinsänderungsrisiken bestehen in möglichen Wertveränderungen von Aktiv- und Passivpositionen bei Verschiebungen der risikolosen Zinskurve. Die IKB setzt eine Vielzahl von Instrumenten zur Steuerung und Absicherung ihres Zinsrisikos ein. Sie schließt Transaktionen mit diesen Instrumenten sowohl in ihrem Handelsbuch als auch in ihrem Anlagebuch ab. Risiken im Handelsbuch und im Anlagebuch werden mit vergleichbaren Methoden gemessen und überwacht.

Das Zinsänderungsrisiko der IKB liegt insbesondere im Investmentportfolio und in der Kreditrefinanzierung.

Credit-Spread-Risiko

Spread-Risiken ergeben sich aufgrund von Änderungen der in Kursen von Wertpapieren und Derivaten eingepreisten Bonitäts- und Liquiditätsaufschläge auf den risikolosen Zinssatz.

Das relevante Spread-Risiko der IKB resultiert insbesondere aus den Wertpapieren und Schuldscheindarlehen des Investmentportfolios sowie den sonstigen verbliebenen Portfolioinvestments.

Volatilitätsrisiko

Volatilitätsrisiken bestehen in möglichen Wertänderungen von Optionspositionen aufgrund von Änderungen der am Markt beobachteten impliziten Volatilitäten bzw. Optionspreise. Verbleibende Optionsstillhalterpositionen liegen insbesondere im Investmentportfolio der Bank.

Fremdwährungsrisiko

Fremdwährungsrisiken ergeben sich aufgrund von Schwankungen des jeweiligen Wechselkurses zum Euro. In der IKB bestehen im Wesentlichen Währungspositionen in USD, GBP, JPY und CHF. Kredite in Fremdwährungen werden bezüglich der Fremdwährungsrisiken nahezu vollständig abgesichert.

Quantifizierung der Marktpreisrisiken

Zur Quantifizierung des Marktpreisrisikos im Rahmen der operativen Steuerung und täglichen Überwachung verwendet die Bank einen Value-at-Risk-Ansatz mittels historischer Simulation, wobei alle relevanten Risikofaktoren (Zinsen, Volatilitäten, Wechselkurse, Spreads, Aktienpreise) berücksichtigt werden. Um den spezifischen Besonderheiten aller Produkte gerecht zu werden, findet bei der historischen Simulation eine volle Bewertung der strukturierten Zinsprodukte anhand der letzten 250 historischen Marktszenarien unter Berücksichtigung von Korrelationseffekten statt. Für nicht-strukturierte Instrumente erfolgt eine Abschätzung des Marktwerteffekts auf Basis von Zins-, Wechselkurs- und Spread-Sensitivitäten der Instrumente.

Der Value at Risk (VaR) drückt den Wertverlust des Portfolios der Bank über einen Zeitraum von einem Tag (Haltedauer) aus, der mit einer Wahrscheinlichkeit von 99 % (Konfidenzniveau) nicht überschritten wird. Dies entspricht dem zweitschlechtesten Szenarioergebnis der Simulation. Für die Zwecke der Risikotragfähigkeit wird der Value at Risk auf einem Konfidenzniveau von 90 % (Going-Concern-Sicht) und 99,76 % (Liquidationssicht) mit einer Haltedauer von einem Jahr ermittelt (siehe Abschnitt „Risikotragfähigkeit“).

Um die Vorhersagekraft der eingesetzten Modelle zu prüfen, wird ein regelmäßiges Clean Backtesting durchgeführt. Die Ergebnisse werden im Rahmen des monatlichen MaRisk-Reportings dem Vorstand berichtet. Im Hinblick auf die Beurteilung der Prognosegüte des Modells traten im Geschäftsjahr keine über das statistische Maß hinausgehende Ausreißer auf.

Entwicklung des Marktpreisrisikoprofils

Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung des Marktrisiko profils im Konzern auf Basis des Value at Risk zum 99 %-Konfidenzniveau mit einer Haltedauer von einem Tag.

Tabelle: Marktpreisrisikoprofil

in Mio. €	31.3.2013	31.3.2012
Basis Point Value¹⁾	-0,4	0,3
Vega²⁾	0,5	0,1
VaR ³⁾ – Fremdwährung	-1,0	-2,5
VaR ³⁾ – Zins und Volatilität	-10,0	-5,2
VaR ³⁾ – Spread	-48,0	-53,3
Korrelationseffekt	13,0	4,9
VaR³⁾ gesamt	-46,0	-56,1

Summendifferenzen sind Rundungsdifferenzen.

- 1) Basis Point Value (BPV) gibt die Barwertänderung des Portfolios bei einer parallelen Verschiebung aller Zinskurven um +0,01 Prozentpunkt (1 Basispunkt) an.
- 2) Vega gibt die Barwertänderung des Portfolios bei Erhöhung von Zinsvolatilitäten um 1 Prozentpunkt an.
- 3) Value at Risk zum 99 %-Konfidenzniveau mit einer Haltedauer von einem Tag

Der wesentliche Treiber des Marktrisikos ist derzeit das Credit-Spread-Risiko aus Staatsfinanzierungen als Folge der beobachteten massiven Spread-Volatilitäten infolge der anhaltenden europäischen Verschuldungskrise.

Die Wahlen in Italien am 24. Februar 2013 führten am Kapitalmarkt zu einer sprunghaften Ausweitung der Credit-Spreads italienischer Staatsanleihen, die sich im Gesamt-VaR niederschlugen. Die Bank betrachtet dies als eine singuläre Marktverwerfung und hat das Ziel, die VaR-Auslastung weiterhin ergebnisschonend zu reduzieren.

Die Credit-Spread-Sensitivitäten der Wertpapier- und Derivatepositionen (Wertänderung pro Basispunkt zusätzlicher Credit-Spread-Ausweitung) betrug im Berichtsjahr zu den Quartalsstichtagen zwischen -5,26 Mio. € und -6,13 Mio. €.

Limitierung

Value-at-Risk-Limite werden aus der Risikotragfähigkeit abgeleitet. Die operative Steuerung besteht aus einem Value-at-Risk-Limit für den Konzern, basierend auf einem 99 %-Konfidenzniveau bei einer angenommenen Haltedauer von einem Tag. Darüber hinaus werden Währungsrisiken im Gesamtbestand mit einem Volumenlimit für die offene Devisenposition begrenzt.

Risikoreporting

Die tägliche Berichterstattung an Vorstand und Treasury umfasst die Bewertungen aller Positionen, das Zinsergebnis, das Marktpreisrisiko und die Limitauslastungen.

Darüber hinaus wird der Vorstand monatlich ausführlich über relevante Marktentwicklungen, Veränderungen des Bestands, Bewertung des Bestands, Ergebnisentwicklung sowie Markt- und Liquiditätsrisikoprofil informiert. Der Monatsbericht ergänzt zudem die Marktrisikobetrachtung auf Basis des Value at Risk um das barwertige Risiko unter Stress-Annahmen und Kommentierungen über besondere Entwicklungen. Der Aufsichtsrat wird vierteljährlich im Rahmen der Gesamtrisikoberichterstattung mittels des Dashboard über die Marktpreisrisiken informiert.

Operationelle Risiken

Das Operationelle Risiko ist die Gefahr eines Verlustes, der infolge eines Mangels oder des Versagens von internen Prozessen, Menschen und Systemen oder aufgrund von externen, außerhalb der Einflussosphäre der Bank liegenden Ereignissen eintritt.

Das im Bereich Risikocontrolling angesiedelte Operational Risk Management (ORM) koordiniert und überwacht das Management der operationellen Risiken. Dem ORM obliegen auch die konzernweite Schadenspotenzialanalyse und die Entwicklung konzernweiter OpRisk-Management- und -Schulungskonzepte. Die operative Risikosteuerung liegt im Verantwortungsbereich der einzelnen Geschäftsfelder, Bereiche und Tochtergesellschaften.

Alle Geschäftseinheiten sind verpflichtet, eingetretene oder beinahe eingetretene Schadensfälle an das ORM zu melden. Wesentliche Schadensfälle und schlagend gewordene operationelle Risiken werden in einer zentralen Schadensfalldatenbank zusammengeführt und auf ihre Ursachen sowie die Auswirkungen untersucht. Hieraus können Verbesserungsvorschläge abgeleitet und umgesetzt werden. Einmal pro Quartal erfolgt in Zusammenarbeit mit den verantwortlichen Bereichsleitern eine Risikobewertung der OpRisk-Handlungsfelder Personal, Prozesse, Infrastruktur, Rechtsrisiken und Projekte. Die Erkenntnisse fließen in den vierteljährlichen Risikobericht ein.

Das im Geschäftsjahr festgestellte Bruttoschadensvolumen betrug insgesamt 2,6 Mio. € auf Konzernebene. Davon entfielen rund 2,1 Mio. € auf die IKB AG. Aufgrund von Schadensminderungen (z. B. Versicherungs-, Vergleichs- oder Kulanzzahlungen) kann der GuV-wirksame Schaden geringer ausfallen. Sofern einzelne Schadenshöhen (noch) nicht exakt zu bestimmen sind, beruhen die Werte auf Schätzungen. Die größten operationellen Risiken sieht die Bank derzeit in den bestehenden Rechtsrisiken (siehe hierzu Kapitel „Rechtsrisiken“). Die im Vergleich zum Vorjahr (Konzern: 18,5 Mio. € und IKB AG: 12,4 Mio.€) sehr geringe Schadenssumme erklärt sich durch außergewöhnliche Schadensfälle in der Vergleichsperiode sowie einige aktuell noch schwebende Sachverhalte, deren Schadenseintritt sich zum Stichtag noch nicht materialisiert hat.

Neben der regelmäßigen Analyse und Identifikation der Schwachstellen und Optimierungsansätze aller geschäftlichen Abläufe liegt ein weiterer Schwerpunkt auf dem Ausbau der Sicherheitsorganisation und der Anpassung der zugrunde liegenden Prozesse. Hierzu werden unter der Leitung des ORM jährlich Business-Impact-Analysen durchgeführt, die die spezifischen Risikoprofile der einzelnen Geschäftsfelder und Bereiche untersuchen und Risikosteuerungsimpulse ableiten.

Zum Verantwortungsbereich des ORM gehört auch das konzernweite Notfallmanagement, das ebenfalls auf der Basis der Business-Impact-Analysen auf dem neuesten Stand gehalten wird. Um eine unternehmensweite Transparenz zu gewährleisten, erfolgt die Darstellung aller Notfallpläne sowohl in umfassender Form im IKB-Intranet als auch in papiergebundener Form in Notfallmanagement-Handbüchern.

Die Qualität der Notfallpläne wird durch regelmäßige Notfalltests und Benutzerübungen in allen Zentralbereichen, Markteinheiten und Tochtergesellschaften sichergestellt.

Risikoreporting

Über die operationellen Risiken sowie einzelne Schäden und deren Verteilung auf die einzelnen Geschäftseinheiten wird der Vorstand durch das ORM quartalsweise informiert. Bei wesentlichen Risiken oder eingetretenen Schäden erfolgt eine sofortige Meldung an den Risikovorstand und gegebenenfalls an die Vorstandsmitglieder der darüber hinaus betroffenen Ressorts.

Rechtsrisiken

Unter die operationellen Risiken wird auch das Rechtsrisiko subsumiert, also das Risiko von Verlusten durch Verletzung von rechtlichen Rahmenbedingungen, neue gesetzliche Regelungen und für die Bank nachteilige Änderungen oder Auslegungen (z. B. höchstrichterliche Entscheidungen) bestehender gesetzlicher Regelungen. Die Begrenzung der Rechtsrisiken ist Aufgabe des Bereichs Recht.

Die Wahrnehmung dieser Aufgabe erfolgt grundsätzlich durch die verfügbaren internen Ressourcen. Falls notwendig, werden externe Anwaltskanzleien zur Unterstützung eingeschaltet.

Im Tagesgeschäft wird ein textbausteinbasiertes Mustervertragssystem verwendet, mit dem insbesondere Kredit- und Sicherheitenverträge erstellt werden können. Abweichungen von diesen Mustern werden durch den Bereich Recht geprüft und freigegeben. Alle Vertragsmuster werden kontinuierlich daraufhin überprüft, ob Anpassungen aufgrund von gesetzgeberischen Änderungen oder Rechtsprechungen erforderlich sind.

Daneben werden insbesondere Rechtsentwicklungen, die von direkter Bedeutung für das Geschäft der Bank sind, durch Mitwirkung in Gremien und Ausschüssen der Aufsichtsbehörden und des Bundesverbandes deutscher Banken begleitet. Gegenwärtig werden so insbesondere die zahlreichen Gesetzgebungsvorschläge zur Änderung des Aufsichtsrechts beobachtet.

In rechtlichen Auseinandersetzungen sichert der Bereich Recht durch Einsatz spezialisierter Ressourcen, die in besonderer Weise Zugang zu den in der Gesellschaft und im Konzern verfügbaren Informationen

erhalten, sowie eine leistungsfähige technische Infrastruktur die Wahrung der Rechtspositionen der Gesellschaft und des Konzerns und die Einhaltung der rechtlichen Rahmenbedingungen.

Im Rahmen des Managements der Rechtspositionen der IKB schließt die Gesellschaft mit potenziellen Anspruchstellern und -gegnern verjährungshemmende und Vergleichsvereinbarungen. Soweit Risiken erkennbar sind, wird eine entsprechende Vorsorge getroffen.

Folgende wesentliche rechtliche Risiken bestehen:

Rechtsstreitigkeiten wegen angeblich fehlerhafter Kapitalmarktinformation

Gegen die Gesellschaft sind seit Ausbruch der Krise im Sommer 2007 mehr als 140 Klagen von Anlegern in IKB-Papieren erhoben worden. Diese Klagen stützten sich auf angeblich falsche Inhalte der Pressemitteilung vom 20. Juli 2007, zum Teil aber auch auf angeblich falsche Inhalte der Bilanzpressekonferenz vom 28. Juni 2007 oder auf vermeintlich fehlerhafte Kapitalmarktinformation noch vor diesem Zeitpunkt.

Die genannten gerichtlichen Verfahren beliefen sich insgesamt auf einen (vorläufigen) Gesamtstreitwert von rund 14,6 Mio. €. Daneben sind weitere Aktionäre sowie Anleger in anderen IKB-Papieren außergerichtlich an die Gesellschaft mit der Forderung auf Schadenersatz herangetreten.

Zwischenzeitlich sind bereits mehr als 130 dieser Anlegerklagen mit z. B. rechtskräftigen Urteilen für die Bank oder Klagerücknahmen endgültig beendet worden; in zwei Fällen ist die Bank zu einer Zahlung verurteilt worden. Derzeit liegen dem BGH sieben Nichtzulassungsbeschwerden vor.

In einer Nichtzulassungsbeschwerde hat am 15. November 2011 vor dem XI. Zivilsenat des BGH eine mündliche Verhandlung stattgefunden. Am 13. Dezember 2011 hatte der Senat die Klage an das OLG Düsseldorf zurückverwiesen. Nach den Ausführungen des Senats scheiden deliktische Anspruchsgrundlagen in dem dort behandelten Fall aus.

Die IKB hält auch die noch nicht rechtskräftig abgewiesenen Klagen von Anlegern (mit einem verbleibenden vorläufigen Streitwert von rund 0,75 Mio. €) sowie die o. g. außergerichtlichen Schadenersatzforderungen weiterhin für unbegründet. Es ist aber auch mehr als fünf Jahre nach Ausbruch der Krise der Gesellschaft immer noch nicht gänzlich auszuschließen, dass weitere Anleger Schadenersatzklagen gegen die Gesellschaft geltend machen, was das Gesamtrisiko bei einer erfolgreichen Inanspruchnahme entsprechend erhöhen könnte.

Weitere Rechtsstreitigkeiten

Es ist nicht ausgeschlossen, dass die IKB in Bezug auf ihre Aktivitäten und Tätigkeiten sowie die Aktivitäten und Tätigkeiten der IKB Credit Asset Management GmbH im Rahmen von Rhineland Funding Capital Corporation LLC, Delaware, (RFCC), den Havenrock-Transaktionen und/oder Rhinebridge von an diesen Transaktionen beteiligten Parteien auf Schadenersatz in Anspruch genommen wird. Allerdings ist es der Gesellschaft gelungen, mit den wesentlichen Parteien der Havenrock-Transaktionen Vergleichsvereinbarungen zu schließen und damit die Rechtsrisiken aus diesen Transaktionen weitgehend zu beseitigen. Weiterhin erfolgte eine Reduktion der Rechtsrisiken durch einen Vergleich im Verfahren mit Iowa Student Loan und King County im Kontext der Transaktion Rhinebridge.

Die KfW hat die IKB mit Vereinbarung vom 10./16. September 2008 in bestimmtem Umfang von Ansprüchen aus Rechtsstreitigkeiten u. Ä. (einschließlich damit zusammenhängender Verfahrenskosten) freigestellt, die im Zusammenhang mit RFCC, Rhinebridge oder den Havenrock-Gesellschaften wegen vor dem 29. Oktober 2008 eingetretener Ereignisse gegen die IKB gerichtet werden.

Auch wenn die Freistellung betragsmäßig begrenzt ist, geht die IKB davon aus, dass die erkennbaren Rechtsrisiken aus den durch die Freistellungserklärung erfassten Transaktionen durch die Freistellung gedeckt sind. Die IKB unterliegt in diesem Zusammenhang umfangreichen Informations-, Auskunfts-, Mitwir-

kungs- und Handlungspflichten gegenüber der KfW. Ansprüche von Aktionären der IKB oder Anlegern in Finanzinstrumenten, die an die Entwicklung der IKB-Aktien gekoppelt sind, sind nicht von der Freistellung erfasst.

Wenn die IKB eine mit einem konkreten von der Freistellungsvereinbarung umfassten Anspruch im Zusammenhang stehende Verpflichtung aus der Freistellungsvereinbarung schuldhaft verletzt, erlischt unter bestimmten Voraussetzungen der Freistellungsanspruch in Bezug auf diesen konkreten Anspruch. Der Vorstand erachtet das Risiko einer Pflichtverletzung als gering, da zur Sicherstellung der vertraglichen Verpflichtungen der IKB die notwendigen Umsetzungsschritte für die Einhaltung eines vertragskonformen Verhaltens in enger Abstimmung und Zusammenarbeit mit der KfW detailliert bestimmt und schriftlich dokumentiert wurden. Die Ansprüche der IKB auf Freistellung erlöschen zudem rückwirkend, wenn der Aktienkauf- und Übertragungsvertrag oder die dingliche Anteilsübertragung zwischen KfW und LSF6 Europe Financial Holdings, L.P., Delaware, Dallas/USA (LSF6 Europe), nichtig sind oder werden oder eine der Parteien ein Gestaltungsrecht ausübt, das zur Rückabwicklung der im Hinblick auf das Verpflichtungsgeschäft erbrachten Leistung berechtigt. Darüber hinaus erlöschen die Ansprüche aus der Freistellungsvereinbarung, wenn auch bei Berücksichtigung der Ansprüche aus der Freistellungsvereinbarung bei der IKB ein Insolvenzgrund vorliegt oder ein Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens über das Vermögen der IKB gestellt wird.

Von Lehman Brothers arrangierte CDOs

Die Bank investierte in strukturierte Kreditprodukte (ursprünglich fünf synthetische CDOs mit einem Nominalvolumen von insgesamt 334 Mio. € und 213 Mio. US-\$), innerhalb derer Lehman Brothers als Absicherungsnehmer über eine Zweckgesellschaft fungierte. Nach der Insolvenz von Lehman Brothers wurden die betroffenen Transaktionen aufgrund vertraglicher Beendigungsmöglichkeiten vom Emittenten gekündigt. Die Dokumentation sieht für einen solchen Fall die Liquidation der Transaktionssicherheiten und eine Ausschüttung der Erlöse nach einer bestimmten Reihenfolge vor (sogenannter „Transaktionswasserfall“).

Nach den vertraglich vereinbarten Regelungen ist der Swap-Kontrahent (hier Lehman Brothers) im Falle seiner Insolvenz im Verhältnis zu den Investoren bei der Ausschüttung der Erlöse aus den Transaktionssicherheiten nachrangig zu bedienen. Diese Regelung zur Rangfolge wurde mittlerweile – ohne Beteiligung der Bank – von Gerichten in Großbritannien und den USA überprüft. Während in Großbritannien letztinstanzlich ihre Wirksamkeit bejaht wurde, hat ein erstinstanzliches US-Insolvenzgericht einen Verstoß gegen insolvenzrechtliche Grundprinzipien angenommen. Der zugrunde liegende Rechtsstreit wurde unmittelbar nach Zulassung zum Berufungsgericht in den USA durch einen außergerichtlichen Vergleich der Parteien beigelegt. Andere Musterverfahren laufen noch. Eine letztinstanzliche Bestätigung der Rechtsauffassung der Gegenseite vor den US-amerikanischen Gerichten kann zu einem Entfallen der Auszahlung und gegebenenfalls zu Rückforderungsansprüchen gegenüber der IKB führen. Die Eintrittswahrscheinlichkeit sieht die Bank als gering an. Die Bank befindet sich wegen der Transaktionen in vom US-Insolvenzgericht angeordneten vorgerichtlichen Vergleichsverfahren mit Lehman Brothers.

Beihilfe-Verfahren

Im Zusammenhang mit den Rettungsmaßnahmen der KfW mit Unterstützung der Bankenverbände zugunsten der IKB hatte die EU-Kommission die Maßnahmen als Beihilfe qualifiziert und im Oktober 2008 unter strengen Auflagen genehmigt. Die Gesellschaft hatte seitdem erhebliche Ressourcen eingesetzt, um diese Auflagen umzusetzen. Der Umstrukturierungszeitraum aus der Beihilfe-Entscheidung war am 30. September 2011 abgelaufen. Die IKB hatte die im Restrukturierungsplan vorgesehenen Maßnahmen – soweit diese unter Beachtung der rechtlichen Rahmenbedingungen zulässig und durchführbar waren – zeitgerecht umgesetzt. Der finale Bericht über die erfolgte Umsetzung der EU-Auflagen war zum Jahreswechsel 2011/12 von der Bundesregierung an die EU-Kommission übermittelt worden.

Die EU-Kommission hat hierzu mit Schreiben vom 23. Oktober 2012 Stellung genommen und ausgeführt, dass die Verpflichtungen aus der Entscheidung vom 21. Oktober 2008 weitgehend erfüllt sind. Eine ausführliche Wiedergabe des Inhalts dieser Stellungnahme findet sich im Kapitel 2. „Wichtige Ereignisse im Berichtszeitraum“ unter der Rubrik „Umsetzung der EU-Auflagen“.

Die EU-Kommission hat mit vorgenannter Stellungnahme die Überwachung der Auflagen aus der Entscheidung vom 21. Oktober 2008 auf die Kontrolle der vollständigen Abwicklung der IKB International S.A. sowie der früheren 50%igen IKB-Beteiligung an der Movesta Lease and Finance GmbH beschränkt. In beiden Fällen hat die EU-Kommission zur Kenntnis genommen, dass noch juristische Gründe bestehen, welche die jeweilige vollständige Abwicklung verzögern.

Für den Fall der Nichterfüllung von Auflagen können der Gesellschaft wesentliche rechtliche und wirtschaftliche Nachteile entstehen.

Darüber hinaus hatten sich aus der Beihilfe-Entscheidung der EU-Kommission vom 17. August 2009 über die Zulässigkeit der Erweiterung des SoFFin-Garantierahmens strenge Verhaltenspflichten ergeben. Diese sind nunmehr, mit der vollständigen Rückführung des genehmigten SoFFin-Garantierahmens im Dezember 2012, entfallen.

Anfechtungsklagen gegen die Beschlüsse von Hauptversammlungen

Gegen die Beschlüsse der nachfolgenden Hauptversammlungen sind derzeit noch Anfechtungs- und Nichtigkeitssklagen rechtshängig:

- Hauptversammlung vom 28. August 2008 (Tagesordnungspunkt 6: Aufsichtsratswahlen);
- Hauptversammlung vom 25. März 2009 (u. a. Tagesordnungspunkte 3 und 4: Aufhebung der Sonderprüfung bezüglich des Vorstands und des Aufsichtsrats);
- Hauptversammlung vom 26. August 2010 (u. a. Tagesordnungspunkte 2 und 3: Entlastung der Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats).

Hinsichtlich der Hauptversammlungen vom 27. März 2008, 28. August 2008 und 25. März 2009 sind ferner Auskunftserzwingungsverfahren gemäß § 132 Aktiengesetz (AktG) bei Gericht anhängig.

Derivatgeschäft

Im Geschäftsjahr 2012/13 wurden von Kunden die Beratungsleistungen der Bank im Zusammenhang mit bestimmten Swap-Produkten moniert. In sechs Fällen sind Klagen rechtshängig gemacht worden. Der vorläufige Gesamtstreitwert beträgt ca. 17,5 Mio. €. In einem dieser Fälle läuft bereits das Berufungsverfahren. Gegen die erhobenen Vorwürfe verteidigt sich die Bank.

Risiken im Zusammenhang mit Auflagen des SoFFin

Nach Rückführung der letzten verbleibenden SoFFin-garantierten Anleihen am 14. Dezember 2012 hat der SoFFin einer Einstellung des regelmäßigen Reportings sowie einer Aufhebung der Auflagen aus dem Garantierahmenvertrag zugestimmt.

IT-Risiken

Im Bereich der IT-Risiken liegen die Schwerpunkte in Maßnahmen zur Weiterentwicklung des bankweiten Notfallmanagements, der Sicherheit der IT-Systeme sowie der Sicherheit des Datenbestandes. Hierzu gehört die kontinuierliche Verbesserung des Informationssicherheits-Managements (ISM), das auf dem internationalen Standard ISO 27001 und dem „Grundschutzhandbuch“ des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) aufbaut.

Außerdem wird die System- und Netzwerksicherheit kontinuierlich an die sich verändernde externe Bedrohungslage angepasst. Risiken für die Infrastruktur werden durch die Verteilung auf zwei räumlich getrennte Rechenzentren minimiert.

Die IT-internen Service-Management-Prozesse orientieren sich an der „IT Infrastructure Library (ITIL)“ und deren Überwachung und Kontrolle an „Control Objectives for Information and Related Technology (CobiT).“

Ein ebenfalls wichtiger Bestandteil der Vorsorge ist die Weiterbildung der Mitarbeiter.

Unterstützt und verifiziert werden diese Maßnahmen durch regelmäßige Prüfungen und Notfallübungen. Das Managementsystem für die Informationssicherheit (ISMS) wird regelmäßig vom TÜV Rheinland auf Basis der ISO 27001 zertifiziert. Die Auslagerung von IT-Dienstleistungen wird im Rahmen des ISMS berücksichtigt, insbesondere werden die Datensicherheit und Datenschutzaspekte wesentlicher Auslagerungen durch eigene Zertifikate qualitätsgesichert.

Compliance-Risiken

Als Kreditinstitut unterliegt die IKB unter anderem den Rechtsnormen des KWG, Wertpapierhandelsgesetzes (WpHG), Geldwäschegesetzes (GwG), woraus Pflichten zur Vermeidung von Interessenkonflikten, Marktmanipulationen oder Insiderhandel und Geldwäsche entstehen. Weiterhin sind die organisatorischen und aufsichtsrechtlichen Vorgaben wie die zuletzt im Januar 2013 aktualisierten „Mindestanforderungen an die Compliance-Funktion und die weiteren Verhaltens-, Organisations- und Transparenzpflichten nach §§ 31 ff. WpHG für Wertpapierdienstleistungsunternehmen (MaComp)“ umzusetzen. Für die Geldwäscheprävention sind u. a. die aktuellen Rundschreiben der BaFin zu beachten.

Die Erfüllung der gesetzlichen Anforderungen erfolgt durch einen zweistufigen Organisationsaufbau, bei dem in der sogenannten 1st line of defense die Mitarbeiter auf Marktseite und in den unterstützenden Back-Office-Bereichen Dokumentations- und Verhaltenspflichten wahrnehmen. Die fachliche Beratung der Marktbereiche über Compliance-Erfordernisse, die Durchführung von Kontrollhandlungen sowie die Führung zentraler Verzeichnisse und Register findet durch die 2nd line of defence statt, mithin durch das Compliance Office für die wertpapierhandelsrechtlichen Fragestellungen und durch die Geldwäschebeauftragten. Das Reporting des Compliance-Beauftragten der Bank und der Geldwäschebeauftragten erfolgt jährlich und anlassbezogen an den Vorstand sowie seit Januar 2013 für Compliance in Einzelfällen auch an den Aufsichtsrat.

Aus den in den vergangenen Jahren neu entwickelten Geschäftsaktivitäten der IKB erwachsen gesetzliche Folgepflichten für den Handel mit Finanzinstrumenten, die Erbringung von Wertpapierdienstleistungen und die Anlageberatung von Kunden. Für neue Produkte sind umfangreiche neue Produkt-Prozesse durchzuführen, welche von Compliance und Geldwäscheprävention begleitet werden. Im Einzelfall können in obigen Aktivitäten regulatorische Risiken begründet liegen.

Mit den ganz überwiegend professionellen Kunden gibt es einen Austausch über eine Vielzahl sensibler Informationen für das Kredit- und Beratungsgeschäft. Aufgrund der damit verbundenen hohen Anzahl von Insidern in der Bank bedarf es vielfältiger Compliance-Maßnahmen, diese Informationen gegen interessenwidrigen Gebrauch zu schützen. Ebenso werden die für die Informationsablage in Chinese Walls notwendigen EDV-Voraussetzungen fortentwickelt.

Um die unterschiedlichen Anforderungen für die 1st line of defense erfüllen zu können, werden regelmäßig Schulungen und Einzelmaßnahmen für die Mitarbeiter angeboten. In der 2nd line of defense werden im Compliance Office die Register für Interessenkonflikte, Zuwendungen, Finanzanalysen/Wertpapiermittellungen und das Insiderverzeichnis administriert. Das zentrale Beschwerderegister liegt im Bereich Recht.

Insgesamt unterliegt die IKB aufgrund der spezifischen Geschäftstätigkeit einem geringeren Geldwäscherisiko als Institute mit Schaltergeschäft und Zahlungsverkehr im Kundenauftrag. Bezogen auf ihre Geschäftstätigkeit hat die IKB angemessene Schutzmaßnahmen getroffen und umgesetzt. Bezüglich des Einlagengeschäfts mit Privatkunden werden Auffälligkeiten überwacht.

Im Rahmen der Risikoinventur und der jährlichen Aktualisierung der Gefährdungsanalyse (Anti Money Laundering und Fraud Prevention) wurden bezüglich der Geschäftstätigkeit der IKB im Vergleich zu den Vorjahren leicht erhöhte Risiken bezüglich Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung identifiziert. Hintergrund ist die Zunahme von Geschäftstätigkeiten mit Vertragspartnern und wirtschaftlich Berechtigten außerhalb der EU und der Schweiz sowie Geschäftsaktivitäten mit komplexen fremdnützigen Gestaltungen, z. B. Fonds. Diesen Risiken wird mittels risikoadäquater Einzelfallprüfungen Rechnung getragen. Die geschäftspolitische Ausrichtung auf Beratungsprodukte ist mit einem reduzierten Geldwäscherisiko verbunden.

Auch die Risiken aus betrügerischen und sonstigen strafbaren Handlungen zu Lasten des Institutes werden durch die in 2011 eingerichtete zentrale Stelle gemäß § 25c KWG in der Gefährdungsanalyse analysiert und bewertet. Insgesamt wird hier ein geringes bis mittleres Risiko gesehen. Der IKB drohen danach keine branchenunüblichen und übermäßigen Betrugsrisiken.

Die Regelungen zur Geldwäschebekämpfung und Prävention von betrügerischen und sonstigen strafbaren Handlungen sind in speziellen Organisationsanweisungen für die IKB sowie in spezifischen Dokumenten an den jeweils betroffenen ausländischen Standorten niedergelegt. Des Weiteren hat die IKB ein Compliance-Konzept implementiert, in dem die Verhaltensanforderungen bezüglich der Wertpapier-Compliance für alle Mitarbeiter zum Teil standortspezifisch verbindlich festgelegt sind. Dieses wird ergänzt durch die Konzernrichtlinie über den Umgang mit Interessenkonflikten und Zuwendungen. In einem Code of Conduct hat die IKB darüber hinaus einen Verhaltenskodex formuliert, der die Wertvorstellungen und Überzeugungen der IKB abbildet. Die im Code of Conduct der IKB benannten Grundsätze enthalten die Anforderungen an das Verhalten aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an sämtlichen Standorten des Konzerns. Sie bilden den verbindlichen Orientierungsrahmen für das Tagesgeschäft.

Personalrisiken

Das Management der Personalrisiken liegt in der Verantwortung der einzelnen Zentralbereiche und Markteinheiten in Zusammenarbeit mit dem Personalbereich. Hierzu gehört nicht nur die Notwendigkeit einer angemessenen Personalausstattung zur Umsetzung der betrieblichen und strategischen Erfordernisse, sondern auch die Aufrechterhaltung der erforderlichen Kenntnisse und Erfahrungen der Mitarbeiter, die sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben und Verantwortlichkeiten benötigen. Die IKB setzt zu diesem Zweck ein umfassendes und kontinuierliches Aus- und Weiterbildungsmanagement ein, um das hohe Qualifikationsniveau der Mitarbeiter aufrechtzuerhalten. Um dem Risiko Rechnung zu tragen, dass es zu nachhaltigen Störungen des Betriebsablaufes aufgrund der Abwesenheit oder des Ausscheidens von Mitarbeitern kommt, bestehen in der IKB eindeutige Vertretungsregelungen und prozessuale Vorgaben, die regelmäßig überprüft und gegebenenfalls angepasst werden.

Aufgrund der umfangreichen Reorganisation der Bank kam es in den letzten Jahren zu einem erheblichen Arbeitsplatzumbau sowie einer Reduzierung von Arbeitsplätzen. Bestehende Strukturen und gewachsene Prozesse wurden angepasst. Aufgrund der klaren Regelungen im Interessenausgleich und Sozialplan vom 7. Mai 2012 sowie der nach wie vor stabilen Führungsstrukturen ist die Reorganisation ohne nennenswerte Ineffizienzen oder erhöhte Fehlerneigung gelungen. Die noch anstehenden Kostensenkungs- und Restrukturierungsmaßnahmen beziehen sich im Wesentlichen auf den Standort Düsseldorf. Mit Blick hierauf sind Unsicherheiten unter den Mitarbeitern während der Entscheidungs- und Umsetzungsphase zu erwarten.

Die Anzahl der Personalabgänge lag im abgelaufenen Geschäftsjahr 2012/13 über der Anzahl der Neueinstellungen. Der Schwerpunkt der Abgänge war in den zentralen Bereichen am Standort Düsseldorf. Befürchtete Personalengpässe aufgrund des Mitarbeiterabbaus im Rahmen der Restrukturierung traten nur in wenigen Einzelfällen auf. Als risikomindernd kann in diesem Zusammenhang gewertet werden, dass es weiter gelungen ist, eine Reihe hochqualifizierter neuer Mitarbeiter und Führungskräfte zu rekrutieren.

Strategische Risiken und Reputationsrisiken

Strategische Risiken betreffen die Gefährdung der langfristigen Erfolgsposition der Bank. Diese können durch Veränderungen im rechtlichen oder gesellschaftlichen Umfeld sowie durch Veränderungen der Markt-, Wettbewerbs- und Refinanzierungsbedingungen entstehen.

Da es für strategische Risiken keine Regelmäßigkeiten gibt, sind sie als Spezialrisiken in einem integrierten System quantitativ schwer erfassbar und werden auf qualitativem Wege bewertet. Sie stehen deshalb unter besonderer und kontinuierlicher Beobachtung des Vorstands und des Zentralbereiches Strategische Planung und Beteiligungsmanagement. Hierzu gehört die regelmäßige Überprüfung der Geschäftsstrategie durch den Vorstand zusammen mit dem Planungsprozess. Darüber hinaus findet eine Überprüfung der geschäftsstrategischen Ziele, Maßnahmen und Risiken kontinuierlich im Rahmen des Strategie- und Risikoausschusses, der Vorstandsklausurtagungen sowie der Vorstandssitzungen statt. Hieraus erwachsen strategische Initiativen und Optimierungsmaßnahmen.

Zum Stand der Umsetzung der EU-Auflagen wird auf Kapitel 2. „Wichtige Ereignisse im Berichtszeitraum“ unter der Rubrik „Umsetzung der EU-Auflagen“ verwiesen.

Reputationsrisiken sind die Gefahr von Verlusten, sinkenden Erträgen, steigenden Kosten oder einem verringerten Unternehmenswert aufgrund einer Verschlechterung des Ansehens der Bank in der Öffentlichkeit, vor allem bei Kunden, Ratingagenturen, Mitarbeitern und Anteilseignern. Reputationsrisiken resultieren häufig aus anderen Risikoarten und verstärken diese durch deren Öffentlichkeitswirkung.

Das Management des Reputationsrisikos in der IKB wird durch den Vorstand wahrgenommen. Beim Management von Reputationsrisiken wird einer verantwortungsvollen Kommunikation mit allen Interessengruppen ein hoher Stellenwert beigemessen.

Geschäftsrisiken

Unter Geschäftsrisiko versteht die Gesellschaft unerwartete negative Planabweichungen bei den Zins- und Provisionserträgen und bei den betrieblichen Aufwendungen infolge verschlechterter Marktbedingungen, Veränderungen der Wettbewerbsposition oder des Kundenverhaltens sowie aufgrund geänderter wirtschaftlicher oder rechtlicher Rahmenbedingungen.

Das operative Management des Geschäftsrisikos – also die Reduktion der Gefahr einer negativen Veränderung der Ertragslage innerhalb der mit dem Vorstand vereinbarten Geschäftsstrategie – liegt in der Verantwortung jedes einzelnen Geschäftsfeldes, Zentralbereiches und jeder Tochtergesellschaft. Der Bereich Finanzen erstellt im Rahmen des Ergebniscontrollings monatlich Bestandsergebnis- und Neugeschäftsrechnungen und legt dem Vorstand wöchentlich Management-Reports vor, in denen Plan/Ist-Abweichungen bei den Erträgen und dem Vermögen identifiziert und analysiert werden. Dies stellt die Basis für eine kontinuierliche Überwachung und Berichterstattung des Geschäftsrisikos dar. Der Vorstand ist damit in der Lage, auch kurzfristig auf negative Entwicklungen zu reagieren.

Die Quantifizierung des Geschäftsrisikos für die Risikotragfähigkeit erfolgt mittels eines Modells auf Basis der statistisch ermittelten Kosten- und Erlösvolatilitäten, das die historischen Abweichungen des tatsächli-

chen Provisions- und Zinsergebnisses und der betrieblichen Aufwendungen von den Planwerten errechnet. Das hierdurch gebundene ökonomische Kapital wird im Rahmen der regelmäßigen Risikotragfähigkeitsanalyse berücksichtigt.

Risikoreporting

Die Abweichungen von den Planungs- und Zielgrößen aus Risikosicht werden monatlich an den Vorstand sowie die jeweiligen Zentralbereichs- und Marktbereichsleitungen berichtet, um frühzeitig gegensteuern zu können. Damit stehen allen Markt- und Zentralbereichen die für sie notwendigen Informationen zeitnah und umfassend zur Verfügung.

Beteiligungsrisiken

Als Beteiligungsrisiko wird im IKB-Konzern der potenzielle Wertverlust von Beteiligungen aufgrund von u. a. Dividendenausfall, Buchwertabschreibung, Veräußerungsverlust und Reduktion der stillen Reserven bezeichnet.

Im Rahmen der Umsetzung der EU-Auflagen wurden bestimmte strategische Beteiligungen abgebaut bzw. in Liquidation gesetzt. Auch nach der Umsetzung der EU-Auflagen verfolgt die IKB das Ziel, die Anzahl der Tochtergesellschaften bzw. Beteiligungen auf einer niedrigen Anzahl zu halten.

Die Bank unterscheidet kreditsubstituierende und strategische Beteiligungen. Kreditsubstituierende Beteiligungen sind insbesondere Beteiligungen im Rahmen des Produktangebots der Bank. Strategische Beteiligungen geht die Bank ein, um einen nachhaltigen (strategischen) Mehrwert zu erzielen. Die Bank unterscheidet dabei strategische Beteiligungen, die das Kunden- und Marktpotenzial erweitern sollen und Bestandteil des Geschäftsmodells sind sowie strategische Beteiligungen an (Gemeinschafts-)Unternehmen, die mit dem Ziel eingegangen werden können, das Produktangebot zu ergänzen, Synergien zu erschließen und neue Zielkunden zu erreichen (Kooperationen/Joint Ventures). Ergänzt werden diese um Beteiligungen an Unternehmen, die Dienstleistungen für die Bank erbringen (Outsourcing von Dienstleistungen) oder die Verbundbeteiligungen und Vorratsgesellschaften darstellen. Die strategischen Beteiligungen werden einmal jährlich einer Wesentlichkeitsprüfung unterzogen. Die sich daraus ergebenden wesentlichen Beteiligungen werden in den vierteljährlichen Beteiligungsreport übernommen.

Der Bereich Strategische Planung und Beteiligungsmanagement übernimmt bzw. koordiniert die operativen Beteiligungsprozesse. Der Bereich Recht verantwortet die Prüfung und Gestaltung aller gesellschafts- und aufsichtsrechtlichen Sachverhalte und berät hinsichtlich der rechtlichen Aspekte von strategischen Entscheidungen sowie bei der Wahrnehmung der Gesellschafterfunktionen. Dem Bereich Finanzen obliegen das Beteiligungscontrolling und die Bewertung der strategischen Beteiligungen. Die Kompetenzen für Entscheidungen über strategische Beteiligungen liegen grundsätzlich beim Gesamtvorstand; in wenigen, definierten Einzelfällen (beispielsweise Kapitalentscheidungen bis 500.000 € oder Mandatsentscheidungen) obliegt die Entscheidungsbefugnis dem jeweils zuständigen Vorstandsmitglied alleine. Dem Aufsichtsratspräsidium obliegt die Zustimmung zum Erwerb, zur Veräußerung oder zur Gründung von Unternehmen, sofern der Gegenstand des jeweiligen Geschäfts 5 % des haftenden Eigenkapitals der IKB übersteigt oder aufsichtsrechtliche Normen dieses Vorgehen verlangen.

Die wesentlichen Tochter- und Beteiligungsunternehmen der IKB sind im Rahmen des Geschäftsverteilungsplans disziplinarisch und fachlich einzelnen Vorstandsmitgliedern zugeordnet. Demnach ist für die Tochtergesellschaften der IKB Leasing-Gruppe, die IKB Finance B.V. sowie die IKB Capital Corporation i.L. Herr Dr. Wiedmann, für die MD Capital Beteiligungsgesellschaft mbH, die IKB International S.A. in Liquidation sowie die abzuwickelnden bzw. zu verkaufenden Immobilientöchter Herr Dr. Glüder, für die IKB Data GmbH Herr Momburg und für die IKB Invest-Gruppe Herr Schüttler zuständig.

Die Einbindung der Beteiligungsgesellschaften in die Umsetzung der konzernweiten Geschäfts- und Risikostrategie erfolgt mittels jährlich stattfindender Beteiligungs-Workshops unter Leitung des Bereichs Finanzen für jede wesentliche strategische Beteiligung, in denen Performance-Ziele und Risikolimits festgelegt werden. Ebenfalls mindestens jährlich und anlassbezogen nimmt der Bereich Finanzen die Bewertung der strategischen Beteiligungen vor. Darüber hinaus finden regelmäßig Analysen und Diskussionen mit dem Management der Beteiligungen zum frühzeitigen Erkennen von Fehlentwicklungen und zur Einleitung adäquater Maßnahmen statt.

Die Bestimmung der wesentlichen Risiken der Beteiligungsgesellschaften erfolgt im Rahmen einer jährlichen konzernweiten Risikoinventur, deren Bewertung durch den Bereich Risikocontrolling erfolgt. Alle als wesentlich eingestuften Risiken der Beteiligungsunternehmen sind in das Risikocontrolling auf Gruppenebene einbezogen.

Zur Einhaltung einer angemessenen Kernkapitalquote für die IKB AG und die IKB-Gruppe erfolgen innerhalb der Gruppe interne Transaktionen zur Reallokation von risikogewichteten Aktiva und zum Ausgleich der Kapitalquoten.

Gesamtaussage zur Risikosituation

Die Gesamtrisikosituation der IKB ist auch im Geschäftsjahr 2012/13 entscheidend durch die europäische Staatsschuldenkrise, die bereits seit 2009 andauert, beeinflusst worden. Seit Herbst 2012 ist durch die Ankündigung der EZB, unter bestimmten Bedingungen Stützungskäufe von Staatsanleihen einzelner Länder in grundsätzlich unbegrenztem Umfang durchzuführen, eine gewisse Entspannung über einen längeren Zeitraum zu beobachten. Die Risikoprämien für die Problemländer der Euro-Zone haben sich – wenn auch unter Schwankungen – insgesamt seither zurückgebildet und die Volatilität an den Kapitalmärkten hat abgenommen. Das Zinsniveau ist auf einem Rekordtief angelangt und einige Euro-Länder sind in die Rezession geglitten. Zwar ist nicht mehr davon auszugehen, dass die Euro-Zone auseinanderbrechen wird, weiterhin sind aber niedrige Zinsen sowie immer wieder Ausweitungen bei den insgesamt eher rückläufigen Risikoprämien für europäische Staaten wahrscheinlich, solange die Wirtschaftspolitik der Euro-Zone nicht hinreichend Vertrauen schaffende Maßnahmen ergreift. Es ist davon auszugehen, dass Unternehmen und Banken in den südlichen Euro-Ländern unter Druck bleiben werden. Das Wertpapierportfolio der IKB hat aufgrund der Entspannung an den Kapitalmärkten erheblich an Wert gewonnen. Es ist nicht zu erwarten, dass die größeren Kreditnehmer im Portfolio wie Italien in nächster Zeit ausfallen. Für das Kreditgeschäft mit Kunden liegt eine stabile Situation mit Blick auf die deutschen Unternehmen vor. Das zeigt sich an der niedrigen Risikovorsorge und weiter rückläufigen Problemengagements. Anders ist die Situation für Unternehmensfinanzierungen in Italien, Spanien und Frankreich zu beurteilen, die allerdings nur noch einen kleineren Anteil am Unternehmensportfolio insgesamt ausmachen. Verschiedene Indikatoren weisen auf wachsende Risiken für die Wirtschaft in diesen Ländern hin. Mit Blick auf die nicht transparente Lage der Banken in den verschiedenen Euro-Ländern bleibt es weiter angeraten, die von der Bank gehaltenen Wertpapierbestände neben einer Streuung zwischen den Staatsadressen fast ausschließlich auf gedeckte Schuldverschreibungen (Pfandbriefe, Covered Bonds etc.) guter Qualität weiterhin auszurichten. Das niedrige Zinsniveau erschwert die Erzielung von Zinserträgen und den Abbau von Zinspositionen.

Die Risikotragfähigkeit (Going Concern) per 31. März 2013 ist für das Geschäftsjahr 2013/14 und einen darüber hinausgehenden Zeitraum von weiteren zwei Jahren unter Berücksichtigung der Planungen der Bank unverändert gegeben. Die Planungen tragen auch der Tatsache Rechnung, dass die Anforderungen der Bankenregulierung an die Höhe des Eigenkapitals und damit an die Risikotragfähigkeit jährlich sukzessive steigen werden. Vor diesem Hintergrund plant die Bank deshalb auch weiterhin die Risikoaktiva zu verringern und Marktpreisgewinne zeitnah zu realisieren, um die Kernkapitalquote und Risikodeckungsmasse zu erhöhen.

Die Risikotragfähigkeit unter dem Blickwinkel einer Liquidationssicht zeigt, dass diese nach wie vor über die Marktpreisrisiken stark von den Verwerfungen an den Kapitalmärkten im Zuge der Hochzeiten der Euro-Krise bestimmt ist. Aus Sicht der IKB stellt sich derzeit allerdings nicht die Gefahr, dass Italienrisiken in nächster Zeit schlagend werden und damit die Bank gefährden. Die IKB sieht auch den Eintritt bestimmter untersuchter Stress-Szenarien und ihrer Konsequenzen als unwahrscheinlich an.

Eine wichtige Grundlage stellen für die IKB eine ausreichende Finanzierung der geplanten Geschäftsaktivitäten und die Rückführung ausstehender Verbindlichkeiten dar. Aufgrund des veränderten Geschäftsmodells der Bank wird ihr Refinanzierungsbedarf grundsätzlich geringer sein als bisher. Die IKB hat ihre Refinanzierungsstruktur verändert und sich aus der Abhängigkeit von unbesicherten Anleiheemissionen am Kapitalmarkt gelöst, indem das Einlagengeschäft mit Unternehmenskunden, institutionellen Kunden und Privatkunden sowie Repos (EZB und General Collateral Pooling) verstärkt wurde. Besicherte Refinanzierungen am Kapitalmarkt, die bereits im Geschäftsjahr erfolgreich genutzt wurden, stellen weiter eine Liquiditätsoption für die Bank dar. Die Liquidität ist nach den Planungen mit ausreichend Puffer gegeben. Eine Ausweitung des Kreditneugeschäfts über den geplanten Umfang hinaus mit der Folge steigender Liquiditätsanforderungen wird nicht erwartet. Es bleibt in der nächsten Zeit abzuwarten, wie die Pläne der EU zur weiteren Bankenregulierung die Refinanzierung der Banken und hinsichtlich des Einlagenschutzes insbesondere der deutschen Banken beeinträchtigen werden. Die IKB hat die Kernkapitalquoten wieder gesteigert. Damit besteht eine Basis für den Übergang in die neuen Basel III/CRD IV-Vorgaben ab 1. Januar 2014. Wenn seitens der Aufsicht in der nunmehr im Einzelnen zu spezifizierenden Umsetzung keine großen Überraschungen mehr angelegt werden, wird die IKB mit Abstand zu den Basel III-Mindestvorgaben starten können.

Wichtig für den Erfolg der IKB bleibt, dass der Ausbau des Geschäfts mit kundenbezogenen Kapitalmarktprodukten, Beratungsdienstleistungen und Derivaten im nächsten Geschäftsjahr fortgeführt wird, um die Erträge zu steigern. Diese Erträge ergänzen die Zinseinnahmen aus dem traditionellen Kreditgeschäft, die mit insgesamt höheren Margen im Neugeschäft wieder zugenommen haben. Im abgelaufenen Geschäftsjahr konnte trotz des schwierigen gesamtwirtschaftlichen Umfelds das Kreditneugeschäft gegenüber den ursprünglichen Erwartungen leicht gesteigert werden. Die Steigerung der Provisionserträge blieb allerdings noch hinter den Erwartungen zurück, weil die Staatsschuldenkrise die Entwicklung an den Kreditmärkten und insbesondere bei Unternehmensübernahmen gedämpft hat.

Trotz der Rezession in vielen Ländern in Europa zeigen sich die deutschen Unternehmen in einer guten bis sehr guten Verfassung. Dies spiegelt sich in der niedrigen Risikovorsorge wider, die allerdings voraussichtlich nicht dauerhaft auf dieser Höhe verbleiben wird. Auch die deutschen Unternehmen bekommen teilweise die Nachfrageeinbrüche in den europäischen Krisenländern zunehmend zu spüren, wodurch eine neue Wachstumsbelebung der deutschen Wirtschaft verzögert oder reduziert werden könnte.

Die Unsicherheit der Märkte und die höhere Volatilität werden die IKB grundsätzlich noch einige Zeit begleiten. Vor diesem Hintergrund können auch für die nähere Zukunft neue Krisen mit unerwarteten Kreditausfällen, Marktpreis- und Liquiditätsrisiken für das Bankensystem – und damit auch für die IKB – nicht ausgeschlossen werden. Dies kann mit der Einschränkung von Geschäftsmöglichkeiten verbunden sein sowie entsprechende Auswirkungen auf die Erfüllung von regulatorischen Anforderungen, die Risikotragfähigkeit und die Entwicklung der Risikovorsorge haben. Des Weiteren ist die Bank den dargestellten Rechtsrisiken ausgesetzt.

Der Vorstand geht trotz der nicht behobenen Staatsschuldenkrise in der Euro-Zone davon aus, dass die restlichen Restrukturierungsmaßnahmen in der IKB bald abgeschlossen werden können und das operative Geschäft sich weiter steigern wird. Die hauptsächlichen Unsicherheitsfaktoren stellen die weitere Dauer und Tiefe der Staatsschuldenkrise im Euro-Raum sowie die unkalkulierbaren Auswirkungen einer Vielzahl von Regulierungs- und Abgabenvorhaben dar.

5. Ereignisse nach dem 31. März 2013 (Nachtragsbericht)

Seit dem 31. März 2013 haben sich die folgenden neuen Entwicklungen ergeben:

Valin Funds

Die IKB Deutsche Industriebank AG und Seer Capital Management LP haben am 18. April 2013 ihren ersten gemeinsamen Fonds, den Valin Funds Mittelstand Mezzanine 1 (MM1), aufgelegt. Der Fonds mit einem Zielvolumen von 300 Mio. € wurde mit einem Volumen von 105 Mio. € das erste Mal geschlossen. Der Fonds wird in erster Linie in Mezzanine-Darlehen für deutsche Mittelstandsunternehmen mit einem Jahresumsatz von über 50 Mio. € investieren.

6. Prognosebericht

Zukünftige wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Im Frühjahr 2013 hat sich die Weltkonjunktur leicht belebt. Insbesondere bedeutende Stimmungsindikatoren von Unternehmen und Verbrauchern hatten sich schon seit dem Herbst verbessert, und der Welthandel zog bereits wieder an. Hierzu hat nicht zuletzt beigetragen, dass das Risiko eines Auseinanderbrechens des Euro-Raums nach der EZB-Ankündigung zum Ankauf von Staatsanleihen geringer eingeschätzt wird. Dieses Bild scheint sich auch durch die Banken- und Finanzkrise in Zypern sowie die politischen Unsicherheiten in Italien nicht grundlegend geändert zu haben. Mit der Zinssenkung im Mai 2013 hat die EZB nochmals die Vertrauensbildung in den Märkten unterstützt, indem sie eine volle Liquiditätsunterstützung (der Banken) solange wie nötig zugesagt hat.

Die wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute rechnen in ihrem Frühjahrsgutachten damit, dass die Weltwirtschaft in diesem und im nächsten Jahr wieder etwas an Fahrt gewinnt. Auch im Euro-Raum soll sich die Konjunktur langsam wieder beleben. Allerdings sind die Abwärtsrisiken beträchtlich. So ist eine zentrale Annahme, dass sich die Krise im Euro-Raum nicht erneut verschärft. Eine konsequente Fortsetzung und der Erfolg der Reformbemühungen in den Krisenländern sind aber noch nicht gesichert.

Die Weltkonjunktur erhält neben den wachstumsstarken Schwellenländern auch durch die US-Wirtschaft wichtige Impulse. So ist die US-Konjunktur trotz der verstärkten fiskalischen Kontraktion mit Schwung in das laufende Jahr gestartet. Die Forschungsinstitute gehen im laufenden Jahr von einem BIP-Wachstum für die USA von 2 % aus. Damit dürfte die Dynamik etwas geringer sein als im vergangenen Jahr. Im kommenden Jahr sollte sich die Zuwachsrate auf 2,5 % erhöhen.

Für die Euro-Zone wird – wie beschrieben – unterstellt, dass die Schulden- und Vertrauenskrise nicht wieder eskaliert. Unter dieser Annahme dürfte sich die Konjunktur im Verlauf des Jahres 2013 stabilisieren, dennoch ergibt sich damit im Durchschnitt für das laufende Jahr eine weitere BIP-Schrumpfung von 0,4 %. In 2014 sollte sich dann ein Wachstum von knapp unter 1 % ergeben. Dabei werden für Italien und Spanien weitere BIP-Rückgänge im laufenden Jahr und leichte positive Expansionsraten im nächsten Jahr erwartet. Auch für Frankreich ergibt sich erst in 2014 wieder ein positives Wachstum, nachdem die Wirtschaft im aktuellen Jahr nahezu stagniert. Grundsätzlich bleibt die Dynamik im Euro-Raum aufgrund der Konsolidierungspolitik und anhaltender struktureller Probleme eher verhalten. Für Großbritannien erwarten die Institute eine Belebung der Wirtschaft im kommenden Jahr mit einem BIP-Wachstum von 1,7 %; in 2013 wird dagegen nur mit einem Plus von 0,7 % gerechnet.

Für Deutschland rechnen die Institute damit, dass die Konjunktur im Jahresverlauf Fahrt aufnimmt. Die Bedingungen für einen Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion sind gegeben. Die Zinsen sind niedrig und die Konditionen für die Kreditvergabe günstig. Ferner ist die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen auf den Weltmärkten hoch, und sie verfügen über eine hohe Präsenz in wachstumsstarken Schwellenländern Asiens. Darüber hinaus ist der Arbeitsmarkt in Deutschland weiterhin robust. Damit bleiben die Einkommensaussichten auch vor dem Hintergrund der bisherigen Lohnabschlüsse günstig, was den privaten Konsum stützen dürfte. Im Verlauf dieses Jahres sollte sich der Anstieg der Auslandsnachfrage allmählich beschleunigen. Damit hellen sich die Absatzperspektiven der Unternehmen auf, sodass sie ihre Investitionszurückhaltung nach und nach aufgeben werden. Nach Meinung der Institute wird das BIP 2013 um 0,8 % zunehmen und im nächsten Jahr um fast 2 %. Allerdings hat sich die Stimmungslage der deutschen Wirtschaft im April 2013 eingetrübt.

In den Industrieländern bleibt die Geldpolitik vorerst expansiv. Die Zentralbanken in den USA und in Japan haben angekündigt, die Zinsen so lange auf dem derzeitigen extrem niedrigen Niveau zu belassen und auch die Maßnahmen zur quantitativen Lockerung fortzuführen, bis sich die Konjunktur sichtbar erholt hat.

Auch die Geldpolitik der EZB bleibt sehr expansiv ausgerichtet, zumal sich aktuell kein Anstieg der Inflationsraten abzeichnet. Insgesamt sollten die Kurzfristzinsen nach der Ankündigung der EZB von Mai 2013 mittelfristig niedrig und stabil bleiben, während die Langfristzinsen in einigen Monaten – aber nur moderat – anziehen könnten. Die monetären Rahmenbedingungen in Deutschland werden damit günstig bleiben. Im Zuge der allmählichen Entspannung der Schulden- und Vertrauenskrise im Euro-Raum werden sich Anleger allerdings wieder verstärkt anderen Märkten zuwenden, sodass das Angebot an Finanzierungsmitteln am deutschen Kapitalmarkt wieder sinkt und die Kapitalmarktzinsen sich geringfügig erhöhen könnten. Die Kreditzinsen in Deutschland werden damit ebenfalls nicht nennenswert steigen.

Das flachere Konjunkturprofil im Euro-Raum sowie anhaltend niedrige Zinsmargen sollten auch im Jahr 2013 die Ertragsmöglichkeiten der (deutschen oder Euro-) Banken begrenzen. Zudem könnten die Ertragslage durch mehrere strukturelle Entwicklungen, die im Folgenden erläutert werden, auch mittelfristig unter Druck geraten und sich der Konkurrenzdruck auf einzelnen Märkten erhöhen. Dies deutet sich bereits im Wettbewerb um Kundeneinlagen an. Die Erfahrungen aus der Vertrauenskrise am Interbankenmarkt und die Suche nach alternativen kostengünstigen beziehungsweise stabilen Refinanzierungsquellen – nicht zuletzt vor dem Hintergrund der zukünftig einzuhaltenden Liquiditätsanforderungen – machen dieses Geschäftsfeld zunehmend zu einem zentralen Thema in der Geschäftspolitik der Banken. In diesem Zusammenhang ist es von großer Bedeutung, dass das in Deutschland etablierte und bewährte System der Einlagensicherung Bestand hat und nicht zugunsten einer europäischen Lösung – mit niedrigeren Standards und gegebenenfalls einer Haftungspflicht der deutschen Institute für schwache Banken in anderen Ländern – ausgehöhlt wird. Sonst bestünde die Gefahr, dass das Vertrauen der Anleger in die Sicherheit ihrer Einlagen massiv gefährdet wird und damit eine zunehmend wichtige Refinanzierungsquelle für die Kreditfinanzierung beeinträchtigt wird.

Im klassischen Kerngeschäft der Unternehmensfinanzierung könnten Banken in ihrer Funktion als Finanzintermediäre – nicht zuletzt aufgrund der hohen Regulierungslasten – zurückgedrängt werden und Marktanteile verlieren, weil substituierend die Unternehmensfinanzierung in wachsendem Umfang über den Kapitalmarkt und die dort aktiven Banken sichergestellt wird. Von besonderer Bedeutung sind die Kapitalmärkte dabei für die Bereitstellung von längerfristigen Mitteln. So weist auch die EU-Kommission in ihrem jüngst vorgelegten „Grünbuch zur Langfristfinanzierung der Europäischen Wirtschaft“ auf die Tatsache und Notwendigkeit einer verstärkten Inanspruchnahme von Kapitalmarktprodukten seitens der Unternehmen hin. Dies gilt nicht zuletzt auch für große Mittelstandsfirmen in Deutschland, die mit Anleihen und Schuldscheindarlehen ihre Finanzierung diversifizieren – bei gleichzeitiger Reduzierung der Bankverschuldung. Für die Banken ergibt sich damit die Herausforderung, die Erträge aus dem klassischen Finanzierungsgeschäft durch solche aus Beratungstätigkeiten zu kompensieren.

Zudem gehen regulatorische Maßnahmen, die derzeit zur Umsetzung anstehen und denen weitere folgen werden, unvermeidlich zulasten der Ergebnisse, falls sie nicht auf die Bankkunden überwältigt werden können. Primär geht es zunächst um eine nachhaltige Stärkung des Eigenkapitals – auch mit der möglichen Konsequenz, dass einige Banken dadurch ihre Kreditvergabe werden einschränken müssen. Weitere Regeln, etwa im Hinblick auf die Liquidität, werden folgen, wobei noch unklar ist, wie sich das Zusammenspiel der verschiedenen Maßnahmen auf das Aktiv- und Passivgeschäft der Institute auswirken wird. Das Derivatgeschäft der Banken wird sich durch die Nutzung einer zentralen Gegenpartei und zusätzliche Eigenkapitalanforderungen erheblich verändern und voraussichtlich verteuern, wodurch nicht nur die Absicherungsmöglichkeiten für Unternehmen eingeschränkt werden, sondern sich auch Banksteuerung und Emissionsgeschäft grundlegend wandeln könnten. Auf größere Banken könnte mittelfristig noch eine Trennung von traditionellem Geschäft und Investmentbanking-Aktivitäten zukommen, deren Auswirkung auf der Kostenseite und vor allem auf die Liquidität an den Kapitalmärkten noch vollkommen unklar ist. Zusätzliche Belastungen für den Bankensektor sind vor allem auch durch die geplante Einführung einer Finanztransaktionssteuer zu erwarten, die beispielsweise die besicherte oder unbesicherte Refinanzierung der Banken unter-

einander zurückdrängen könnte. Eine solche Abgabe wird negative Auswirkungen auf die Realwirtschaft haben, wenn sie beispielsweise Transaktionen trifft, die der Unternehmensfinanzierung oder der Altersvorsorge dienen. Die Ertragskraft der Banken würde geschwächt, wenn zukünftig Nicht-Banken die fraglichen Dienstleistungen erbringen. Vor diesem Hintergrund werden sich neue Fragen zur Balance der Geschäftsfelder der Banken stellen. Die Kreditinstitute stehen daher vor der Aufgabe, ihre Geschäftsmodelle an das sich ändernde Umfeld anzupassen.

Mittelfristig kann die geplante europäische Bankenunion einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung des europäischen Bankensystems leisten und damit zur Lösung der Euro-Krise liefern. Die Bankenunion umfasst Regelungsbereiche, die für deutsche Banken je nach Ausgestaltung von besonderem Interesse sein können. Die gemeinsame Einlagensicherung – wie oben geschildert – birgt erhebliche Risiken. Sie wäre auch für den deutschen Mittelstand von Bedeutung, wenn das Schutzniveau auf Einlagen von Unternehmen gesenkt würde und damit deren Zahlungsverkehrseinlagen nicht mehr gesichert wären. Bei der konkreten Ausgestaltung eines gemeinsamen Restrukturierungs- und Abwicklungsmechanismus sind ebenfalls noch viele Details zu klären. Ein wichtiger Punkt ist die Klärung, welche Institute als systemrelevant einzustufen sind und dementsprechend der europäischen Aufsicht unterliegen sollten. Angedacht ist derzeit, die Grenze bei einer Bilanzsumme von 30 Mrd. € zu ziehen. Für möglicherweise betroffene Banken ist heute nicht abschätzbar, welchen Umstellungsaufwand ein solcher Wechsel mit sich bringen könnte und ab wann sie in diese Größenordnung hineinwachsen. Die Folgen hängen auch von den Eingriffsrechten der jeweiligen Aufsichtsbehörde ab, die u. a. bis hin zur Verpflichtung, die Rechnungslegung nach IFRS anzuwenden, gehen könnten.

Grundsätzlich zeichnet sich eine Entspannung auf der Risikoseite ab. Vonseiten des Euro-Raums hat sich das Umfeld seit der EZB-Ankündigung im vergangenen Herbst verbessert. Dennoch bleibt die Lage für die Euro-Zone anfällig für Rückschläge. Hierzu tragen Risiken für Banken und Staaten aus einer fortgesetzten Konjunktur- und Wachstumsschwäche sowie politische Reformwiderstände bei. Auch in den USA bleiben Konjunkturrisiken bestehen, da weiterhin Unwägbarkeiten in der Auseinandersetzung der beiden politischen Lager bestehen und die – etwa im Zusammenhang mit der notwendigen Erhöhung der Staatsschuldengrenze – neuerliche Unsicherheitsschocks auslösen können.

Chancen der zukünftigen Entwicklung

Die IKB hat ihr Geschäftsmodell angepasst und auf Dienstleistungen für Unternehmen des Mittelstands mit umfassendem Beratungs- und Finanzierungsbedarf ausgerichtet. Mit der Erfüllung der EU-Auflagen und der Rückgabe aller SoFFin-Garantien fallen wesentliche Kosten, Abhängigkeiten und Verhaltensbeschränkungen weg, die neben einer ohnehin engen und umfänglichen Beaufsichtigung als Kreditinstitut bestanden. Die Bank wurde rekapitalisiert, die Bilanzsumme sowie die Risikoaktiva wurden wesentlich verringert. Das Risikomanagement wurde ausgebaut und konzeptionell erweitert. Die Risiken, die seinerzeit die IKB-Krise auslösten, wurden nennenswert reduziert. Die Liquidität wurde durch die Reduzierung des Bedarfs und auch durch den Aufbau eines gezielten Einlagengeschäfts gesichert. Auf dieser Basis konzentriert sich die IKB auf den konsequenten Ausbau ihres operativen Geschäfts mit ihren Zielkunden, um die Erträge sukzessive zu steigern. Gleichzeitig sollen die Anforderungen der neuen Bankenregulierung erfüllt werden. Diese stellen insbesondere aufgrund der hohen Unsicherheiten und des Anspruchsniveaus eine Herausforderung dar, bieten aber auch Chancen.

Die IKB sieht gute Chancen, ihre Aktivitäten im Bereich von Beratungs-, Absicherungs- und Kreditprodukten zu erweitern. Das Neugeschäft mit Krediten ist trotz des schwierigen Umfelds (Euro-Krise, Zurückhaltung der Unternehmen) stärker als erwartet ausgefallen und hat auch den Erwartungen an kostendeckende Margen entsprochen. Mit Abklingen der Euro-Krise erwartet die IKB ein Anziehen der Investitionstätigkeit der Unternehmen, an der die IKB aufgrund der bestehenden Kundenbeziehungen mindestens in dem Umfang

partizipieren wird wie im abgelaufenen, schwierigen Geschäftsjahr. Für die Beratungs- und Absicherungsprodukte bestehen zwar längere Anlaufzeiten bzw. -kosten, aber auch hier wird eine Belebung der Kapitalmärkte mit schwindender Furcht vor einer Euro-Krise für eine zunehmend profitable Aktivität sorgen. Im Hinblick auf die Beratung von Unternehmen, die entsprechend der Wirkungsrichtung von Basel III verstärkt die Kapitalmärkte nutzen wollen, ist die IKB bereits jetzt folgerichtig aufgestellt und positioniert. Erkennbar ist bereits jetzt ein positiver Trend bei der Diversifikation und der Erhöhung der Erträge durch verbesserte Margen im Neugeschäft. Nicht kostendeckende Geschäfte werden ausgesteuert. Im kundenbezogenen Provisionsgeschäft nahmen die Anzahl der Mandate und die Erträge zu. Das kapitalmarktnahe Geschäft hat sich seit Herbst 2012 belebt. Für Investoren wurde ein erster Fonds aufgelegt, dem gemessen am Investoreninteresse, dem Zugang zur Aktivklasse Unternehmenskredite und der regulatorischen Vorgaben für Versicherungen bzw. andere Kapitalsammelstellen weitere folgen werden. Für das Kapitalmarktgeschäft mit Kunden und für Anlageprodukte aus Unternehmenskrediten sieht die IKB mit Abklingen der Euro-Krise wachsende Chancen.

Die IKB hat die Voraussetzungen geschaffen, um ihre Bilanzstruktur weiter zu optimieren. Das betrifft sowohl die Entwicklung der Bilanzsumme als auch die Zusammensetzung von Aktiva und Passiva. Die IKB wird weiter darauf ausgerichtet bleiben, nicht-strategische Aktiva abzubauen sowie ihr Portfolio von profitablen Krediten an ihre Zielkunden zu optimieren. Das Management der Passivseite ist von besonderer Bedeutung. Dazu gehören ein stabiles Einlagengeschäft sowie eine Restrukturierung bzw. Verkürzung der Passivseite. Insgesamt soll eine hinreichend hohe Kernkapitalausstattung sichergestellt werden, um die Basel III-Vorgaben mit Abstand zu erfüllen. Zu diesem Zweck plant die Bank, Kreditrisiken und Risikoaktiva auszuplatzieren. Mit der Aufhellung an den europäischen Kapitalmärkten infolge der EZB-Interventionen können zudem gewinnbringend Wertpapierbestände abgebaut werden, um weiteren Kapitalspielraum für die Neukreditvergabe bei sich belebender Investitionstätigkeit zu schaffen. Für den Risikotransfer kann die IKB auf langjährige Erfahrungen mit Eigenverbriefungen aufbauen. Insgesamt zeigt sich anhand der zuletzt durchgeführten Transaktionen eine spürbare Verbesserung der Marktlage für Transaktionen, die dem Risikotransfer oder der Aufnahme von Liquidität dienen. Angesichts der expansiven Geldpolitik weltweit werden sich auf längere Zeit hier Chancen ergeben, die eine Steuerung der Bilanz auch im Hinblick auf Basel III effizient ermöglichen werden.

Komplexität und Belastungen, die aus der Vielzahl an Geschäftsfeldern und Tochtergesellschaften entstanden sind, werden weiter abgebaut, und dafür werden mögliche Optionen untersucht. Die IKB wird die Komplexität der Konzernstruktur weiter reduzieren sowie die Effizienz aller wesentlichen Prozesse weiter erhöhen, um Kosten zu senken. In diesem Zusammenhang setzt die Bank derzeit einen Abbau von rund 200 Stellen um. Für die Kostenentwicklung wird auch wesentlich sein, dass die umfassenden Änderungen aufgrund der Vielzahl der Regulierungsvorhaben effizient umgesetzt werden können.

Ein möglicher Verkauf der IKB durch Lone Star kann die weitere geschäftliche Entwicklung des Unternehmens positiv beeinflussen. Der Vorstand der IKB bleibt offen für die Unterstützung des Vorhabens von Lone Star.

Vermögenslage

Die Gesamtkennziffer (Solvabilitätskoeffizient) und die Kernkapitalquote der IKB-Gruppe liegen mit 13,8 % (IKB AG: 15,3 %) bzw. 9,6 % (IKB AG: 10,1 %) höher als im Vorjahr und deutlich höher als die geltenden gesetzlichen Mindestanforderungen gemäß Kreditwesengesetz (Basel II). Die IKB ist mit Wirkung zum 18. Dezember 2012 nicht mehr vertraglich gegenüber dem SoFFin verpflichtet, einen Mindestwert von jeweils 8 % Kernkapital auf Ebene der AG und der Institutsgruppe einzuhalten.

Mit der Umsetzung von Basell III werden grundsätzlich höhere oder „härtere“ Mindesteigenkapitalanforderungen in Kraft gesetzt (voraussichtlich ab 1. Januar 2014, siehe unten). Diese werden als Erwartungsgrößen bereits heute in der regulatorisch vorgeschriebenen Berechnung der Risikotragfähigkeit wirksam, die einen zusätzlichen harten Kernkapitalpuffer bzw. eine Risikodeckungsmasse (RDM) über die Basel III-Mindestanforderungen hinaus normiert. Die RDM wird damit zur begrenzenden Steuerungsgröße vor dem Hintergrund dieser erhöhten Mindestkapitalanforderungen unter den Regularien der CRD IV.

Die IKB wird zur Einhaltung der wachsenden Eigenkapitalvorgaben weitere Risikoaktiva abbauen bzw. verkaufen oder synthetisch absichern. Weiterhin wird die IKB Kredite an Unternehmen vergeben und an Sondervermögen übertragen, in die auch Dritte investieren können. Vor diesem Hintergrund wurde der Valin Fund Mittelstand Mezzanine 1 mit einem anfänglichen Volumen von 105 Mio. € aufgelegt. Darüber hinaus sollen weitere Sondervermögen für andere Arten von Krediten an Unternehmen aufgelegt werden. Die Bank wird die gesetzlich verlangte Kapitalquote im Prognosezeitraum voraussichtlich einhalten.

Die Geschäftsplanung der Bank und alle hiermit verbundenen Maßnahmen hängen vom Marktumfeld ab. Signifikante unerwartete Verluste und stressartige Marktverwerfungen können die Lage der IKB belasten sowie die nachhaltige Einhaltung der Risikotragfähigkeit unter den neuen Mindestvorgaben der CRD IV für die Kernkapitalquote und insbesondere die harte Kernkapitalquote ohne weitere Maßnahmen erschweren bzw. verhindern.

Für die Geschäftsjahre 2013/14 und 2014/15 geht die Bank von einer weiteren Abnahme der Forderungen gegenüber Kunden aus, da das Kreditneugeschäft weiterhin von Tilgungen im Kreditgeschäft und dem Abbau von Aktiva überkompensiert wird. Nach der im Berichtszeitraum erfolgten deutlichen Reduzierung (vollständige Rückgabe SoFFin-garantierter Anleihen) der Verbrieften Verbindlichkeiten wird die Passivseite im Prognosezeitraum durch eine Verbreiterung des Funding-Mix unter Ausbau des Einlagengeschäftes mit institutionellen Anlegern und Retailkunden geprägt sein.

Auswirkungen des CRD IV-Bankenreformpaketes

Mit Verabschiedung des CRD IV-Reformpaketes durch das EU-Parlament am 16. April 2013 scheint dessen verbindliche Anwendung zum 1. Januar 2014 sicher. Das Reformpaket besteht zum einen aus einer EU-Richtlinie (CRD – Capital Requirement Directive) und zum anderen aus einer EU-Verordnung (CRR – Capital Requirement Regulation). Während die Richtlinie noch einer Transformation in nationales Recht durch das KWG-Änderungsgesetz bedarf, tritt die Verordnung unmittelbar in nationalem Kontext in Kraft.

Als ein wesentlicher Baustein des Reformpakets wird die Mindestanforderung für das harte Kernkapital (Common Equity Tier 1 Capital) von 2 % auf 4,5 % und die Mindestanforderung für das Kernkapital insgesamt (Tier 1 Capital) von 4 % auf 6 % angehoben. Diese Anforderungen sollen in zwei Stufen bis zum 1. Januar 2015 erfüllt werden.

Zusätzlich werden Banken grundsätzlich verpflichtet, ein Kapitalerhaltungspolster (Capital Conservation Buffer) von 2,5 % vorzuhalten, welches durch hartes Kernkapital abgedeckt werden muss und stufenweise vom 1. Januar 2016 bis zum 1. Januar 2019 aufgebaut werden soll.

Darüber hinaus werden zwei weitere variable Kapitalpuffer eingeführt, die ebenfalls aus hartem Kernkapital zu dotieren sind. Hierbei handelt es sich um den antizyklischen Kapitalpuffer (Countercyclical Capital Buffer), der eine Größe von bis zu 2,5 % annehmen kann, und um einen systemischen Risikopuffer (Systemic Risk Buffer), der bis zu weiteren 3 % betragen kann. Die konkrete Höhe dieser zusätzlichen Kapitalpuffer liegt im Ermessen der einzelnen EU-Mitgliedsstaaten und ist abhängig von der ökonomischen Entwicklung der individuellen Volkswirtschaften im Hinblick auf übertriebene Marktentwicklungen, insbesondere Blasenbildungen an den Finanz- und Immobilienmärkten.

Zusammengefasst bedeutet dies, dass die Bankenaufsicht bis zum Ende der Umsetzungsphase am 1. Januar 2019 eine harte Kernkapitalquote von bis zu 12,5 % fordern könnte. Um die über Jahre wachsenden Kapitalanforderungen, die sich auch auf die RDM auswirken können, nachhaltig einhalten zu können, wird die IKB einen Abbau von Risikoaktiva mittels Verkauf oder Risikotransfers vornehmen. Daneben sollen Reserven gemäß § 340g HGB gebildet werden.

Die Auslegung der CRD IV/CRR durch die internationale und nationale Aufsicht ist in weiten Teilen unklar, zumal eine hohe Anzahl von technischen Ausführungsstandards von der europäischen Aufsicht erst noch vorzulegen sind. Je nach Ausgestaltung können sich damit Be- oder Entlastungen ergeben.

Die IKB hat zum Berichtsstichtag eine Konzernbilanzsumme von 27,7 Mrd. € (IKB AG: 27,0 Mrd. €). Daher geht die IKB nicht davon aus, unter die neue europäische Bankenaufsicht unter Führung der EZB zu fallen, sondern weiterhin von den nationalen Aufsichtsbehörden BaFin und Deutsche Bundesbank reguliert zu werden.

Das CRD IV-Reformpaket verursacht hohe Kosten und wirft komplexe Steuerungsfragen auf. Es ist vor allem ein Verbund mit einer Vielzahl anderer Regulierungsvorhaben, die parallel umgesetzt werden oder geplant sind, zu sehen. Derzeit arbeitet die IKB in mehreren Großprojekten an der Umsetzung des neuen Regelwerkes. Trotz eines frühzeitigen Projektstarts und der hohen Kosten für diese Projekte existieren nach wie vor erhebliche Unsicherheiten, da etliche gesetzliche Vorgaben noch nicht abschließend feststehen oder diese erst noch durch die EBA oder durch die nationale Bankenaufsicht spezifiziert oder verlautbart werden müssen. Die bestehenden Unsicherheiten werden Auswirkungen auf das Geschäftsmodell der Bank sowie auf die Steuerung der Bilanzsumme, des regulatorischen Eigenkapitals, der risikogewichteten Aktiva und damit auch der Risikotragfähigkeit der Bank haben.

Liquiditätssituation

Besicherte Finanzierungen im Interbankenmarkt oder die Beleihung von Wertpapieren oder Krediten bei der Zentralbank sind für alle Banken wesentliche Refinanzierungsquellen geworden. Hinzu kommt, dass die Bedeutung von Einlagen zur Finanzierung zugenommen hat.

Wesentliche Bestandteile der Refinanzierung der IKB sind neben besicherten Finanzierungen das Einlagen- und Schuldscheindarlehengeschäft mit Unternehmenskunden, Privatkunden und institutionellen Investoren. Darüber hinaus nutzt die IKB weiterhin für ihre Kunden aktiv die Programmkredite und Globaldarlehen der öffentlichen Förderbanken. Zudem hat die IKB wieder begonnen, Inhaberschuldverschreibungen zu emittieren.

Die aufzunehmenden Mittel werden zur Rückzahlung von fälligen Refinanzierungen und für das Neugeschäft verwendet. Die künftige Liquiditätssituation ist auch von der Neugeschäftsentwicklung, dem Abrufverhalten der Kunden aus bestehenden Kreditzusagen, dem Anlageverhalten der Einlagenkunden, den Vereinbarungen mit dem Einlagensicherungsfonds des Bundesverbandes deutscher Banken, weiteren Entwicklungen der europäischen Einlagensicherung und der Marktwertentwicklung von Sicherheiten und Derivaten abhängig. Selbst unter Berücksichtigung von Stress-Szenarien ist die IKB auch ohne Zugang zu einer Kapitalmarktrefinanzierung ausreichend mit Liquidität versorgt.

Die Liquidität ist nach den Planungen mit ausreichend Puffer gegeben.

Ertragslage

Insbesondere die Staatsschuldenkrise und damit verbunden die Einschränkung der Geschäftsmöglichkeiten durch die Belastungen aus den griechischen Staatsanleihen im Geschäftsjahr 2011/12, die eingetrübte wirtschaftliche Lage im Berichtszeitraum sowie die erkennbaren aufsichtsrechtlichen Beschränkungen aus dem CRD IV-Paket haben dazu geführt, dass die IKB ihr Geschäftsmodell nur zeitlich verzögert in ein positives Ergebnis umsetzen wird.

Die zukünftige Ertragsstruktur wird einen stärkeren Anteil an Provisionserträgen aus Beratungs-, Derivate- und Kapitalmarktgeschäft sowie aus „Assets under Management“ enthalten. Mit profitablen Neukreditgeschäft wird sich der Zinsüberschuss mittelfristig stabilisieren und die Risikovorsorge stabil bleiben. Die Bilanzsumme wird weiter rückläufig sein.

Die Verwaltungskosten im Konzern werden weiter insbesondere durch Senkung der anderen Verwaltungskosten sowie durch Personalabbau reduziert. Dies wird möglich durch Effizienzsteigerung, insbesondere bei der Erfüllung regulatorischer Anforderungen und Reduzierung der Konzernkomplexität. Eine Restunsicherheit besteht weiterhin über die Belastungen, die sich aus der anhaltenden und noch nicht final umgesetzten aufsichtsrechtlichen „Regulierungswelle“ und den notwendigen Anpassungsreaktionen ergeben könnten.

Um die Refinanzierungskosten einzugrenzen und die Liquidität auch in Zukunft zu sichern, wird die IKB die Refinanzierungsstruktur weiter diversifizieren. Im Mittelpunkt stehen ein nachhaltiges Einlagengeschäft mit Firmen- und Privatkunden sowie die Ausgabe von Inhaberschuldverschreibungen. Daneben wird die IKB Programmkredite und Globaldarlehen der öffentlichen Förderbanken aktiv nutzen und weiterhin besicherte Finanzierungen vornehmen.

Falls die positiven Tendenzen an den Kapitalmärkten sich im Wesentlichen bestätigen sollten, geht der Vorstand davon aus, dass in den nächsten Jahren aus den Erträgen im operativen Geschäft und aus Bewertungsgewinnen von Finanzinstrumenten insgesamt positive operative Ergebnisse erzielt werden, die zur Stärkung des Kernkapitals genutzt werden können. Die Bedienung der Besserungsabreden in Höhe von insgesamt 1.151,5 Mio. € sowie von Wertaufholungsrechten der hybriden Kapitalgeber wird voraussichtlich dazu führen, dass für den Prognosezeitraum und lange Zeit darüber hinaus auch bei operativen Gewinnen keine oder nur geringe Überschüsse in der IKB ausgewiesen werden.

7. Angaben gemäß § 312 AktG

Die IKB hat gemäß § 312 AktG einen Abhängigkeitsbericht erstellt. Der Abhängigkeitsbericht wird nicht öffentlich gemacht. Die Schlusserklärung des Vorstands der Bank im Abhängigkeitsbericht lautet: „Unsere Gesellschaft hat bei den im Bericht über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen aufgeführten Rechtsgeschäften und Maßnahmen nach den Umständen, die uns im Zeitpunkt, in dem die Rechtsgeschäfte vorgenommen oder die Maßnahmen getroffen oder unterlassen wurden, bekannt waren, bei jedem Rechtsgeschäft eine angemessene Gegenleistung erhalten und ist dadurch, dass Maßnahmen getroffen oder unterlassen wurden, nicht benachteiligt worden.“

Gute Perspektiven im industriellen Mittelstand

Die mittelständischen Industriefirmen erwarten im Laufe des Jahres eine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage – dies ist ein Ergebnis der Frühjahrsbefragung 2013 des BDI-Mittelstandspanels. Zweimal im Jahr werden industrielle Unternehmen im Auftrag von BDI, IKB und Ernst&Young nach Geschäftsaussichten und Geschäftsstrategien befragt; fast 950 Firmen haben sich an der aktuellen Befragung beteiligt.

Weiteren Ergebnissen der Umfrage lässt sich entnehmen, dass auf mittlere Sicht erst recht Zuversicht im industriellen Mittelstand herrscht. So haben die Unternehmen 2012 – ungeachtet der Konjunkturabschwächung – mehr investiert als im Jahr zuvor und mehr als zu Beginn des letzten Jahres geplant. Besonders die größeren, auslandsorientierten Mittelständler haben ihre Investitionsausgaben gesteigert, wobei sie offensichtlich auch zahlreiche Projekte im Ausland umgesetzt haben. 2013 sollen erstmals seit der großen Wirtschaftskrise im Jahr 2009 wieder verstärkt Erweiterungsmaßnahmen durchgeführt werden, nachdem zwischenzeitlich Ersatzbeschaffungen im Vordergrund gestanden hatten. Die Finanzierung ihrer Maßnahmen bereitet den Unternehmen derzeit in aller Regel keine Probleme, zumal angesichts der nach wie vor guten Ertragslage ein erheblicher Selbstfinanzierungsspielraum gegeben ist.

Parallel zur Ausweitung der Investitionen haben die Industrieunternehmen in Summe auch die Zahl der Arbeitsplätze an ihren inländischen Standorten erhöht. Dabei waren wiederum die größeren Mittelstandsunternehmen besonders aktiv. Auch für 2013 ist nach den Angaben der Unternehmen mit einer Zunahme der Beschäftigung zu rechnen.

All dies sind Signale dafür, dass die Firmen mittelfristig attraktive Absatzchancen sehen: nicht nur in ihren angestammten Märkten, sondern vor allem auch in den

rasch wachsenden Schwellenländern. Sie wollen mit modernen Anlagen und qualifiziertem Personal gerüstet sein, um die sich dort entwickelnden Absatzpotenziale möglichst weitgehend ausschöpfen zu können.

Dass die Unternehmen selbst in einem unsicheren konjunkturellen Umfeld neue Mitarbeiter eingestellt haben, hängt auch damit zusammen, dass sie im Humankapital den entscheidenden Ansatzpunkt zur langfristigen Sicherung ihrer Wettbewerbsfähigkeit sehen. Fast 90 % der Firmen gaben an, dass Maßnahmen zur Sicherung und Weiterqualifizierung von Fachkräften auf ihrer Agenda stehen. Eine qualifizierte Belegschaft ist nicht zuletzt entscheidend für die Innovationskraft – und sie wird ebenfalls als ein besonders wichtiger Erfolgsfaktor im internationalen Wettbewerb angesehen: Drei Viertel der Firmen sind derzeit mit der Einführung neuer Produkte oder Produktionsverfahren befasst oder planen dies. Einen ähnlich hohen Stellenwert hat auch die Servicequalität, deren Erhöhung aus Sicht der Unternehmen Vorteile nicht zuletzt gegenüber ausländischen Konkurrenten verspricht. Bemerkenswert ist, dass mehr als zwei Drittel der Unternehmen Maßnahmen zur Steigerung der Energie- und Materialeffizienz durchführen oder planen – hier wird das Bemühen erkennbar, die Wettbewerbsfähigkeit auch auf der Kostenseite abzusichern.

Insgesamt vermittelt die aktuelle Umfrage ein recht positives Bild von der derzeitigen Situation der mittelständischen Industrie. Trotz Konjunkturabschwächung sind die Unternehmen in einer robusten Verfassung. Sie erwarten eine baldige Belebung der Geschäftslage und sehen mittelfristig gute Absatzchancen auf den internationalen Märkten. Um sie zu nutzen, halten sie ihre Investitionen auf hohem Niveau, bauen ihr Fachpersonal aus und arbeiten daran, ihre Wettbewerbsfähigkeit, insbesondere durch Innovation und Servicequalität, weiter zu erhöhen.

(Diese Seite ist nicht Teil des Lageberichts.)

Konzern- und Jahresabschluss der IKB Deutsche Industriebank AG

Konzernbilanz der IKB Deutsche Industriebank AG zum 31. März 2013

in Mio. €	31.3.2013	31.3.2012
Aktivseite		
Barreserve	86,9	19,0
a) Kassenbestand	-	-
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken	86,9	19,0
darunter: bei der Deutschen Bundesbank	86,9	19,0
c) Guthaben bei Postgiroämtern	-	-
Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind	-	-
Forderungen an Kreditinstitute	2.219,2	2.579,6
a) täglich fällig	2.099,2	2.413,0
b) andere Forderungen	120,0	166,6
Forderungen an Kunden	14.707,1	16.044,6
darunter: durch Grundpfandrechte gesichert	1.805,8	1.921,0
darunter: Kommunalkredite	1.381,0	1.678,7
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	7.855,1	10.578,0
a) Geldmarktpapiere	-	-
b) Anleihen und Schuldverschreibungen	7.161,0	7.491,2
ba) von öffentlichen Emittenten	2.150,3	2.088,3
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	2.150,3	1.907,5
bb) von anderen Emittenten	5.010,7	5.402,9
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	4.444,9	4.223,4
c) eigene Schuldverschreibungen	694,1	3.086,8
Nennbetrag	697,2	3.073,6
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	496,7	1.125,0
Handelsbestand	265,9	222,4
Beteiligungen	26,8	37,7
darunter: an Kreditinstituten	0,2	0,2
Anteile an assoziierten Unternehmen	15,0	18,8
darunter: an Finanzdienstleistungsinstituten	11,1	9,2
Anteile an verbundenen Unternehmen	2,1	2,3
Treuhandvermögen	0,3	0,9
darunter: Treuhandkredite	0,3	0,9
Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch	-	-
Leasingvermögen	1.365,3	1.411,0
Immaterielle Anlagewerte	19,0	17,5
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	-	-
b) Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	18,7	17,4
c) Geschäfts- oder Firmenwert	-	-
d) Geleistete Anzahlungen	0,3	0,1
Sachanlagen	12,8	15,4
Eingefordertes, noch nicht eingezahltes Kapital	-	-
Sonstige Vermögensgegenstände	285,2	266,9
Rechnungsabgrenzungsposten	71,9	48,6
Aktive latente Steuern	148,2	152,0
Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	39,9	30,6
Summe der Aktiva	27.617,4	32.570,3

in Mio. €	31.3.2013	31.3.2012
Passivseite		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	11.863,1	13.209,2
a) täglich fällig	804,8	717,5
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	11.058,3	12.491,7
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	10.881,5	10.020,9
a) Spareinlagen	-	-
b) andere Verbindlichkeiten	10.881,5	10.020,9
ba) täglich fällig	588,4	390,3
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	10.293,1	9.630,6
Verbriefte Verbindlichkeiten	987,1	5.352,2
a) begebene Schuldverschreibungen	987,1	5.352,2
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten	-	-
Handelsbestand	242,1	138,9
Treuhandverbindlichkeiten	0,3	0,9
darunter: Treuhandkredite	0,3	0,9
Sonstige Verbindlichkeiten	511,3	488,7
Rechnungsabgrenzungsposten	145,8	150,2
Passive latente Steuern	-	-
Rückstellungen	457,5	421,9
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	6,1	3,7
b) Steuerrückstellungen	105,8	107,1
c) andere Rückstellungen	345,6	311,1
Nachrangige Verbindlichkeiten	1.373,6	1.471,9
Genussrechtskapital	32,2	35,8
Fonds für allgemeine Bankrisiken	170,8	189,7
davon: Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB	0,2	0,1
Eigenkapital	952,1	1.090,0
a) Eingefordertes Kapital	1.621,5	1.621,3
Gezeichnetes Kapital	1.621,5	1.621,3
abzüglich nicht eingeforderter ausstehender Einlagen	-	-
Bedingtes Kapital	191,7	191,8
b) Kapitalrücklage	1.750,7	1.750,7
c) Gewinnrücklagen	5,0	26,6
ca) gesetzliche Rücklage	2,4	2,4
cb) Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen	-	-
cc) satzungsmäßige Rücklagen	-	-
cd) andere Gewinnrücklagen	2,6	24,2
d) Eigenkapitaldifferenz aus Währungsumrechnung	-16,7	-17,8
e) Bilanzverlust	-2.408,4	-2.290,8
Summe der Passiva	27.617,4	32.570,3
Eventualverbindlichkeiten	1.486,1	986,3
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln	-	-
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	1.486,1	986,3
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten	-	-
Andere Verpflichtungen	1.211,0	1.609,8
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften	-	-
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen	-	-
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen	1.211,0	1.609,8

Bilanz der IKB Deutsche Industriebank AG zum 31. März 2013

in Mio. €	31.3.2013	31.3.2012
Aktivseite		
Barreserve	86,9	19,0
a) Kassenbestand	-	-
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken	86,9	19,0
darunter: bei der Deutschen Bundesbank	86,9	19,0
c) Guthaben bei Postgiroämtern	-	-
Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind	-	-
Forderungen an Kreditinstitute	2.091,0	2.444,8
a) täglich fällig	1.981,7	2.291,4
b) andere Forderungen	109,3	153,4
Forderungen an Kunden	16.752,3	18.058,4
darunter: durch Grundpfandrechte gesichert	1.805,8	1.921,0
darunter: Kommunalkredite	1.381,0	1.678,7
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	6.991,9	9.930,3
a) Geldmarktpapiere	-	-
b) Anleihen und Schuldverschreibungen	6.990,7	7.415,4
ba) von öffentlichen Emittenten	2.150,4	2.089,6
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	2.150,4	1.907,5
bb) von anderen Emittenten	4.840,3	5.325,8
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	3.935,8	3.745,0
c) eigene Schuldverschreibungen	1,2	2.514,9
Nennbetrag	1,8	2.510,7
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	28,3	78,3
Handelsbestand	265,9	222,4
Beteiligungen	11,1	12,8
darunter: an Kreditinstituten	0,2	0,2
Anteile an verbundenen Unternehmen	124,7	777,9
darunter: an Kreditinstituten	22,7	23,0
Treuhandvermögen	0,3	0,9
darunter: Treuhandkredite	0,3	0,9
Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch	-	-
Immaterielle Anlagewerte	48,2	50,7
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	-	-
b) Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	16,9	15,0
c) Geschäfts- oder Firmenwert	31,3	35,7
d) Geleistete Anzahlungen	-	-
Sachanlagen	5,5	6,1
Eingefordertes, noch nicht eingezahltes Kapital	-	-
Sonstige Vermögensgegenstände	153,9	285,4
Rechnungsabgrenzungsposten	198,6	230,7
Aktive latente Steuern	150,7	151,6
Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	38,0	28,9
Summe der Aktiva	26.947,3	32.298,2

in Mio. €	31.3.2013	31.3.2012
Passivseite		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	11.888,4	13.208,6
a) täglich fällig	821,5	723,7
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	11.066,9	12.484,9
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	10.895,1	10.183,9
a) Spareinlagen	-	-
b) andere Verbindlichkeiten	10.895,1	10.183,9
ba) täglich fällig	584,0	535,0
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	10.311,1	9.648,9
Verbriefte Verbindlichkeiten	415,1	4.788,3
a) begebene Schuldverschreibungen	415,1	4.788,3
b) andere verbiefte Verbindlichkeiten	-	-
Handelsbestand	242,1	138,9
Treuhandverbindlichkeiten	0,3	0,9
darunter: Treuhandkredite	0,3	0,9
Sonstige Verbindlichkeiten	556,8	718,8
Rechnungsabgrenzungsposten	228,0	298,6
Passive latente Steuern	-	-
Rückstellungen	412,6	372,1
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	3,2	0,8
b) Steuerrückstellungen	102,3	102,7
c) andere Rückstellungen	307,1	268,6
Nachrangige Verbindlichkeiten	898,6	996,8
Genussrechtskapital	32,2	35,8
Fonds für allgemeine Bankrisiken	170,8	189,7
davon: Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB	0,2	0,1
Eigenkapital	1.207,3	1.365,8
a) Eingefordertes Kapital	1.621,5	1.621,3
Gezeichnetes Kapital	1.621,5	1.621,3
abzüglich nicht eingeforderter ausstehender Einlagen	-	-
Bedingtes Kapital	191,7	191,8
b) Kapitalrücklage	1.750,7	1.750,7
c) Gewinnrücklagen	2,4	24,3
ca) gesetzliche Rücklage	2,4	2,4
cb) Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen	-	-
cc) satzungsmäßige Rücklagen	-	-
cd) andere Gewinnrücklagen	-	21,9
e) Bilanzverlust	-2.167,3	-2.030,5
Summe der Passiva	26.947,3	32.298,2
Eventualverbindlichkeiten	2.437,2	1.957,0
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln	-	-
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	2.437,2	1.957,0
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten	-	-
Andere Verpflichtungen	1.066,3	1.448,9
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften	-	-
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen	-	-
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen	1.066,3	1.448,9

Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung der IKB Deutsche Industriebank AG für die Zeit vom 1. April 2012 bis 31. März 2013

in Mio. €	2012/13	2011/12
Aufwendungen		
Leasingaufwendungen	-179,0	-160,0
Zinsaufwendungen	-1.669,5	-2.134,9
Provisionsaufwendungen	-42,8	-112,8
Nettoaufwand des Handelsbestands	-	-
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	-293,9	-292,1
a) Personalaufwand	-159,0	-163,6
aa) Löhne und Gehälter	-135,3	-138,3
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	-23,7	-25,3
darunter: für Altersversorgung	-6,1	-8,2
b) andere Verwaltungsaufwendungen	-134,9	-128,5
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	-423,1	-418,8
a) auf Leasingvermögen	-413,0	-408,9
b) auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	-10,1	-9,9
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-564,5	-104,2
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft	-70,6	-16,0
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere	-47,7	-316,5
Aufwendungen aus Verlustübernahme	-	-0,1
Außerordentliche Aufwendungen	-11,6	-17,6
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-4,1	-5,2
Sonstige Steuern, soweit nicht unter dem Posten Sonstige betriebliche Aufwendungen ausgewiesen	-1,9	-2,7
Auf Grund einer Gewinnngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder eines Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	-	-
Summe der Aufwendungen	-3.308,7	-3.580,9

in Mio. €	2012/13	2011/12
Erträge		
Leasingerträge	686,6	661,5
Zinserträge aus	1.725,1	2.247,6
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	1.524,0	2.005,3
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	201,1	242,3
Laufende Erträge aus	60,3	6,1
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	45,4	0,7
b) Beteiligungen	12,6	4,3
c) assoziierten Unternehmen	2,3	1,1
d) Anteilen an verbundenen Unternehmen	-	-
Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen	-	-
Provisionserträge	47,8	54,3
Nettoertrag des Handelsbestands	1,2	0,7
davon: Einstellung in Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB	0,1	0,1
Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft	-	-
Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren	156,8	54,5
Sonstige betriebliche Erträge	465,5	130,8
Erträge aus der Auflösung des Fonds für allgemeine Bankrisiken	19,0	-
Außerordentliche Erträge	3,3	1,3
Erträge aus Verlustübernahme	0,1	-
Jahresfehlbetrag	143,0	424,1
Summe der Erträge	3.308,7	3.580,9
Jahresfehlbetrag	-143,0	-424,1
Verlustvortrag aus dem Vorjahr	-2.290,8	-1.880,4
Entnahmen aus der Kapitalrücklage	-	-
Entnahmen aus Gewinnrücklagen	21,9	-
a) aus der gesetzlichen Rücklage	-	-
b) aus der Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen	-	-
c) aus satzungsmäßigen Rücklagen	-	-
d) aus anderen Gewinnrücklagen	21,9	-
Entnahmen aus Genussrechtskapital	3,6	13,1
Entnahmen Stille Einlage	-	0,6
Einstellungen in Gewinnrücklagen	-	-
Wiederauffüllung des Genussrechtskapitals	-	-
Bilanzverlust	-2.408,4	-2.290,8

Gewinn- und Verlustrechnung der IKB Deutsche Industriebank AG für die Zeit vom 1. April 2012 bis 31. März 2013

in Mio. €	2012/13	2011/12
Aufwendungen		
Zinsaufwendungen	-1.703,9	-2.209,7
Provisionsaufwendungen	-36,7	-105,9
Nettoaufwand des Handelsbestands	-	-
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	-248,3	-246,2
a) Personalaufwand	-123,7	-128,0
aa) Löhne und Gehälter	-105,2	-107,6
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	-18,5	-20,4
darunter: für Altersversorgung	-5,8	-7,9
b) andere Verwaltungsaufwendungen	-124,6	-118,2
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	-9,2	-8,8
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-510,8	-43,4
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft	-72,1	-4,3
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere	-40,7	-467,2
Aufwendungen aus Verlustübernahme	-	-
Außerordentliche Aufwendungen	-7,3	-16,9
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-0,2	-6,9
Sonstige Steuern, soweit nicht unter dem Posten Sonstige betriebliche Aufwendungen ausgewiesen	-0,3	-1,1
Auf Grund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder eines Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	-	-
Summe der Aufwendungen	-2.629,5	-3.110,4

in Mio. €	2012/13	2011/12
Erträge		
Zinserträge aus	1.770,6	2.322,5
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	1.594,1	2.101,7
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	176,5	220,8
Laufende Erträge aus	11,2	193,3
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	-	0,3
b) Beteiligungen	11,2	0,7
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen	-	192,3
Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen	71,7	211,0
Provisionserträge	46,1	54,8
Nettoertrag des Handelsbestands	1,2	0,7
davon: Einstellung in Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB	0,1	0,1
Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft	-	-
Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren	124,6	23,7
Sonstige betriebliche Erträge	418,2	46,8
Erträge aus der Auflösung des Fonds für allgemeine Bankrisiken	19,0	-
Außerordentliche Erträge	4,7	2,8
Erträge aus Verlustübernahme	-	-
Jahresfehlbetrag	162,2	254,8
Summe der Erträge	2.629,5	3.110,4
Jahresfehlbetrag	-162,2	-254,8
Verlustvortrag aus dem Vorjahr	-2.030,5	-1.789,4
Entnahmen aus der Kapitalrücklage	-	-
Entnahmen aus Gewinnrücklagen	21,9	-
a) aus der gesetzlichen Rücklage	-	-
b) aus der Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen	-	-
c) aus satzungsmäßigen Rücklagen	-	-
d) aus anderen Gewinnrücklagen	21,9	-
Entnahmen aus Genusssrechtskapital	3,5	13,1
Entnahmen Stille Einlage	-	0,6
Einstellungen in Gewinnrücklagen	-	-
Wiederauffüllung des Genusssrechtskapitals	-	-
Bilanzverlust	-2.167,3	-2.030,5

Eigenkapitalüberleitungsrechnung

Die IKB Deutsche Industriebank AG erstellt im Rahmen der Umstellung der Konzernrechnungslegung von IFRS zurück auf HGB erstmals seit dem 31. März 2005 wieder einen HGB-Konzernabschluss. In der Konzernberichterstattung sind das Eigenkapital zum Zeitpunkt des Übergangs von IFRS auf HGB überzuleiten und die Veränderungen zu erläutern. Die Umstellung der Konzernrechnungslegung auf HGB erfolgt auf Basis einer HGB-Konzern-Eröffnungsbilanz per 1. April 2011. Die Überleitung des Konzerneigenkapitals nach IFRS auf das Konzerneigenkapital nach HGB ist in der nachfolgenden Übersicht dargestellt:

in Mio. €	Eigenkapital (ohne Neubewertungsrücklage)	Neubewertungsrücklage	Summe
Eigenkapital per 31.3.2011 nach IFRS (nach IAS 8-Anpassungen)	979,9	-36,5	943,4
Effekte Aktiva			
Forderungen an Kunden	16,8	-	16,8
Immaterielle Anlagewerte	-3,4	-	-3,4
Aktiver Rechnungsabgrenzungsposten	-29,8	-	-29,8
Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	44,3	-	44,3
Effekte Passiva			
Sonderposten Fonds für allgemeine Bankrisiken	-189,6	-	-189,6
Weitere Effekte			
Bewertungsunterschiede Finanzinstrumente	352,7	36,5	389,2
Geänderte Bilanzierung für Forderungsverzicht gegen Besserungsschein	320,0	-	320,0
Steuern (Latente Steuern)	-1,5	-	-1,5
Veränderungen im Konsolidierungskreis	4,1	-	4,1
Sonstige Effekte	8,5	-	8,5
Eigenkapital zum 1.4.2011 nach HGB	1.502,0	0,0	1.502,0

Aufgrund der nachfolgenden Effekte erhöht sich das bilanzielle Konzerneigenkapital um 558,6 Mio. € auf 1.502,0 Mio. €:

Die Neubewertungsrücklage in Höhe von 36,5 Mio. € ist aufgelöst bzw. in die Gewinnrücklage umgegliedert.

In den Forderungen an Kunden ergibt sich ein positiver Eigenkapitaleffekt aufgrund der unterschiedlichen Berechnung des Portfolio-Impairment unter IFRS und der Pauschalwertberichtigung nach HGB.

Die IKB macht nach HGB nicht vom Wahlrecht der Aktivierung selbsterstellter immaterieller Vermögensgegenstände Gebrauch.

Die Überleitungsdifferenzen in Bezug auf den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten sind im Wesentlichen auf nach HGB nicht aktivierungsfähige Emissionskosten zurückzuführen. Darüber hinaus sind Überleitungseffekte aufgrund von nicht aktivierungsfähigen Provisionen in der Leasinggruppe entstanden.

Der Aktive Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung ist im Rahmen der Bilanzierung der Contractual Trust Arrangements (CTA) nach HGB auszuweisen. Der Effekt entsteht insbesondere aus der Anwendung der Einfünftel-Regelung gemäß Artikel 67 Absatz 1 Satz 1 EGHGB nach BilMoG (siehe Ziffer 35).

Der Sonderposten Fonds für allgemeine Bankrisiken wird gemäß § 340g HGB zu Lasten des Eigenkapitals gebildet. IFRS sieht die Bildung eines korrespondierenden Postens nicht vor.

Darüber hinaus ergeben sich sonstige Effekte in Höhe von insgesamt 720,3 Mio. €, die insbesondere auf folgende Themen entfallen:

Die Umstellung der nach IAS 39 zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumente hin zu einer Bewertung nach HGB führt zu wesentlichen Überleitungseffekten in Höhe von insgesamt 389,2 Mio. €. Gemäß HGB sind Vermögensgegenstände außerhalb des Handelsbestands nach den Vorschriften des gemilderten bzw. strengen Niederstwertprinzips und Verbindlichkeiten mit ihrem Erfüllungsbetrag zu bilanzieren. Derivate außerhalb des Handelsbestands werden nach HGB grundsätzlich nach den für schwebende Geschäfte geltenden Vorschriften bilanziert (siehe Ziffer 14). Darüber hinaus werden die derivativen Finanzinstrumente außerhalb des Handelsbestands insbesondere in die verlustfreie Bewertung des Bankbuchs gemäß BFA 3 (Zinsänderungsrisiko) sowie in die besondere Deckung (Währungsrisiko) einbezogen.

In diesem Zusammenhang ist auch die unterschiedliche Abbildung von Sicherungsbeziehungen nach IFRS und HGB zu betrachten. Nach IAS 39 wurden Sicherungsbeziehungen in Form von Mikro- und Makro-Hedge-Beziehungen in der Bilanz und GuV erfasst. Nach HGB werden nur wenige Sicherungsbeziehungen als Bewertungseinheiten definiert.

Ein weiterer wesentlicher Effekt auf das Konzerneigenkapital ergibt sich aus der unterschiedlichen Bilanzierung von Forderungsverzichten durch Gesellschafter gegen Besserungsschein nach HGB und IFRS. Nach IFRS wurden die Verbindlichkeiten aus den Besserungsabreden unter den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden bzw. unter den Nachrangigen Verbindlichkeiten ausgewiesen. Die Bewertung der Verbindlichkeiten erfolgte gemäß IAS 39 AG8 in Höhe des Barwerts der geschätzten zukünftigen Cashflows, abgezinst mit dem ursprünglichen Effektivzinssatz. Hieraus ergaben sich per 31. März 2011 Verbindlichkeiten aus den Besserungsscheinen in Höhe von insgesamt 320,0 Mio. €. Nach HGB werden die vom Verzicht erfassten Beträge als Zuzahlung in die Kapitalrücklage (§ 272 Abs. 2 Nr. 4 HGB) eingestellt. Verbindlichkeiten aus den Besserungsscheinen sind bis zum Eintritt des Besserungsfalls nicht zu passivieren. Insgesamt kommt es somit im Rahmen der Überleitung zu einer Erhöhung des Eigenkapitals aus der Ausbuchung der Verbindlichkeiten aus den Besserungsabreden in Höhe von 320,0 Mio. €.

Aus den unterschiedlichen handelsrechtlichen Wertansätzen zwischen HGB und IFRS ergeben sich Unterschiede in der Höhe des Ausweises der Latenten Steuern nach HGB und IFRS.

Die Effekte aus der Veränderung des Konsolidierungskreises resultieren insbesondere aus Spezial-Sondervermögen, die unter IFRS gemäß SIC 12 zu konsolidieren waren und für die nach § 290 Abs. 2 Nr. 4 Satz 2 2. Halbsatz HGB die Konsolidierungspflicht entfällt. Nach IFRS waren die Vermögensgegenstände der Partnerfonds zu bilanzieren. Nach HGB erfolgt der Ansatz der Fondsanteile.

Konzern-Kapitalflussrechnung

in Mio. €	2012/13	2011/12
Periodenergebnis (einschließlich Ergebnisanteilen von Minderheitsgesellschaftern)	-117,5	-410,4
Im Periodenergebnis enthaltene zahlungsunwirksame Posten und Überleitung auf den Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit		
+/- Abschreibungen, Wertberichtigungen und Zuschreibungen auf Forderungen, Sach- und Finanzanlagen	557,7	740,6
+/- Zunahme/Abnahme Rückstellungen	31,8	-107,1
+/- Andere zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge	-9,0	4,7
-/+ Gewinn/Verlust aus der Veräußerung von Finanz- und Sachanlagen	-122,0	235,6
+/- Sonstige Anpassungen (Saldo)	-615,0	-626,1
Zwischensumme	-274,0	-162,7
Veränderung des Vermögens und der Verbindlichkeiten aus laufender Geschäftstätigkeit		
Forderungen		
+/- an Kreditinstitute	359,2	-344,3
+/- an Kunden	1.252,3	2.342,8
+/- Wertpapiere (soweit nicht Finanzanlagen)	2.695,3	397,6
Leasingvermögen		
+ Einzahlungen aus der Veräußerung	211,2	189,2
- Auszahlungen für den Erwerb	-435,3	-527,8
+/- Andere Aktiva aus laufender Geschäftstätigkeit	-61,5	13,8
Verbindlichkeiten		
+/- gegenüber Kreditinstituten	-1.343,2	1.983,3
+/- gegenüber Kunden	870,3	2.130,1
+/- Verbriefte Verbindlichkeiten	-4.332,2	-6.068,0
+/- Andere Passiva aus laufender Geschäftstätigkeit	80,4	190,7
+ Erhaltene Zinsen und Dividenden	2.284,9	2.785,0
- Gezahlte Zinsen	-1.869,4	-2.326,5
+ Außerordentliche Einzahlungen	3,2	-
+/- Ertragssteuerzahlungen	-3,4	-1,6
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	-562,2	601,6
Einzahlungen aus Abgängen des		
+ Finanzanlagevermögens	3.568,9	1.330,5
+ Sachanlagevermögens	0,4	0,3
Auszahlungen für Investitionen in das		
- Finanzanlagevermögen	-2.832,2	-1.978,6
- Sachanlagevermögen	-2,6	-4,5
+/- Mittelveränderungen aus sonstiger Investitionstätigkeit (Saldo)	-6,6	-9,0
Cashflow aus Investitionstätigkeit	727,9	-661,3
+ Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen	0,1	-
+/- Mittelveränderungen aus sonstigem Kapital (Saldo)	-98,2	-6,1
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-98,1	-6,1
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	67,6	-65,8
+/- Wechselkurs-, konsolidierungskreis- und bewertungsbedingte Änderungen des Finanzmittelfonds	-	-
+ Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	19,0	84,8
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	86,9	19,0

Erläuterungen zur Konzern-Kapitalflussrechnung

Der Finanzmittelfonds des IKB-Konzerns entspricht dem Ausweis der Bilanzposten „Barreserve“ sowie „Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind“. Sein Jahresanfangsbestand wird im Rahmen der Kapitalflussrechnung durch die Abbildung der Zahlungsströme aus der

- Operativen Geschäftstätigkeit,
- Investitionstätigkeit und
- Finanzierungstätigkeit

auf den am Ende des Geschäftsjahres zur Verfügung stehenden Finanzmittelfonds übergeleitet.

Der Cashflow aus der operativen Geschäftstätigkeit definiert sich nach der operativen Geschäftstätigkeit eines Kreditinstitutes. Er wird nach der indirekten Methode bestimmt, indem der Jahresüberschuss um alle nicht zahlungswirksamen Erträge und Aufwendungen bereinigt wird. Gemäß DRS 2-10 werden die Zins-, Dividenden- sowie Steuerzahlungen separat aufgeführt, sodass der Jahresüberschuss in der Position „Sonstige Anpassungen“ um Zinsergebnis sowie erfolgswirksam erfasste Steuern bereinigt wird.

Im Cashflow aus Investitionstätigkeit werden Ein- und Auszahlungen aus Positionen dargestellt, deren Zweck im Allgemeinen in einer langfristigen Investition bzw. Nutzung begründet ist. Dazu gehören bei Kreditinstituten insbesondere Ein-/Auszahlungen aus Krediten und Wertpapieren sowie Refinanzierungstätigkeit.

Unter dem Cashflow aus Finanzierungstätigkeit sind Zahlungsströme aus Transaktionen mit Eigenkapitalgebern und Minderheitsgesellschaftern konsolidierter Tochterunternehmen sowie aus sonstigem Kapital aufgeführt.

Anhang und Konzernanhang

Angewandte Rechnungslegungsgrundsätze

Nach § 340i Abs. 1 HGB i.V.m. § 290 ff. HGB hat die IKB AG einen Konzernabschluss sowie einen Konzernlagebericht zu erstellen. Bis zum 31. Dezember 2012 wurde der Konzernabschluss bzw. Konzernzwischenabschluss nach den International Financial Reporting Standards (IFRS) erstellt. Aufgrund der erfolgten Rücknahme der Notierung vom sogenannten „Regulierten Markt“ und der Notierung im sogenannten „Entry Standard“ des Freiverkehrs der Frankfurter Wertpapierbörse sowie im sogenannten „Primärmarkt“ des Freiverkehrs der Börse Düsseldorf werden die Aktien der IKB AG sowie die von ihr emittierten Schuldinstrumente nicht mehr an einem organisierten Markt im Sinne des § 2 Abs. 5 WpHG gehandelt. Die IKB AG ist seit dem 7. November 2012 kein kapitalmarktorientiertes Unternehmen mehr und gemäß § 315a HGB nicht mehr verpflichtet, den Konzernabschluss nach den IFRS zu erstellen. Eine freiwillige Anwendung der IFRS nach dem 31. Dezember 2012 für die Erstellung des Konzernabschlusses bzw. Konzernzwischenabschlusses erfolgt nicht.

Der Konzernabschluss (Konzern) sowie der Jahresabschluss (IKB AG) der IKB Deutsche Industriebank AG werden für das Geschäftsjahr 2012/13 nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) in Verbindung mit der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) und unter Beachtung der einschlägigen Regelungen des Aktiengesetzes (AktG) aufgestellt. Der Konzernabschluss ist nach den vom Deutschen Standardisierungsrat (DSR) verabschiedeten und vom Bundesministerium der Justiz gemäß § 342 Abs. 2 HGB bekannt gemachten Standards (DRS) aufgestellt worden.

Die Vergleichszahlen für das Vorjahr sind nach den handelsrechtlichen Vorschriften ermittelt und gemäß § 298 Abs. 1 i.V.m. § 265 Abs. 2 HGB angegeben. Die Effekte aus der Umstellung der Konzernrechnungslegung von IFRS zurück auf HGB werden in einer Überleitungsrechnung für das Eigenkapital zum 1. April 2011 (Zeitpunkt der HGB-Eröffnungsbilanz) gesondert dargelegt.

Die Bilanz sowie die Gewinn- und Verlustrechnung sind entsprechend der für Kreditinstitute vorgesehenen Formblätter gemäß § 2 RechKredV gegliedert. Die Konzernbilanz und die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung sind um branchenspezifisch bedingte Posten für das Leasinggeschäft ergänzt. Die Aufstellung der Gewinn- und Verlustrechnung erfolgt in Kontoform (Formblatt 2 RechKredV).

Angaben, die wahlweise in der Bilanz bzw. Gewinn- und Verlustrechnung oder im Anhang anzubringen sind, werden weitestgehend im Anhang aufgeführt. Die Beträge werden grundsätzlich in Millionen Euro angegeben. Aufgrund von Rundungen können sich bei Summenbildungen in den Anhangangaben geringfügige Abweichungen ergeben. Beträge unter 50 Tsd. € sowie Nullwerte werden im Konzern- und Jahresabschluss der IKB AG mit „-“ dargestellt.

Der Konzernanhang und der Anhang der IKB AG sind gemäß § 298 Abs. 3 HGB zusammengefasst. Soweit nicht gesondert vermerkt, gelten die getroffenen Aussagen dabei sowohl für den Konzern- als auch für den Jahresabschluss der IKB AG.

Das Geschäftsjahr der IKB beginnt mit dem 1. April und endet am 31. März.

In der IKB AG wurde der Ausweis von Erträgen und Aufwendungen aus der Ab- und Aufzinsung von nicht bankgeschäftlichen Rückstellungen (siehe Ziffer 12) sowie der Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen aus der Bilanzierung von Altersversorgungsverpflichtungen (siehe Ziffer 10) gegenüber dem Vorjahr geändert. Die Vorjahreszahlen wurden zur besseren Vergleichbarkeit in folgenden Posten der Gewinn- und Verlustrechnung angepasst:

Der Posten „Zinsaufwendungen“ wurde um 18,8 Mio. €, der Posten „Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere“ um 6,4 Mio. €, der Posten „Zinserträge“ um 8,0 Mio. € sowie der Posten „Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren“ um 0,2 Mio. € reduziert. Der Posten „Sonstige betriebliche Aufwendungen“ wurde um 18,8 Mio. € und der Posten „Sonstige betriebliche Erträge“ um 1,9 Mio. € erhöht.

(1) Konsolidierungskreis

In den Konzernabschluss zum 31. März 2013 sind neben der IKB AG 38 (Vorjahr: 39) Tochterunternehmen und vier (Vorjahr: drei) Zweckgesellschaften im Wege der Vollkonsolidierung einbezogen. Zwei Gesellschaften werden wie im Vorjahr nach der sogenannten Equity-Methode im Konzernabschluss bewertet. Wegen untergeordneter Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns werden 42 (Vorjahr: 51) Tochterunternehmen und sechs (Vorjahr: acht) Zweckgesellschaften nicht im Wege der Vollkonsolidierung in den Konzernabschluss einbezogen sowie 22 (Vorjahr: 28) assoziierte Unternehmen nicht nach der Equity-Methode bilanziert, sondern wie sonstige Beteiligungen zu Anschaffungskosten abzüglich etwaig erforderlicher außerplanmäßiger Abschreibungen bewertet (siehe Ziffer 51).

Die Kapitalanteile bei den assoziierten Unternehmen entsprechen grundsätzlich den Stimmanteilen. Einen abweichenden Stimmrechtsanteil hat die IKB bei der HABITO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt EINS KG, Pullach im Isartal, (Kapitalanteil 6,00 %; Stimmrechtsanteil 16,00 %).

Die Zweckgesellschaft German Mittelstand Equipment Finance No. 1 S.A., Luxemburg, (German Mittelstand) wurde im Geschäftsjahr 2012/2013 erstmals im Wege der Vollkonsolidierung in den Konzernabschluss einbezogen. Gegenstand der Gesellschaft ist der Ankauf von Leasingforderungen von Konzernunternehmen der IKB.

Die IKB Leasing GmbH, Hamburg, und die IKB Leasing Berlin GmbH, Erkner, wurden per 1. April 2012 auf die IKB Autoleasing GmbH, Hamburg, verschmolzen. Die Gesellschaft firmiert nunmehr unter dem Namen IKB Leasing GmbH.

Die IKB Leasing Beteiligungsgesellschaft mbH, Düsseldorf, wurde zum 31. Dezember 2012 erstmalig konsolidiert. Gegenstand der Gesellschaft sind der Erwerb, das Halten und die Veräußerung von Beteiligungen an anderen Unternehmen.

Die IKB AG hat zusammen mit Seer Capital Management L.P. den Fonds Valin Funds Mittelstand Mezzanine 1 aufgelegt. Hierbei handelt es sich um einen Teilfonds der Luxemburger Fondsgesellschaft Valin Funds S.C.A., SICAV-SIF, an der die IKB AG Kommanditanteile gezeichnet hat. Die IKB AG fungiert durch ihre Tochter Valin Asset Management S.à.r.l. auch als Komplementärin dieser Fondsgesellschaft. Auf eine Vollkonsolidierung der Fondsgesellschaft nebst Teilfonds wurde nach § 296 Abs. 1 Nr. 1 HGB verzichtet, da vertragliche Vereinbarungen die Ausübung der Rechte in Bezug auf das Vermögen und die Geschäftsführung erheblich und dauerhaft beschränken.

(2) Konsolidierungsgrundsätze

Der Konzernabschluss wird einheitlich nach den für die IKB AG geltenden Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden aufgestellt. Dabei sind die Jahresabschlüsse der einbezogenen Tochterunternehmen, die keine Kredit- oder Finanzdienstleistungsinstitute sind, auf die Gliederungsschemata der RechKredV-Formblätter übergeleitet. Sofern eine Konzerngesellschaft einen vom 31. März abweichenden Abschlussstichtag hat, werden die wesentlichen Geschäftsvorfälle, die bis zum 31. März eingetreten sind, berücksichtigt.

Die Kapitalkonsolidierung erfolgt für seit Inkrafttreten des BilMoG erstkonsolidierte Unternehmen nach der sogenannten Neubewertungsmethode in Übereinstimmung mit § 301 HGB.

Vor Inkrafttreten des BilMoG erstmalig einbezogene Unternehmen werden nach der sogenannten Buchwertmethode konsolidiert. Die Buchwertmethode wird in Übereinstimmung mit dem Beibehaltungswahlrecht gemäß Artikel 66 Abs. 3 EGHGB fortgeführt. Im letzten HGB-Konzernabschluss vor Umstellung der Konzernrechnungslegung auf IFRS (31. März 2005) wurden die Wertansätze des Tochterunternehmens zum Zeitpunkt des Erwerbs oder der Erstkonsolidierung zugrunde gelegt. Für nach dem 31. März 2005 erworbene Unternehmen erfolgt die Einbeziehung in Übereinstimmung mit § 301 Abs. 2 HGB grundsätzlich zu den Wertansätzen zum Erwerbszeitpunkt. Bis zum 31. März 2005 wurde eine Saldierung positiver und negativer Unterschiedsbeträge aus der Kapitalkonsolidierung vorgenommen. Der daraus resultierende Unterschiedsbetrag wird in den Gewinnrücklagen ausgewiesen. Die Saldierung wird in Übereinstimmung mit Artikel 66 EGHGB beibehalten.

Ein nach Aufdeckung der stillen Reserven und Lasten verbleibender und nicht mit den Gewinnrücklagen verrechneter aktivischer Unterschiedsbetrag wird in der Konzernbilanz als Geschäfts- oder Firmenwert angesetzt und unter dem Posten „Immaterielle Anlagewerte“ ausgewiesen. Ein entsprechend vorhandener passivischer Unterschiedsbetrag wird als gesonderter Posten nach dem Eigenkapital unter dem Posten „Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung“ ausgewiesen. Aktuell bestehen im Konzern weder Geschäfts- oder Firmenwerte noch passivische Unterschiedsbeträge aus der Kapitalkonsolidierung.

Vermögensgegenstände, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten sowie Aufwendungen und Erträge zwischen den einbezogenen Konzernunternehmen werden konsolidiert. Zwischenergebnisse aus konzerninternen Geschäften werden eliminiert, soweit sie nicht von untergeordneter Bedeutung sind.

Anteile an assoziierten Unternehmen werden grundsätzlich nach der Equity-Methode in Übereinstimmung mit § 312 HGB (Buchwertmethode) bewertet (siehe Ziffer 24). Im Rahmen der Bilanzierung nach der Equity-Methode wird auf einheitliche Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden im Konzern verzichtet.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

(3) Forderungen

Forderungen an Kunden und an Kreditinstitute werden zum Nominalwert abzüglich Einzel- und Pauschalwertberichtigungen bilanziert. Unterschiede zwischen Nominalwert und Auszahlungsbetrag werden in die aktivischen und passivischen Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und planmäßig aufgelöst. Erworbene Forderungen werden zu Anschaffungskosten, vermindert um Einzel- und Pauschalwertberichtigungen, bilanziert.

Die in der Konzernbilanz im Posten „Forderungen an Kunden“ ausgewiesenen Mietkaufgeschäfte der Leasingunternehmen des Konzerns werden zum Barwert der künftig fälligen Mietkaufraten angesetzt. Die Zinserträge werden annuitätisch vereinnahmt und im Posten „Zinserträge“ ausgewiesen.

(4) Wertpapiere

Erworbene Wertpapiere werden gemäß § 253 Abs. 1 Satz 1 HGB mit ihren Anschaffungskosten angesetzt. Die Unterschiedsbeträge zwischen Anschaffungskosten und Rückzahlungsbetrag (Agien/Disagien) werden über die Restlaufzeit zeitanteilig in den Zinserträgen vereinnahmt.

Die Folgebewertung der dem Anlagevermögen zugeordneten Wertpapiere erfolgt gemäß § 340e Abs. 1 Satz 1 HGB i.V.m. § 253 Abs. 3 Satz 3 HGB nach dem gemilderten Niederstwertprinzip. Bei voraussichtlich dauernder Wertminderung werden Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Stichtagswert vorgenommen. Bei den Wertpapieren des Anlagevermögens handelt es sich beispielsweise um Staatsanleihen und Pfandbriefe, Emissionen internationaler Industrieunternehmen (Corporate Bonds) sowie Wertpapiere aus Verbriefungstransaktionen.

Zerobonds werden zu Anschaffungskosten zuzüglich der jeweils aufgrund der kapitalabhängigen Effektivverzinsung ermittelten Zinsforderung angesetzt.

Wertpapiere des Umlaufvermögens werden unter Berücksichtigung des strengen Niederstwertprinzips gemäß § 340e Abs. 1 Satz 2 HGB i.V.m. § 253 Abs. 4 HGB zum niedrigeren Wert bewertet, der sich aus einem Börsen- oder Marktpreis am Abschlussstichtag ergibt. Liegen keine Stichtagskurse vor, so wird der beizulegende Wert auf Basis von Preisangaben von Marktdatenanbietern ermittelt und mittels geeigneter Verfahren plausibilisiert. Sofern keine Börsenpreise oder Preisangaben vertraglicher Lieferanten zu Wertpapieren verfügbar sind, erfolgt die Wertermittlung auf Basis eigener Bewertungsmodelle durch Diskontierung von erwarteten Cashflows. Der Diskontsatz wird aus dem Risikoprofil ähnlicher Wertpapiere ermittelt. Dabei werden nicht ausschließlich am Markt beobachtbare Parameter verwendet.

Bei Wertpapieren aus Verbriefungstransaktionen erfolgt die Berechnung des Wertberichtigungsbedarfs aufgrund eines Fundamentalwertverfahrens. Dieses Verfahren ermöglicht eine detaillierte Verlustallokation des zugrunde liegenden Kreditportfolios. Das Ausfallverhalten des Referenzportfolios wird in einer marktüblichen Monte-Carlo-Simulation unter Berücksichtigung ratingbasierter Ausfallwahrscheinlichkeiten und assetklassenspezifischer Korrelationsparameter geschätzt. Auf Basis der Ausfallszenarien werden die Cashflows der investierten Tranche unter Berücksichtigung der Transaktionsstruktur („Cashflow-Wasserfall“) ermittelt. Über die Diskontierung dieser Cashflows mit dem Effektivzins der jeweiligen Tranche wird der Fundamentalwert errechnet.

Wertaufholungen werden gemäß § 253 Abs. 5 Satz 1 HGB vorgenommen, sofern die Gründe für den niedrigeren Wertansatz entfallen sind.

Die Bilanzierung strukturierter Finanzinstrumente erfolgt nach den Grundsätzen des IDW RS HFA 22. Vom Grundsatz der einheitlichen Bilanzierung wird nur dann abgewichen, wenn das strukturierte Finanzinstrument aufgrund eingebetteter Derivate im Vergleich zum Basisinstrument wesentlich erhöhte oder zusätzliche Risiken oder Chancen aufweist.

Eine getrennte Bilanzierung strukturierter Finanzinstrumente erfolgt bei Wertpapieren aus synthetischen Verbriefungstransaktionen, bei denen das Kreditrisiko des Referenzportfolios mit einem Credit Default Swap (CDS) seitens des Inhabers der Vermögensgegenstände des Referenzportfolios auf den Emittenten der Wertpapiere übertragen wurde. Bei synthetischen Verbriefungstiteln werden die eingebetteten Derivate zu Nennbeträgen als Eventualverbindlichkeiten unter den Bilanzvermerken ausgewiesen. Im Falle einer drohenden Inanspruchnahme aus dem eingebetteten Kreditderivat werden Rückstellungen für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften gebildet. Die Eventualverbindlichkeiten werden in gleicher Höhe gekürzt.

(5) Risikovorsorge

Die Vorsorge für Risiken im Kreditgeschäft umfasst Wertberichtigungen und Rückstellungen für alle erkennbaren Bonitäts- und Länderrisiken sowie für latente Ausfallrisiken.

Die Berechnung der Pauschalwertberichtigungen und pauschal ermittelter Rückstellungen für das Kreditgeschäft wird in Anlehnung an das Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen vom 10. Januar 1994 vorgenommen. Dabei werden historische Kreditverluste aus Kundenforderungen und Eventualverbindlichkeiten aus Avalen zugrunde gelegt und mit einem Konjunkturfaktor multipliziert, um der gesamtwirtschaftlichen Situation Rechnung zu tragen. Dieser Faktor wurde von 100 % auf 106 % aufgrund der erwarteten Konjunkturertrübung erhöht. Ohne die Erhöhung des Konjunkturfaktors wäre die Pauschalwertberichtigung um rund 6 Mio. € niedriger. Zur Abdeckung von Länderrisiken ist das nicht risikoausplatzierte Kreditvolumen in Risikoländern mit internen Ratings ab Ratingklasse 13 erstmals mit pauschalen Abschlägen pauschalwertberichtigt. Der sich hieraus ergebende Pauschalwertberichtigungsbestand beträgt 0,6 Mio. €. Zur Abdeckung latenter Risiken von Akquisitions-, Projekt- und Immobilienfinanzierungen in Italien, Frankreich, Spanien und Großbritannien sind im Zusammenhang mit der anhaltenden europäischen Staatsschuldenkrise erstmals zusätzlich 20 Mio. € Pauschalwertberichtigungen dotiert. Um latenten Adressenausfallrisiken von Wertpapieren des Anlagevermögens, Forderungen an Kreditinstitute und unwiderruflichen Kreditzusagen sowie erstmals mit 0,1 Mio. € auch von Eventualverbindlichkeiten aus Protection Seller Credit Default Swaps Rechnung zu tragen, hat die Bank für diese Risiken auf der Grundlage einer geschätzten Einjahresverlustrate (Expected Loss) ebenfalls Pauschalwertberichtigungen bzw. pauschal ermittelte Rückstellungen für das Kreditgeschäft ermittelt.

Der Bestand der Pauschalwertberichtigungen für Kundenforderungen und Forderungen an Kreditinstitute beträgt im Konzern insgesamt 135,2 Mio. € (Vorjahr: 103,6 Mio. €) und in der IKB AG 134,6 Mio. € (Vorjahr: 102,9 Mio. €). Für Wertpapiere bestehen Pauschalwertberichtigungen im Konzern in Höhe von 5,7 Mio. € (Vorjahr: 4,3 Mio. €) und in der IKB AG in Höhe von 4,9 Mio. € (Vorjahr: 4,3 Mio. €). Der Bestand pauschal ermittelter Rückstellungen für das Kreditgeschäft erhöhte sich im Konzern sowie in der IKB AG von 3,8 Mio. € auf 5,6 Mio. €.

(6) Handelsbestand

Dem Handelsbestand sind gemäß IDW RS BFA 2 alle Finanzinstrumente zugeordnet, die mit der Absicht der Erzielung eines kurzfristigen Eigenhandelserfolgs erworben wurden. Die Kriterien für diese Absicht ergeben sich aus den aufsichtsrechtlichen Vorgaben für die Zuordnung zum Handelsbuch. Eine Änderung

dieser Kriterien wurde nicht vorgenommen. Die aktivischen und passivischen Handelsbestände werden separat ausgewiesen.

Finanzinstrumente des Handelsbestands werden gemäß § 340e Absatz 3 Satz 1 HGB zum beizulegenden Zeitwert abzüglich eines Risikoabschlags bewertet. Die Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts erfolgt entsprechend der Bewertungshierarchie des § 255 Abs. 4 HGB. Für nicht börsengehandelte Finanzinstrumente werden dabei die beizulegenden Zeitwerte auf der Grundlage von finanzmathematischen Bewertungsmodellen sowie am Markt verfügbaren Bewertungsparametern (u. a. Zinssätze, Zinsvolatilitäten, Währungskurse) bestimmt. Die Höhe, der Zeitpunkt und die Sicherheit der Zahlungsströme sind u. a. von der Entwicklung der Zinssätze und der Währungskurse, den vertraglichen Regelungen zu den Zahlungszeitpunkten für das jeweilige Finanzinstrument und von der Bonität der jeweiligen Vertragspartei abhängig.

Die Bank nimmt den Risikoabschlag in Höhe des für aufsichtsrechtliche Zwecke ermittelten Value at Risk vor. Der Berechnung des Value at Risk liegen eine Haltedauer von zehn Tagen und ein Konfidenzniveau von 99 % zugrunde. Der Value at Risk drückt den Wertverlust des Portfolios der Bank über einen Zeitraum von zehn Tagen aus, der mit einer Wahrscheinlichkeit von 99 % nicht überschritten wird. Der Beobachtungszeitraum beträgt 250 Bankarbeitstage. Der für den gesamten Handelsbestand ermittelte Risikoabschlag wird vom aktivischen Handelsbestand abgesetzt.

Gemäß § 340e Abs. 4 HGB ist dem Sonderposten „Fonds für allgemeine Bankrisiken“ nach § 340g HGB in jedem Geschäftsjahr ein Betrag, der mindestens 10 vom Hundert der Nettoerträge des Handelsbestands entspricht, zuzuführen und dort gesondert auszuweisen. Dieser Posten wird nur zum Ausgleich von Nettoaufwendungen des Handelsbestands aufgelöst oder soweit er 50 vom Hundert des Durchschnitts der letzten fünf jährlichen Nettoerträge des Handelsbestands übersteigt.

(7) Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen/Sachanlagen/immaterielle Anlagewerte

Anteile an verbundenen Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, werden zu Anschaffungskosten oder dem niedrigeren beizulegenden Wert bilanziert. Die Bewertung erfolgt gemäß § 340e Abs. 1 Satz 1 HGB i.V.m. § 253 Abs. 3 Satz 3 HGB nach dem gemilderten Niederstwertprinzip.

Abnutzbares Sachanlagevermögen sowie immaterielle Anlagewerte werden zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um planmäßige sowie gegebenenfalls außerplanmäßige Abschreibungen, bewertet. Vermögensgegenstände des Sachanlagevermögens werden über ihre betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer linear abgeschrieben. Soweit die beizulegenden Werte einzelner Vermögensgegenstände des Anlagevermögens ihren Buchwert unterschreiten, werden bei voraussichtlich dauernder Wertminderung außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen.

Vom Ansatzwahlrecht für die Aktivierung selbst geschaffener immaterieller Vermögensgegenstände des Anlagevermögens gemäß § 248 Abs. 2 Satz 1 HGB wird kein Gebrauch gemacht. Entgeltlich von Dritten erworbene immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens werden zu Anschaffungskosten aktiviert und ihrer voraussichtlichen Nutzungsdauer entsprechend linear über eine betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer von fünf Jahren zeitanteilig abgeschrieben.

Die IKB AG weist einen entgeltlich erworbenen Geschäftswert aus der Übernahme des Kundenderivate-Neugeschäfts eines Luxemburger Tochterunternehmens aus. Die Abschreibung erfolgt innerhalb einer betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer von zehn Jahren. Die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer basiert auf einer Einschätzung der zeitlichen Ertragsrückflüsse auf Basis der identifizierten Komponenten dieses Geschäfts- oder Firmenwerts. Diese Komponenten repräsentieren insbesondere Kundenstämme, die im Rahmen des Erwerbs übernommen wurden. Im Falle einer voraussichtlich dauernden Wertminderung wird eine

außerplanmäßige Abschreibung vorgenommen. Bestehen die Gründe für eine außerplanmäßige Abschreibung nicht mehr, so wird der niedrigere Wertansatz eines entgeltlich erworbenen Geschäftswerts beibehalten.

(8) Leasingvermögen

Die zur Vermietung bestimmten Anlagegegenstände der Leasingunternehmen des Konzerns werden, soweit diese dem IKB-Konzern wirtschaftlich zuzurechnen sind, in der Konzernbilanz als Leasingvermögen ausgewiesen. In der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung werden die zugehörigen Erlöse in dem Posten „Leasingerträge“ ausgewiesen. Der Aufwand aus den Abgängen des Leasingvermögens sowie die sonstigen leistungsbezogenen Aufwendungen sind im Konzern gesondert im Posten „Leasingaufwendungen“ enthalten.

Abschreibungen auf das Leasingvermögen werden im Konzern im Posten „Abschreibungen auf Leasingvermögen“ ausgewiesen.

(9) Wertpapierpensions- und Leihgeschäfte

Die Bilanzierung von Wertpapierpensionsgeschäften erfolgt gemäß § 340b HGB.

Die IKB weist im Rahmen echter Wertpapierpensionsgeschäfte als Pensionsgeber die übertragenen Vermögensgegenstände weiterhin in der Bilanz aus und passiviert eine korrespondierende Verbindlichkeit gegenüber dem Pensionsnehmer. Tritt die IKB umgekehrt als Pensionsnehmer auf, wird eine Forderung gegenüber dem Pensionsgeber bilanziert.

Die Bilanzierung von Wertpapierleihegeschäften erfolgt analog zur Bilanzierung echter Wertpapierpensionsgeschäfte.

(10) Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung

Gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB werden Vermögensgegenstände, die dem Zugriff aller übrigen Gläubiger entzogen sind und ausschließlich der Erfüllung von Schulden aus Altersversorgungsverpflichtungen oder vergleichbaren langfristig fälligen Verpflichtungen dienen, mit diesen Schulden verrechnet. Entsprechend wird mit den zugehörigen Aufwendungen und Erträgen aus der Abzinsung der Verpflichtungen und aus dem zu verrechnenden Vermögen verfahren.

Die Bewertung der im Rahmen von Contractual Trust Arrangements (CTA) ausgelagerten Vermögensgegenstände erfolgt zum beizulegenden Zeitwert. Übersteigt der beizulegende Zeitwert der Vermögensgegenstände den Betrag der Schulden, so wird dieser Betrag im Posten „Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung“ ausgewiesen. Der Saldo aus den entsprechenden Aufwendungen und Erträgen wird je nach Vorzeichen in den Sonstigen betrieblichen Erträgen oder den Sonstigen betrieblichen Aufwendungen ausgewiesen.

Die Bilanzierung von Altersversorgungsverpflichtungen ist bei den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden von Rückstellungen (Ziffer 12) dargestellt.

(11) Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten, mit Ausnahme des passivischen Handelsbestands, sind mit ihrem Erfüllungsbetrag passiviert. Der Unterschied zum Einzahlungsbetrag wird in den Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und planmäßig erfolgswirksam aufgelöst.

Bei Vermögensübertragungen, bei denen kein bilanzieller Abgang erfolgt ist, wird in Höhe des für den Vermögensgegenstand erhaltenen Betrags eine Verpflichtung unter den Sonstigen Verbindlichkeiten ausgewiesen.

(12) Rückstellungen

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die Verpflichtungen für Altersversorgung werden zum notwendigen Erfüllungsbetrag bewertet. Bei der Ermittlung des notwendigen Erfüllungsbetrags werden die Richttafeln 2005 G von Klaus Heubeck zugrunde gelegt. Die Berechnung erfolgt nach der Projected-Unit-Credit-Methode unter Anwendung der folgenden Bewertungsannahmen:

Bewertungsfaktor	31.3.2013 Annahme	31.3.2012 Annahme
Rechnungszinsfuß	5,03 %	5,13 %
Lohn- und Gehaltssteigerung	3,0 %	3,0 %
Rententrend	2,0 %	2,0 %
Fluktuationsrate entsprechend einer Staffelung nach Alter und Geschlechtern		
Alter bis 35 Jahre m/w	6,5 % / 4,5 %	6,5 % / 4,5 %
Alter 36 bis 45 Jahre m/w	4,5 % / 5,5 %	4,5 % / 5,5 %
Alter > 45 Jahre m/w	1,5 % / 1,0 %	1,5 % / 1,0 %

Rückstellungen für Altersversorgungsverpflichtungen werden unter Ausübung des Wahlrechts gemäß § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB pauschal mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz abgezinst, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt. Der Zinssatz wird durch die Bundesbank entsprechend der Verordnung über die Ermittlung und Bekanntgabe der Sätze zur Abzinsung von Rückstellungen (Rückstellungsabzinsungsverordnung – RückAbzinsV) bekanntgegeben. Bei wertpapiergebundenen Zusagen werden die Rückstellungen in Höhe des beizulegenden Zeitwerts des Deckungsvermögens angesetzt, sofern ein garantierter Mindestbetrag überschritten wird.

Gemäß Artikel 67 Abs. 1 Satz 1 EGHGB wird von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, den aufgrund der durch das BilMoG geänderten Bewertung der Pensionsverpflichtungen erforderlichen zusätzlichen Rückstellungsbetrag in jedem Geschäftsjahr zu einem Fünfzehntel anzusammeln (siehe Ziffer 35).

Zur Absicherung der Verpflichtungen aus der Altersversorgung und ähnlichen Regelungen wurden in den Vorjahren Vermögensgegenstände ausgelagert. Im Rahmen von CTA hat die IKB dabei die erforderlichen Vermögensmittel zur Erfüllung der Pensionsansprüche von ihrem übrigen Unternehmensvermögen separiert und diese auf einen Unternehmenstreuhänder übertragen. Unterschreitet der beizulegende Zeitwert der ausgelagerten Vermögensgegenstände die zugehörigen Verpflichtungen, so wird in entsprechender Höhe eine Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen ausgewiesen.

Zum Verrechnungsgebot der ausgelagerten Vermögensgegenstände mit den Altersversorgungsverpflichtungen sowie zur Bilanzierung der Vermögensgegenstände wird auf Ziffer 10 verwiesen.

Steuerrückstellungen und andere Rückstellungen

Rückstellungen für Steuern und andere Rückstellungen werden in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags gebildet. Der notwendige Erfüllungsbetrag schließt zukünftige Preis- und Kostensteigerungen ein. Bei Rückstellungen für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften erfolgt die Dotierung in Höhe des Verpflichtungsüberschusses. Rückstellungen, deren Restlaufzeit zwölf Monate überschreitet, werden gemäß § 253 Abs. 2 HGB mit laufzeitadäquaten Zinssätzen der Rückstellungsabzinsungsverordnung abgezinst. Die erstmalige Zuführung der Rückstellung erfolgt zum Barwert. Der Ausweis des Effekts aus der Aufzinsung in den Folgeperioden erfolgt bei nicht bankgeschäftlichen Sachverhalten in den Sonstigen betrieblichen Aufwendungen. Der Aufzinsungseffekt bei Rückstellungen im Zusammenhang mit bankgeschäftlichen Sachverhalten erfolgt in den Zinsaufwendungen.

Die Rückstellungen für Zinsen aus der Verzinsung von Steuernachforderungen der Finanzverwaltung und die Effekte aus der Aufzinsung der Steuerrückstellungen werden bei den sonstigen Rückstellungen ausgewiesen. Die Aufwendungen für die Bildung von Rückstellungen für Restrukturierungsmaßnahmen sind unter dem Posten „Außerordentliche Aufwendungen“ ausgewiesen.

(13) Eventualverbindlichkeiten

Eventualverbindlichkeiten werden zum Nennbetrag abzüglich eventuell gebildeter Rückstellungen unter der Bilanz angegeben.

(14) Derivategeschäfte

Derivative Finanzinstrumente außerhalb des Handelsbestands werden nach den für schwebende Geschäfte geltenden Grundsätzen bilanziert. Geleistete bzw. erhaltene Prämienzahlungen werden in den aktiven bzw. passiven Rechnungsabgrenzungsposten oder in den Sonstigen Vermögensgegenständen bzw. Sonstigen Verbindlichkeiten ausgewiesen. Am Abschlussstichtag ist zu prüfen, ob eine Rückstellung für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften zu bilden ist.

Bei derivativen Finanzinstrumenten, die in eine Bewertungseinheit gemäß § 254 HGB einbezogen sind, wird auf die Bildung einer Rückstellung für drohende Verluste, die aus dem abgesicherten Risiko resultieren, verzichtet, soweit diesen Verlusten ein nicht realisierter Gewinn in gleicher Höhe gegenübersteht (siehe Ziffer 20).

Zinsderivate des Bankbuchs werden zusammen mit allen übrigen zinstragenden Finanzinstrumenten außerhalb des Handelsbestands nach den Grundsätzen der Stellungnahme zur Rechnungslegung IDW RS BFA 3 verlustfrei bewertet. Dabei wird der Barwert des zinstragenden Geschäfts den Buchwerten gegenübergestellt. Hierbei werden auch die Verwaltungs- und Risikokosten sowie die Refinanzierungswirkung des Eigenkapitals berücksichtigt. Aus der Ermittlung gemäß IDW RS BFA 3 ergab sich kein Rückstellungsbedarf.

Zur Bewertung derivativer Finanzinstrumente im Handelsbestand wird auf Ziffer 6 verwiesen.

(15) Währungsumrechnung

Für die Umrechnung von auf fremde Währung lautenden Abschlüssen im Konzern wird die sogenannte modifizierte Stichtagskursmethode gemäß § 308a HGB angewendet. Die Aktiv- und Passivposten einer auf fremde Währung lautenden Bilanz werden, mit Ausnahme des Eigenkapitals, zum Devisenkassamittelkurs am Bilanzstichtag in Euro umgerechnet. Das Eigenkapital wird zum historischen Kurs in Euro umgerechnet.

Die Posten der Gewinn- und Verlustrechnung werden zum Durchschnittskurs in Euro umgerechnet. Eine sich ergebende Differenz aus der Umrechnung wird innerhalb des Konzerneigenkapitals als „Eigenkapitaldifferenz aus Währungsumrechnung“ ausgewiesen.

Die Umrechnung der Vermögensgegenstände und Schulden aus auf ausländische Währung lautenden Einzelgeschäften außerhalb des Handelsbestands folgt bei der IKB AG und den anderen Instituten im Konzern, soweit eine besondere Deckung vorhanden ist, den Grundsätzen des § 340h HGB i.V.m. § 256a HGB. Danach sind auf fremde Währung lautende Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten zum Devisenkassamittelkurs (EZB-Referenzkurs) zum Bilanzstichtag umzurechnen. Sind die Anforderungen an eine besondere Deckung nicht erfüllt, so erfolgt die Währungsumrechnung nach den für alle Kaufleute geltenden Vorschriften (§ 256a HGB). Bei einer Restlaufzeit von einem Jahr und weniger werden die nicht realisierten Gewinne aus der Währungsumrechnung ertragswirksam erfasst. Wird die Restlaufzeit von einem Jahr überschritten, so gelten die allgemeinen Bewertungsvorschriften.

Das Vorliegen der besonderen Deckung im Sinne des § 340h HGB kann nach IDW RS BFA 4 als erfüllt angesehen werden, wenn das Währungsrisiko über eine Währungsposition gesteuert und die einzelnen Posten in eine Währungsposition übernommen werden. Die IKB AG und die anderen Institute im Konzern ordnen die Geschäfte außerhalb des Handelsbestands in fremder Währung grundsätzlich der Währungsposition der jeweiligen Währung zu und steuern diese über genehmigte Limite.

In der Gewinn- und Verlustrechnung werden Erträge und Aufwendungen aus der Währungsumrechnung (Umrechnungsdifferenzen) in den Posten „Sonstige betriebliche Erträge“ bzw. „Sonstige betriebliche Aufwendungen“ ausgewiesen.

Dienen Devisentermingeschäfte der IKB AG der Absicherung von zinstragenden Vermögensgegenständen und Schulden, so wird der Terminkurs aufgespalten und seine beiden Elemente (Kassakurs und Swapsatz) werden getrennt bei der Ergebnismittlung berücksichtigt. Die Auf- und Abschläge (Deport/Report) zum Kassakurs werden zeitanteilig im Zinsergebnis verrechnet. Bei den vorgenannten Geschäften wird überprüft, ob aus der fristenkongruenten Schließung der Position Verluste drohen und dafür Rückstellungen zu bilden sind (Reststellenbewertung).

Finanzinstrumente des Handelsbestands in fremder Währung werden gemäß § 340c Abs. 1 HGB i.V.m. § 340e Abs. 3 HGB zum beizulegenden Zeitwert abzüglich eines Risikoabschlags bewertet. Nach der Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts in Fremdwährung werden die Handelsbestände zum Devisenkassamittelkurs des Bilanzstichtags umgerechnet und nicht realisierte Gewinne bzw. Verluste im Nettoertrag bzw. Nettoaufwand des Handelsbestands erfasst.

(16) Bewertungseinheiten

Nach § 254 HGB liegt eine Bewertungseinheit dann vor, wenn Vermögensgegenstände, Schulden, schwebende Geschäfte oder mit hoher Wahrscheinlichkeit erwartete Transaktionen – sogenannte Grundgeschäfte – zum Ausgleich gegenläufiger Wertänderungen oder Zahlungsströme aus dem Eintritt vergleichbarer Risiken – sogenannter abgesicherter Risiken – mit originären oder derivativen Finanzinstrumenten – sogenannten Sicherungsinstrumenten – zusammengefasst werden. Auf der ersten Ebene ist nach IDW RS HFA 35 durch das Unternehmen in eigener Verantwortung zu entscheiden, ob ein bestimmtes Risiko durch ein Sicherungsinstrument durch Herstellung einer ökonomischen Sicherungsbeziehung zu einem oder einer Gruppe von Grundgeschäften abgesichert werden soll. Auf der zweiten Ebene wird danach entschieden, ob eine im Risikomanagement eingegangene Sicherungsbeziehung durch Bildung einer Bewertungseinheit auch in der Rechnungslegung abgebildet werden soll (Wahlrecht). Liegt eine ökonomische Sicherungsbeziehung vor, entscheidet die Bank im Einzelfall, wann eine Bewertungseinheit gebildet wird.

Bei der Bilanzierung von Bewertungseinheiten nach den Regeln des § 254 HGB wird auf die Erfassung unrealisierter Verluste, die aus abgesicherten Risiken resultieren, bei einzelnen Geschäften der Bewertungseinheit verzichtet, soweit diesen Verlusten unrealisierte Gewinne aus den anderen Geschäften der Bewertungseinheit in gleicher Höhe gegenüberstehen. Dies erfolgt in dem Umfang und für den Zeitraum, in dem sich gegenläufige Wertänderungen oder Zahlungsströme aus dem Grundgeschäft und dem Sicherungsinstrument in Bezug auf das abgesicherte Risiko ausgleichen.

Zur bilanziellen Abbildung von Bewertungseinheiten wird in der Regel die Einfrierungsmethode angewendet. Bei der Einfrierungsmethode werden die sich ausgleichenden Wertänderungen aus dem abgesicherten Risiko (wirksamer Teil) nicht bilanziert. Ein sich innerhalb der Bewertungseinheit insgesamt ergebender unrealisierter Gewinn wird nicht berücksichtigt. Entspricht der ineffektive Teil der Wertänderungen von Grund- und Sicherungsgeschäft aus dem abgesicherten Risiko dagegen einem Verlust, wird eine entsprechende Rückstellung dotiert. Bei der Durchbuchungsmethode sind in der Bilanz die sich ausgleichenden positiven und negativen Wertveränderungen aufgrund des abgesicherten Risikos (wirksame Beträge) von den Vermögensgegenständen und Schulden durch Anpassung der jeweiligen Buchwerte zu berücksichtigen.

Bewertungseinheiten für mit hoher Wahrscheinlichkeit erwartete Transaktionen bestehen nicht.

Bezüglich des Risikomanagements finanzieller Risiken wird auf die Berichterstattung im Lagebericht verwiesen.

(17) Latente Steuern

Bestehen zwischen den handelsrechtlichen Wertansätzen von Vermögensgegenständen, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten und ihren steuerlichen Wertansätzen Differenzen, die sich in den folgenden Geschäftsjahren wieder ausgleichen (sogenannte Temporäre Differenzen), so ist eine sich daraus insgesamt ergebende Steuerbelastung als passive latente Steuern anzusetzen. Eine sich daraus insgesamt ergebende Steuerentlastung kann als aktive latente Steuern angesetzt werden. Bei der Berechnung aktiver latenter Steuern sind steuerliche Verlustvorträge, die in den nächsten fünf Jahren erwartungsgemäß kompensierend genutzt werden können, in der Verlustverrechnung zu berücksichtigen. Das Wahlrecht zum Ansatz aktiver latenter Steuern gemäß § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB wird ausgeübt. Vom Wahlrecht zum unverrechneten Ansatz aktiver und passiver latenter Steuern gemäß § 274 Abs. 1 Satz 3 HGB (Bruttoausweis) wird hingegen kein Gebrauch gemacht.

Die latenten Steuern werden unter Anwendung der individuellen Steuersätze je Steuersubjekt bewertet, die am Bilanzstichtag gelten oder bereits durch den Gesetzgeber verabschiedet sind und die zum Zeitpunkt der Realisierung der aktiven latenten Steuern sowie der passiven latenten Steuern voraussichtlich gelten werden. Bei der Berechnung der inländischen latenten Steuern wird ein Körperschaftsteuersatz von 15 %, ein Solidaritätszuschlag von 5,5 % auf die Körperschaftsteuer und ein Gewerbesteuersatz unter Berücksichtigung der jeweils geltenden Hebesätze zugrunde gelegt. Die Bewertung der latenten Steuern der ausländischen Betriebsstätten und Tochterunternehmen erfolgt mit den dort geltenden Steuersätzen.

Aufgrund der bestehenden ertragsteuerlichen Organschaften werden die aktiven und passiven latenten Steuern aus temporären Differenzen der Organgesellschaften bei der Ermittlung der latenten Steuern jeweils bei dem Organträger berücksichtigt. Bei Organträgern, die gleichzeitig auch Organgesellschaft sind, erfolgt die Berücksichtigung der temporären Differenzen auf Ebene des obersten Organträgers.

Soweit im Konzernabschluss die Konsolidierungsmaßnahmen zu temporären Differenzen führen, werden für die sich aus diesen Differenzen ergebenden künftigen Steuerentlastungen bzw. -belastungen zusätzliche aktive bzw. passive latente Steuern angesetzt. Die sich aus Konsolidierungsmaßnahmen gemäß § 306 HGB ergebenden latenten Steuern werden mit den latenten Steuern gemäß § 274 HGB verrechnet.

Erläuterungen zur Bilanz

(18) Laufzeitgliederung ausgewählter Bilanzposten nach Restlaufzeiten

in Mio. €	Konzern		IKB AG	
	31.3.2013	31.3.2012	31.3.2013	31.3.2012
Forderungen an Kreditinstitute*	120,0	166,6	109,3	153,4
mit einer Restlaufzeit von				
bis 3 Monate	75,0	97,7	64,2	96,8
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	12,4	10,2	12,4	7,9
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	26,0	54,2	26,1	43,7
mehr als 5 Jahre	6,6	4,5	6,6	5,0
Forderungen an Kunden	14.707,1	16.044,6	16.752,3	18.058,4
mit einer Restlaufzeit von				
bis 3 Monate	1.582,5	1.002,4	1.606,8	967,9
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	2.419,7	1.966,3	2.735,5	2.137,4
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	8.197,0	10.485,9	9.111,8	11.673,3
mehr als 5 Jahre	2.507,9	2.590,0	3.298,2	3.279,8
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten*	11.058,3	12.491,7	11.066,9	12.484,9
mit einer Restlaufzeit von				
bis 3 Monate	1.086,3	1.572,0	1.099,7	1.562,7
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	3.369,6	2.844,2	3.368,1	2.842,0
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	5.100,7	6.294,7	5.097,4	6.301,2
mehr als 5 Jahre	1.501,7	1.780,8	1.501,7	1.779,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden*	10.293,1	9.630,6	10.311,2	9.648,9
mit einer Restlaufzeit von				
bis 3 Monate	1.568,4	1.315,7	1.579,5	1.311,8
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	3.184,5	3.275,7	3.188,5	3.194,2
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	4.072,7	2.777,2	4.075,8	2.779,5
mehr als 5 Jahre	1.467,5	2.262,0	1.467,4	2.363,4

* jeweils ohne täglich fällige Forderungen bzw. Verbindlichkeiten

Von den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren sind 678,1 Mio. € (Vorjahr: 1.234,9 Mio. €) im Konzern und 510,2 Mio. € (Vorjahr: 1.160,0 Mio. €) in der IKB AG im Folgejahr fällig. Von den unter den Verbrieften Verbindlichkeiten enthaltenen begebenen Schuldverschreibungen sind 117,4 Mio. € (Vorjahr: 2.927,4 Mio. €) im Konzern und 117,4 Mio. € (Vorjahr: 2.927,4 Mio. €) in der IKB AG im Folgejahr fällig.

(19) Finanzinstrumente des Handelsbestands

Der unter den Aktiva ausgewiesene Handelsbestand setzt sich wie folgt zusammen:

in Mio. €	Konzern		IKB AG	
	31.3.2013	31.3.2012	31.3.2013	31.3.2012
Derivative Finanzinstrumente	253,1	129,4	253,1	129,4
Forderungen	9,4	69,3	9,4	69,3
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	4,0	25,4	4,0	25,4
Risikoabschlag	-0,6	-1,7	-0,6	-1,7
Gesamt	265,9	222,4	265,9	222,4

Bei den Derivaten des Handelsbestandes handelt es sich um Zinsswaps, Spot-Geschäfte, Caps/Floors/Collars, FXSwaps, FXOptions, FXForwards und Swaptions.

Unter dem passivischen Handelsbestand werden im Wesentlichen derivative Finanzinstrumente in Höhe von 242,1 Mio. € (Vorjahr: 138,9 Mio. €) ausgewiesen.

Die Nominalbeträge der im aktivischen und passivischen Handelsbestand ausgewiesenen Derivate betragen:

31.3.2013 in Mio. €	Nominalbetrag	
	Konzern	IKB AG
Zinsbezogene Derivate	6.116,2	6.116,2
Währungsbezogene Derivate	1.314,2	1.314,2
Derivate, die mehreren Kategorien zugeordnet sind	442,7	442,7
Gesamt	7.873,1	7.873,1

Aus Handelsaktivitäten ergibt sich im Geschäftsjahr 2012/13 nach Berücksichtigung des Risikoabschlags ein Nettoertrag in Höhe von 1,3 Mio. € (Vorjahr: 0,8 Mio. €). Daraus ergibt sich eine Dotierung eines Sonderpostens gemäß § 340e Abs. 4 HGB in Höhe von 0,1 Mio. € (Vorjahr: 0,1 Mio. €). Damit verbleibt ein Nettoertrag von 1,2 Mio. € (Vorjahr: 0,7 Mio. €).

(20) Bewertungseinheiten

In der IKB bestehen Bewertungseinheiten im Wesentlichen zur Abbildung von Absicherungen von Zins- und/oder Währungsrisiken.

Zum Stichtag werden im Konzern Vermögensgegenstände im Buchwert von 497,1 Mio. € und Derivate mit einem negativen Marktwert von 119,9 Mio. € als Grundgeschäfte in Bewertungseinheiten abgesichert. In der IKB AG sind zum Stichtag Derivate mit einem negativen Marktwert von 119,6 Mio. € als Grundgeschäfte in Bewertungseinheiten einbezogen.

Die abgesicherten Risiken betragen zum Stichtag im Konzern für die Vermögensgegenstände 7,7 Mio. €, für die Derivate 115,5 Mio. € und in der IKB AG für die Derivate 115,2 Mio. €. Das abgesicherte Risiko entspricht den Wert- oder Zahlungsstromänderungen des Grundgeschäfts, die durch die Sicherungsgeschäfte in der Bewertungseinheit ausgeglichen werden.

In den Fällen, in denen die Kontraktbedingungen von Grundgeschäft und Sicherungsgeschäft exakt gegenläufig sind, erfolgen die prospektive Effektivitätsbeurteilung wie auch die rückwirkende Ermittlung der Wirksamkeit der Bewertungseinheit durch den Vergleich der Vertragsbedingungen (Critical Term Match). In den anderen Fällen wird die Effektivität durch eine regelmäßige Überwachung der gegenläufigen Effekte von Grund- und Sicherungsgeschäft sichergestellt. Die Sicherungsbeziehungen werden grundsätzlich über die verbleibende Restlaufzeit der Grundgeschäfte gebildet.

Die gebildeten Bewertungseinheiten werden grundsätzlich nach der Einfrierungsmethode bilanziert. Eine Ausnahme bilden Mikro-Hedges zur Vermeidung von Währungsrisiken im Konzern, die nach der Durchbuchungsmethode bilanziert werden.

(21) Anlagevermögen

Konzern:

Mio. €	Immaterielle Vermögensgegenstände	Sachanlagen	Leasingvermögen	Beteiligungen	Anteile an assoziierten Unternehmen	Anteile an verbundenen Unternehmen	Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	Gesamt
Anschaffungs- und Herstellungskosten zum 31.3.2012	86,1	67,0	2.568,7	71,7	26,1	7,6	8.307,3	1.046,7	12.181,2
Zugänge	6,7	2,6	476,3	0,1	2,3	0	2.883,1	2,3	3.373,4
Umbuchungen/Effekte aus Währungsumrechnung	-0,1	0,2	-38,1	0	0	0	34,2	0	-3,8
Abgänge	-25,3	-9,0	-477,9	-14,8	-7,0	-0,1	-3.093,4	-579,4	-4.206,9
Anschaffungs- und Herstellungskosten zum 31.3.2013	67,4	60,8	2.529,0	57,0	21,4	7,5	8.131,2	469,6	11.343,9
Kumulierte Ab- und Zuschreibungen bis zum 31.3.2012	-68,6	-51,6	-1.157,7	-34,0	-7,3	-5,3	-633,1	0	-1.957,6
Zuschreibungen	0	0	0,6	0,3	0,9	0	49,3	0	51,1
Abschreibungen und Wertberichtigungen	-5,2	-4,9	-413,4	-5,0	0	-0,1	-51,6	-1,1	-481,3
Umbuchungen/Effekte aus Währungsumrechnung	0	-0,1	-0,8	0	0	0	-20,4	0	-21,3
Abgänge	25,4	8,6	407,6	8,5	0	0	159,2	0	609,3
Kumulierte Ab- und Zuschreibungen bis zum 31.3.2013	-48,4	-48,0	-1.163,7	-30,2	-6,4	-5,4	-496,6	-1,1	-1.799,8
Restbuchwert zum 31.3.2013	19,0	12,8	1.365,3	26,8	15,0	2,1	7.634,6	468,5	9.544,1
Restbuchwert zum 31.3.2012	17,5	15,4	1.411,0	37,7	18,8	2,3	7.674,2	1.046,7	10.223,6

Die Zinsabgrenzungen des Geschäfts- und Vorjahres sind in den Zu- und Abgängen enthalten.

IKB AG:

in Mio. €	Immaterielle Vermögensgegenstände	Sachanlagen	Leasingvermögen	Beteiligungen	Anteile an assoziierten Unternehmen	Anteile an verbundenen Unternehmen	Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	Gesamt
Anschaffungs- und Herstellungskosten zum 31.3.2012	110,5	34,4	0	13,0	0	1.974,7	7.457,8	0	9.590,4
Zugänge	6,0	0,1	0	0	0	22,4	2.757,7	0	2.786,2
Umbuchungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgänge	-25,2	-1,3	0	-0,1	0	-655,9	-2.980,4	0	-3.662,9
Anschaffungs- und Herstellungskosten zum 31.3.2013	91,3	33,2	0	12,9	0	1.341,2	7.235,1	0	8.713,7
Kumulierte Ab- und Zuschreibungen bis zum 31.3.2012	-59,8	-28,3	0	-0,2	0	-1.196,8	-431,4	0	-1.716,5
Zuschreibungen	0	0	0	0	0	0	10,8	0	10,8
Abschreibungen und Wertberichtigungen	-8,5	-0,7	0	-1,6	0	-15,5	72,8	0	46,5
Umbuchungen	0	0	0	0	0	-4,2	0	0	-4,2
Abgänge	25,2	1,3	0	0	0	0	0	0	26,5
Kumulierte Ab- und Zuschreibungen bis zum 31.3.2013	-43,1	-27,7	0	-1,8	0	-1.216,5	-347,8	0	-1.636,9
Restbuchwert zum 31.3.2013	48,2	5,5	0	11,1	0	124,7	6.887,3	0	7.076,8
Restbuchwert zum 31.3.2012	50,7	6,1	0	12,8	0	777,9	7.026,4	0	7.873,9

Die Zinsabgrenzungen des Geschäfts- und Vorjahres sind in den Zu- und Abgängen enthalten.

Der Posten „Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere“ enthält überwiegend Emissionen internationaler Industrieunternehmen (Corporate Bonds), Staatsanleihen, Pfandbriefe und CDOs sowie ABS-Anleihen. Im Konzern werden zudem im Posten „Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere“ dem Anlagevermögen zugeordnete Anteile an Spezialsondervermögen ausgewiesen (siehe Ziffer 23).

Insgesamt bestehen für Wertpapiere des Anlagevermögens am Bilanzstichtag Stille Lasten im Konzern in Höhe von 363,1 Mio. € (Vorjahr: 669,4 Mio. €) und in der IKB AG in Höhe von 319,4 Mio. € (Vorjahr: 626,0 Mio. €). Diese Bestände weisen derzeit niedrigere beizulegende Zeitwerte insbesondere aufgrund von Spread-Ausweitungen infolge der Staatsschuldenkrise auf. Die Differenzen zwischen den beizulegenden Werten in Höhe von 2.166,3 Mio. € (Vorjahr: 3.415,8 Mio. €) im Konzern sowie in Höhe von 2.131,0 Mio. € (Vorjahr angepasst: 3.373,5 Mio. €) in der IKB AG und den Buchwerten in Höhe von 2.529,5 Mio. € (Vorjahr: 4.085,2 Mio. €) im Konzern sowie in Höhe von 2.450,4 Mio. € (Vorjahr angepasst: 3.999,5 Mio. €) in der IKB AG werden als nicht dauerhafte Wertminderungen beurteilt. Abschreibungen erfolgen insofern nicht. Die für die Ermittlung der Stillen Lasten verwendeten beizulegenden Werte und Buchwerte enthalten keine Zinsabgrenzungen.

Die Abgänge von Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren betreffen in Höhe von 2.513,7 Mio. € Rückgaben der SoFFin-Garantien.

Die Betriebs- und Geschäftsausstattung ist im Konzern mit 12,1 Mio. € (Vorjahr: 14,3 Mio. €) und in der IKB AG mit 4,8 Mio. € (Vorjahr: 5,0 Mio. €) in den Sachanlagen enthalten. Es befinden sich, wie im Vorjahr, keine bankbetrieblich genutzten Grundstücke und Gebäude im Bestand.

Die Abschreibungen auf immaterielle Anlagewerte des Leasinggeschäfts im Konzern betragen 0,7 Mio. € (Vorjahr: 0,7 Mio. €).

(22) Börsenfähige Wertpapiere

Die in den nachstehenden Bilanzposten enthaltenen börsenfähigen Wertpapiere werden nach ihrer Börsennotierung wie folgt unterschieden:

31.3.2013 in Mio. €	Konzern			IKB AG		
	insgesamt börsenfähig	börsen- notiert	nicht börsen- notiert	insgesamt börsenfähig	börsen- notiert	nicht börsen- notiert
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	7.855,1	7.552,5	302,6	6.991,9	6.991,9	-
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	488,2	-	488,2	28,3	-	28,3
Beteiligungen	9,6	-	9,6	-	-	-

31.3.2012 in Mio. €	Konzern			IKB AG		
	insgesamt börsenfähig	börsen- notiert	nicht börsen- notiert	insgesamt börsenfähig	börsen- notiert	nicht börsen- notiert
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	10.578,0	10.521,0	57,0	9.930,3	9.930,3	-
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	1.114,6	-	1.114,6	78,3	-	78,3
Beteiligungen	9,6	-	9,6	-	-	-

Der Posten „Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere“ enthält dem Anlagevermögen zugeordnete börsenfähige Wertpapiere im Konzern in Höhe von 7.634,6 Mio. € (Vorjahr: 7.674,2 Mio. €) und in der IKB AG in Höhe von 6.887,3 Mio. € (Vorjahr: 7.026,4 Mio. €). Der Posten „Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere“ enthält ausschließlich im Konzern dem Anlagevermögen zugeordnete börsenfähige Wertpapiere in Höhe von 468,5 Mio. € (Vorjahr: 1.046,7 Mio. €).

(23) Angaben zu Investmentvermögen

Das Investmentvermögen mit einem Anteil von mehr als 10 % wird nach folgenden Anlagezielen gegliedert:

in Mio. €	Konzern				IKB AG			
	Buchwert	Markt- wert	Differenz	Aus- schüt- tung	Buchwert	Markt- wert	Differenz	Aus- schüt- tung
			zum Buchwert				zum Buchwert	
	31.3. 2013	31.3. 2013	31.3. 2013	2012/13	31.3. 2013	31.3. 2013	31.3. 2013	2012/13
Mischfonds	253,4	253,4	-	6,0	227,4	227,4	-	5,4
Sonstige								
Spezialsondervermögen	488,2	489,2	1,0	44,8	28,3	28,3	-	-
Gesamt	741,6	742,6	1,0	50,8	255,7	255,7	-	5,4

in Mio. €	Konzern				IKB AG			
	Buchwert	Markt- wert	Differenz	Aus- schüt- tung	Buchwert	Markt- wert	Differenz	Aus- schüt- tung
			zum				zum	
	31.3. 2012	31.3. 2012	31.3. 2012	2011/12	31.3. 2012	31.3. 2012	31.3. 2012	2011/12
Mischfonds	231,9	231,9	-	6,6	208,5	208,5	-	6,0
Sonstige								
Spezialsondervermögen	1.114,6	1.138,5	23,9	-	78,3	78,3	-	-
Gesamt	1.346,5	1.370,4	23,9	6,6	286,8	286,8	-	6,0

Der Posten „Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere“ enthält Anteile an ausländischen Spezialfonds im Sinne des InvG. Die Fonds investieren überwiegend in Staatsanleihen und Pfandbriefe des Euro-Raums.

Darüber hinaus wurde CTA-Vermögen in einen inländischen Spezialfonds im Sinne des InvG investiert. Der nach Verrechnung mit den Pensionsverpflichtungen verbleibende Betrag wird unter dem Posten „Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung“ (siehe Ziffer 28) ausgewiesen. Der Fonds investiert überwiegend in Rentenpapiere und geringfügig in Investmentanteile und Aktien.

Alle Fondsanteile können börsentäglich zurückgegeben werden. Die Verwaltungsgesellschaft kann die Rücknahme der Anteile aussetzen, wenn außergewöhnliche Umstände vorliegen, die eine Aussetzung unter Berücksichtigung der Interessen der Anleger erforderlich erscheinen lassen. Die Verwaltungsgesellschaften haben von diesem Recht bisher keinen Gebrauch gemacht.

(24) Anteile an at equity bilanzierten Unternehmen

Die in der Tabelle genannten assoziierten Unternehmen werden im Konzern nach der Equity-Methode bilanziert:

in Mio. €	31.3.2013	31.3.2012
Linde Leasing GmbH, Wiesbaden	11,1	9,2
Argantis Private Equity GmbH & Co. KG, Köln	3,9	9,6
Gesamt	15,0	18,8

Bilanzkennzahlen von nach der Equity-Methode bilanzierten Unternehmen:

31.3.2013 in Mio. €	Vermögens- gegenstände	Verbindlich- keiten	Jahresüber- schuss/ -fehlbetrag	Erträge
Linde Leasing GmbH, Wiesbaden	516,5	479,5	7,7	199,3
Argantis Private Equity GmbH & Co. KG, Köln	16,0	1,9	12,5	17,4

(25) Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

31.3.2013 in Mio. €	Konzern		IKB AG	
	Verbundene Unter- nehmen ¹⁾	Unternehmen, mit denen ein Beteiligungs- verhältnis besteht	Verbundene Unternehmen	Unternehmen, mit denen ein Beteiligungs- verhältnis besteht
Forderungen an Kreditinstitute	-	-	1,8	-
Forderungen an Kunden	20,6	30,1	3.154,7	30,0
Sonstige Vermögensgegenstände	0,1	0,1	72,2	-
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	-	-	32,1	-
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	5,2	0,5	67,9	-
Verbriefte Verbindlichkeiten	-	-	257,4	-
Sonstige Verbindlichkeiten	-	-	-	-

31.3.2012 in Mio. €	Konzern		IKB AG	
	Verbundene Unter- nehmen ¹⁾	Unternehmen, mit denen ein Beteiligungs- verhältnis besteht	Verbundene Unternehmen	Unternehmen, mit denen ein Beteiligungs- verhältnis besteht
Forderungen an Kreditinstitute	-	-	1,8	-
Forderungen an Kunden	18,5	48,7	2.606,0	48,6
Sonstige Vermögensgegenstände	-	-	211,7	-
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	-	-	17,5	-
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	0,5	-	227,2	0,5
Verbriefte Verbindlichkeiten	-	-	-	-
Sonstige Verbindlichkeiten	-	-	-	-

1) nur nicht konsolidierte verbundene Unternehmen

(26) Treuhandgeschäfte

in Mio. €	Konzern		IKB AG	
	31.3.2013	31.3.2012	31.3.2013	31.3.2012
Treuhandvermögen: Forderungen an Kunden	0,3	0,9	0,3	0,9
Treuhandverbindlichkeiten: Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	0,3	0,9	0,3	0,9

Bei den Forderungen an Kunden innerhalb des Treuhandvermögens handelt es sich ausschließlich um Kredite an insolvente Kreditnehmer. Gemäß den vertraglichen Vereinbarungen bleibt der Bilanzausweis solange unverändert, bis der Treugeber die IKB aus dem Treuhandverhältnis entlässt.

(27) Nachrangige Vermögensgegenstände

in Mio. €	Konzern		IKB AG	
	31.3.2013	31.3.2012	31.3.2013	31.3.2012
Forderungen an Kunden	1.019,8	1.084,4	999,9	1.055,0
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	0,7	0,7	0,7	-
Gesamt	1.020,5	1.085,1	1.000,6	1.055,0

Bei den im Posten „Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere“ ausgewiesenen nachrangigen Vermögensgegenständen handelt es sich um eigene Schuldverschreibungen.

(28) Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung

31.3.2013			
in Mio. €		Konzern	IKB AG
Verrechnete Vermögensgegenstände			
Anschaffungskosten		267,7	239,9
Beizulegender Zeitwert		267,8	240,0
Verrechnete Schulden			
Erfüllungsbetrag		-232,2	-205,2
Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung		39,9	38,0
Im Berichtsjahr verrechnete Aufwendungen und Erträge			
Aufwendungen und Erträge aus Pensionsverpflichtungen			
Aufwendungen Pensionsverpflichtung		-17,1	-15,5
Aufwendungen und Erträge aus Deckungsvermögen			
Erträge des Deckungsvermögens		21,7	19,8
Nettoertrag/-aufwand		4,6	4,3
31.3.2012			
in Mio. €		Konzern	IKB AG
Verrechnete Vermögensgegenstände			
Anschaffungskosten		257,9	231,3
Beizulegender Zeitwert		242,1	217,2
Verrechnete Schulden			
Erfüllungsbetrag		-213,6	-189,2
Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung		30,6	28,9
Im Berichtsjahr verrechnete Aufwendungen und Erträge			
Aufwendungen und Erträge aus Pensionsverpflichtungen			
Erträge Pensionsverpflichtung		1,2	-
Aufwendungen Pensionsverpflichtung		-12,4	-12,5
Aufwendungen und Erträge aus Deckungsvermögen			
Erträge des Deckungsvermögens		6,8	6,3
Aufwendungen des Deckungsvermögens		-7,0	-6,4
Nettoertrag/-aufwand		-11,4	-12,6

Der beizulegende Zeitwert des im Rahmen von CTA ausgelagerten Vermögens ergibt sich aus den Inventarwerten, die zum Bilanzstichtag durch die Investmentgesellschaft gemäß § 36 InvG ermittelt wurden.

(29) Leasinggeschäft

Die zur Vermietung bestimmten Anlagegegenstände (Mobilen-Leasing) werden in der Konzernbilanz als Leasingvermögen ausgewiesen. Es handelt sich hier im Wesentlichen um sogenannte Teil-Amortisationsverträge, bei dem der Leasinggegenstand beim Leasinggeber bilanziert wird.

(30) Wertpapierpensionsgeschäfte

Der Buchwert der zum Stichtag in der Bilanz ausgewiesenen und im Rahmen von echten Wertpapierpensionsgeschäften übertragenen Vermögensgegenstände beträgt im Konzern sowie in der IKB AG 3.736,9 Mio. € (Vorjahr: 2.663,6 Mio. €).

(31) Vermögensgegenstände und Schulden in Fremdwährung

Die in Euro umgerechneten bilanzierten Währungsvolumina sind in der nachfolgenden Übersicht dargestellt:

in Mio. €	Konzern		IKB AG	
	31.3.2013	31.3.2012	31.3.2013	31.3.2012
Vermögensgegenstände	2.456,7	2.517,5	2.526,4	2.793,5
Schulden	1.314,8	1.182,7	1.564,8	1.480,0

Die Unterschiedsbeträge zwischen den Vermögensgegenständen und Schulden sind weitestgehend durch Währungssicherungsgeschäfte abgesichert.

(32) Sonstige Vermögensgegenstände und Sonstige Verbindlichkeiten

In den Sonstigen Vermögensgegenständen sind im Wesentlichen folgende Sachverhalte enthalten:

in Mio. €	Konzern		IKB AG	
	31.3.2013	31.3.2012	31.3.2013	31.3.2012
Vorräte	90,9	99,7	-	-
Forderungen aus dem Leasinggeschäft	50,0	45,2	-	-
Forderungen Finanzbehörden	43,8	32,4	35,1	24,3
Noch nicht verwertete Mietkaufobjekte	13,7	8,3	-	-
Rechnungsabgrenzung Derivate	12,5	11,6	16,0	13,6
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	3,9	4,9	-	-
Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen	-	-	72,2	211,7

Im Konzern werden unter den Vorräten die Buchwerte zweier Immobilien ausgewiesen. Die noch nicht verwerteten Mietkaufobjekte werden im Konzern im Rahmen der Sicherheitenverwertung von leistungsgestörten Mietkauforderungen angesetzt. Bei den Forderungen aus dem Leasinggeschäft handelt es sich im Konzern im Wesentlichen um geleistete Anzahlungen auf noch nicht abgerechnete Mietkaufverträge.

In den Sonstigen Verbindlichkeiten sind im Wesentlichen folgende Sachverhalte enthalten:

in Mio. €	Konzern		IKB AG	
	31.3.2013	31.3.2012	31.3.2013	31.3.2012
True-Sale-Verbriefungen	-	-	379,2	515,9
Synthetische Verbriefungen	289,4	281,1	17,5	14,9
Verpflichtungen aus Derivaten	82,0	70,5	94,2	80,7
Rechnungsabgrenzung Derivate	31,7	24,5	9,5	1,2
Verbindlichkeiten Finanzbehörden	14,4	8,9	5,3	4,2
Rechnungsabgrenzung Nachrangige Verbindlichkeiten	13,3	14,4	13,3	14,4

Die IKB AG weist in diesem Posten Verbindlichkeiten im Rahmen von True-Sale-Verbriefungen gegenüber Zweckgesellschaften aus, denen aufgrund des Rückhalts von Bonitätsrisiken nicht ausgebuchte Kreditforderungen in gleicher Höhe gegenüberstehen. Zudem hat die IKB AG im Rahmen synthetischer Verbriefungen Risiken aus in der Bilanz enthaltenen strukturierten Wertpapieren auf eine im Konzern konsolidierte Zweckgesellschaft übertragen. In Höhe des Buchwerts dieser Wertpapiere werden Sonstige Verbindlichkeiten und Rückstellungen für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften passiviert.

Im Rahmen synthetischer Verbriefungen wurden im Konzern Leasingforderungen an eine nicht konsolidierte Zweckgesellschaft verkauft. Die Transaktion führte nicht zu einem bilanziellen Abgang, sodass in Höhe des Buchwerts der Leasingforderungen Sonstige Verbindlichkeiten ausgewiesen werden.

Die Zinsabgrenzungen des Derivategeschäfts werden saldiert ausgewiesen.

(33) Rechnungsabgrenzungsposten

Im aktiven Rechnungsabgrenzungsposten sind Disagien aus zum Nennwert bilanzierten Verbindlichkeiten im Konzern in Höhe von 21,4 Mio. € (Vorjahr: 27,8 Mio. €) und in der IKB AG in Höhe von 22,7 Mio. € (Vorjahr: 29,8 Mio. €) enthalten. Im passiven Rechnungsabgrenzungsposten sind Disagien aus zum Nennwert bilanzierten Forderungen im Konzern in Höhe von 35,6 Mio. € (Vorjahr: 44,1 Mio. €) und in der IKB AG in Höhe von 31,8 Mio. € (Vorjahr: 40,4 Mio. €) enthalten.

(34) Aktive latente Steuern

in Mio. €	Konzern		IKB AG	
	31.3.2013	31.3.2012	31.3.2013	31.3.2012
Gesamtbeitrag der angesetzten aktiven latenten Steuern	148,2	152,0	150,7	151,6
Gesamtbeitrag der angesetzten passiven latenten Steuern	-	-	-	-

Verlustvorträge:

in Mio. €	Konzern		IKB AG	
	31.3.2013	31.3.2012	31.3.2013	31.3.2012
angesetzte körperschaftsteuerliche Verlustvorträge	53,8	65,1	21,7	20,8
angesetzte gewerbesteuerliche Verlustvorträge	2,7	-	-	-

Der Wertansatz der aktiven latenten Steuern basiert im Wesentlichen auf Differenzen zwischen der Handels- und Steuerbilanz, die sich in Folgejahren umkehren. Insbesondere bezieht sich der Wertansatz auf handelsrechtlich gebildete Drohverlustrückstellungen für eingebettete Derivate (CDS), die steuerlich nicht

angesetzt werden können, sowie auf Investmentfondsanlagen des inländischen Organkreises. Des Weiteren wurden aktive latente Steuern auf steuerliche Verlustvorträge berücksichtigt, soweit mit einer Verlustverrechnung innerhalb der nächsten auf den Abschlussstichtag folgenden fünf Geschäftsjahre mit einer hinreichenden Wahrscheinlichkeit zu rechnen ist. Dabei wurden jeweils die lokalen Steuersätze zugrunde gelegt. Die sich ergebende Steuerbelastung und die sich ergebende Steuerentlastung wurden dabei verrechnet angesetzt.

(35) Pensionsrückstellungen

Die ausgewiesenen Pensionsrückstellungen in Höhe von 6,1 Mio. € (Vorjahr: 3,7 Mio. €) im Konzern und in Höhe von 3,2 Mio. € (Vorjahr: 0,8 Mio. €) in der IKB AG betreffen Vorruhestandsleistungen, die als Verpflichtung aus dem neuen Sozialplan ausgewiesen werden und denen per 31. März 2013 kein Deckungsvermögen gegenübersteht.

Im Rahmen der Erstanwendungsvorschriften des BilMoG wurde von dem Wahlrecht Gebrauch gemacht, den Zuführungsbetrag für Pensionsrückstellungen über einen Zeitraum von 15 Jahren gleichmäßig zu verteilen. Der per 31. März 2013 noch ausstehende Zuführungsbetrag beträgt 55,7 Mio. € (Vorjahr: 60,3 Mio. €) im Konzern und 49,0 Mio. € (Vorjahr: 53,1 Mio. €) in der IKB AG.

(36) Nachrangige Verbindlichkeiten

Die Nachrangigen Verbindlichkeiten sind Eigenmittel im Sinne des Kreditwesengesetzes und zählen im Konzern in Höhe von 1.137,1 Mio. € (Vorjahr: 1.183,1 Mio. €) und in der IKB AG in Höhe von 662,0 Mio. € (Vorjahr: 708,0 Mio. €) zum haftenden Eigenkapital. Wie bereits im Vorjahr rechnet die Bank weder auf der Ebene des Einzelinstituts noch auf Ebene der Institutsgruppe Nachrangige Verbindlichkeiten den Drittrangmitteln zu.

Eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung ist nicht gegeben. Sie dürfen im Falle der Insolvenz oder der Liquidation erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückgezahlt werden. Eine Beteiligung an Verlusten aus dem laufenden Geschäft ist nicht vorgesehen. Zinsen werden unabhängig vom Jahresergebnis der Bank geschuldet und gezahlt.

Die Nachrangigen Verbindlichkeiten belaufen sich zum Stichtag auf 1,4 Mrd. € (Vorjahr: 1,5 Mrd. €) im Konzern und auf 0,9 Mrd. € (Vorjahr: 1,0 Mrd. €) in der IKB AG. Die Zinsaufwendungen hierfür betragen im Geschäftsjahr 31,2 Mio. € (Vorjahr: 35,3 Mio. €) im Konzern und 31,2 Mio. € (Vorjahr: 49,7 Mio. €) in der IKB AG. Zinsaufwendungen für die Emission 2004/2005 (Konzern) sind im Geschäftsjahr nicht angefallen, da die Zahlung von einem Bilanzgewinn der IKB AG abhängig ist.

Einzelposten, die im Konzern und der IKB AG 10 % des Gesamtbetrages übersteigen:

Emissionsjahr	Buchwert in Mio. €	Währung	Zinssatz in %	Fälligkeit
2003/2004	92,0	EUR	1,11	28.5.2013
2003/2004	284,0	EUR	4,50	9.7.2013
2005/2006	107,6	JPY	2,76	21.7.2035
2006/2007	120,0	EUR	0,96	23.1.2017
2004/2005 (Konzern)	400,0	EUR	¹⁾	Perpetual

1) 10Y-EUR-Mid-Swap-Rate + 5bp, Cap 9%

(37) Genusssrechtskapital

Das Genusssrechtskapital beläuft sich nach Verlustzuweisungen im Konzern und in der IKB AG zum Bilanzstichtag auf 32,2 Mio. € (Vorjahr: 35,8 Mio. €). Hiervon erfüllen 30,6 Mio. € (Vorjahr: 34,2 Mio. €) die Voraussetzung des § 10 Abs. 5 KWG und dienen damit der Verstärkung des haftenden Eigenkapitals. Der Nominalwert beträgt zum Bilanzstichtag unverändert 300,0 Mio. €. Bedingungsgemäß nimmt das Genusssrechtskapital grundsätzlich bis zur vollen Höhe am Jahresfehlbetrag bzw. Bilanzverlust teil. Zinszahlungen erfolgen je nach Emission nur im Rahmen eines entweder vorhandenen Bilanzgewinns oder Jahresüberschusses. Die Ansprüche der Genusssrechtsinhaber auf Rückzahlung des Kapitals sind gegenüber den Ansprüchen der anderen Gläubiger nachrangig.

Die Ermittlung der Verlustbeteiligung der Genusssrechtsinhaber bzw. die Wiederauffüllung des Genusssrechtskapitals sind aufgrund der verschiedenen Genusssrechtsbedingungen nach unterschiedlichen Berechnungsarten vorzunehmen. Hierbei ermittelt sich die Verlustbeteiligung der jeweiligen Genusssrechtsinhaber grundsätzlich anhand des anteiligen Jahresfehlbetrags bzw. des Bilanzverlusts (teilweise ohne Berücksichtigung des Verlustvortrags) im Verhältnis zum bilanziellen Eigenkapital einschließlich des gesamten Genusssrechtskapitals bzw. zum Rückzahlungsbetrag aller am Bilanzverlust teilnehmenden Kapitalanteile. Eine Wiederauffüllung des Rückzahlungsbetrags nach einer Verlustteilnahme sowie eine Nachzahlung ausgefallener Ausschüttungen sind in den Emissionsbedingungen bei Erfüllung entsprechender Bedingungen innerhalb der Laufzeit der Emission bzw. in einem Fall nach Ablauf einer vierjährigen Besserungsperiode ausdrücklich vorgesehen.

Das Genusssrechtskapital setzt sich im Konzern und der IKB AG wie folgt zusammen:

Emissionsjahr	ursprünglicher Nominalwert in Mio. €	Währung	Zinssatz in %	Fälligkeit
2004/2005	30,0	EUR	4,50	31.3.2015
2005/2006	150,0	EUR	3,86	31.3.2015
2006/2007	50,0	EUR	4,70	31.3.2017
2007/2008	70,0	EUR	5,63	31.3.2017

Für das Geschäftsjahr 2012/13 sind nach der Verlustpartizipation keine Zinsen auf das Genusssrechtskapital im Bestand angefallen. Ohne den Jahresfehlbetrag bzw. den Bilanzverlust wären im Geschäftsjahr 2012/13 Zinsen auf Genussrechte in Höhe von 13,4 Mio. € (Vorjahr: 24,8 Mio. €) zu zahlen gewesen.

Der Vorstand wurde in der Außerordentlichen Hauptversammlung vom 25. März 2009 ermächtigt, bis zum 24. März 2014 einmalig oder mehrmals auf den Inhaber lautende Genussscheine zu begeben. Die Genussscheine müssen den Voraussetzungen des KWG entsprechen, unter denen das für die Gewährung von Genussrechten eingezahlte Kapital dem haftenden Eigenkapital zuzurechnen ist. Den Genussscheinen können Inhaber-Optionsscheine beigefügt werden oder sie können mit einem Wandlungsrecht für den Inhaber verbunden werden. Die Options- bzw. Wandlungsrechte sehen nach Maßgabe der Options- bzw. Wandlungsrechtsbedingungen (nachstehend „Genusssrechtsbedingungen“) vor, auf den Inhaber lautende Stückaktien der Gesellschaft zu beziehen. Gegen diesen Beschluss sind Anfechtungs- bzw. Nichtigkeitsklagen erhoben worden, über die noch nicht entschieden ist. Eine Eintragung in das Handelsregister ist bislang noch nicht erfolgt.

Der Gesamtnennbetrag der im Rahmen dieser Ermächtigung auszugebenden Genussscheine, Options- und Wandlungsschuldverschreibungen darf insgesamt 900 Mio. € nicht übersteigen. Options- bzw. Wandlungsrechte dürfen nur auf Aktien der Gesellschaft mit einem anteiligen Betrag am Grundkapital von bis zu nominal

618.749.990,40 € ausgegeben werden. Die Genussscheine und Schuldverschreibungen können außer in Euro auch in der gesetzlichen Währung eines OECD-Staates – unter Begrenzung auf den entsprechenden Euro-Gegenwert von maximal 900 Mio. € – begeben werden.

(38) Fonds für allgemeine Bankrisiken

Aufgrund des Nettoertrags des Handelsbestands in Höhe von 1,3 Mio. € (Vorjahr: 0,8 Mio. €) erfolgt im Geschäftsjahr 2012/13 eine Zuführung zum Sonderposten „Fonds für allgemeine Bankrisiken“ gemäß § 340e Abs. 4 HGB in Höhe von 131 Tsd. € (Vorjahr: 77 Tsd. €). Der Sonderposten wird zum Stichtag in Höhe von 208 Tsd. € (Vorjahr: 77 Tsd. €) passiviert.

Der in Vorjahren für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB gebildete Fonds wurde im Geschäftsjahr 2012/13 um 19,0 Mio. € auf 170,6 Mio. € reduziert.

(39) Entwicklung des Kapitals

Eigene Aktien

Durch Beschluss der Hauptversammlung vom 26. August 2010 wurde der Vorstand ermächtigt, bis zum 25. August 2015 eigene Aktien zum Zweck des Wertpapierhandels zu erwerben und zu verkaufen. Der Bestand der zu diesem Zweck zu erwerbenden Aktien darf 5 % des Grundkapitals am Ende eines jeden Tages nicht übersteigen. Zusammen mit den aus anderen Gründen erworbenen eigenen Aktien, die sich im Besitz der Gesellschaft befinden oder ihr nach §§ 71a ff. AktG zuzurechnen sind, dürfen die aufgrund dieser Ermächtigung erworbenen eigenen Aktien zu keinem Zeitpunkt 10 % des Grundkapitals übersteigen. Von dieser Ermächtigung wurde im Geschäftsjahr 2012/13 kein Gebrauch gemacht.

Durch Beschluss der Hauptversammlung vom 26. August 2010 wurde die Gesellschaft ermächtigt, bis zum Ablauf des 25. August 2015 eigene Aktien in einem Volumen von bis zu 10 % des Grundkapitals zu anderen Zwecken als zum Wertpapierhandel zu erwerben. Der Erwerb darf über die Börse oder mittels eines an alle Aktionäre gerichteten öffentlichen Kaufangebots erfolgen. Der Aktienerwerb darf auch unter Einsatz von Put- oder Call-Optionen durchgeführt werden. Solche Aktienerwerbe sind auf Aktien im Umfang von höchstens 5 % des zum Zeitpunkt der Beschlussfassung der Hauptversammlung am 26. August 2010 über diese Ermächtigung vorhandenen Grundkapitals beschränkt. Die Laufzeiten der Optionen müssen spätestens am 25. August 2015 enden. Zusammen mit den für Handelszwecke und aus anderen Gründen erworbenen eigenen Aktien, die sich im Besitz der Gesellschaft befinden oder ihr nach §§ 71a ff. AktG zuzurechnen sind, dürfen die aufgrund dieser Ermächtigung erworbenen Aktien zu keinem Zeitpunkt 10 % des Grundkapitals der Gesellschaft übersteigen. Die erworbenen Aktien dürfen nach Wahl des Vorstands über die Börse oder in anderer Weise veräußert bzw. zu einem Teil oder insgesamt eingezogen werden. Von dieser Ermächtigung wurde im Geschäftsjahr 2012/13 kein Gebrauch gemacht.

Im Geschäftsjahr 2012/13 hat es keinen Bestand – weder Zugänge noch Verwertung – an eigenen Aktien gegeben.

Eigenkapital

Durch Beschluss der Hauptversammlung vom 28. August 2008 wurde der Vorstand ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis zum 27. August 2013 das Grundkapital der Gesellschaft um bis zu insgesamt 500.000.000,00 € gegen Bar- und/oder Sacheinlagen durch Ausgabe von bis zu 195.312.500 neuen, auf den Inhaber lautenden Stückaktien zu erhöhen. Das gesetzliche Bezugsrecht der Aktionäre kann mit Zustimmung des Aufsichtsrats im Rahmen der Ermächtigung ausgeschlossen werden. Von dieser Ermächti-

gung wurde in den Geschäftsjahren 2008/09 bis 2012/13 kein Gebrauch gemacht. Die Eintragung des genehmigten Kapitals ins Handelsregister ist am 3. November 2008 erfolgt.

Durch Beschluss der Außerordentlichen Hauptversammlung vom 25. März 2009 wurde der Vorstand ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis zum 24. März 2014 das Grundkapital der Gesellschaft um bis zu insgesamt 247.499.996,16 € gegen Bar- und/oder Sacheinlagen durch Ausgabe von bis zu 96.679.686 neuen, auf den Inhaber lautenden Stückaktien zu erhöhen. Das gesetzliche Bezugsrecht der Aktionäre kann mit Zustimmung des Aufsichtsrats im Rahmen der Ermächtigung ausgeschlossen werden. Gegen diesen Beschluss sind Anfechtungs- bzw. Nichtigkeitsklagen erhoben worden, über die noch nicht entschieden ist. Eine Eintragung ins Handelsregister ist bislang nicht erfolgt.

Durch Beschluss der Hauptversammlung der IKB AG am 28. August 2008 wurde der Vorstand ermächtigt, bis zum 27. August 2013 Wandel- und/oder Optionsschuldverschreibungen im Gesamtnennbetrag von bis zu 900.000.000,00 € mit einer Laufzeit von maximal 20 Jahren zu begeben und den Inhabern dieser Schuldverschreibungen Wandlungs- oder Optionsrechte auf insgesamt bis zu 48.339.843 auf den Inhaber lautende Stückaktien der Gesellschaft mit einem Anteil am Grundkapital von bis zu 123.749.998,08 € nach Maßgabe der jeweiligen Anleihebedingungen zu gewähren. Der Vorstand der Gesellschaft hat am 19. November 2008 beschlossen, nachrangige Schuldverschreibungen im Gesamtnennbetrag von bis zu 123.671.070,72 € mit bedingter Wandlungspflicht und bedingtem Wandlungsrecht auf bis zu 48.309.012 Aktien der Gesellschaft aus dem bedingten Kapital mit Bezugsrecht der Aktionäre zu begeben. Eine Tochtergesellschaft der Unternehmensgruppe Lone Star, die LSF6 Rio S.à.r.l., hatte sich verpflichtet, alle Schuldverschreibungen zu übernehmen, die nicht von anderen Aktionären gezeichnet wurden. Von Aktionären der Gesellschaft wurden Schuldverschreibungen über insgesamt 150.174,72 € und von Lone Star (LSF6 Rio S.à.r.l.) der Restbetrag von 123.520.896,00 € bezogen bzw. übernommen. Eine Schuldverschreibung von nominal 23,04 € berechnete zum Bezug von neun neuen Aktien aus dem bedingten Kapital zu einem Wandlungspreis von 2,56 € je Aktie. Die Bedingungen für das grundsätzliche Entstehen von Wandlungspflicht und Wandlungsrecht waren seit dem 1. Juli 2009 erfüllt, sodass seit diesem Zeitpunkt ein jederzeitiges Wandlungsrecht bestand. Eine Wandlungspflicht bestand spätestens am 11. April 2012. Die LSF6 Rio S.à.r.l. hatte am 2. Juli 2009 im vollen Umfang von ihrem Wandlungsrecht Gebrauch gemacht. Hierdurch stieg das Grundkapital der Gesellschaft mit Ausgabe der Bezugsaktien am 14. Juli 2009 um 123.520.896,00 € auf 1.621.315.228,16 €. Die Erhöhung des Grundkapitals wurde am 4. Mai 2010 ins Handelsregister eingetragen. Ferner hatte am 20. Januar 2012 ein weiterer Gläubiger der Wandelschuldverschreibung von seinem Wandlungsrecht Gebrauch gemacht. Mit Ausgabe der Bezugsaktien am 30. Januar 2012 stieg das Grundkapital der Gesellschaft hierdurch um 3.686,40 € auf 1.621.318.914,56 €. Die verbliebenen Wandelschuldverschreibungen von nominal 146.488,32 € wurden am 11. April 2012 pflichtgewandelt. Die Anzahl der Gesamtstimmrechte erhöhte sich durch die Pflichtwandlung von 633.327.701 um 57.222 auf 633.384.923 und das gezeichnete Kapital auf 1.621.465.402,88 €. Die Erhöhung des Grundkapitals infolge der im Januar 2012 und im April 2012 durchgeführten Wandlungen wurde am 2. Mai 2012 ins Handelsregister eingetragen.

Durch Beschluss der Außerordentlichen Hauptversammlung vom 25. März 2009 wurde der Vorstand ermächtigt, bis zum 24. März 2014 Wandel- bzw. Optionsgenussscheine sowie Wandel- und/oder Optionsschuldverschreibungen im Gesamtnennbetrag von bis zu 900.000.000,00 € zu begeben und den Inhabern der Genussscheine oder Schuldverschreibungen Wandlungs- oder Optionsrechte auf Aktien der Gesellschaft mit einem Anteil am Grundkapital von bis zu 618.749.990,40 € nach Maßgabe der jeweiligen Anleihebedingungen zu gewähren. Die Restermächtigung zur Ausgabe von Wandel- und/oder Optionsschuldverschreibungen vom 28. August 2008 von bis zu 776.328.929,28 € ist durch Beschluss der Außerordentlichen Hauptversammlung am 25. März 2009 aufgehoben worden. Gegen diese Beschlüsse sind Anfechtungs- bzw. Nichtigkeitsklagen erhoben worden, über die noch nicht entschieden ist. Eine Eintragung ins Handelsregister ist bislang nicht erfolgt.

Durch Beschluss der Hauptversammlung vom 26. August 2010 wurde das aus dem Beschluss der Hauptversammlung vom 28. August 2008 noch bestehende, um bis zu 229.102,08 € bedingt erhöhte Grundkapital (Bedingtes Kapital 2008) herabgesetzt auf bis zu 150.174,72 €, eingeteilt in bis zu 58.662 neue, auf den Inhaber lautende Stückaktien mit Gewinnberechtigung ab Beginn des Geschäftsjahres ihrer Ausgabe. Die Herabsetzung wurde am 8. November 2010 ins Handelsregister eingetragen.

Der Vorstand wurde durch Beschluss der Hauptversammlung vom 26. August 2010 ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis zum 25. August 2015 einmalig oder mehrmals auf den Inhaber lautende Wandel- und/oder Optionsschuldverschreibungen bzw. Kombinationen dieser Instrumente (nachfolgend zusammengefasst „Schuldverschreibungen“) im Gesamtnennbetrag von bis zu 400.000.000,00 € jeweils mit oder ohne Laufzeitbegrenzung zu begeben und den Inhabern von Schuldverschreibungen Wandlungs- bzw. Optionsrechte zum Bezug von bis zu 74.874.422 auf den Inhaber lautenden nennwertlosen Stammaktien (Stückaktien) der Gesellschaft mit einem anteiligen Betrag des Grundkapitals von insgesamt bis zu 191.678.520,32 € nach näherer Maßgabe der Emissionsbedingungen der Schuldverschreibungen zu gewähren. Von dieser Ermächtigung wurde im Geschäftsjahr 2012/13 kein Gebrauch gemacht. Der Beschluss wurde am 8. November 2010 ins Handelsregister eingetragen.

Kapitalrücklage

Die Kapitalrücklage wird im Geschäftsjahr unverändert mit 1.750,7 Mio. € ausgewiesen.

Gewinnrücklagen

Aus den anderen Gewinnrücklagen wurden zur Reduzierung des Bilanzverlustes zum Stichtag 21,9 Mio. € entnommen.

Hybride Kapitalinstrumente

Unter den Begriff der hybriden Kapitalinstrumente fallen Preferred Shares (Trust Preferred Securities) oder Emissionen in Form von Vermögenseinlagen stiller Gesellschafter. Hybride Kapitalinstrumente werden im Insolvenzfall erst nach Rückzahlung sämtlicher Nachrangverbindlichkeiten und Genusscheinemissionen bedient.

Im Konzern wurden Trust Preferred Securities durch zwei eigens für diesen Zweck gegründete Tochtergesellschaften in den USA begeben. Diese Preferred Shares haben anders als deutsche Vorzugsaktien keinen Anteil am Liquidationsergebnis der emittierenden Gesellschaften. Im Unterschied zum Ergänzungskapital bestehen bei diesen Instrumenten höhere Anforderungen hinsichtlich ihrer Laufzeiten. Bei den Vermögenseinlagen stiller Gesellschafter ist eine Kündigung nur durch den Emittenten – bei ansonsten unbegrenzter Laufzeit – zulässig, die frühestens 2013 bzw. 2014 ausgeübt werden kann. Eine weitere Bedingung für die Kündigung ist, dass der Rückzahlungswert wieder auf den ursprünglichen Einlagennennwert aufgefüllt ist. Bei Preferred Shares ist eine für den Investor unbegrenzte Laufzeit vereinbart.

Die IKB AG hat stille Einlagen von Gesellschaftern erhalten. Zur Berechnung der Verlustquote wird die Einlage der stillen Gesellschafter in Relation zum bilanziellen Eigenkapital einschließlich der Genusscheine gesetzt. Die Rückzahlungsansprüche der stillen Gesellschafter verminderten sich durch die Verlustbeteiligung im Geschäftsjahr um 0,0 Mio. € (Vorjahr: 0,6 Mio. €). Eine Wiederauffüllung des Rückzahlungsbetrags nach einer Verlustteilnahme ist in den Emissionsbedingungen bei Erfüllung entsprechender Bedingungen ausdrücklich vorgesehen.

Das hybride Kernkapital beträgt zum 31. März 2013 nach Verlustzuweisungen im Konzern 475,1 Mio. € (Vorjahr: 475,1 Mio. €) und in der IKB AG 0,0 Mio. € (Vorjahr: 0,0 Mio. €). Der Nominalwert beläuft sich unverändert im Konzern auf 875,1 Mio. € und in der IKB AG auf 400,0 Mio. €.

Es wurden, wie im Vorjahr, keine Zahlungen auf die hybriden Kapitalinstrumente geleistet.

Entwicklung des Eigenkapitals

Konzern:

in Mio. €	1.4.2012	Veränderung Rücklagen	Sonstige Änderungen	Konzern- fehlbetrag	31.3.2013
Eingefordertes Kapital	1.621,3	-	0,2	-	1.621,5
Gezeichnetes Kapital	1.621,3	-	0,2	-	1.621,5
Kapitalrücklage	1.750,7	-	-	-	1.750,7
Gewinnrücklagen	26,6	-21,9	0,3	-	5,0
Gesetzliche Rücklage	2,4	-	-	-	2,4
Andere Gewinnrücklagen	24,2	-21,9	0,3	-	2,6
Eigenkapitaldifferenz aus					
Währungsumrechnung	-17,8	-	1,1	-	-16,7
Bilanzverlust	-2.290,8	-	-	-117,5	-2.408,4
Eigenkapital	1.090,0	-21,9	1,6	-117,5	952,1

IKB AG:

in Mio. €	1.4.2012	Entnahmen	Zuführungen	Verteilung des Jahres- ergebnisses	31.3.2013
Eingefordertes Kapital	1.621,3	-	0,2	-	1.621,5
Gezeichnetes Kapital	1.621,3	-	0,2	-	1.621,5
Kapitalrücklage	1.750,7	-	-	-	1.750,7
Gewinnrücklagen	24,3	-21,9	-	-	2,4
Gesetzliche Rücklage	2,4	-	-	-	2,4
Andere Gewinnrücklage	21,9	-21,9	-	-	-
Bilanzverlust	-2.030,5	-	-	-136,8	-2.167,3
Eigenkapital	1.365,8	-21,9	0,2	-136,8	1.207,3
Nachrichtlich:					
Nicht ausgenutztes					
genehmigtes Kapital ¹⁾	500,0	-	-	-	500,0
bedingtes Kapital ¹⁾	191,8	-0,1	-	-	191,7

1) Die dargestellten Angaben entsprechen den im Handelsregister eingetragenen Daten. Aufgrund von Anfechtungs- und Nichtigkeitsklagen können sich diese Werte noch ändern. In diesem Zusammenhang verweisen wir auf die Ausführungen zum Eigenkapital (siehe Ziffer 39).

Gemäß der bei der Bankenaufsicht zum Bilanzstichtag eingereichten Meldung belaufen sich die bankaufsichtsrechtlichen Eigenmittel im Konzern gemäß KWG auf insgesamt 2,2 Mrd. € (Vorjahr: 2,2 Mrd. €). Die Berechnung der Eigenmittel unter der Annahme festgestellter Bilanzwerte ergibt einen Wert von 2,2 Mrd. € (Vorjahr: 2,3 Mrd. €).

Die Meldung der bankaufsichtsrechtlichen Eigenmittel der IKB AG gemäß KWG beläuft sich auf insgesamt 2,1 Mrd. € (Vorjahr: 2,2 Mrd. €), wobei die Berechnung der Eigenmittel unter der Annahme festgestellter Bilanzwerte einen Wert von 2,0 Mrd. € (Vorjahr: 2,2 Mrd. €) ergibt.

Die ausschüttungsgesperrten Beträge setzen sich wie folgt zusammen:

Konzern:

31.3.2013 in Mio. €	Bruttoertrag	Aktive latente Steuern	Passive latente Steuern	Aus- schüttungs- sperrbetrag
Unrealisierte Gewinne des Planvermögens	1,4	-	-	1,4
Aktivierung latenter Steuern	-	304,6	-156,4	148,2
Gesamt	1,4	304,6	-156,4	149,6

IKB AG:

31.3.2013 in Mio. €	Bruttoertrag	Aktive latente Steuern	Passive latente Steuern	Aus- schüttungs- sperrbetrag
Unrealisierte Gewinne des Planvermögens	1,3	-	-	1,3
Aktivierung latenter Steuern	-	180,2	-29,5	150,7
Gesamt	1,3	180,2	-29,5	152,0

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

(40) Erträge nach geografischen Märkten

Der Gesamtbetrag der Zinserträge, Leasingerträge, laufenden Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren, Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen, der Provisionserträge, des Nettoertrags des Handelsbestands und der Sonstigen betrieblichen Erträge verteilt sich wie folgt auf die verschiedenen geografischen Märkte:

in Mio. €	Konzern		IKB AG	
	2012/13	2011/12	2012/13	2011/12
Deutschland	2.755,3	2.857,0	2.276,0	2.629,4
Übriges Europa	231,2	243,5	43,1	220,8
Amerika	-	0,5	-	-
Gesamt	2.986,5	3.101,0	2.319,1	2.850,2

Die Zuordnung der Erträge nach geografischen Märkten erfolgt im Konzern nach dem jeweiligen Sitz der Gesellschaft und in der IKB AG nach dem jeweiligen Sitz der Betriebsstätte.

(41) Für Dritte erbrachte Dienstleistungen für Verwaltung und Vermittlung

Die IKB erbringt Verwaltungsdienstleistungen im Kredit- und Depotgeschäft, insbesondere im Avalgeschäft. Die Erträge hieraus sind in den Provisionserträgen enthalten.

(42) Sonstige betriebliche Erträge

Im Posten „Sonstige betriebliche Erträge“ werden erstmalig Erträge aus der Auflösung von Zinsswaps in Höhe von 387,9 Mio. € im Konzern und 396,0 Mio. € in der IKB AG ausgewiesen. Den Erträgen aus der Auflösung von Zinsswaps stehen im Rahmen des Abbaus stiller Lasten Sonstige betriebliche Aufwendungen aus der Auflösung anderer Zinsswaps gegenüber (siehe Ziffer 43).

Darüber hinaus sind in diesem Posten im Konzern Erträge aus der Währungsumrechnung in Höhe von 40,3 Mio. € (Vorjahr: 64,4 Mio. €), Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von 8,9 Mio. € (Vorjahr: 20,0 Mio. €) sowie Mieterträge in Höhe von 8,1 Mio. € (Vorjahr: 8,9 Mio. €) enthalten.

Die IKB AG weist in diesem Posten Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von 7,3 Mio. € (Vorjahr: 14,8 Mio. €) sowie Erträge aus Kostenumlagen in Höhe von 6,5 Mio. € (Vorjahr: 5,8 Mio. €) aus.

Die Erträge aus der Abzinsung von Rückstellungen betragen im Konzern und in der IKB AG 0,1 Mio. € (Vorjahr: 1,9 Mio. €).

(43) Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die Sonstigen betrieblichen Aufwendungen beinhalten im Wesentlichen:

in Mio. €	Konzern		IKB AG	
	2012/13	2011/12	2012/13	2011/12
Aufwendungen aus der Auflösung von Swapvereinbarungen	-436,7	-	-442,8	-
Zuführung Rückstellungen	-51,7	-11,4	-38,3	-12,8
Aufwendungen aus Währungsumrechnung	-38,1	-48,8	-2,3	-1,8
Mieten/Unterhalt (nicht betrieblich genutzt)	-8,9	-7,6	-3,7	-4,9
Aufwendungen aus Aufzinsung Rückstellungen	-3,2	-6,2	-3,2	-6,2

(44) Erträge aus Ergebnisabführungsverträgen

In den Erträgen aus Ergebnisabführung der IKB AG ist im Wesentlichen die Gewinnabführung der IKB Beteiligungen GmbH in Höhe von 70,7 Mio. € (Vorjahr: 210,4 Mio. €) enthalten. Diese setzt sich in Höhe von 101,9 Mio. € aus den Beteiligungserträgen der IKB Invest GmbH und IKB Struktur GmbH sowie in Höhe von 25,3 Mio. € aus Verlustübernahmen der IKB Leasing GmbH zusammen.

(45) Außerordentliche Erträge und Aufwendungen

In den Außerordentlichen Erträgen sind Erträge für Rechtskostenerstattungen von der KfW im Zusammenhang mit der Abwicklung der Portfolioinvestments in Höhe von 2,6 Mio. € (Vorjahr: Aufwand: 1,7 Mio. €) im Konzern und in der IKB AG enthalten. Des Weiteren werden in den Außerordentlichen Erträgen der IKB AG höhere Verwertungserlöse von konzerninternen Forderungen im Rahmen der Restrukturierungsmaßnahmen in Höhe von 1,5 Mio. € (Vorjahr: 2,8 Mio. €) ausgewiesen. In den Außerordentlichen Aufwendungen ist der Ergebniseffekt, der sich aus der Zuführung zu den Rückstellungen im Rahmen der Restrukturierungsmaßnahmen ergibt, ausgewiesen. Insgesamt belaufen sich die Aufwendungen für Restrukturierung im Berichtszeitraum im Konzern auf 6,9 Mio. € (Vorjahr: 12,8 Mio. €) und in der IKB AG auf 3,2 Mio. € (Vorjahr: 11,1 Mio. €). Darin enthalten sind Aufwendungen für die Auflösung von Arbeitsverträgen, Mietpreistrückstellungen sowie für Vorruhestandsverpflichtungen.

Weiterhin werden in diesem Posten die erfolgswirksamen Aufwendungen aus der Erstanwendung des BilMoG (Verteilung des Mehraufwandes aus der Neubewertung der Pensionsrückstellungen) ausgewiesen (siehe Ziffer 35).

(46) Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Im Posten „Steuern vom Einkommen und vom Ertrag“ sind tatsächliche Steuern im Konzern in Höhe von -0,1 Mio. € (Vorjahr: 1,7 Mio. €) und in der IKB AG in Höhe von 0,7 Mio. € (Vorjahr: -0,5 Mio. €) enthalten. Darüber hinaus wird in diesem Posten die Veränderung des Ansatzes aktiver latenter Steuern in Höhe von -4,0 Mio. € (Vorjahr: -6,9 Mio. €) im Konzern und in Höhe von -0,9 Mio. € (Vorjahr: -6,4 Mio. €) in der IKB AG ausgewiesen.

Trotz des negativen Ergebnisses wird im Konzern kein Steuerertrag, sondern ein Steueraufwand ausgewiesen. Dies beruht im Wesentlichen darauf, dass auf zusätzlich im Geschäftsjahr entstandene steuerliche Verluste keine aktiven latenten Steuern angesetzt wurden.

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag betreffen in vollem Umfang die gewöhnliche Geschäftstätigkeit.

(47) Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen

In dem Posten „Eventualverbindlichkeiten“ sind am Bilanzstichtag unter den Bürgschaften und Garantien auch CDS (Bank ist Sicherungsgeber) sowohl im Konzern als auch in der IKB AG in Höhe von 702,0 Mio. € (Vorjahr: 105,6 Mio. €) enthalten. Hierbei hat die IKB jeweils für bestimmte Kreditportfolien das Adressenausfallrisiko für ein im Voraus definiertes Kreditereignis übernommen. Daneben sind unter den Bürgschaften und Garantien auch derivative Bestandteile strukturierter Produkte (eingebettete CDS) in Höhe von 698,3 Mio. € (Vorjahr: 689,7 Mio. €) im Konzern und in Höhe von 669,6 Mio. € (Vorjahr: 659,4 Mio. €) in der IKB AG berücksichtigt.

Im Zuge der befreienden Schuldübernahme der nachrangigen Verbindlichkeiten durch die MATRONA GmbH, Düsseldorf (MATRONA), im Geschäftsjahr 2011/12 hat die IKB AG eine Garantieerklärung zugunsten der MATRONA abgegeben, wonach sie für die Zahlungsverpflichtungen der MATRONA im Zusammenhang mit der Übernahme der Nachrangverbindlichkeiten durch die MATRONA haftet.

Im Rahmen des Verkaufs der 50%igen Gesellschaftsanteile an der Movesta Lease and Finance GmbH, Pullach i. Isartal (vormals Düsseldorf), hat die IKB AG gesamtschuldnerisch mit der IKB Beteiligungen GmbH Garantien und Freistellungsverpflichtungen übernommen. Hierunter fallen zum Beispiel die übertragenen GmbH-Anteile sowie die ordnungsmäßige Abwicklung und die Erfüllung von Verpflichtungen aus der Vergangenheit (unter anderem Abgabe von Steuererklärungen und -anmeldungen).

Im Posten „Andere Verpflichtungen“ sind unwiderrufliche Kreditzusagen aus nicht abgerufenen Krediten und revolving Kreditlinien enthalten.

Die Einschätzung des Risikos der Inanspruchnahme aus Eventualverbindlichkeiten und anderen Verpflichtungen erfolgt auf der Grundlage von Parametern aus der Kreditrisikosteuerung. Wird im Falle der Verschlechterung der Bonität des Kreditnehmers eine Inanspruchnahme ganz oder teilweise erwartet, werden Rückstellungen gebildet. Details zum Prozess innerhalb des Kreditrisikomanagements werden im Risikobericht des Lageberichts erläutert.

(48) Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die Sonstigen finanziellen Verpflichtungen betragen zum 31. März 2013 insgesamt 1.407,0 Mio. € (Vorjahr: 1.424,8 Mio. €) im Konzern und 1.390,5 Mio. € (Vorjahr: 1.408,0 Mio. €) in der IKB AG.

Davon betrifft der wesentliche Teil Verpflichtungen aus der Bilanzierung von Forderungsverzichten durch Gesellschafter gegen Besserungsschein in Höhe von 1.151,5 Mio. € (Vorjahr: 1.151,5 Mio. €) im Konzern und der IKB AG.

Zudem bestehen Zahlungsverpflichtungen aus langfristigen Mietverträgen für die Mietlaufzeit in Höhe von 241,4 Mio. € (Vorjahr: 234,2 Mio. €) im Konzern und 219,4 Mio. € (Vorjahr: 236,7 Mio. €) in der IKB AG. Die Bank hat für die Zentrale in Düsseldorf und ihre Niederlassungen Mietverträge für die bankbetrieblich genutzten Immobilien und Instandhaltung dieser Immobilien abgeschlossen. Für den Fall, dass die Aufwendungen den Nutzen des Mietvertrags übersteigen, werden Rückstellungen für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften gebildet. Das Risiko bzw. die Chance besteht darin, dass nach Auslaufen eines zeitlich befristeten Mietvertrags eine Verlängerung des Mietvertrags oder ein Anschlussmietvertrag zu ungünstigeren bzw. günstigeren Konditionen möglich ist.

Darüber hinaus bestehen Zahlungsverpflichtungen aus zukünftigen Leasingraten im Zusammenhang mit Leasingverträgen für Vermögensgegenstände im Bereich der Betriebs- und Geschäftsausstattung. Bei den Leasingverträgen wird das Recht auf die Nutzung eines Vermögensgegenstands durch den Leasinggeber auf den Leasingnehmer gegen regelmäßige Zahlungen übertragen.

Weitere Zahlungsverpflichtungen resultieren aus Abnahmeverpflichtungen im Zusammenhang mit Dienstleistungsverträgen. Bei Dienstleistungsverträgen besteht das Risiko, dass die Vertragskonditionen ungünstiger sind als die Konditionen zum Zeitpunkt der Vertragserfüllung oder dass die mit dem Vertrag verbundenen Kosten den ökonomischen Nutzen übersteigen.

Einzahlungsverpflichtungen aus nicht voll eingezahlten Aktien, GmbH-Anteilen und Anteilen an nicht konsolidierten Tochterunternehmen sowie aus dem von der IKB Invest GmbH (vormals IKB Private Equity GmbH) gehaltenen Anteilsbesitz und den Nachrangdarlehen belaufen sich am Bilanzstichtag im Konzern auf 1,3 Mio. € (Vorjahr: 1,3 Mio. €). Zum Bilanzstichtag bestehen in der IKB AG keine Einzahlungsverpflichtungen für Aktien, GmbH-Anteile und sonstige Anteile.

Von den gesamten finanziellen Verpflichtungen der IKB AG betreffen 1,0 Mio. € (Vorjahr: 1,0 Mio. €) verbundene Unternehmen.

Zahlungspflichten an den Einlagensicherungsfonds

Im Februar 2009 sind die Entschädigungszahlungen an Einleger der Lehman Brothers Bankhaus Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main, aus dem Einlagensicherungsfonds des Bundesverbandes deutscher Banken e. V. angelaufen. Das Bankhaus ist die deutsche Tochtergesellschaft der US-Bank Lehman Brothers Inc., die in den USA unter Gläubigerschutz gestellt wurde. Mögliche Nachschusspflichten für die IKB AG sind zum jetzigen Zeitpunkt nicht bekannt.

Nacherhebung von Bankenabgabe

Es besteht die Möglichkeit, dass in dem Falle, in dem die IKB AG zukünftig Jahresüberschüsse erwirtschaftet, die Bankenabgabe nachträglich neu festgesetzt wird, sodass die Bankenabgabe den bisher gezahlten Mindestbeitrag übersteigt (Nacherhebung). Dies kann in der Zukunft zum Abfluss finanzieller Mittel in der IKB AG führen. Der mögliche Nacherhebungsbeitrag würde für die Beitragszeiträume 2011 bis 2013 insgesamt 12,9 Mio. € betragen.

(49) Außerbilanzielle Geschäfte

Gemäß § 285 Nr. 3 HGB sind Art und Zweck sowie Risiken und Vorteile von nicht in der Bilanz enthaltenen Geschäften, soweit dies für die Beurteilung der Finanzlage notwendig ist, im Anhang anzugeben. Für die Beurteilung der Finanzlage können vor allem Angaben zu Geschäften notwendig sein, aus denen in erheblicher Höhe Verbesserungen oder Verschlechterungen der Finanzsituation zu erwarten sind oder die im Hinblick auf ihren Zeitpunkt bzw. Zeitraum oder den Geschäftspartner als ungewöhnlich anzusehen sind.

Zweckgesellschaften (Special Purpose Entities) im Zusammenhang mit Verbriefungstransaktionen

Die Bank hat im Zusammenhang mit der Errichtung von Zweckgesellschaften unterschiedliche Vertragspositionen eingenommen. Die Zweckgesellschaften hatten die synthetische Ausplatzierung von Risiken oder eine Übertragung von Vermögensgegenständen zur Liquiditätsschöpfung zum Ziel.

Außerbilanzielle Risiken treten dann ein, wenn zwar das rechtliche Eigentum und die Bonitätsrisiken auf den Erwerber übertragen werden, aber in geringerem Umfang Restrisiken bei der IKB verbleiben. Dabei handelt es sich um die Haftung für den rechtlichen Bestand der Forderungen (Verität) und die Möglichkeit der Rückübertragung für den Fall der Unwirtschaftlichkeit der Transaktion (sogenannter Clean-Up Call). Diese Vertragspflichten können zu einem zukünftigen Abfluss von finanziellen Mitteln führen. Hat die Übertragung der Vermögensgegenstände zu keinem Abgang geführt, da die Bonitätsrisiken bei der IKB verblieben sind, sind diese Risiken im Rahmen der Bewertung der betreffenden Vermögensgegenstände berücksichtigt.

Die IKB tritt in einigen Transaktionen als Dienstleister auf, mit der Verpflichtung, die Kapital- und Zinszahlungen im Zusammenhang mit den übertragenen Vermögensgegenständen zu vereinnahmen und an die Zweckgesellschaft weiterzuleiten. Die Chancen bestehen hier im Zufluss von Service-Entgelten für den Zeitraum des Servicevertrags. Die Kosten der Leistungserbringung führen zu einem Abfluss der Mittel. Verletzungen vertraglicher Verpflichtungen können darüber hinaus zu Schadensersatzpflichten führen.

Bei Übernahme der Funktion des Investment Managers obliegt der Bank die Vornahme von Kauf- und Verkaufsentscheidungen für die Zweckgesellschaft. Die Chancen bestehen im Zufluss von Entgelten aus der Managementvergütung. Die Risiken bestehen in etwaigen Schadensersatzansprüchen bei Verletzung vertraglicher Verpflichtungen.

Forderungsverkäufe im Zusammenhang mit der Umsetzung der EU-Auflagen

Im Zusammenhang mit der Umsetzung der EU-Auflagen wurden diverse Vermögensgegenstände veräußert. Ein Teil der Umsetzung der EU-Auflagen betraf den Abbau des Kreditportfolios im Rahmen von Forderungsverkäufen mit einem Volumen in Höhe von 169 Mio. € (Vorjahr: 345 Mio. €). Dabei wurden teilweise Garantien vergeben, die im betreffenden außerbilanziellen Posten ausgewiesen werden. Die außerbilanziellen Risiken bestehen in der Haftung dafür, dass sowohl diese Forderung als auch die mit dem Forderungsbestand verbundenen Sicherheiten rechtlich bestehen.

Termingeschäfte

Zum Bilanzstichtag bestehen Verpflichtungen aus bedingten und unbedingten Termingeschäften. Diese dienen im Wesentlichen der Absicherung von Zins- und Währungsrisiken und führen zu zukünftigen Mittelzu- oder -abflüssen. Im Übrigen wird auf die Erläuterungen zu Termingeschäften verwiesen (siehe Ziffer 57).

Sonstige Angaben

(50) Konsolidierungskreis zum 31. März 2013

	Kapitalanteil in %
A. Konsolidierte Tochterunternehmen	
1. Ausländische Kreditinstitute	
IKB International S.A. i.L., Luxemburg, Luxemburg	2),3) 100
2. Inländische sonstige Unternehmen	
Aleanta GmbH, Düsseldorf	100
Equity Fund GmbH, Düsseldorf	1) 100
IKB Leasing GmbH, Hamburg (vormals: IKB Autoleasing GmbH, Hamburg)	1) 100
IKB Leasing Beteiligungsgesellschaft mbH, Düsseldorf	1) 100
IKB Beteiligungen GmbH, Düsseldorf	100
IKB Data GmbH, Düsseldorf	100
IKB Equity Capital Fund GmbH, Düsseldorf	1) 100
IKB Grundstücks GmbH & Co. Objekt Holzhausen KG, Düsseldorf	100
IKB Grundstücks GmbH, Düsseldorf	100
IKB Invest GmbH, Düsseldorf (vormals: IKB Private Equity GmbH, Düsseldorf)	1) 100
IKB Projektentwicklung GmbH & Co. KG i.L., Düsseldorf	3) 100
Istop 1 GmbH, Düsseldorf	100
Istop 2 GmbH, Düsseldorf	100
Istop 4 GmbH, Düsseldorf	100
Istop 5 GmbH, Düsseldorf	100
IKB Struktur GmbH, Düsseldorf	1) 100
Projektbeteiligung TH GmbH & Co. KG, Düsseldorf	89,8
Tempelhofer Hafen GmbH & Co. KG, Düsseldorf	1) 94,9
MATRONA GmbH, Düsseldorf	1) 100
Zweite Equity Suporta GmbH, Düsseldorf	1) 100
3. Ausländische sonstige Unternehmen	
IKB Capital Corporation i.L., New York, Vereinigte Staaten von Amerika	3) 100
IKB Finance B.V., Amsterdam, Niederlande	100
IKB Funding LLC II, Wilmington, Vereinigte Staaten von Amerika	100
IKB Funding LLC I, Wilmington, Vereinigte Staaten von Amerika	100
IKB Leasing Austria GmbH, Wien, Österreich	1) 100
IKB Leasing CR s.r.o., Prag, Tschechien	1) 100
IKB Leasing Finance IFN SA, Bucuresti, Rumänien	1) 100
IKB Leasing France S.A.R.L., Marne La Vallée Cedex 4, Frankreich	1) 100
IKB Leasing Korfalólt Felelősségű Társaság, Budapest, Ungarn	1) 100
IKB Leasing Polska Sp.z.o.o., Poznan (Posen), Polen	1) 100
IKB Leasing SR, s.r.o., Bratislava, Slowakei	1) 100
IKB Leasing S.R.L., Bukarest, Rumänien	1) 100
IKB Lux Beteiligungen S.à.r.l, Luxemburg, Luxemburg	100
IKB Pénzügyi Lízing zártkörűen működő Részvénytársaság, Budapest, Ungarn	1) 100
STILL LOCATION S.à.r.l., Marne La Vallée Cedex 4, Frankreich	1) 100
IKBL Renting and Service S.r.l., Lainate (MI), Italien	1) 100
IKB Leasing geschlossene Aktiengesellschaft, Moskau, Russland	1) 100
4. Zweckgesellschaften (Special Purpose Vehicle) nach § 290 Abs. 2 Nr. 4 HGB	
Bacchus 2008-1 Plc, Dublin, Irland	
Bacchus 2008-2 Plc, Dublin, Irland	
German Mittelstand Equipment Finance No. 1 S.A., Luxemburg, Luxemburg	
RIO DEBT HOLDINGS (IRELAND) LIMITED, Dublin, Irland	
B. Assoziierte Unternehmen	
Linde Leasing GmbH, Wiesbaden	1) 30,0
Argantis Private Equity GmbH & Co. KG, Köln	1) 28,9

1) Mittelbare Beteiligung

2) in Liquidation (Banklizenz zurückgegeben)

3) in Liquidation

(51) Anteilsbesitzliste zum 31. März 2013

31.3.2013	Geschäftsjahr	Patronatserklärung	Kapitalanteil in %	Eigenkapital Tsd. €	Ergebnis Tsd. €
1. Inländische Tochterunternehmen (vollkonsolidiert)					
Aleanta GmbH, Düsseldorf	1.4. - 31.3.		100,00	1.529	66
Equity Fund GmbH, Düsseldorf	1.4. - 31.3.		100,00	13.525	0
IKB Beteiligungen GmbH, Düsseldorf	1.4. - 31.3.	X	100,00	69.711	0
IKB Data GmbH, Düsseldorf	1.4. - 31.3.	X	100,00	15.000	0
IKB Equity Capital Fund GmbH, Düsseldorf	1.4. - 31.3.	X	100,00	23.441	2.088
IKB Grundstücks GmbH, Düsseldorf	1.1. - 31.12.	X	100,00	112	-1
IKB Grundstücks GmbH & Co. Objekt Holzhausen KG, Düsseldorf ³⁾	1.1. - 31.12.	X	100,00	5.733	803
IKB Invest GmbH, Düsseldorf	1.4. - 31.3.	X	100,00	355.317	0
IKB Leasing Beteiligungsgesellschaft mbH, Düsseldorf	1.4. - 31.3.		100,00	5.824,00	0
IKB Leasing GmbH, Hamburg	1.4. - 31.3.	X	100,00	181.041	0
IKB Projektentwicklung GmbH & Co. KG i.L., Düsseldorf ^{3),4)}	1.1. - 31.12.	X	100,00	-18.608	-16.375
IKB Struktur GmbH, Düsseldorf	1.4. - 31.3.		100,00	103.750	0
Istop 1 GmbH, Düsseldorf	1.4. - 31.3.		100,00	122.525	0
Istop 2 GmbH, Düsseldorf	1.4. - 31.3.		100,00	155.025	0
Istop 4 GmbH, Düsseldorf	1.4. - 31.3.		100,00	91.325	0
Istop 5 GmbH, Düsseldorf	1.4. - 31.3.		100,00	525	0
MATRONA GmbH, Düsseldorf	1.4. - 31.3.		100,00	525	0
Projektbeteiligung TH GmbH & Co. KG, Düsseldorf ³⁾	1.1. - 31.12.		89,80	14	-4
Tempelhofer Hafen GmbH & Co. KG, Düsseldorf	1.1. - 31.12.		94,90	0	-9.767
Zweite Equity Suporta GmbH, Düsseldorf	1.4. - 31.3.		100,00	530	0
2. Ausländische Tochterunternehmen (vollkonsolidiert)					
IKB Leasing France S.A.R.L., Marne La Vallée Cedex 4, Frankreich	1.1. - 31.12.		100,00	2.043	-2
STILL LOCATION S.à.r.l., Marne La Vallée Cedex 4, Frankreich	1.1. - 31.12.		100,00	14.075	-43
IKB International S.A. i.L., Munsbach, Luxemburg	1.4. - 31.3.	X	100,00	27.329	-3.937
IKB Lux Beteiligungen S.à.r.l., Munsbach, Luxemburg	1.4. - 31.3.	X	100,00	8.386	-94
IKB Finance B.V., Amsterdam, Niederlande	1.4. - 31.3.	X	100,00	-2.782	136
IKB Leasing Austria GmbH, Wien, Österreich	1.1. - 31.12.		100,00	539	100
IKB Leasing Polska Sp. z o.o., Poznan (Posen), Polen	1.1. - 31.12.		100,00	10.238	1.256
IKB Leasing Finance IFN S.A., Bukarest, Rumänien	1.1. - 31.12.		100,00	3.775	-463
IKB Leasing S.R.L., Bukarest, Rumänien	1.1. - 31.12.		100,00	1022	113
IKB Leasing geschlossene Aktiengesellschaft, Moskau, Russland	1.1. - 31.12.		100,00	4.416	733
IKB Leasing SR, s.r.o., Bratislava, Slowakei	1.1. - 31.12.		100,00	1.231	116
IKB Leasing CR s.r.o., Prag, Tschechien	1.1. - 31.12.		100,00	5.855	1.504
IKB Leasing Korlátolt Felelősségű Társaság, Budapest, Ungarn	1.1. - 31.12.		100,00	3.972	2.441
IKB Pénzügyi Lízing zártkörűen működő Részvénytársaság, Budapest, Ungarn	1.1. - 31.12.		100,00	1.817	962
IKB Capital Corporation i.L., New York, Vereinigte Staaten von Amerika ⁴⁾	1.4. - 31.3.		100,00	1.193	-959
IKB Funding LLC I, Wilmington, Vereinigte Staaten von Amerika ²⁾	1.1. - 31.12.	X	100,00	390	-2.344
IKB Funding LLC II, Wilmington, Vereinigte Staaten von Amerika ²⁾	1.1. - 31.12.	X	100,00	1.310	-20.026
IKBL Renting and Service S.r.l., Lainate (MI), Italien	1.1. - 31.12.		100,00	996	-4
3. Zweckgesellschaften (in den Konzernabschluss gemäß § 290 Abs. 2 Nr. 4 HGB einbezogene Zweckgesellschaften)					
Bacchus 2008-1 Plc, Dublin 2, Irland					
Bacchus 2008-2 Plc, Dublin 2, Irland					
RIO DEBT HOLDINGS (IRELAND) LIMITED, Dublin 2, Irland					
German Mittelstand Equipment Finance No. 1 S.A., Luxemburg, Luxemburg					

		Ge- schäfts- jahr	Patro- natser- klärung	Kapital- anteil in %
31.3.2013				
4. Inländische Tochterunternehmen (nicht vollkonsolidiert aufgrund von untergeordneter Bedeutung)	1)			
Bella GmbH, Düsseldorf		1.4. - 31.3.		100,00
Boxhagener Str. 76/78 Berlin GmbH i.L., Düsseldorf	4)	1.1. - 31.12.		100,00
Brunnenstraße 105-109 Berlin Grundbesitz GmbH, Münster		1.1. - 31.12.		94,90
Büroprojekt sechste Verwaltungsgesellschaft mbH i.L., Düsseldorf	4)	1.1. - 31.12.		100,00
Büroprojekt vierte Verwaltungsgesellschaft mbH i.L., Düsseldorf	4)	1.1. - 31.12.		100,00
Einsteinufer 63-65 Berlin GmbH i.L., Düsseldorf	4)	1.1. - 31.12.		100,00
Erste Equity Suporta GmbH, Düsseldorf		1.4. - 31.3.		100,00
Feldmühleplatz 1 Verwaltungsgesellschaft mbH, Düsseldorf		1.1. - 31.12.		100,00
FRANA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH, Düsseldorf		1.1. - 31.12.		100,00
GAP 15 GmbH, Düsseldorf		1.1. - 31.12.		92,80
GARUMNA GmbH, Düsseldorf		1.4. - 31.3.		100,00
HARPE Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Schloß Schweinsburg KG, Düsseldorf		1.1. - 31.12.		88,70
HAUSTUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Yachtzentrum Berlin KG, Düsseldorf		1.1. - 31.12.		94,67
IKB Projektentwicklungsverwaltungsgesellschaft mbH i.L., Düsseldorf	4)	1.1. - 31.12.	X	100,00
ILF Immobilien-Leasing-Fonds Verwaltung GmbH & Co. Objekt Boxdorf KG, Düsseldorf		1.1. - 31.12.		94,26
ilmenau center Verwaltungsgesellschaft mbH, Düsseldorf		1.1. - 31.12.		100,00
IMAS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH, Düsseldorf		1.4. - 31.3.	X	100,00
INCO Ingenieur Consult Geschäftsführungsgesellschaft mbH i.L., Düsseldorf	4)	1.1. - 31.12.		100,00
INCO Ingenieur Consult GmbH & Co. KG i.L., Düsseldorf	4)	1.1. - 31.12.		100,00
Istop 3 GmbH, Düsseldorf		1.1. - 31.12.		100,00
ISTOS Beteiligungsverwaltungs- und Grundstücks- Vermietungsgesellschaft mbH, Düsseldorf		1.1. - 31.12.	X	100,00
ISTOS Dritte Beteiligungsverwaltungs- und Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. KG, Düsseldorf	3)	1.1. - 31.12.		100,00
ISTOS Erste Beteiligungsverwaltungs- und Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. KG, Düsseldorf	3)	1.1. - 31.12.	X	100,00
ISTOS Zweite Beteiligungsverwaltungs- und Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. KG, Düsseldorf	3)	1.1. - 31.12.		100,00
MD Capital Solingen Verwaltungsgesellschaft mbH, Düsseldorf		1.1. - 31.12.		100,00
MD Capital Stromstrasse Verwaltungsgesellschaft mbH i. L., Düsseldorf	4)	1.1. - 31.12.		100,00
MD Capital Verwaltungs GmbH i.L., Düsseldorf	4)	1.1. - 31.12.		100,00
MD Objekt Lorsch Verwaltungs GmbH i.L., Düsseldorf	4)	1.1. - 31.12.		100,00
MD Objekt Solingen Verwaltungsgesellschaft mbH, Düsseldorf		1.1. - 31.12.		100,00
MD Objekt Stromstrasse Verwaltungsgesellschaft mbH i.L., Düsseldorf	4)	1.1. - 31.12.		100,00
MFRSI Beteiligungsholding Verwaltungsgesellschaft mbH, Düsseldorf		1.1. - 31.12.		100,00
Objekt Pankow Verwaltungsgesellschaft mbH i.L., Düsseldorf	4)	1.1. - 31.12.		100,00
Paxum GmbH, Düsseldorf		1.4. - 31.3.		100,00
RAVENNA Vermögensverwaltungs AG, Berlin		1.1. - 31.12.		100,00
Restruktur 2 GmbH i.L., Düsseldorf	4)	1.4. - 31.3.		100,00
Restruktur 3 GmbH, Düsseldorf		1.4. - 31.3.		100,00
Robert Adams Str. 12 London GmbH i.L., Norderfriedrichskoog	4)	1.1. - 31.12.		100,00
SEQUANA GmbH, Düsseldorf		1.4. - 31.3.		100,00

	Ge- schäfts- jahr	Patro- natser- klärung	Kapital- anteil in %
31.3.2013			
5. Ausländische Tochterunternehmen (nicht vollkonsolidiert aufgrund von § 296 HGB)	1)		
Valin Asset Management S.à.r.l., Luxemburg, Luxemburg	1.4. - 31.3.		100,00
Valin Funds S.C.A., SICAV-SIF, Luxemburg, Luxemburg	1.4. - 31.3.		100,00
IKB Funding Trust I, Wilmington, Vereinigte Staaten von Amerika	1.4. - 31.3.		100,00
IKB Funding Trust II, Wilmington, Vereinigte Staaten von Amerika	1.4. - 31.3.		100,00
6. Inländische assoziierte Unternehmen	1)		
Argantis Private Equity GmbH & Co. KG, Köln	1.1. - 31.12.		28,97
Linde Leasing GmbH, Wiesbaden	1.1. - 31.12.		30,00
7. Inländische assoziierte Unternehmen / Joint Ventures (nicht at equity bilanziert aufgrund von untergeordneter Bedeutung)			
Argantis GmbH, Köln	1.1. - 31.12.		50,00
Argantis Private Equity Gründer GmbH & Co. KG, Köln	1.1. - 31.12.		39,17
AWEBA Werkzeugbau GmbH Aue, Aue	1.1. - 31.12.		25,10
AxlIT AG, Frankenthal/Pfalz	1.1. - 31.12.		29,88
Chemtura Verwaltungs GmbH, Bergkamen	1.1. - 31.12.		50,00
equiNotes Management GmbH, Düsseldorf	1.1. - 31.12.		50,00
FMD Feinmechanik GmbH, Weilheim	1.4. - 31.3.		49,03
FUNDIS Projektentwicklungsholding GmbH & Co. KG, Düsseldorf	1.1. - 31.12.		50,00
FUNDIS Verwaltungsgesellschaft mbH, Düsseldorf	1.1. - 31.12.		50,00
HABITO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt EINS KG, Pullach i. Isartal	1.1. - 31.12.		6,00
Hafenspitze Verwaltungsgesellschaft mbH, Hamburg	1.1. - 31.12.		25,00
ilmenau center GmbH & Co. KG, Lüneburg	1.1. - 31.12.		50,00
LOUDA SYSTEMS GmbH, Triptis	1.1. - 31.12.		45,00
MD Capital Beteiligungsgesellschaft mbH i.L., Düsseldorf	1.1. - 31.12.	4)	50,00
MFRSI Beteiligungsholding GmbH & Co. KG, Düsseldorf	1.1. - 31.12.		50,00
microTEC Gesellschaft für Mikrotechnologie mbH, Duisburg	1.1. - 31.12.		48,18
Mike's Sandwich GmbH, Hamburg	1.1. - 31.12.		35,59
MOTORRAD-ECKE GmbH, Villingen-Schwenningen	1.1. - 31.12.		38,86
OCP GmbH, Bochum	1.1. - 31.12.		25,11
ODS Business Services Group GmbH, Hamburg	1.1. - 31.12.		32,00
Projektgesellschaft Justus-von-Liebig-Straße mbH i.L., Kronberg / Taunus	1.1. - 31.12.	4)	50,00
Vermögensverwaltungsgesellschaft DVD Dassow GmbH, Dassow	1.1. - 31.12.		30,00
8. Inländische Beteiligungen an Kapital- und Personengesellschaften, bei denen die Beteiligung 5 % der Stimmrechte überschreitet	1)		
ae group ag, Gerstungen	1.1. - 31.12.		12,40
AXA Immoselect Hauptverwaltungsgebäude GmbH & Co. Objekt Düsseldorf			
Uerdinger Straße KG, Köln	1.1. - 31.12.		5,10
CellGenix GmbH, Freiburg	1.1. - 31.12.		17,05
CoBale Immobilien GmbH & Co. Objekt Stuttgart KG, Frankfurt am Main	1.1. - 31.12.		5,10
Feldmühleplatz 1 GmbH & Co. KG, Köln	1.1. - 31.12.		5,10
Global Safety Textiles HoldCo One GmbH i.L., Maulburg	1.1. - 31.12.	4)	8,80
Industriedruck Krefeld Kurt Janssen, GmbH & Co., Krefeld	1.1. - 31.12.		12,00
Janßen-Druck Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Krefeld	1.1. - 31.12.		12,00
Könemann Verlagsgesellschaft mbH, Köln	1.1. - 31.12.		12,50
Oechsler Aktiengesellschaft, Ansbach	1.1. - 31.12.		10,00

31.3.2013		Ge- schäfts- jahr	Patro- natser- klärung	Kapital- anteil in %
9. Ausländische Beteiligungen an großen Kapitalgesellschaften, bei denen die Beteiligung 5 % der Stimmrechte überschreitet				
		1)		
	PSE Newco Limited, Yeadon Leeds, Vereinigtes Königreich	1.1. - 31.12.		5,70
	EPL Acquisitions (SUB) N.V. in liquidatie, Amsterdam, Niederlande	1.1. - 31.12.	4)	5,70
	Ring International Holding AG, Wien, Österreich	1.1. - 31.12.		9,37

1) Die Angaben gemäß § 285 Nr. 11 HGB zum Eigenkapital und Ergebnis sind für die nicht in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen nach § 286 Abs. 3 Satz 1 Nr.1 HGB unterblieben

2) Nachrangige Patronatserklärung

3) Gesellschaft hat von der Befreiung nach § 264b HGB Gebrauch gemacht und keinen Anhang erstellt.

4) in Liquidation

(52) Besondere Beteiligungen

Mit Abschluss des Börsensegmentwechsels sämtlicher Wertpapiere der IKB vom geregelten bzw. regulierten Markt in Qualitätssegmente des Freiverkehrs am 7. November 2012 ist die IKB nicht mehr börsennotiert, sodass die Angabepflichten gemäß §§ 21 ff. WpHG für sie seit diesem Zeitpunkt nicht mehr gelten.

Mit Stand 7. November 2012 waren der Bank folgende Mitteilungen gemäß § 21 WpHG zugegangen:

Datum der Veränderung	Meldepflichtiger	Ort	Erreichter, überschrittener oder unterschrittener Schwellenwert	Direkt gehalten	Mittelbar	Gesamt
29. Oktober 2008	John P. Grayken	USA	Überschreiten der Schwellenwerte von 3 %, 5 %, 10 %, 15 %, 20 %, 25 %, 30 %, 50 % und 75 %		90,81 %	90,81 %
29. Oktober 2008	Lone Star Europe Holdings, Ltd. (Bermuda)	Hamilton (Bermuda)	Überschreiten der Schwellenwerte von 3 %, 5 %, 10 %, 15 %, 20 %, 25 %, 30 %, 50 % und 75 %		90,81 %	90,81 %
29. Oktober 2008	Lone Star Europe Holdings, L.P. (Bermuda)	Hamilton (Bermuda)	Überschreiten der Schwellenwerte von 3 %, 5 %, 10 %, 15 %, 20 %, 25 %, 30 %, 50 % und 75 %		90,81 %	90,81 %
29. Oktober 2008	LSF6 Europe Partners, L.L.C. (Delaware)	Dallas (Texas)	Überschreiten der Schwellenwerte von 3 %, 5 %, 10 %, 15 %, 20 %, 25 %, 30 %, 50 % und 75 %		90,81 %	90,81 %
29. Oktober 2008	LSF6 Europe Financial Holdings, L.P. (Delaware)	Dallas (Texas)	Überschreiten der Schwellenwerte von 3 %, 5 %, 10 %, 15 %, 20 %, 25 %, 30 %, 50 % und 75 %	90,81 %		90,81 %
15. Juli 2009	LSF6 Rio S.à.r.l.	Luxembourg (Luxembourg)	Überschreiten der Schwellenwerte von 3 % und 5 %	7,62 %		7,62 %
15. Juli 2009	Lone Star Capital Investments S.à.r.l.	Luxembourg (Luxembourg)	Überschreiten der Schwellenwerte von 3 % und 5 %		7,62 %	7,62 %
15. Juli 2009	Lone Star Global Holdings, Ltd.	Hamilton (Bermuda)	Überschreiten der Schwellenwerte von 3 % und 5 %		7,62 %	7,62 %
20. Juli 2009	LSF6 Rio S.à.r.l.	Luxembourg (Luxembourg)	Unterschreiten der Schwellenwerte von 5 % und 3 %	0 %		0 %
20. Juli 2009	Lone Star Capital Investments S.à.r.l.	Luxembourg (Luxembourg)	Unterschreiten der Schwellenwerte von 5 % und 3 %		0 %	0 %
20. Juli 2009	Lone Star Global Holdings, Ltd.	Hamilton (Bermuda)	Unterschreiten der Schwellenwerte von 5 % und 3 %		0 %	0 %

Aktienrechtliche Mitteilungen gemäß § 20 Abs. 1 oder Abs. 4 AktG sind der Bank im Berichtszeitraum nicht zugegangen. Nach § 20 AktG hat ein Unternehmen, sobald es mehr als 25 % (Abs. 1 AktG) bzw. 50 % (Abs. 4 AktG) der Aktien einer nicht börsennotierten Aktiengesellschaft mit Sitz im Inland besitzt, der Gesellschaft darüber eine schriftliche Mitteilung zu machen. Mitteilungen gemäß § 20 Abs. 5 AktG, dass eine Beteiligung in der mitteilungspflichtigen Höhe nicht mehr besteht, hat die Bank ebenfalls nicht erhalten.

(53) Angabe der Abschlussprüferhonorare

in Mio. €	Konzern		IKB AG	
	2012/13	2011/12	2012/13	2011/12
Abschlussprüfung	-3,9	-4,2	-3,2	-3,1
Andere Bestätigungsleistungen	-0,8	-0,1	-0,8	-0,1
Steuerberatungsleistungen	-	-0,2	-	-0,1
Sonstige Leistungen	-0,5	-	-0,5	-
Gesamt	-5,2	-4,5	-4,5	-3,3

Die anderen Bestätigungsleistungen enthalten insbesondere die gesetzliche Prüfung nach § 36 WpHG. Daneben sind in den anderen Bestätigungs- und Sonstigen Leistungen im Wesentlichen Prüfungs- und Qualitätssicherungsleistungen im Rahmen der Umstellung der Konzernrechnungslegung von IFRS auf HGB sowie gesellschaftsrechtlicher Umstrukturierungen enthalten.

(54) Geschäfte mit nahe stehenden Unternehmen und Personen

Geschäfte mit nahe stehenden Unternehmen und Personen werden grundsätzlich zu marktüblichen Konditionen abgewickelt. Wesentliche Transaktionen zu marktunüblichen Konditionen, über die nach § 314 Abs. 1 Nr. 13 HGB für den IKB-Konzern bzw. § 285 Nr. 21 HGB für die IKB AG zu berichten wäre, haben nicht stattgefunden.

(55) Patronatserklärungen

Die IKB AG trägt dafür Sorge, dass ihre Tochterunternehmen, die in der Liste über den Anteilsbesitz der IKB AG als unter die Patronatserklärung fallend gekennzeichnet sind, abgesehen vom Fall des politischen Risikos, ihre vertraglichen Verpflichtungen erfüllen können.

Die Patronatserklärungen gegenüber ausländischen Tochtergesellschaften der IKB Leasing GmbH, Hamburg, wurden in 2012 zurückgenommen. Aus bestehenden Verbindlichkeiten gegenüber Dritten in Höhe von 3 Mio. € könnten noch Nachhaftungsrisiken erwachsen.

Die IKB Invest GmbH, Düsseldorf, hat für die IKB Equity Capital Fund GmbH, Düsseldorf, eine Patronatserklärung ausgesprochen, damit diese ihren Verpflichtungen aus durch Ausgliederungs- und Übernahmevertrag auf sie übertragenen Darlehens- und Garantieverträgen nachkommen kann.

Die IKB Leasing GmbH, Hamburg, hat gegenüber der IKB Leasing S.R.L., Bukarest, und der IKB Leasing Finance IFN SA, Bukarest, uneingeschränkte Patronatserklärungen für die Fortführung der jeweiligen Gesellschaften und für die jeweiligen Verbindlichkeiten aus Gewährleistungsverträgen ausgesprochen.

(56) Sicherheitenübertragung für eigene Verbindlichkeiten und Eventualverbindlichkeiten

Für die nachfolgenden Verbindlichkeiten wurden Vermögensgegenstände im angegebenen Wert übertragen:

31.3.2013		Konzern	IKB AG
in Mio. €			
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		14.032,9	13.571,4
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		-	790,1
Sonstige Verbindlichkeiten		-	379,0
Eventualverbindlichkeiten		7,0	7,0
Gesamt		14.039,9	14.747,5

Bei den als Sicherheit dienenden Vermögensgegenständen handelt es sich im Wesentlichen um Forderungen und Wertpapiere, die im Rahmen von Offenmarkt- und Wertpapierpensionsgeschäften, von Verbriefungstransaktionen sowie im Zuge des Fördermittelgeschäfts an dritte Kreditinstitute, Zweckgesellschaften oder Clearingstellen übertragen wurden.

(57) Termingeschäfte

Die abgeschlossenen Termingeschäfte dienen im Wesentlichen der Steuerung und Begrenzung von Zinsänderungsrisiken und betreffen insbesondere den Kreditrefinanzierungsbestand und die Investmentportfolios. Ein Handel in derivativen Instrumenten wird nur in eingeschränktem Umfang betrieben. Die Höhe des Zinsänderungsrisikos wird durch ein vom Vorstand verabschiedetes Limitsystem begrenzt und im Rahmen des Risikomanagements täglich überwacht. Zusätzlich wird das Volumen der Termin- und Derivategeschäfte durch kontrahentenbezogene Limite begrenzt.

In den Investmentportfolios und dem Kreditrefinanzierungsbestand werden die Zinsänderungsrisiken aus Wertpapieren und Kreditgewährungen sowie den dazugehörigen Refinanzierungsmitteln gesteuert. Derivate werden dabei zur Beseitigung bzw. Reduktion von Fristeninkongruenzen und Zins- und Wechselkursrisiken eingesetzt. Die eingesetzten Derivate sind überwiegend Zinsderivate. Aus dem Positionsabbau der Investments der vergangenen Geschäftsjahre verbleibt zudem ein Portfolio einfacher Zinsderivate, das weitgehend zinsrisikoneutral ist und wesentlich zum negativen Marktwert der Derivate der IKB beiträgt.

Per saldo liefern die Zinsderivate zum 31. März 2013 einen negativen Marktwert in Höhe von -1.297,4 Mio. € (Vorjahr: -1.404,4 Mio. €) im Konzern und in Höhe von -1.302,0 Mio. € (Vorjahr: -1.416,0 Mio. €) in der IKB AG.

(58) Nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanzierte derivative Finanzinstrumente

Konzern:

in Mio. €	Nominal	Marktwert		Buchwert	
	31.3.2013	positiv	negativ	Aktiva	Passiva
Zinsbezogene Derivate	36.051,8	2.054,7	3.352,1	16,1	110,6
Kreditbezogene Derivate	1.557,4	9,2	230,3	15,8	141,8
Währungsbezogene Derivate	1.155,9	14,9	15,6	10,6	11,4
Derivate, die mehreren Kategorien zugeordnet sind	773,5	68,7	66,7	3,6	1,6
Gesamt	39.538,6	2.147,5	3.664,7	46,1	265,4

in Mio. €	Buchwert				
	Sonstige Vermögensgegenstände	Aktiver Rechnungsabgrenzungsposten	Rückstellungen ¹⁾	Sonstige Verbindlichkeiten	Passiver Rechnungsabgrenzungsposten
Zinsbezogene Derivate	2,0	14,1	-	102,1	8,5
Kreditbezogene Derivate	-	15,8	120,2	0,1	21,5
Währungsbezogene Derivate	10,6	-	-	11,4	-
Derivate, die mehreren Kategorien zugeordnet sind	-	3,6	-	0,1	1,5
Gesamt	12,6	33,5	120,2	113,7	31,5

1) betrifft eingebettete Derivate

IKB AG:

in Mio. €	Nominal	Marktwert		Buchwert	
	31.3.2013	positiv	negativ	Aktiva	Passiva
Zinsbezogene Derivate	35.906,4	2.054,7	-3.351,8	146,8	249,5
Kreditbezogene Derivate	1.557,4	9,2	-230,3	15,8	140,1
Währungsbezogene Derivate	1.160,6	14,9	-15,7	10,6	11,5
Derivate, die mehreren Kategorien zugeordnet sind	773,5	66,7	-66,7	6,5	5,6
Gesamt	39.397,9	2.145,5	-3.664,5	179,7	406,7

in Mio. €	Buchwert				
	Sonstige Vermögensgegenstände	Aktiver Rechnungsabgrenzungsposten	Rückstellungen ¹⁾	Sonstige Verbindlichkeiten	Passiver Rechnungsabgrenzungsposten
Zinsbezogene Derivate	7,4	139,2	-	94,0	155,4
Kreditbezogene Derivate	-	15,8	118,3	0,3	21,5
Währungsbezogene Derivate	10,6	-	-	11,5	-
Derivate, die mehreren Kategorien zugeordnet sind	-	6,5	-	0,1	5,6
Gesamt	18,0	161,5	118,3	105,9	182,5

1) betrifft eingebettete Derivate

Bei den zins- und währungsbezogenen Derivaten handelt es sich um Caps/Floors, Cross Currency Swaps, Devisentermingeschäfte, Forward Forward Deposits, Forward Interest Rate Swaps, Devisenoptionen, Devi-

senswaps, Zinsswaps und Swaptions. In den kreditbezogenen Derivaten sind auch CDS im Zusammenhang mit strukturierten Wertpapieren enthalten.

Die ausgewiesenen Marktwerte enthalten – den Marktusancen folgend – die abzugrenzenden Stückzinsen.

(59) Die Vergütung des Vorstands

Für die im Geschäftsjahr 2012/13 tätigen Mitglieder des Vorstands sind Gesamtbezüge in Höhe von 4,9 Mio. € (Vorjahr: 4,9 Mio. €) angefallen. Darin enthalten sind feste Grundgehälter, erfolgsabhängige variable Vergütungen, Pensionsersatzleistungen zum Ausgleich für eine nicht vereinbarte Altersversorgung und Sachbezüge. Die Angemessenheit der jeweiligen Gesamtvergütung wird regelmäßig vom Aufsichtsrat überprüft.

Frühere und ausgeschiedene Mitglieder des Vorstands

Die Gesamtvergütung der früheren Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebenen beläuft sich auf 3,5 Mio. € (Vorjahr: 3,5 Mio. €). Im Geschäftsjahr 2012/13 betragen die Pensionsverpflichtungen gegenüber früheren Mitgliedern des Vorstands und ihren Hinterbliebenen 43,4 Mio. € (Vorjahr: 44,1 Mio. €).

(60) Die Vergütung des Aufsichtsrats

Für das Geschäftsjahr 2012/13 belaufen sich die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats (inklusive Umsatzsteuer) auf 226 Tsd. € (Vorjahr: 258 Tsd. €). Hierin sind 6 Tsd. € Auslagenersatz (Vorjahr: 10 Tsd. €) enthalten.

(61) Bezüge des Beraterkreises

An Mitglieder des Beraterkreises wurden inklusive Umsatzsteuer 281 Tsd. € (Vorjahr: 289 Tsd. €) gezahlt.

(62) Gewährte Kredite an Mitglieder der Organe und des Beraterkreises

An Mitglieder des Vorstands und des Beraterkreises wurden keine Kredite vergeben. An Mitglieder des Aufsichtsrats wurden Kredite in einer Gesamthöhe von 2 Tsd. € (Vorjahr: 0,1 Mio. €) vergeben.

(63) Anzahl der Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt (gerechnet auf Basis von Vollzeitbeschäftigten)

	Konzern		IKB AG	
	2012/13	2011/12	2012/13	2011/12
Männlich	925	968	667	702
Weiblich	553	576	329	357
Gesamt	1.478	1.544	996	1.059

(64) Organe

Aufsichtsrat

Vorsitzender

Bruno Scherrer, London, Vereinigtes Königreich
Senior Managing Director/Head of European Investments, Lone Star Europe Acquisitions Ltd. (vormals:
Lone Star Management Europe Ltd.)

Stellv. Vorsitzender

Dr. Karsten von Köller, Frankfurt
Chairman Lone Star Germany Acquisitions GmbH (vormals: Lone Star Germany GmbH)

Mitglieder

Stefan A. Baustert, Krefeld
Geschäftsführer der RENA GmbH

Olivier Brahin, London, Vereinigtes Königreich (bis 25. Mai 2012)
Head of European Real Estate Investments, Lone Star Europe Acquisitions Ltd. (vormals: Lone Star
Management Europe Ltd.)

Dr. Lutz-Christian Funke, Oberursel
Leiter des Bereichs Vorstandsstab/Kommunikation der KfW Bankengruppe

Jordi Goetstouwers, Malta (vom 23. August 2012 bis 1. März 2013)
Managing Director, Lone Star Europe Acquisitions Ltd. (vormals: Lone Star Management Europe Ltd.)

Ulrich Grillo, Mülheim an der Ruhr
Vorsitzender des Vorstands der Grillo-Werke Aktiengesellschaft

Arndt G. Kirchhoff, Attendorn
Geschäftsführender Gesellschafter und CEO der KIRCHHOFF Holding GmbH & Co. KG

Bernd Klein, Mönchengladbach
Arbeitnehmersvertreter

Michael W. Kolbeck, Frankfurt (vom 23. August 2012 bis 1. März 2013)
Senior Vice President, Head of European Corporate Debt Investment, Lone Star Germany Acquisitions
GmbH (vormals: Lone Star Germany GmbH)

Dr. Claus Nolting, München
Vorsitzender des Vorstands der COREALCREDIT BANK AG

Nicole Riggers, Düsseldorf
Arbeitnehmersvertreterin

Dr. Carola Steingräber, Berlin
Arbeitnehmersvertreterin

Carmen Teufel, Neustetten
Arbeitnehmersvertreterin

Geschäftsbericht der IKB 2012/2013

Dr. Andreas Tuczka, Wien, Österreich

Head of European Financial Institutions, Managing Director, Lone Star Europe Acquisitions Ltd. (vormals: Lone Star Management Europe Ltd.)

Ulrich Wernecke, Rommerskirchen (bis 28. Februar 2013)

Arbeitnehmervertreter

Vorstand

Hans Jörg Schüttler

(Vorsitzender)

Dr. Dieter Glüder

Claus Momburg

Dr. Michael H. Wiedmann

Verzeichnis der Mandate von Mitarbeitern

Zum 31. März 2013 waren folgende Mitarbeiter in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien von großen Kapitalgesellschaften vertreten:

Dr. Reiner Dietrich

Tricor Packaging & Logistics AG

Helmut Laux

Heinz-Glas Group Holding HGGH GmbH & Co. KGaA

Heinz-Glas Produktion GmbH & Co. KGaA

Heinz-Glas GmbH & Co. KGaA

Klaus Runzer

ae group ag (bis 31. März 2013)

Oechsler AG

Düsseldorf, den 28. Mai 2013

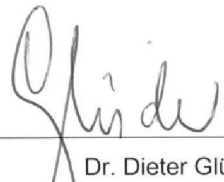
IKB Deutsche Industriebank AG
Der Vorstand



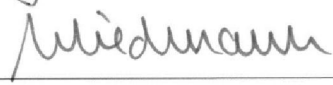
Hans Jörg Schüttler



Claus Momburg



Dr. Dieter Glüder



Dr. Michael H. Wiedmann

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers zum Konzernabschluss und Konzernlagebericht der IKB Deutsche Industriebank AG für das Geschäftsjahr vom 1. April 2012 bis 31. März 2013

Wir haben den Konzernabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Kapitalflussrechnung und Eigenkapitalspiegel – mit einem mit dem Anhang der Gesellschaft zusammengefassten Konzernanhang und den Konzernlagebericht der IKB Deutsche Industriebank Aktiengesellschaft, Düsseldorf, der mit dem Lagebericht der Gesellschaft zusammengefasst ist, für das Geschäftsjahr vom 1. April 2012 bis 31. März 2013 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und zusammengefasstem Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegt in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den zusammengefassten Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den zusammengefassten Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben im Konzernabschluss und im zusammengefassten Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des zusammengefassten Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der zusammengefasste Lagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Düsseldorf, den 29. Mai 2013

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

(Mark Maternus)
Wirtschaftsprüfer

(ppa. Michael Meteling)
Wirtschaftsprüfer

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers zum Jahresabschluss und Lagebericht der IKB Deutsche Industriebank AG für das Geschäftsjahr vom 1. April 2012 bis 31. März 2013

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang, der mit dem Anhang des Konzernabschlusses zusammengefasst ist – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der IKB Deutsche Industriebank Aktiengesellschaft, Düsseldorf, der mit dem Konzernlagebericht zusammengefasst ist, für das Geschäftsjahr vom 1. April 2012 bis 31. März 2013 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und zusammengefasstem Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den zusammengefassten Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den zusammengefassten Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und zusammengefassten Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des zusammengefassten Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der zusammengefasste Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Düsseldorf, den 29. Mai 2013

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

(Mark Maternus)
Wirtschaftsprüfer

(ppa. Michael Meteling)
Wirtschaftsprüfer

Hinweis in Bezug auf zukunftsgerichtete Aussagen

Dieser Bericht enthält zukunftsgerichtete Aussagen. Zukunftsgerichtete Aussagen sind Aussagen, die nicht Tatsachen der Vergangenheit beschreiben, sie umfassen auch Aussagen über Annahmen und Erwartungen der IKB. Diese Aussagen beruhen auf Planungen, Schätzungen und Prognosen, die der Geschäftsleitung der IKB derzeit zur Verfügung stehen. Zukunftsgerichtete Aussagen gelten deshalb nur an dem Tag, an dem sie gemacht werden. Die IKB übernimmt keine Verpflichtung, solche Aussagen angesichts neuer Informationen oder künftiger Ereignisse weiterzuentwickeln.

Zukunftsgerichtete Aussagen beinhalten naturgemäß Risiken und Unsicherheitsfaktoren. Eine Vielzahl wichtiger Faktoren kann dazu beitragen, dass die tatsächlichen Ergebnisse erheblich von zukunftsgerichteten Aussagen abweichen. Solche Faktoren sind etwa die konjunkturelle Entwicklung, die Verfassung und Entwicklung der Finanzmärkte in Deutschland, Europa, den USA und andernorts, wo die IKB Erträge aus dem Wertpapierhandel erzielt, der mögliche Ausfall von Kreditnehmern oder Kontrahenten von Handelsgeschäften, die Umsetzung der Managementagenda, die Verlässlichkeit der Grundsätze, Verfahren und Methoden zum Risikomanagement sowie die Liquiditätslage.

IKB Deutsche Industriebank AG
Kommunikation – COM
Wilhelm-Bötzkes-Straße 1
40474 Düsseldorf
Telefon +49 211 8221-4511
Telefax +49 211 8221-2511
E-Mail: investor.relations@ikb.de